300 JAHRE FEUERSOZIETÄT

**Hier hat Sicherheit ihr Zuhause.
Seit 300 Jahren. Und in Zukunft.**

Ein Unternehmen der Versicherungskammer

Hier hat Sicherheit ihr Zuhause.
Seit 300 Jahren. Und in Zukunft.

300 Jahre
Feuersozietät Berlin Brandenburg

Prolog

Dr. Frederic Roßbeck
Vorsitzender des Vorstands

Frank A. Werner
Mitglied des Vorstands

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

1718 haben sicherlich nur wenige Menschen an das 21. Jahrhundert gedacht. Die Sorgen und Nöte waren andere als heute. Es gab viele Menschen, die dringend Schutz und Sicherheit benötigten; es gab aber auch Menschen, die sich genau darum bemühten: Schutz und Sicherheit, damals vornehmlich vor Feuerschäden, zu gewähren. Ein Mann mit solchem Weitblick war der Universalgelehrte Gottfried Wilhelm Leibniz, der bereits um 1680 Ideen für eine „Assecuranz" vorlegte. So entstand die Feuersozietät. Seit 300 Jahren entwickelt sich das Unternehmen weiter. Ohne die Veränderungsbereitschaft aller wäre sie heute kein wettbewerbsfähiges Unternehmen in der Region Berlin und Brandenburg.

Dabei war das Wachsen und Werden der Feuersozietät über die Jahrhunderte oft sehr eng mit den politischen Entwicklungen in Berlin sowie mit der Entfaltung Berlins zur Metropole ebenso wie mit der Formung Brandenburgs verbunden.

Ohne das unaufhörliche Engagement unserer Mitarbeiter, ohne die tatkräftige Zusammenarbeit mit unseren Vertriebspartnern – den Sparkassen in Berlin und Brandenburg, den Versicherungsagenturen und ausgewählten Versicherungsmaklern – wäre diese gedeihliche Entwicklung nicht möglich gewesen. Das Vertrauen und die Unterstützung unserer Anteilseigner geben uns Sicherheit und sind zugleich Verpflichtung.

Unter den zahlreichen Ideen zur Gestaltung dieses Jubiläums hatte eine Chronik von Anfang an einen festen Platz. Die Darstellung eines Versicherungsunternehmens über einen so langen Zeitraum, verknüpft mit der Entwicklung Berlins, sucht ihresgleichen.

Wir freuen uns, dass wir mit Frau Dr. Simone Ladwig-Winters eine fachlich äußerst versierte Historikerin gefunden haben und danken ihr für ihre umfangreichen Recherchen und ihre sehr lesenswerte Darstellung sehr herzlich.

Wir wünschen allen, die diese Chronik zur Hand nehmen, eine informative, spannende wie auch unterhaltsame Lektüre.

Herzlichst

Dr. Frederic Roßbeck

Frank A. Werner

Zum Geleit

Michael Müller
Regierender Bürgermeister von Berlin

300 Jahre Feuersozietät Berlin Brandenburg!

Das ist ein großartiges Jubiläum, zu dem ich Ihnen ganz herzlich gratuliere.

Sie haben als zweitältestes Versicherungsunternehmen Deutschlands für Ihre Branche wahrlich Pionierarbeit geleistet und für Berlin ein großes Stück Stadtgeschichte geschrieben. Von der Gründung durch König Friedrich Wilhelm I. in einer Zeit großer Sorgen vor Feuersbrünsten, die in Berlin zu Beginn des 18. Jahrhunderts Menschen und Häuser bedrohten, bis zum modernen Versicherungsunternehmen – Ihre 300-jährige Geschichte ist Beleg dafür, dass es gelingen kann, Traditionsunternehmen durch schwierige Zeiten zu bringen und auf die Zukunft auszurichten.

Und dabei haben Sie einige Herausforderungen gemeistert, wie den großen Brand der Petrikirche, die Weltwirtschaftskrise 1923, den Zweiten Weltkrieg und die Teilung Deutschlands, die in Berlin mit deutlichen Verlusten für Ihr Unternehmen einherging. Schon früh haben Sie ihr Portfolio erweitert und damit die Standbeine der Feuersozietät erweitert. Und heute sind Sie mit Ihren Serviceangeboten bereits auf dem Weg in die digitale Zukunft.

Auch an dem Verlauf der Berliner Stadtentwicklung haben Versicherungsunternehmen, wie das Ihre, einen hohen Anteil. Die Möglichkeit, Risiken abzusichern hatte großen Einfluss auf die Bereitschaft der Menschen, in Häuser oder Gewerbeanlagen zu investieren, und setzt auch heute noch wichtige Anreize für Bauinvestitionen. Und das prägte das Berliner Stadtbild und wurde zu einem wichtigen Erfolgsfaktor für die Berliner Wirtschaft.

Das rote Flammen-F der Feuersozietät Berlin Brandenburg steht für eine Berliner Erfolgsgeschichte. Als Teil der Sparkassen-Finanzgruppe sind Sie heute mit einem breiten Angebot an Versicherungen ein wichtiger Wirtschaftsfaktor und Arbeitgeber in unserer Hauptstadt. Ich bin gespannt auf die weitere Entwicklung und wünsche Ihnen für die Zukunft viel Erfolg. Den Leserinnen und Lesern der Chronik wünsche ich nun viel Spaß auf der Entdeckungsreise durch die spannende Unternehmensgeschichte.

Michael Müller
Regierender Bürgermeister von Berlin

Zum Geleit

Liebe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Feuersozietät Berlin Brandenburg, liebe Kunden und Gäste,

Sie feiern in diesem Jahr ein außergewöhnliches Jubiläum: 1718 unterzeichnete König Friedrich Wilhelm I. in Preußen nach einer Reihe verheerender Brandkatastrophen die Gründungsurkunde für die Berliner Feuersozietät. Brandenburg folgte im Jahr darauf, um das Risiko bei Schäden besser abzusichern. Diesem Ziel fühlt sich die Feuersozietät bis heute verpflichtet. Sichtbares Zeichen dieses traditionsreichen Wirkens sind noch immer die kleinen Metalltafeln an vielen öffentlichen Gebäuden.

Über all die Jahre war die Feuersozietät trotz ihrer wechselvollen Geschichte ein verlässlicher Partner. Neben Privatpersonen und Gewerbetreibenden nutzen heute mehr als die Hälfte der brandenburgischen Kommunen deren Leistungen – ob als Versicherung für Gebäude, den Fuhrpark oder die betriebliche Altersvorsorge. Auch wenn die Feuersozietät nicht mehr in öffentlicher Hand ist, bleibt sie in der Region fest verwurzelt. Mit rund 650 Beratungsstellen bietet sie ein flächendeckendes Netz sachkundiger Ansprechpartner.

In jüngster Zeit machten der Feuersozietät – wie anderen Versicherern auch – eine Vielzahl von Naturkatastrophen zu schaffen. Neben dem menschlichen Leid richteten Fluten, Tornados oder Orkanböen in unserer Region große Vermögensschäden an, die beglichen werden mussten. Auch dabei stellte die Feuersozietät ihre Zuverlässigkeit und Leistungsfähigkeit unter Beweis.

Ihr Unternehmen ist für unser Land jedoch mehr als ein Wirtschaftsfaktor. Mein besonderer Dank gilt ausdrücklich Ihrem gesellschaftlichen Engagement. Es freut mich, dass der brandenburgische Feuerwehrverband seit vielen Jahren auf Ihre Unterstützung beim vorbeugenden Brandschutz zählen kann. So stellen Sie Modellrauchhäuser zur Verfügung, mit deren Hilfe Kinder und Jugendliche lernen, wie sie sich bei Feuer verhalten müssen. In Schulen, Kitas und bei unzähligen Festen gehört diese anschauliche, lebensnahe Brandschutzerziehung mittlerweile zum Programm.

Freiwillige Feuerwehren wurden durch die Feuersozietät zudem mit nicht brennbaren Rauchvorhängen ausgestattet, die Türen weitgehend abdichten, um die Ausbreitung eines Feuers möglichst zu vermeiden. Aber auch der Kultur in Brandenburg fühlt sich Ihr Unternehmen sehr verbunden. So unterstützen Sie seit vielen Jahren – gemeinsam mit den Sparkassen – den Choriner Musiksommer sowie die Brandenburgischen Sommerkonzerte.

Ich wünsche Ihnen weiterhin viel Erfolg bei Ihrer wichtigen Arbeit und setze auch für die Zukunft auf eine enge Partnerschaft mit der Feuersozietät.

Ihr Dietmar Woidke

Dietmar Woidke
Ministerpräsident des Landes Brandenburg

Zum Geleit

Agil, frisch, 300 Jahre alt. Wir gratulieren.

Wenn ein Unternehmen seit 300 Jahren existiert und dabei erfolgreich ist, dann ist das etwas wirklich Außergewöhnliches. Es zeugt von Kompetenz, Erfahrung und Vertrauen. Die Feuersozietät vereint all dies in sich. Zunächst hatte sie Privatpersonen im Blick, später auch Firmen und Institutionen. Schon lange ist sie Teil der öffentlich-rechtlichen Versicherer und als solche langjähriger und enger Partner der Sparkassen in Brandenburg und Berlin. Sie hat historische Momente er- und überlebt. Heute blickt sie auf eine erfolgreiche Entwicklung zurück. Im Verbund der Sparkassen-Finanzgruppe steht die Feuersozietät für die Kernkompetenzen Vorsorgen und Versichern. Als regionaler Versicherer für Brandenburg und Berlin ist sie mit den Menschen in ihrem Geschäftsgebiet auf das Engste verbunden.

Nicht nur durch die finanzielle Risikoabdeckung. Sie ist auch vielseitig bei der Unterstützung und Förderung kultureller, sozialer und sportlicher Projekte engagiert, stiftet also sozialen Nutzen. Dazu zählt einer der Höhepunkte des Brandenburger Kultursommers, der Choriner Musiksommer, aber auch die Zusammenarbeit mit den Brandenburger Feuerwehren beim vorbeugenden Brandschutz und der Brandschutzerziehung.

Durch ihre sehr kooperative und auf Verbundzusammenarbeit aufbauende Geschäftspolitik sowie durch angemessene betriebswirtschaftliche Weichenstellungen kann die Feuersozietät auch in Zeiten niedriger Zinsen ihren Partnern und ihren Kunden attraktive Leistungen bieten. Für die Sparkassen in Brandenburg ist solch ein leistungsfähiger Partner, der im Rahmen seiner Muttergesellschaft, der Versicherungskammer Bayern, sein Produktangebot stetig bedarfsgerecht weiterentwickelt, geradezu ein Fels, auf dem man bauen kann. Im Ergebnis stehen zufriedene Sparkassenkunden, die seit Jahren die gemeinsam erbrachten Leistungen mit Treue honorieren.

Die große Nähe der Feuersozietät zu den Kunden wird seit vielen Jahren durch ein dichtes Netz aus Sparkassen-Filialen und Agenturen der Feuersozietät sowie durch die innovative Nutzung digitaler Kanäle gewährleistet. Für den Ostdeutschen Sparkassenverband zeigt sich die seit Jahren sehr gute Zusammenarbeit mit der Feuersozietät Berlin Brandenburg auch darin, dass sich viele Fragen heute „auf dem kurzen Dienstweg“, mit einem kurzen Griff zum Telefonhörer klären lassen.

Wir setzen auch in Zukunft auf den weiteren Ausbau der sehr engen und vertrauensvollen Zusammenarbeit und gratulieren dieser frischen, innovativen, agilen, modernen Versicherung zu ihrem 300. Geburtstag.

Michael Ermrich

Dr. Michael Ermrich
Ostdeutscher Sparkassenverband,
Geschäftsführender Präsident

Interview

Dr. Frederic Roßbeck
Vorsitzender des Vorstandes

Dr. Frank Walthes
Vorstandsvorsitzender der Versicherungskammer Bayern

In Deutschland gibt es nicht allzu viele Unternehmen mit einer so reichen Geschichte – sind 300 Jahre mehr Segen oder Fluch?
Dr. Roßbeck: Wir sind stolz auf eine so reiche Firmengeschichte. Die Feuersozietät ist trotz ihrer langen Historie immer jung geblieben. Wir haben uns stets auf die jeweiligen Anforderungen eingestellt – und diese waren sehr vielfältig. Als mittelständischer Versicherer in Berlin und Brandenburg sowie als Teil eines großen Konzerns ist die Feuersozietät im Geschäftsgebiet Berlin und Brandenburg fest etabliert. Und das ist in jedem Fall ein Segen.
Dr. Walthes: Die lange und erfolgreiche Entwicklung der Feuersozietät verpflichtet uns im Konzern Versicherungskammer, das Unternehmen und die Marke auch bei allen zukünftigen Herausforderungen als soliden und wettbewerbsstarken Partner zu positionieren, der für die Menschen in Brandenburg und Berlin da ist.

Ein wichtiger Zeitpunkt in der jüngeren Geschichte war sicher das Jahr 1989. Können Sie kurz schildern, wie das Unternehmen und die Mitarbeiter die Veränderungen durch die deutsche Wiedervereinigung bewältigt haben?
Dr. Roßbeck: Der Fall der Mauer und die deutsche Wiedervereinigung wurden von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern mit Freude und Enthusiasmus aufgenommen. In der Folge waren sie außerordentlich engagiert, die Feuersozietät in ihrem traditionellen Geschäftsgebiet voranzubringen. Die Neu-Bundesbürger hatten einen hohen Beratungsbedarf. Für die Kunden bedeutete das neue Rechtssystem großes Neuland. Unter der Belegschaft wie auch unter den Agenturen herrschte Pioniergeist. Die ersten Büros von Agenturinhabern waren mitunter Wohnwagen oder das eigene Wohnzimmer. Vor Agenturen und Geschäftsstellen bildeten sich zum Teil lange Schlangen, als die DDR-Kfz-Versicherung 1991 ungültig wurde und jeder Autobesitzer eine bundesdeutsche Autoversicherung benötigte. Wir arbeiteten meist mit Handakten. Der Stand der IT war längst nicht mit dem gegenwärtigen vergleichbar.

Die Umwandlung von einer Anstalt des öffentlichen Rechts in eine Aktiengesellschaft im Rahmen der Privatisierung 2004 war sicher mit einem Kulturwandel verbunden.
Dr. Roßbeck: Die hohe Veränderungsbereitschaft der Feuersozietät zeigt sich schon in der langjährigen und sehr bewegten Geschichte. Das Unternehmen hat sich immer konstruktiv neuen Entwicklungen gestellt. Dies war auch beim Wegfall des Pflichtversicherungsgebiets in Berlin oder der Aufhebung des Versicherungsmonopols Mitte der 1990er-Jahre der Fall. Die Privatisierung brachte dann erneut zahlreiche Änderungen mit sich, ganz besonders in der Organisationsstruktur. Natürlich waren manche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dadurch verunsichert oder skeptisch. Den meisten war jedoch bewusst, dass die Feuersozietät mit der Versicherungskammer einen starken Partner an ihrer Seite hat. Die Liberalisierung der europäischen Märkte im Zuge der deutschen Wiedervereinigung führte zu einer deutlichen Belebung des Wettbewerbs, aber auch zu höheren Anforderungen. All dies konnte und kann ein mittelständisches Unternehmen im Konzernverbund mit einem einheitlichen Betriebsmodell viel effizienter bewältigen.

Ein bayerischer Mutterkonzern und eine Berlin-Brandenburgische Konzerngesellschaft – wie geht das zusammen?
Dr. Walthes: Das geht sehr gut zusammen. Die Beziehungen zwischen Bayern und Preußen sind längst nicht nur von Ressentiments geprägt. Vielmehr haben sich beide Regionen über Jahrhunderte hinweg immer wieder gegenseitig befruchtet. Das ging bis zu familiären Verbindungen: So heiratete etwa Preußenkönig Friedrich Wilhelm IV. 1823 Prinzessin Elisabeth Ludovika von Bayern und das, obwohl beide unterschiedlichen Konfessionen angehörten. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Konzern Versicherungskammer vereint über alle Standorte hinweg das Ziel, den Kunden die beste Risikoabdeckung und den besten Service zu bieten.
Dr. Roßbeck: Berlin ist schon immer geprägt von einem starken Zuzug aus Deutschland und anderen europäischen Ländern, also einem Miteinander ganz unterschiedlicher Menschen. So arbeiten auch in der Feuersozietät Menschen mit unterschiedlichen Wurzeln sehr gut miteinander – aus West- und Ost-Berlin und Brandenburg, aus Bayern und dem Saarland. Die Herkunft unserer Mitarbeiter ist extrem vielfältig und geht weit über die bundesdeutschen Grenzen hinaus. Unseren Leitgedanken leben wir auch im Unternehmen: Wir bieten den Mitarbeitern eine Heimat.

Was bedeutet die Feuersozietät für die Versicherungskammer und umgekehrt der Konzern für die Feuersozietät?
Dr. Walthes: Der Konzern Versicherungskammer verfolgt die Strategie eines Versicherers der Regionen. Wir haben ein einheitliches Betriebsmodell, das wir regional umsetzen. Die Feuersozietät erschließt das Geschäftsgebiet Berlin und Brandenburg und ist der öffentliche Versicherer in der Hauptstadt-Region. Berlin und sein Umland sind eine starke Wachstumsregion, die wir gemeinsam mit unseren Partnern – den Sparkassen in Berlin und in Brandenburg wie auch den Versicherungsagenturen – weiter erschließen wollen. Darüber hinaus ist die Integration der Feuersozietät wie auch der Saarland Versicherungen der Beweis, dass unser Konzern Unternehmen gut aufnehmen und damit deren regionalen Auftritt stärken kann.
Dr. Roßbeck: Der Einstieg der Versicherungskammer war ein Meilenstein und wegweisend für unsere Zukunft. Als Konzerngesellschaft und regional spezifischer Risikoträger mit eigenem Markenauftritt ist die Feuersozietät in die Strukturen des Konzerns und seiner Strategie eingebettet. Damit gelingt uns die bestmögliche regionale Markterschließung. Zentrale Konzernfunktionen wie etwa Kapitalanlage, IT oder Marketing werden gebündelt. Dies ermöglicht uns höhere Synergien und eine höhere Effizienz.

Was macht die Feuersozietät heute aus?
Dr. Roßbeck: Wir sind ein mittelständischer Versicherer in Berlin und Brandenburg. Und wir sind Teil eines großen Konzerns, der zu den zehn größten deutschen Erstversicherern gehört. Die Feuersozietät ist fest verankert in der Sparkassen-Finanzgruppe. In unserem Geschäftsgebiet bieten wir den Kunden ein flächendeckendes Betreuungsnetz aus rund 650 Kontaktstellen in Sparkassen-Filialen und Versicherungsagenturen, so dicht wie kaum ein anderer Versicherer in der Region.
Dr. Walthes: Die Feuersozietät ist heute ein erfolgreiches Unternehmen, das seine reichhaltige Vergangenheit zu schätzen weiß, sich vor Ort auf seine Stärken konzentriert und damit auch in Zukunft erfolgreich sein wird. Dabei zeichnet sich die Feuersozietät als Regionalversicherer nicht zuletzt durch ihr Engagement im gesellschaftlichen Bereich aus und kann auch hier auf die Stärke des Konzerns Versicherungskammer bauen. Die Förderung von Kunst und Kultur sowie die Unterstützung des Ehrenamtes sind wesentliche Bestandteile unseres Leitgedankens im Hinblick auf die Nähe zu den Menschen vor Ort. Mit zwei konzernweiten Stiftungen sowie der langjährigen Unterstützung von Partnern, die sich nachhaltig für die Sicherheit der Bevölkerung einsetzen, hat dies für uns einen hohen Wert.

Welche Herausforderungen sehen Sie für die Zukunft und wie ist die Feuersozietät darauf eingestellt?
Dr. Roßbeck: Wir sind überzeugt, dass ein Großteil der Kunden auch künftig eine persönliche Beratung zu Versicherung und Vorsorge haben möchte. Zugleich wird der Anteil hybrider Kunden, also diejenigen, die sich online und im persönlichen Gespräch informieren, weiter steigen. Auch deren Bedürfnisse wollen wir in hoher Qualität befriedigen. Die Anforderungen aus der nationalen wie aus der europäischen Gesetzgebung nehmen zu, ebenso die Herausforderungen für die Kapitalanlage angesichts der anhaltenden Niedrigzinsphase. Dank unserer starken Muttergesellschaft, dem Konzern Versicherungskammer, können wir damit sehr gut umgehen. Das gilt auch für die digitale Transformation.
Dr. Walthes: Der Konzern Versicherungskammer braucht auch künftig eine starke Tochter in Berlin, um die Vielfalt des Geschäftsgebiets, gemeinsam mit den Sparkassen und den Versicherungsagenturen, weiter zu erschließen und Kunden für die Feuersozietät zu begeistern. Der Diversity-Gedanke hat für uns im Konzern eine große Bedeutung. Wir sind überzeugt, dass Vielfalt, in jeder Hinsicht sinnvoll genutzt, nachhaltig zum Erfolg unserer Unternehmen beiträgt.

Was wünschen Sie sich für Ihre Tochter für die nächsten 300 Jahre?
Dr. Walthes: Ich wünsche dem Vorstand, den Führungskräften und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern vor allem Begeisterung und Leidenschaft, bei allem was sie tun. Ich bin sicher, damit wird der Erfolg der Feuersozietät auch in Zukunft gegeben sein.

Per App zur Chronologie
der Feuersozietät.

VOR**GESCHICHTE**

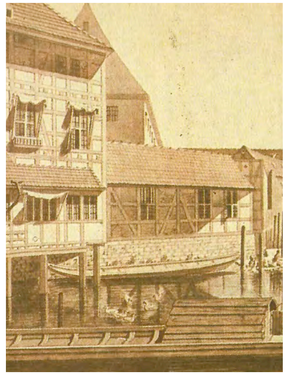
Hanseatische Vorbilder und Große Kurfürsten, Gottfried Wilhelm Leibniz und mehrere Anläufe, ein Brand in Crossen und seine Folgen: Schon die Jahre vor der Gründung schreiben spannende Geschichte.

SEITE **17**

FEUER**TAUFE**

1718 – 1731 Königliche Weihen für eine Feuerversicherung auf Gegenseitigkeit: Der Anfang ist gemacht, das Wachstum beginnt – Stadt und Feuersozietät wachsen schnell. Sie wird vielerorts zum Vorbild.

SEITE **29**



ANFANGS**JAHRE**

1731 – 1814 Chaotische Brandbekämpfung trifft auf neue Reglements, wirtschaftlicher Aufschwung wird begleitet von kriegerischer Stimmung. Es sind wechselhafte Zeiten, geprägt vom Alten Fritz und von Napoleon.

SEITE **37**

GRÜNDER**BOOM**

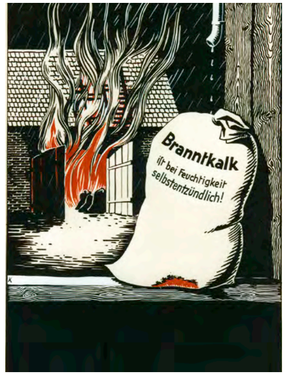
1814 – 1914 Die Industrialisierung verändert alles. Die Reichsgründung macht Berlin zur deutschen Hauptstadt. Berlin wird zur Stadt der Fabriken und Mietskasernen. Die Feuersozietät entwickelt sich mit.

SEITE **53**

METROPOLEN**MARKE**

1914 – 1933 Nach dem Weltkrieg wird Groß-Berlin gegründet, die Goldenen Zwanziger lassen die Metropole strahlen. Schattenseiten von Inflation bis Wohnungsnot gehören dazu.

SEITE **75**



MACHT**APPARAT**

1933 – 1945 Aus geistigen Brandstiftern wird ein Feuersturm, der über Stadt und Land und viele, viele Biografien hinwegfegt: Die NS-Zeit prägt auch die Geschichte der Feuersozietät.

SEITE **91**

ZEITEN**WECHSEL**

1945 – 1989 Die Feuersozietät im Sturm der Ereignisse: ein Kapitel von den Folgen der Zerstörung über Wiederaufbau und Teilung bis zum Wachstum im Westen und Verschwinden im Osten.

SEITE **129**

ZUSAMMEN**LEBEN**

1989 – 2018 Alles auf Anfang! Mit der Wiedervereinigung wird die Feuersozietät zur Versicherung für Berlin und Brandenburg. Jahre der Euphorie, des Wachstums, der großen Veränderungen – wie seit 300 Jahren. Und in Zukunft.

SEITE **151**

1685 bis 1718

VOR**GESCHICHTE**

Manchmal sind die Geschichten vor der eigentlichen Geschichte besonders spannend. Im Falle der Feuersozietät stimmt das auf jeden Fall. Es begann nämlich alles mit der Idee des Großen Kurfürsten: Für seine Residenzstädte Cölln, Berlin und Friedrichswerder sollte eine Feuerkasse nach Hamburger Vorbild her. Nach dem großen Brand von London 1666 war das ein Thema der Zeit, dem sich auch der Universalgelehrte Gottfried Wilhelm Leibniz widmete. Die Bürgerschaft lehnte jedoch das Konzept ab und so scheiterte der erste Anlauf. Im zweiten Anlauf nahm 1706 die General-Stadt- und Landfeuerkasse den Betrieb auf. Doch ihre Geschichte endete bereits fünf Jahre später, 1711 – zu ambitioniert war dieses Vorhaben einer Feuerkasse für das ganze Land. Teure Verwaltung, schlechte Infrastruktur und der Brand in Crossen im Jahr 1708 brachten das Unternehmen in große Schwierigkeiten. Was genau war passiert? Die folgenden Seiten liefern loderndes Feuer – und erhellende Fakten.

Kurfürst Friedrich Wilhelm von Brandenburg (1620–1688), später der Große Kurfürst genannt.

Feuerversicherung – der erste Anlauf
Im Mai 1685 wandte sich Kurfürst Friedrich Wilhelm von Brandenburg (1620–1688), später der Große Kurfürst genannt, an die Magistrate der Residenzstädte Cölln, Berlin und Friedrichswerder mit dem Vorschlag, eine „Feuerkasse“, das heißt eine Versicherung gegen Brandschäden, zu gründen. Das kurfürstliche Reskript enthielt gleich einen entsprechenden Entwurf, der auf der Vorarbeit des General-Commerzien-Collegiums unter Mitwirkung des Cöllner Bürgermeisters Bartholdi beruhte.[1] Der Kurfürst begründete seine Initiative mit wirtschaftlichen Aspekten. „Handel und Wandel“ sollten befördert und die Kreditwürdigkeit und Investitionsbereitschaft der Untertanen erhöht werden. Mit einer Brandschutzversicherung konnte in Aussicht gestellt werden, dass im schlimmsten Fall kein kompletter Vermögensverlust eintreten würde. Sie sollte den Wiederaufbau von Gebäuden ermöglichen und damit das Stadtbild vor Schaden bewahren. Als Vorbild für die Versicherung verwies das kurfürstliche Schreiben auf die Hamburgische Feuerkasse, die bereits seit 1676 bestand. Innerhalb von vier Wochen und nach eingehender Prüfung sollten die Räte, die Stadtverordneten und die „Viergewerke“, das waren die Handwerkerinnungen der Bäcker, Fleischer, Schuhmacher und Tuchmacher, ihre Stellungnahme abgeben. Vorbeugend stellte der Kurfürst fest, dass die Abgabe für die Feuerkasse keine neue reguläre Umlage bedeutete, sondern nur die Absicherung für den Schadensfall, und er versprach, dass das für die Versicherung eingesetzte Geld auch nur zweckgebunden ausgegeben werden dürfte.[2]

Der erste Anlauf

Die Idee der Versicherungen, wie es sie in der Seefahrt gab, sollte auf den Schutz vor Feuerschäden übertragen werden.

Per App erfahren, warum der Dreißigjährige Krieg auch der Große genannt wird.

Kurfürst Friedrich Wilhelm hatte in der Folge des Dreißigjährigen Krieges sein Territorium zu arrondieren versucht und bemühte sich nun um den Wiederaufbau des Landes, das immer noch Spuren der Verwüstung dieses Kriegs zeigte. Die Bevölkerung war durch Hunger und Krankheit dezimiert, Truppen waren durch das Land gezogen und hatten geplündert. Es fehlte an Saatgut. Ohnehin war der Boden in weiten Gebieten sandig oder moorig, oft mangelte es an Wissen, wie unter ungünstigen Bedingungen dennoch etwas zu ernten war.

Die Einwanderer brachten eine gesellschaftliche Wende, sie belebten Landwirtschaft und Handwerk.

Im Zuge einer gezielten Ansiedlungspolitik („Peuplierung“) wurden holländische Siedler ins Land gerufen, um die Lage der Landwirtschaft zu verbessern. Zu den Niederländern kamen Réfugiés aus Frankreich, später Hugenotten genannt, die hier Zuflucht vor religiöser Verfolgung fanden. Ab 1671 siedelten sich erstmals auch wieder einige jüdische Familien aus Wien an. Mit den Einwanderern belebten sich die Landwirtschaft und das Handwerk, neue ökonomische und wissenschaftliche Expertise kam ins Land, alles in allem ein positiver Schub, der eine gesellschaftliche Wende in Gang setzte. Die aufgebauten Vermögen und Sachwerte galt es nun abzusichern. Brandfälle gehörten immer noch zu den großen zivilen Bedrohungen, insbesondere in den wachsenden Städten.

Von öffentlicher Seite war in Brandfällen kaum Unterstützung zu erwarten.

Bis weit ins 17. Jahrhundert gab es für Betroffene kaum wirkungsvolle Unterstützung. Von öffentlicher Seite war wenig zu erwarten, das Staatswesen war kaum entwickelt. Die Obrigkeit half eventuell mit einem Steuernachlass, sofern überhaupt Steuern gezahlt wurden. Auch wurde Holz aus den fürstlichen Wäldern zur Verfügung gestellt. Für den Wiederaufbau völlig niedergebrannter Dörfer oder von ganzen Straßenzügen einer Stadt reichte das jedoch meist nicht. Ansonsten erhielten die „Abgebrannten“ besondere Bescheinigungen, sogenannte „Brandbriefe“, die bestätigten, dass sie von einem Brand betroffen waren. Damit durften sie im eigenen Land und angrenzenden Ländern herumziehen und „auf den Brand betteln“. Hinzu kamen Hilfeleistungen aus Kirchenkollekten.[3] Doch das alles linderte die Schäden kaum. Insbesondere mit den Brandbriefen wurden aus ursprünglich sesshaften Menschen Herumgetriebene (wohlbemerkt keine Herumtreiber).[4]

Die Hamburger Feuerkasse aus dem Jahr 1676 stellte vor diesem Hintergrund eine wirkliche Innovation dar. In einer bedeutenden Hafen- und Handelsstadt wie Hamburg war man schon länger mit See-Versicherungen vertraut. Die großen holländischen Schiffskompagnien, aber auch italienische Vereinigungen, nicht zuletzt schon die Hanse des ausgehenden Mittelalters, hatten mit entsprechenden Policen ihre Schiffe und Ladungen abgesichert, dazu gehörten nicht selten auch „Ladungen“ von Menschen, Sklaventransporte. Die Idee der Versicherung, wie in der Seefahrt, wurde nun in Hamburg als Modell auf den Schutz vor Feuerschäden übertragen. Die neuerrichtete Feuerkasse beruhte auf genossenschaftlichen Grundsätzen.[5]

Der Kurfürst orientierte sich am Hamburger Vorbild, um zunächst für die Residenzstädte eine Assekuranz zu etablieren. Ganz im Sinne der landesherrlichen kameralistischen Politik sah er dies als Aufgabe der öffentlichen Verwaltung an, eine Politik, die das öffentliche Wirtschaften beförderte.

Per App Kurfürst Friedrich Wilhelm Guten Tag sagen.

Friedrich Wilhelm, der „Große Kurfürst“, auf Gulden (2/3 Taler) von 1683.

Die Vorstellung von Gottfried Wilhelm Leibniz ging weit über das Hamburger Feuerkassen-Modell hinaus.

Wenige Jahre zuvor, 1680, hatte der Universalgelehrte Gottfried Wilhelm Leibniz (1646 – 1716) schon eine ähnliche Idee entwickelt und sogar einen formellen Vorschlag an den habsburgischen Kaiser Leopold I. nach Wien gesandt. Das Konzept war weiter gehend, ihm zufolge sollte eine gebietsübergreifende „Assecuranz“ (Versicherung) ins Leben gerufen werden.[6] Auf seinen Reisen hatte Leibniz die einschneidenden Folgen großer Brände erlebt, so in London im Jahr 1666. Als er später im Hamburger Stadtarchiv forschte, machte er sich auch mit den umfangreichen Akten zur See-Versicherung vertraut. Leibniz’ Idee ging deutlich über das Hamburger Feuerkassen-Modell hinaus, weil nicht nur Städte, sondern ganze Landstriche in eine gemeinsame Versicherung einbezogen werden sollten. In seinen Überlegungen zur „Assecuranz“ vertrat er den Ansatz, dass wechselseitige Unterstützung nicht nur in kleinen Vereinigungen wie der Familie, sondern auch in übergeordneten gesellschaftlichen Verbindungen selbstverständlich sein sollte: „Gleich wie die Natürlichen Societäten mit sich bringen, daß Eltern und Kinder, Mann und Weib, Herr und Knecht, lieb und leid mit einander außstehen müßen, also erfordert auch die billigkeit in der Republick oder bügerlichen Societäten das casus fortuiti dadurch ein glid vor dem andern nach schickung Gottes beladen wird, gleichsamb gemein gemacht werden und einer dem andern sie tragen helffe.“[7]

Per App ein Universalgenie entdecken.

In der Folge eines „casus fortuiti“[8], wie Leibniz sich ausdrückte, muss einer des andern Last tragen helfen. Er entwickelte den Gedanken, dass es unproduktiv wäre, wenn ein Mensch mit einem Schaden alleingelassen werden würde, es sein persönliches Pech wäre, wenn er von einem Unglück betroffen wäre.[9] Leibniz machte auch im Sinne einer ökonomischen Logik deutlich, dass eine Feuerversicherung dem Land in vielerlei Hinsicht nützlich wäre, weil damit Kapitalmengen zusammenkämen, um im konkreten Fall von Feuer- oder Wasserschaden tatsächlich helfen zu können.[10] Dabei unterschied er schon systematisch die Schäden an Immobilien von denen an beweglichen Gütern. Soweit bekannt wurde Leibniz’ Anregung vom Kaiser in Wien nicht aufgegriffen. Die Vorschläge des Philosophen gingen zugleich über das Konzept des reinen Schadensausgleichs hinaus, denn er wollte auch die Brandbekämpfung und den Brandschutz verbessern, interessierte sich für technische Neuerungen, wie etwa die Feuerschlangen-Spritze.

Das Reskript des Brandenburger Kurfürsten von 1685 war erst einmal für die drei Residenzstädte gedacht, die damals noch nicht als gemeinsame Stadt galten. Mit seiner Anregung orientierte er sich an den beschriebenen allgemeineren Modellen und Vorbildern.

Die Bewohner der Städte an der Spree waren tatsächlich wenig begütert, Häuser waren oftmals als Provisorien errichtet worden. Um die baulichen Gegebenheiten dennoch sicherer zu machen, wurden schon seit 1672 aufgrund der Feuerordnung hölzerne Schornsteine verboten. Scheunen und Ställe mussten vor die Stadtbefestigung verlagert werden, wodurch das spätere Scheunenviertel entstand.[11]

Per App sehen, wie schnell sich ein Stadtbrand ausbreiten kann.

Modell des großen Brandes von London im Jahr 1666.

Dennoch konnte der Kurfürst die Bewohner und ihre Vertreter nicht von einer Feuerversicherung überzeugen. Die neuere Forschung hilft zu verstehen, von welcher Perspektive aus die beiden Seiten argumentierten. Cornel Zwierlein differenziert die Entwicklung:

1. Gefahrengemeinschaft
2. Solidargemeinschaft
3. Risikogemeinschaft.[12]

Eng in einer Stadt zusammenlebend bildete die Nachbarschaft eine natürliche Gefahrengemeinschaft. Im größten Notfall war sie gezwungen, solidarisch zusammenzustehen, dies war aber immer erst nötig, wenn der Schaden bereits entstanden war. Doch um auch für die Zukunft vorzusorgen, musste sie einen Umstrukturierungsprozess vollziehen, eine Transformation, um sich potenziell als Risikogemeinschaft zu verstehen. Diese Stufe hatte die Bewohnerschaft zum Ende des 17. Jahrhunderts noch nicht erreicht.

Die Stadtverordneten und Ratsleute ließen sich von der Idee einer Feuerkasse nicht überzeugen und wiesen sie zurück.

Blick auf Lange Brücke, Domkirche, Marstall, um 1706.

So stieß der Vorschlag des Großen Kurfürsten bei den „lieben Getreuen“, wie er die Stadtverordneten und Ratsleute von Cölln, Berlin und Friedrichswerder ansprach, auf wenig Begeisterung, obwohl der Cöllner Bürgermeister selbst bei der Initiative mitgewirkt hatte. Mehr noch, die Räte und die vier maßgeblichen Gewerke wiesen das Ansinnen ihres Landesherrn recht brüsk zurück. Sie sahen in der öffentlichen Feuerversicherung nur eine zusätzliche Steuerlast. Führten an, dass im Vergleich zu den wohlhabenden Hamburger Kaufleuten in den Städten an der Spree vor allem arme Händler und Krämer lebten, von denen 50 nicht so vermögend waren wie ein Hamburger Kaufmann allein. Hinzu kam, dass kurz nach Gründung der Hamburger Feuerkasse ein Brand schlimme Schäden verursacht hatte und zur Begleichung eine Sonderumlage erlassen werden musste. Auch die vorsorgliche Erklärung des Kurfürsten, dass das Geld nur zweckgebunden verwendet werden sollte, verfing nicht. Zu unklar war die Struktur und das Verwaltungskonzept für das Projekt. Die Ratsleute fürchteten ganz konkret, dass mit dem Rückhalt durch eine Versicherung der Eifer der Bürgerschaft sinken würde, ein Feuer zu verhindern oder gegebenenfalls zu löschen, und sogar Brandstiftungen zunehmen könnten.[13]

Mit der Absage der Städte wurde das Projekt zu den Akten gelegt. Der erste Anlauf, eine Feuerversicherung zu etablieren, war gescheitert. 1688 starb der Kurfürst.

Cornel Zwierlein führt aus:

„Die ganze Argumentation war, wie die Zukunft zeigen sollte, wenig fundiert und beharrte rein auf dem Standpunkt des naheliegenden Augenscheins. Sie ist damit aber einmal mehr (…) ein Zeichen des Widerstands alter korporativer Sozialstrukturen gegen die Umstrukturierung in ein neuartiges, die Ständegrenzen auch tendenziell überschreitendes Risikokollektiv. Während der Gutachter die Städte und Städtebewohner allein als Teil und Akteure von Geldströmen und die Kasse als Kredit- und Wertstabilisierungs-Instrument betrachtete, in dem die Beiträger und Empfänger rein nach gleichen Gefahren und Beiträgen als numerische Größen verbucht wurden, argumentierten Rat und Gewerke von Berlin mit der Konkretheit der Dinge. Der Lage der Städte, den Jurisdiktionsbedingungen mit dem Unterschied der Stände. Es standen Zahlen gegen Dinge.“[14]

Per App in die Geschichte der Königlich Preußischen Akademie der Wissenschaften eintauchen.

Der zweite Anlauf

Feuerversicherung – der zweite Anlauf
Kurfürst Friedrich III. von Brandenburg (1657–1713) gründete zur Jahrhundertwende 1700, kurz bevor er den Titel König Friedrich I. in Preußen annahm, die Kurfürstlich-Brandenburgische Societät der Wissenschaften und berief zu ihrem ersten Präsidenten den (bereits erwähnten) Gelehrten Gottfried Wilhelm Leibniz (1646–1716). Eine Akademie nach dem Vorbild der Royal Society in Großbritannien konnte das aufstrebende Land, bald Königtum Preußen, ungemein schmücken.

Gottfried Wilhelm Leibniz war weiterhin von seiner Idee einer Feuerversicherung überzeugt.

Gottfried Wilhelm Leibniz (1646–1716)

Löschmaßnahmen im 18. Jahrhundert mit Feuerschlangen-Spritzen.

Für die Bibliothek wurde die neueste Literatur zu technischen Möglichkeiten der Feuerbekämpfung angeschafft.

Leibniz verstand es, einen Brainpool von hohem Sachverstand aufzubauen, wobei die Akademie über das kurfürstlich gewährte Privileg, Kalender zu berechnen und als Produkt vertreiben zu dürfen, eigenständig für ihre Finanzierung zu sorgen hatte. Schon bald versuchte Leibniz, der weiterhin von seiner 20 Jahre zuvor entwickelten Idee einer Feuerversicherung überzeugt war, eine solche unter dem Dach der Akademie der Wissenschaften zu etablieren.[15]

Doch für Leibniz, den großen Denker, der sich nicht nur dadurch auszeichnete, dass er mühelos in Deutsch, Französisch oder Latein schrieb, stellte der Aufbau und die Verwaltung der Akademie der Wissenschaften einen Kraftakt dar. Wäre nun auch noch eine Feuerversicherung zu etablieren gewesen, hätte das bedeutet, nicht nur Wissenschaftler, sondern auch Techniker und Mitarbeiter für die Einziehung und Verwaltung der Versicherungspolicen einzustellen. Es wurde dem Präsidenten daher davon abgeraten, die so unterschiedlichen Arbeitsbereiche Wissenschaft und Gelehrsamkeit und das kommerzielle Unternehmen Versicherung gemeinsam zu verantworten.[16]

Und tatsächlich wurde darauf verzichtet, eine Feuerkasse bei der Societät der Wissenschaften anzusiedeln. Immerhin aber schaffte die Berliner Akademie nicht nur die neueste Literatur zu Löschsystemen und anderen feuerbezogenen Erfindungen für die Bibliothek an, sondern ganz konkret auch eine sogenannte Feuerschlangen-Spritze.

Per App so schnell wie die Feuerwehr über Geschichte informiert werden.

König Friedrich I. galt lange Zeit, trotz seiner in die Zukunft weisenden Gründungen der Akademie der Wissenschaften und der Vorläuferinstitution der Akademie der Künste, als Fürst ohne großen Ruhm, wofür sicherlich auch das spätere, vernichtende Urteil seines Enkels, König Friedrichs II. verantwortlich war. Heute fallen die Bewertungen differenzierter aus. Prunksucht und Verschwendung wurden ihm sicherlich nicht zu Unrecht vorgeworfen, mit der die Verelendung weiter Teile der Bevölkerung zusammenhing. Eberhard von Danckelmann (1643–1722), zuerst Erzieher des Königs, dann Oberpräsident, vergleichbar einem heutigen Premierminister, hatte wohl lange mäßigend auf ihn eingewirkt und sich durch sparsame Haushaltung ausgezeichnet. Doch er wurde abgesetzt. Trotz des nun sich verstärkenden Luxuskonsums am Hof wurde die Förderung von Wissenschaft und Kunst durch den Landesherrn aber fortgesetzt. Die hoch gebildete Kurfürstin, spätere Königin, Sophie Charlotte (1668–1705), geborene Prinzessin von Hannover, war sicherlich dafür mitverantwortlich, denn sie hatte zusammen mit Leibniz die Gründung der Societät der Wissenschaften betrieben.

Hölzerner Schornstein in Trebbin, wie er in Berlin schon nicht mehr zulässig war (ohne Jahresangabe).

Kurfürst Friedrich III. von
Brandenburg, später
König Friedrich I. (1657 – 1713)

Im Frühjahr 1706 nahm die General-Stadt- und Landfeuerkasse den Betrieb auf.

Leibniz' Vorschlag hinsichtlich einer Feuerversicherung scheint dennoch Wirkung gezeitigt zu haben, wenngleich in anderer Form als ursprünglich von ihm angedacht.[17] Während der in Ungnade gefallene Danckelmann in der Festung Spandau einsaß, hatten die Kanzler Wartenberg, Wartensleben und Wittgenstein am Hof immer mehr Macht erlangt. In der Bevölkerung kursierten die Grafen als die „drei Wehs". Sie besaßen das Vertrauen des Königs und kontrollierten den Zugang zu ihm. 1705 schafften es zwei mit dekorativen Titeln ausgestattete „Plänemacher", ein königlich dänischer Justizrat Augustus Wiegand und ein kurfürstlich braunschweigischer Kommerzienrat Conrad Müller, dem preußischen König, der eben Witwer geworden war, unter anderem die Gründung einer Feuerkasse als lohnendes Geschäft zu unterbreiten.[18] Die beiden lieferten ein fertiges Konzept für ein Unternehmen, in dem sie die gut dotierten Leitungsposten übernehmen würden, an der Seite von vier Oberdirektoren. Tatsächlich wurde auf der Basis dieser Vorschläge im Oktober 1705 von König Friedrich I. ein sogenanntes Feuerkassenreglement erlassen. In einem Punkt war der Entwurf noch entscheidend geändert worden: So war der König nicht befugt, nach Belieben Gelder aus der Kasse zu eigenen Zwecken zu entnehmen. Eine entscheidende Vorgabe wurde umgesetzt, nämlich dass der Geltungsbereich der Versicherung sich auf das gesamte Land erstrecken sollte, also nicht nur die Residenzstädte, sondern auch die Provinzen mit ihren Städten einzahlen und im Brandfall Entschädigung für den Wiederaufbau erhalten sollten. Schon im April 1706 nahm die „General-Stadt- und Landfeuerkasse" ihren Betrieb auf. An ihrem Sitz im Haus zum „Schwarzen Adler" in Cölln blieb es jedoch still, Anträge auf den Beitritt in die Versicherung ließen auf sich warten, stattdessen hagelte es Klagen und Kritik aus den Städten und Regionen, insbesondere die ständische Ritterschaft widersetzte sich der Einrichtung.

Der „Prototyp" gerät in Schwierigkeiten

Umgehend machten sich die Direktoren Müller und Wiegand an eine Modifizierung der königlichen Verordnung des Vorjahres. Zum Juni 1706 wurden Versicherungsprämien festgelegt, die jedoch nicht auf Erfahrungen beruhten; die Mitgliedschaft in der Feuerkasse wurde zur Pflicht, um die Anzahl der Einzahler zu erhöhen. Das änderte nichts an den Beschwerden, überdies hatte die Feuerkasse Probleme mit der zügigen Bearbeitung von Anträgen und Schäden. Es fehlte an der notwendigen Infrastruktur. Die Straßen aus den Provinzen nach Cölln waren schlecht und so kam es vor, dass der Antrag noch unterwegs war, während im Dorf schon ein Feuerschaden entstand. Es kam zu Streitigkeiten über die Entschädigungsverpflichtung. Und Königsberg, die stolze Hauptstadt der Provinz Preußen, bestand über Monate darauf, von den Beiträgen freigestellt zu werden, weil dort besonders strenge feuerpolizeiliche und Löschvorschriften galten.[19] 1707 wurde in der Feuerkasse festgestellt, dass für die Kurmark bis dahin lediglich etwa zwei Drittel der zu erwartenden Beiträge eingegangen waren. Die Gehälter der Direktoren und Verwaltungskosten wollten bezahlt sein, im Schadenfall war gleichzeitig nicht sichergestellt, dass Entschädigung geleistet werden konnte. Als Lösung sollten die Beiträge erhöht und Strafen bei Zahlungsverzug erlassen werden. Die Residenzstädte an der Spree entwickelten gegenüber der Feuerkasse und den sich daraus ergebenden Zahlungsverpflichtungen einen heftigen Widerwillen, sie monierten die finanzielle Belastung, zudem hatten sie Einblick in die Situation und bemängelten die teure Verwaltung. Sie richteten sich nicht nur gegen die beiden Direktoren Müller und Wiegand, die als „Ausländer" angesehen wurden, sondern auch gegen die Wartenberg-Wittgenstein-Clique.

Überblick für Berlin, Cölln und die Vorstädte, bezogen auf das Jahr 1709

Straßen, Plätze: **124**

Öffentliche Gebäude: **26**

Stadtgebiet Fläche (ha): **626**

Einwohner: **55.000**

Stadttore: **5**

Brücken: **24**

Gewerbliche Gebäude: **24**

Rathäuser: **3**

Wohngebäude: **3.800**

Kirchen: **13**

Quelle: Peters, Günter: Kleine Berliner Baugeschichte.
Von der Stadtgründung bis zur Bundeshauptstadt, Berlin 1995, S. 94.

An Seine Königliche Majestät in Preussen Allerunterthänigst.
Erklährung derer Zeichen.
IMMEDIAT-STADT.
Mediat-Stadt.
Ritter-Stadt und Sitz.
Ordens-Haus. Comturei.
ein Amt. ein KLOSTER.
ein Dorff. * eine Universität.
Post-Wege
LAND STERNBERG
HERZOGTHUM CREIS
CROSSEN
SCHLESIEN
LAND COTBUS
Crossen
Züllichau
Beuthniz
Sternberg
Langenfeld
Drossen
Sonnenburg
Königswalde
Zielenzig
Reichenwalde
Cuners-Dorf
Bobersberg
Grünberg
Carolath
Sagan
Glogau
Schwerin
Meseritz
Bomsdorf
Fürstenberg
Rothenburg
Polnisch Nettka
Deutsch Nettka
Sommerfeld
Baudach
Forst
Pförten
Peitz
Sylow
Fridberg
Landsberg
Zantoch
Driesenscher Hammer
Festa Driesen
Braunsfeld
Schönrade
Segenfeld
Wormsfeld
Marwitz
Tornow
Weperitz
Zeschow
Altenfluss
Carbe
Filehne
Dolgen
Hammer
Gleissen
Arenzdorf
Mauskow
Seefeld
Gorgast
Mantschenow
Reudtwerder
Werbig
Wörin
Münchenberg
Hoppegarte
Falckenhagen
Tempelberg
Kienbaum
C. Liezen
Pedelack
Cöthen
Zehden
Beerwalde
Grunbrade
Custrinchen
Bernowchen
Fürstenfeld
A. N. Damm
Quartschen
Piersnow
Lichtenow
Wernick
Custrin
Golze
Gorgast
Quappendorf
Zechin
Wollup
Friedland
Wrizen
Neuendorf
Bliesdorf
Zellin
Neuen Hagen
Neuen Frevenwalde
Oderberg
Neustadt Eberswalde
Grunberg
Mohrin
Trecho
Tornow
Hohenfinow
Buckow
Strausberg
Quilitz
Trebbin
Golze
Worin
Werbig
Reudtwerder

1718 bis 1731

FEUER**TAUFE**

1718 wurde doch noch eine Brandschutzversicherung gegründet: die Feuersozietät. Dass sie die Weihen des jungen Königs Friedrich Wilhelm I. erhielt, war der Beharrlichkeit der Berliner Bürgerschaft zu verdanken, die nun von der Idee einer Feuerkasse auf Gegenseitigkeit überzeugt war. Berliner sagen eben, was sie wollen, daran hat sich wohl bis heute nichts geändert. Der Anfang war also gemacht – die Feuersozietät entwickelte sich schnell: Sie wurde zum Vorbild für Städte und Regionen wie der Kur- und Neumark der Provinz Brandenburg oder für Stettin, Königsberg und Magdeburg. Und musste sich mit der Explosion des Pulverturms am Spandauer Tor 1720 und dem Brand der Petrikirche 1730 schon kurz nach der Gründung den ersten großen Bewährungsproben stellen.

Die Gründung der Feuersozietät am 29. Dezember 1718

König Friedrich Wilhelm I. (1688 – 1740)

Per App Friedrich Wilhelm I. zum Greifen nah sehen.

Ende 1718 wurde eine Feuerversicherung, die Berliner Feuersozietät, gegründet.

Berlin, Königliche Haupt- und Residenzstadt seit 1710, kam der Anweisung des Königs nach und entwickelte umgehend neue Vorschläge für eine Feuerversicherung. Sie wurde lokal beschränkt für die zusammengeführten Städte an der Spree entworfen.[24] Die Schätzungen der Gebäudewerte wurden zum Abschluss gebracht und in einem Kataster dokumentiert. 1711, nachdem die General-Stadt- und Landfeuerkasse aufgelöst worden war, gab es bereits eine fertige Vorlage für Berlin. 1712 war das Konzept unterschriftsreif. Da starb im Februar 1713 König Friedrich I. Sein Nachfolger König Friedrich Wilhelm I. (1688 – 1740), später wegen seiner Vorliebe für das Militär auch „Soldatenkönig" genannt, übernahm von seinem Vater einen aufwendigen Hofstaat. Den versuchte er durch Sparmaßnahmen zu konsolidieren, zugleich die Struktur des brandenburgisch-preußischen Staates zu festigen. Es wurde ein stehendes Heer geschaffen. Eine Vielzahl von Beamten bildete eine verlässliche Administration im Land, auch auf unterster Ebene. Das Beamtenwesen mit seiner besonderen Treuebindung an den Staat wurde ein Ordnungsmerkmal, das konstitutiv für Preußen werden sollte.

Die Förderung von Kultur und Wissenschaft, aber auch die wirtschaftliche Entwicklung standen nicht besonders weit oben auf der Agenda des jungen Königs. Die Einrichtung einer Berliner Brandschutzversicherung war nachrangig. 1714 erneuerten die Vertreter der vereinigten Residenzstädte an der Spree ihre Vorschläge, ohne dass eine Reaktion seitens des Landesherrn erfolgte. Es dauerte dann noch bis zum **29. Dezember 1718,** dass den Berlinern die Errichtung einer Feuerversicherung genehmigt wurde und der König das „Reglement wegen der in Berlin aufgerichteten Sozietät zur Ersetzung eines entstehenden Feuerschadens" unterzeichnete.[25] Es war der Gründungsakt der Berliner Feuersozietät.[26]

Das vom König abgesegnete Reglement hielt fest, dass die Versicherung auf Gegenseitigkeit beruhte. Sie berechnete also die Beiträge als Umlage der Versicherten, dabei sollte kein Gewinn realisiert werden. Schon der Entwurf des Großen Kurfürsten von 1685 war in dieser Weise angelegt gewesen. Nun, nach 30 Jahren stetigen Bevölkerungswachstums in der Stadt, gab es genug Bürgerinnen und Bürger, die aus eigenem Antrieb an einer solchen Versicherung Interesse hatten und sich als Risikogemeinschaft verstanden. Anders aber als beim Vorstoß des Kurfürsten vor Jahren ging die Gründung der Feuersozietät 1718 nicht auf eine Anweisung von oben zurück, sondern war Ergebnis der Initiative der Immobilien besitzenden Einwohnerschaft und ihrer Vertreter, die die Sinnhaftigkeit einer Versicherung erkannt hatten.

Brettspiel Risiko

Per App den Spieleklassiker entdecken.

Sich als Risikogemeinschaft zusammenzuschließen, basierte auf der Erfahrung, nicht bloß eine Gefahrengemeinschaft zu sein und als Solidargemeinschaft zu agieren. Sie markierte eine gesellschaftliche Transformation hin zur Moderne. Dies kann als eine Epochenschwelle[27] im Selbstverständnis eines sich selbst organisierenden Gemeinwesens gesehen werden. Wer in der Stadt lebte, war sich der Gefahren bewusst, die von Feuer ausgingen, von der Beleuchtung mit offenem Feuer, beim Heizen, Kochen und Wäschewaschen. Nur mit der Sorgfalt jedes Einzelnen und in jedem einzelnen Haushalt konnten sie einigermaßen kontrolliert werden. Doch für das Haus des Nachbarn oder eines Mitbewohners in derselben Straße war schon nicht mehr zu garantieren, ob da ebenso aufmerksam hantiert wurde. Je stärker die Stadt wuchs, um so unübersichtlicher wurde das Zusammenleben. Feuer in der Stadt stellten eine Bedrohung dar, die individuell oder im kleinen Raum nicht mehr beherrschbar schien. Und im Unterschied zur Haltung gegenüber den Gesundheitsgefahren durch Seuchen wie Pocken, Pest und anderen damals grassierenden Krankheiten, die noch namenlos und deren Folgen unabsehbar waren, bei denen der Gedanke an eine Solidargemeinschaft oder eine Versicherung gar nicht aufkam, konnte man sich zur Gefahr durch Feuer konkreter verhalten. Die Einstellung, sich gemeinsam gegen Feuerschäden einen Schutz zu schaffen, erschien realistisch.

RISIKO

Risiko, das: Der Duden definiert es als möglichen negativen Ausgang bei einer Unternehmung, mit dem Nachteile, Verlust, Schäden verbunden sind. Hinter dem Begriff stehen aber auch noch ein, zwei, drei andere Bedeutungen:

1. Brettspiel (engl. Risk), das in den 1950er-Jahren vom französischen Filmregisseur Albert Lamorisse entwickelt wurde. Ziel des Spiels ist es, dass die Spieler auf einer Weltkarte möglichst große Gebiete mit ihren Truppen besetzen und die Armeen der Gegner schlagen.

2. Roman von Stefan Kopetzky aus dem Jahr 2015. In Anspielung an das Brettspiel werden anhand einer fiktiven Afghanistan-Expedition die Auswirkungen des Ersten Weltkriegs für das 20. Jahrhundert weitschweifig dargestellt.

3. Definition bei François Robert Ewald, Der Vorsorgestaat (1986): „Der Begriff des Risikos ist weniger mit den Begriffen der Gefahr oder Bedrohung verknüpft als mit denen der Chance, des Zufalls, der Wahrscheinlichkeit, der Eventualität oder Zufälligkeit auf der einen, denen des Verlusts oder Schadens auf der anderen Seite, wobei am Schnittpunkt beider Serien der Begriff des Unfalls angesiedelt ist. Man versichert sich stets nur gegen einen Unfall, gegen die Möglichkeit des Verlusts eines Gutes. Die Versicherung objektiviert über die Kategorie des Risikos jedes Ereignis als Unfall. Das allgemeine Modell der Versicherung ist das Spiel. Risiko und Unfall sind wie die Zahlen beim Roulette oder wie die Karte, die man auf gut Glück zieht. Mit der Versicherung wird das Spiel zum Symbol der Welt."[28]

Plan von Berlin
im Jahr 1710.

Per App zu noch mehr
Zahlen und Geschichte(n).

Geschäftsgebiet und Versicherungszwang
Das Berliner Reglement enthielt keine exakte räumliche Beschreibung des Geschäftsgebiets, es legte lediglich fest, dass sich die Feuersozietät auf die „Residentzien und deren Vorstädte" bezog. Berlin galt seit 1710 als Königliche Haupt- und Residenzstadt, zu der Cölln, Friedrichswerder, die Dorotheenstadt und die Friedrichstadt gehörten.[29]

Nach 1718 erstreckte sich das Geschäftsgebiet der Feuersozietät auf unten dargestellte Stadtviertel sowie die angrenzenden Vororte.[30]

Überblick über die Zahl der überbauten Grundstücke

Cölln **739**

Vorm Königs Thor **644**

1.091
Berlin

Vorm Stralauer Thor **498**

Friedrichstadt **860**

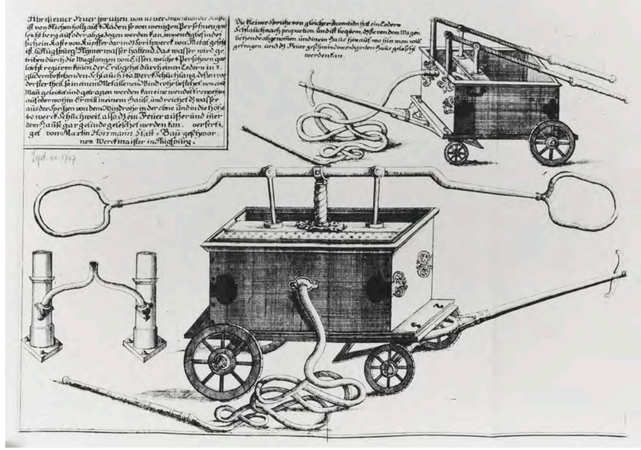
Friedrichswerder **297**

Dorotheenstadt **269**

Spandauer Viertel **973**

Cöllnische Vorstadt **591**

Feuerspritze



Die Feuersozietät wächst und etabliert sich

Von den ehemals eigenständigen Städten war Berlin die deutlich Größte. Neue Gebäude waren vor allem in der Friedrichstadt seit 1685 hinzugekommen, auch die Vororte waren angewachsen, die nun mit in die Kasse aufgenommen wurden.

Um eine möglichst hohe Absicherung zu erzielen und die Zahlungen auf viele Schultern zu verteilen, waren alle Hauseigentümer verpflichtet, der Feuerkasse beizutreten. Dieser Versicherungszwang galt jedoch nicht für Gebäude, die sogenannten Eximierten gehörten. Hierunter wurden jene Bewohner der Stadt verstanden, die nicht der Besteuerung und städtischer Gerichtsbarkeit unterlagen, wie Angehörige des Hofs oder Geistliche. Auch die königlichen Gebäude sowie andere öffentliche Bauwerke wurden nicht von der Feuersozietät erfasst.

Der Beitritt zur Feuersozietät musste von den Hauseigentümern beantragt werden. Erst nach Erfassung des Gebäudes im Kataster galt die Mitgliedschaft mit allen Rechten und Pflichten als begründet. 1721, drei Jahre nach der Gründung, gehörten bereits 4.573 Versicherte der Feuersozietät an. Wo sich damals der Sitz der Feuersozietät befand, darüber gibt es keine genauen Angaben.

Taxation
Der Wert jedes einzelnen Hauses wurde von Maurern und Zimmerleuten geschätzt und in einem straßenweise angelegten Kataster mit jeweils eigenem Katasterbuch (Folium) registriert. Alle zwei Jahre sollte das Kataster aktualisiert werden. Das Reglement hielt fest, dass die Fachleute für ihre Tätigkeit als Schätzer angemessen entlohnt werden mussten. Die Taxe durfte den Wert eines Gebäudes nicht übersteigen, als Minimum war die Hälfte des Gebäudewerts zu entrichten. Für den Fall eines Brandschadens von 2.000 Talern wurde pro 100 Taler eine Umlage von ¾ Pfennigen berechnet.[31] Im Falle, dass die Zahlungen der Beiträge nicht pünktlich eingingen, war festgelegt, dass teilweise das Kriegs-Hof- und Criminal-Gericht, teilweise auch der Magistrat berechtigt sein sollte, den säumigen Betrag einzutreiben.

Leitung der Berliner Feuersozietät
Vermutlich wegen der Erfahrungen, die man mit der General-Stadt- und Landfeuerkasse von 1706 gemacht hatte, bei der die Honorare der Direktoren einen großen Teil der Verwaltungskosten verschlungen hatten, wurde für die Berliner Feuersozietät die sparsame Lösung gewählt: Die Direktoren waren zur ehrenamtlichen Tätigkeit verpflichtet. Die Ämter rotierten jeweils nach einer Revision. Das Direktorium setzte sich aus zwei Mitgliedern des Stadtrats und zwei vom König bestimmten Eximierten zusammen. Die ersten benannten Direktoren waren die Hofräte le Jeune und Tieffenbach. Die vier Direktoren, die in späteren Dokumenten nicht mehr so bezeichnet wurden, sollten von zwei Verordneten aus jeder Stadt und den Vorstädten unterstützt werden, von denen jeweils einer der französischen Minderheit anzugehören hatte. Die Refugierten bildeten eigene Gemeinden und waren entsprechend nicht im Magistrat vertreten. Da sie jedoch einen so starken Anteil der Bewohner ausmachten, sollten sie ganz praktisch an der Verwaltung der Feuersozietät beteiligt werden.

Erstattung und Wiederaufbau
Das Reglement bestimmte nicht nur die verpflichtende Zugehörigkeit zur Versicherung, sondern auch den Zwang zum Wiederaufbau eines abgebrannten Gebäudes. Diese Vorschrift verfolgte zum einen den Zweck, dass keine Ruinen, beschädigten oder verwahrlosten Häuser das Stadtbild beeinträchtigten, zum anderen wurde damit sichergestellt, dass die Entschädigungssumme nicht anderweitig verwendet wurde. Eine Bereicherungsmöglichkeit durch Brandschaden war damit unterbunden. Zugleich konnte das Geld nicht in andere Regionen abfließen, sondern blieb in der Stadt. Offenkundig sollte auch der gezielten Brandstiftung vorgebeugt werden, da kein unmittelbarer finanzieller Vorteil durch einen „heißen Abbruch" zu erzielen war. Die Brandursache sollte darüber hinaus in jedem Fall genau untersucht werden.

Neben der Erstattung der Kosten für den Wiederaufbau waren auch die Schäden, die durch das Löschen oder Niederreißen an Nachbarhäusern entstanden, auszugleichen. Zudem wurde festgelegt, dass die beschädigten oder zerstörten Löschgeräte zu ersetzen waren. Hierzu gehörten vor allem (Leder-)Eimer und Schaufeln, aber auch hölzerne Feuerspritzen.

Weitere Entwicklung
Durch die städtische Bauordnung waren für Berlin bereits feste Dächer vorgeschrieben, damit waren also weder Reeteindeckungen noch Holzschindeln erlaubt. Eine wesentliche Vorschrift für den Brandschutz und sicher mit ein Grund dafür, dass es in der Zeit zu keinen größeren Bränden gekommen war.

Keine zwei Jahre nach Gründung der Feuersozietät war dann allerdings schon eine erste große Herausforderung zu bewältigen: Am 12. August 1720 explodierte der Pulverturm am Spandauer Tor. Die Ursache konnte nie ermittelt werden. Die Soldaten, die die Pulvervorräte ausräumen sollten, waren angehalten, vorsichtig zu hantieren, sie mussten Schuhe mit Filzsohlen tragen, es galt ein Rauchverbot, und dennoch ereignete sich das Unglück. 19 Soldaten, 36 Schüler der Garnisonsschule und 21 weitere Menschen kamen ums Leben, viele weitere wurden verletzt.

Explosionsschäden waren laut Statut eigentlich durch die Feuerversicherung nicht abgedeckt, doch war der Brand eine Folge der Explosion und es wurde eine Erstattung von 3.000 Reichstalern geleistet.[32]

Ruinen der Petrikirche in Berlin nach dem Brand 1730.

Brand der Petrikirche 1730

In Cöllns Mitte, heute durch die Schneise der Magistrale Leipziger-/Gertraudenstraße kaum mehr auszumachen, wurde vermutlich schon im 13. Jahrhundert eine Kirche errichtet, gestiftet vom Domkapitel in Brandenburg/Havel und nach dem Apostel Petrus, dem Schutzheiligen der Fischer, St. Petri genannt. 1237, mit der ersten urkundlichen Erwähnung der Siedlung Cölln ist auch der Name eines Cöllner Pfarrers Symeon bezeugt,[33] und es gibt Hinweise auf die Stiftung von Altären. Im 14. Jahrhundert wurde an dieser Stelle eine größere Kirche im gotischen Stil gebaut. Im gesamten alten Berlin waren die Häuser auf Pfählen errichtet, dabei war der Boden in Cölln besonders labil und schwer zu bebauen. 1663 meldete der Magistrat Cöllns an Kurfürst Friedrich Wilhelm, dass der Turm der inzwischen evangelischen Petrikirche erneuert werden müsste. Vermutlich aus finanziellen Gründen kam es dazu aber nicht, es wurden lediglich Reparaturarbeiten vorgenommen. Nach kurzer Zeit erschien die Lage so gefährlich, dass der Turm teilweise abgerissen und provisorisch mit einem Dach abgedeckt werden musste.[34] Der „stumpfe Turm" prägte nun die Stadtansicht. Finanzierung und Ausgestaltung eines neuen zogen sich über Jahre hin. Erst als Friedrich Wilhelm I. regierte, nahm die Umgestaltung der Petri-Kirche als einer der drei wichtigen Kirchen in der Residenzstadt Fahrt auf. Pläne wurden entwickelt, mehrere Baumeister beauftragt, Pläne wurden revidiert, in veränderter Form umgesetzt. Zuletzt zeichnete Johann Friedrich Grael für die Arbeiten am Turm verantwortlich. Auf Wunsch des Königs sollte ein weithin sichtbares Zeichen gesetzt werden. 302 Fuß hoch (ca. 94 Meter) zuzüglich der Turmspitze, der sogenannten Helmstange mit 43 Fuß (ca. 13 Meter), insgesamt also 345 Fuß oder 107 Meter sollte der Turm werden, damit wäre es der höchste Bau in ganz Europa gewesen.[35] 1726 begannen die Arbeiten, zu Pfingsten 1730 waren sie schon fast abgeschlossen.

Es sollen bereits 344 (von 345) Fuß geschafft gewesen sein (hier schwanken die Angaben), noch stand das Holzgerüst; „es fehlte nur noch der Knopf, sowie des Königs Namenszug und die kupferne Krone, welche auf die eiserne Thurmstange aufgesetzt werden sollte."[36] Da zog am Pfingstsonntag, abends um 20 Uhr, ein schweres Gewitter über die Stadt. „Zündelnde Blitze durchkreuzten einander. Plötzlich erblickte man über der oberen Haube von St. Peter ein hellbrennendes Licht. Der Blitz hatte oben gezündet. Mit rasender Schnelligkeit verbreitete sich das Feuer, in den verschiedendsten Farben schimmernd, über die Kirche und ihre Umgebung.[37] Tatsächlich waren es drei Blitze gewesen und zwischenzeitlich hatten der Kirchenvorsteher und ein Zimmermann noch auf dem Gerüst versucht, die Flammen einzudämmen, während der Küster eilig aus der Kirche silberne Sakralgegenstände trug. Blitzableiter gab es damals noch nicht, erst einige Jahre später wurde er von Benjamin Franklin entwickelt. Es brannte die gesamte hölzerne Einrüstung, die aus 690 Holzstämmen gefertigt und zum Schutz gegen Feuchtigkeit auch noch mit Ölfarbe bestrichen war. Der Turm leuchtete wie eine riesige Fackel kilometerweit in den Nachthimmel.

Alle Versuche, das Feuer zu löschen, waren vergeblich. Die Glocken, die bereits aufgehängt waren, schmolzen in der Hitze, ihre Bronze ergoss sich über die Straße.[38] Der Turm brannte aus, noch vier Tage später zerbarsten seine Reste, schlugen auf das ohnehin beschädigte Kirchenschiff und zerstörten es. Lediglich das Taufbecken und das Gitter der Kanzel, die aus Eisen gefertigt waren, sollen den Brand überstanden haben. Die nahe gelegene Lateinschule (das spätere Köllnische Gymnasium) und 37 Bürgerhäuser (insgesamt 44 Gebäude) fielen ebenfalls dem Feuer zum Opfer. Andere angrenzende Häuser waren mit feuchten Tierhäuten und Mist gegen das Feuer geschützt worden. In welchem Umfang die Feuersozietät hier für Schäden aufkommen musste, ist nicht überliefert, allein die Kosten für die erwähnten Bürgerhäuser werden erheblich gewesen sein.

Für den umgehend eingeleiteten Neubau der Petrikirche spendete der König 30.000 Taler. Schon 1733 konnte sie, diesmal im barocken „Zopfstil" erbaut, eingeweiht werden. Der Turm befand sich noch im Bau. Nach dem neuen Entwurf sollte er noch höher aufragen als der abgebrannte, nämlich 400 Fuß (ca. 124 Meter). Wieder wurden mehrere Baumeister mit der Durchführung betraut, es wurde auf die Fertigstellung gedrängt. Der Turm hatte 350 Fuß (108 Meter) erreicht, als am 21. August 1734, abends um 21:30 Uhr die gesamte Konstruktion einstürzte. Die bereits aufgebrachte, schwere steinerne Krone schlug durch ein benachbartes Dach. Ein verschütteter Oberst-Lieutenant konnte noch drei Tage später aus den Trümmern gerettet werden. Nachdem der übrige Schutt weggeräumt war, dauerte es vier Jahre, bis wieder Mittel für eine Behelfslösung bereitstanden. Nun wurde der Turm bis auf die Höhe des Kirchenbaus errichtet und zum Eingang umgenutzt.

In dieser Form überstand die Petrikirche 70 Jahre. Doch am 19./20. September 1809 brannte sie erneut. Wieder griff das Feuer schnell um sich. Alle Versuche, mit Eimern und Spritzen zu löschen, scheiterten. Ein Zeuge berichtete von „einem wahrhaft majestätischen Anblick".[39] Nicht nur die Kirche, auch ein Teil der benachbarten Spenerschen Buchhandlung sowie der Wachturm eines Waisenhauses gingen in Flammen auf. Auch für diese Schadensfälle liegen keine Unterlagen über den Umfang der Ersatzleistung durch die Städtische Feuersozietät vor.

Wieder mussten die Reste entsorgt werden. Mittel für einen Wiederaufbau standen nicht zur Verfügung, obwohl Karl Friedrich Schinkel (1781–1841) schon einen Plan angefertigt hatte. Es dauerte bis 1846, dass der Grundstein für eine neue Kirche gelegt wurde, die dann 1853, nach dem Entwurf von Heinrich Strack im neugotischen Stil mit dem höchsten Turm Berlins gebaut, eingeweiht wurde.

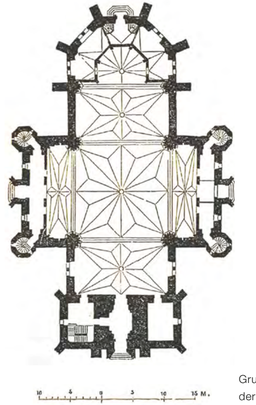
1890, Berlin war bereits eine umtriebige Großstadt, notierte ein Passant seinen Eindruck vom „köstlichen" Anblick, der sich ihm an der Kirche bot: „… wann der Frührotschein sie küsst, wann das Abendgold an dem Thurme hinaufsteigt, glühender und immer glühender, bis es dann in seiner eigenen Lohe zusammensinkt und allmählich wieder erlischt. Wenn das der Kundige sieht, so treten ihm wohl die furchtbaren Ereignisse der Jahre 1730 und 1809 vor die Seele. Dann aber kommt er tief aus des Herzens Grunde, der Wunsch: Bewahre Gott St. Peter und Alt-Kölln in Zukunft vor ähnlichem Unheil!"[40]

Der fromme Wunsch erfüllte sich nicht. Im April 1945 nutzten Trupps der SS den Kirchturm als Wachposition. Als die Soldaten der einmarschierenden Roten Armee sie bemerkten, kam es zum Schusswechsel. Bevor sich die Deutschen zurückzogen, legten sie im Kirchturm Feuer, dieser ging zusammen mit dem Kirchenschiff in Flammen auf.[41] Die Ruine wurde in den Jahren 1960 bis 1964 abgerissen.

An etwa der Stelle, wo die Kirche stand, soll demnächst ein „interreligiöses Bet- und Lehrhaus" entstehen – als „House of One".[42]

Die Feuersozietät macht Schule

Nach dem Vorbild der Berliner Feuersozietät wurden unter Friedrich Wilhelm I. weitere Feuersozietäten errichtet. So folgte unmittelbar auf die Gründung in Berlin 1719 die Gründung der Feuersozietät für die Landstädte der Kur- und Neumark der Provinz Brandenburg.[43] Nach dem gleichen Muster wurden in den Jahren 1720–23 je zwei Kassen für Stettin sowie für die übrigen Städte der Provinz Pommern und für Königsberg sowie die übrigen Städte der Provinz Preußen, ebenso wie für Magdeburg und Kleve-Mark etabliert. Auch diese waren als öffentliche Versicherungen angelegt, für die ein Beitrittszwang galt und bei der die Brandentschädigung nur zum Wiederaufbau erfolgte.[44]



Grundriss der Petrikirche, 1896.

1731 bis 1814

ANFANGS**JAHRE**

Berlin hatte sich im Wortsinn prächtig entwickelt: Das barocke Schloss und repräsentative Bauten wie das Zeughaus und andere Paläste an der Prachtallee Unter den Linden zeugten von der wachsenden Bedeutung der Haupt- und Residenzstadt. Das neue Reglement von 1794 war die logische Folge dieser tiefgreifenden Veränderungen. Denn Berlin war in den Jahrzehnten zuvor zu einem Ort mit vielen verschiedenen Bewohnergruppen und ebenso vielfältigen Ansprüchen geworden: Bürgerschaft, Militär, Hof und Hugenotten – unklare Strukturen und Zuständigkeiten machten die bürgerlich organisierte Brandbekämpfung schwer. Mehr Struktur musste her, so entstand das neue Generaldirektorium. Und mehr Wissen über Brände und ihre Bekämpfung ebenso. Mit Friedrich II. rückte schließlich das kriegerische Geschehen in den Mittelpunkt: Schlesien wurde dauerhaft zum Staatsgebiet Preußens, hinzu kamen noch Westpreußen und Teile des Adelsstaats Polen. Das Herrschaftsgebiet Friedrichs II. stieg zur fünften Großmacht in Europa auf. Berlins Bedeutung stieg mit – auch wirtschaftlich: Dafür sorgten viele Manufakturen, die ganz neue Anforderungen ans Thema Brandbekämpfung stellten.

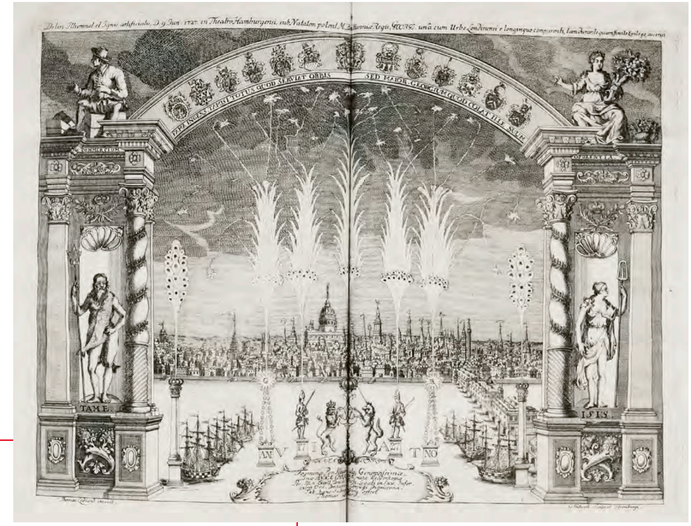
Titelseite des Feuersozietäts-Reglements aus dem Jahre 1794.

Die ersten 100 Jahre der Feuersozietät und das neue Reglement von 1794

Das Reglement von 1718 war über 70 Jahre lang Grundlage für alle Feuerversicherungsangelegenheiten der Stadt Berlin. Erst 1790 wurde ein Vorstoß unternommen, Korrekturen und Änderungen vorzunehmen. Nicht nur städtebaulich betrachtet war bis dahin viel passiert. Einige wenige Aspekte sollen die Entwicklung der Feuersozietät illustrieren.

Berlin hatte sich entwickelt: Das barocke Schloss war beständig ausgebaut und erweitert worden. Repräsentative Bauten wie das Zeughaus und andere Paläste an der Prachtallee Unter den Linden waren hinzugekommen. Die mittelalterliche Stadtmauer war nach und nach bis in die 1730er-Jahre abgerissen oder teilweise in neue Bebauungen integriert worden, eine neue Befestigung, die Akzisemauer, ersetzte sie und umschloss zugleich weite Teile der Vorstädte. Die Stadt erhielt auf diese Weise mehr Raum für ihre Ausdehnung nach innen wie nach außen. 14 Zugänge waren festgelegt. Markant sichtbar ist heute allein noch das an athenischen Vorbildern orientierte Brandenburger Tor (1791), an die anderen Tore zur Stadt erinnern lediglich die Namen von Straßenkreuzungen wie Frankfurter, Stralauer, Schlesisches oder Kottbusser Tor. Einige Plätze weisen noch auf frühere Torpositionen wie am Potsdamer und Rosenthaler Platz hin oder eben der Pariser Platz mit dem Brandenburger Tor.

Das vom Berliner Urstromtal vorgegebene günstige Netz an Wasserwegen war schon vor dem 18. Jahrhundert ausgebaut worden, nun mussten die Befestigungen und Brücken erneuert werden. Während der Friedrichswerder, die Dorotheenstadt und die Friedrichstadt planvoll angelegt wurden, ging die Erweiterung nördlich und östlich der Stadt weniger systematisch vor sich.



Feuerwerk

Eine zivile pyrotechnische Darbietung, die nach der Entdeckung des Schwarzpulvers entwickelt wurde. Gebündelte und gesteuerte Präsentation von Feuer. Feuerwerkskörper werden, in der Regel bei Dunkelheit, in den Himmel geschossen. Zur Krönung König Friedrichs I. in Preußen wurde 1701 in Königsberg ein Feuerwerk gezündet. Im Zeitalter des Barock war diese Form der öffentlichen Inszenierung ein Machtsymbol, das dem Adel vorbehalten war.

1748 komponierte Georg Friedrich Händel (1685 – 1759) in London eine Suite, die „Feuerwerksmusik“. Aus Anlass des in Aachen geschlossenen Friedens mit Frankreich hatte König Georg II. das von Bläsern dominierte festliche Musikstück in Auftrag gegeben. Das Feuerwerk bei seiner Erstaufführung 1749 „fiel“ jedoch weitgehend „ins Wasser“, hinzu kam, dass die Bühne Feuer fing, dennoch soll das Publikum das musikalische Werk sehr positiv aufgenommen haben.

Ein gigantisches Feuerwerk aus Raketen, Vulkanen und Sonnen ließ 1770 der französische König Ludwig XV. in Versailles zur Begrüßung seiner künftigen Schwiegertochter Marie-Antoinette veranstalten.

Gravur des Epilogs mit Feuerwerk von Thomas Lediard für die Aufführung von Händels Oper Giulio Cesare am 9. Juni 1727 im Opernhaus Hamburg.

Per App zu Pauken und Trompeten.

Berlin als Haupt- und Residenzstadt
König Friedrich Wilhelm I. setzte die kulturellen Anstöße seines Vaters Friedrich I. kaum fort, ja sie kamen fast völlig zum Erliegen. Die angestrebte Konsolidierung der Staatsfinanzen beanspruchte Zeit. Friedrich Wilhelm I. schenkte seine Aufmerksamkeit vor allem dem Ausbau des Militärs, bekannt geworden ist sein Regiment der „Langen Kerls“, in das nur Soldaten mit Gardemaßen aufgenommen wurden. Mit der Entlassung von zahlreichen Beamten des Hofs, die er gleich nach Übernahme des Throns vornahm, sowie weiterreichenden Eingriffen zugunsten des Militärs löste er vorübergehend sogar eine Wirtschaftskrise aus.

Berlin war nicht nur Haupt-, sondern vor allem Residenzstadt und beherbergte zugleich die größte Garnison des Landes. Auf Anweisung des Königs wurde der Lustgarten kahlgeschlagen oder „rasiert“, wie es hieß, und zum Exerzierplatz umgewandelt.[45] Für die Unterbringung der Soldaten standen bis 1763 – nach Beendigung des Siebenjährigen Krieges – keine Kasernen zur Verfügung. Private Häuser mussten zwei bis sechs Soldaten bei sich aufnehmen, Soldaten mit Familienanhang wurden jeweils in einem Haus einquartiert.[46] Dabei hatten die Soldaten, die mit ihren Angehörigen 20 bis 25 Prozent der Berliner Einwohnerschaft ausmachten, Anspruch auf Räume, die zur Straße lagen. Leicht nachvollziehbar, dass die zivilen Bewohner der Stadt wenig angetan waren von der Privilegierung des Militärs. Laufend kam es zu Übergriffen und Belästigungen im Zusammenleben, die von den Militärgerichten kaum geahndet wurden.

Die Bewohner und die Zuständigkeiten
Für militärische Angelegenheiten innerhalb der Residenzstadt war der Oberbefehlshaber, der Gouverneur, verantwortlich, in dessen Zuständigkeitsbereich auch polizeiliche Aufgaben fielen.[48] Dazu gehörten beispielsweise die Unterhaltung des Straßenpflasters, die Reinhaltung der Straßen und ihre Beleuchtung. Gab es in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts Straßenpflaster vorwiegend in den neueren Stadtteilen Dorotheenstadt und Friedrichstadt, verbesserte sich die Situation zum Ende des Jahrhunderts hin deutlich. Bestand die Reinhaltung der Straßen in der Entsorgung von Abwasser, aber auch Fäkalien, die aus dem Rinnstein (soweit vorhanden) am Übergang von Straßenniveau zu Bürgersteig entfernt werden mussten, wurde 1777 eine eigene Anstalt gegründet, die für die Straßenreinigung zuständig war und mit 36 von Pferden gezogenen Karren dafür sorgte. Zudem waren die Eigentümer montags und donnertags dazu verpflichtet, die Straßen zu fegen.[49] Die öffentliche Straßenbeleuchtung bestand aus Öllampen, die jedoch nur spärlich verteilt waren.[50] Zusätzlich sorgten einzelne Laternen, die an den Häusern angebracht waren, für die Beleuchtung der Straße. Während des Abends und nachts streiften Nachtwächter durch die Straßen, riefen die Zeit aus und achteten darauf, dass es zu keinen Einbrüchen oder Bränden kam.

Die Angehörigen der Garnison, die Soldaten sowie ihre Familien unterstanden allein der Befehlsgewalt des Gouverneurs und nicht den Entscheidungen des Magistrats. Der Magistrat hatte schon länger den größten Teil seiner kommunalen Selbstverantwortung eingebüßt.[51]

Weichbild

Stadtgebiet einer größeren Stadt.
Herleitung: Weich – althochdeutsch wīh – Wohnstätte, Siedlung;
Bild – sinngemäß für Recht, Unbill, engl. bill, insg. Ortsrecht; nach dem Brockhaus: „seit dem 13. Jahrhundert Bezeichnung für Stadt und Stadtgebiet selbst.“[47]

Heute wird das Wort häufig im Sinne von Silhouette einer Stadt benutzt.

Darstellung eines unbekannten Grenadiers, ein sogenannter Langer Kerl, vom Roten Leibbataillon der Riesengarde Friedrich Wilhelm I.

Der Brand auf dem Mühlendamm, um 1759; Stiftung Stadtmuseum Berlin, Reproduktion: Michael Setzpfandt, Berlin.

Auf dem Weg zu mehr Struktur

Neben den Belangen der Garnison spielten auch die der Residenz eine wesentliche Rolle, so entschied in vielen Fragen der öffentlichen Sicherheit oft unmittelbar der König. Einzelnen Häusern, den sogenannten Freihäusern, wurde ein Sonderstatus eingeräumt.[52] Wie überhaupt die Angehörigen des Hofs unter besonderem Recht standen sie waren als „Eximierte“ vom städtischen Bürgerrecht mit all seinen Lasten freigestellt, für sie galt die königliche Gerichtsbarkeit. Wer zum Umfeld des Hofs gehörte, musste nicht von Geburt adlig sein, sondern konnte per Verordnung, beispielsweise als Beamter oder als Gewerbetreibender, der beständig Waren an den Hof lieferte, privilegiert werden. Nach sachverständigen Schätzungen existierten rund 500 Freihäuser in der Stadt.[53]

Ein weiterer Sonderstatus war den Mitgliedern der französischen Kolonie vorbehalten. Bis zur Auflösung dieser Korporation 1809 war er bindend. Die Réfugiés, in der Regel Calvinisten, durften ihre Form der protestantischen Religion in verschiedenen Kirchen praktizieren, so auch in jener auf dem Gendarmenmarkt, die später zum Französischen Dom (1785) ausgebaut wurde.[54] Die französischen Bewohner waren nicht gezwungen, den Zünften und Innungen beizutreten, waren mit den Kolonialgerichten ebenfalls einer eigenen Gerichtsbarkeit unterworfen. Zudem wurden sie nur im geringen Umfang zur Zahlung der „Akzise“, der städtischen Verbrauchssteuer, herangezogen.

Alle drei Gruppen – das Militär, der Hof, die Kolonie der Hugenotten –, aber auch die Vertreter der Berliner Kirchen, benötigten kein Bürgerrecht, um in der Stadt dauerhaft leben zu können. Die Soldaten besaßen in der Regel keine Häuser in der Stadt, deshalb stellte sich für sie die Frage der Mitgliedschaft in der Feuersozietät nicht. Für die sogenannten Eximierten bestand wohl anfänglich keine Verpflichtung der Feuersozietät beizutreten, es war jedoch möglich, dies freiwillig zu tun und dann den Taxwert selbst zu bestimmen.[55] Im Gegensatz dazu berichten andere Chronisten, dass Eximierte ebenso wie die Réfugierten Mitglied in der Sozietät werden mussten.[56] Betrachtet man die Zusammensetzung der Leitung der Feuersozietät, zu der auch Réfugierte gehörten, ist wahrscheinlich, dass sie sich in jedem Fall versichern mussten und ihre Gebäude von den jeweiligen Feuerherren taxiert wurden. Dagegen werden Eximierte eher eine Mitgliedschaft auf freiwilliger Basis begründet haben.

Zur stärkeren Aufsicht über den Magistrat 1723 richtete der König das Generaldirektorium („General-Ober-Finanz-Kriegs- und Domänendirektorium“, auch kurmärkische Kriegs- und Domänenkammer), ein. Diese Institution stellte die Zentralbehörde für die innere Landesverwaltung dar, unter seiner persönlichen Leitung. Ab 1726 ernannte er jeweils unmittelbar einen Stadtpräsidenten zur Regelung der städtischen Angelegenheiten, ihm standen drei bis vier Bürgermeister zur Seite, zwei Syndici, ein Ökonomiedirektor, ein Kämmerer, der zugleich Ratmann war, sowie zwölf weitere Ratmänner. Sie waren verantwortlich für das Stadtgericht, hielten das Patronatsrecht über alle Kirchen der Stadt und regelten die Belange der beiden Gymnasien.

Als Antwort auf die verschiedenen Interessen in der Stadt wurde das Generaldirektorium geschaffen.

Kameralistik

auch „Kameralwissenschaft“ (Cameralia), ursprünglich Begriff für das Wissen über die Verwaltung der fürstlichen Kammer (camera), dann allgemeiner gefasst als die für Verwaltungsbeamte nötigen Kenntnisse; heute im Sinne der Volkswirtschaftslehre (…) verstanden.[57] Das Studienfach vermittelte einen Querschnitt zahlreicher Disziplinen des staatlichen Handelns, so die „Policey“- und Finanzwissenschaft, aber auch ganz praktisches technisches Wissen wie zum Beispiel der Bau militärischer Anlagen, das Manufakturwesen, Landwirtschaft oder Bergbau.[58] Theoretisch wurde im ausgehenden 17. Jahrhundert die Kameralistik auch staatswissenschaftlich unterfüttert (ältere Kameralistik) und im 18. Jahrhundert (neuere Kameralistik) weiter ausdifferenziert.[59] Den Zweck staatlichen Handelns sah 1760/61 der Kameralist Johann Heinrich Gottlob von Justi (1717 – 1771) im Zusammenfallen der Glückseligkeit der Untertanen und des Staates (oder Gemeinwesens)[60], in der rationalen Übereinstimmung von individuellen und kollektiven Interessen. Mit Glückseligkeit war nicht das zufällige Glück gemeint, sondern ein bewusst herbeigeführter Zustand. Auf ähnlicher Grundlage basierend fand dieser Gedanke auch Eingang in die amerikanische Unabhängigkeitserklärung von 1776, in der vom „pursuit of happiness“ die Rede ist. Der 1760/61 von Justi theoretisch formulierte Wohlfahrtsgedanke fand allerdings nur sehr eingeschränkt Eingang in die Praxis staatlicher Politik der preußischen Herrscher. Auch die Errichtung der Berliner Feuersozietät konnte als Beleg für das fürsorgliche Handeln des Sourveräns für seine Untertanen angesehen werden. In späterer Zeit wurde Kameralistik als etwas Starres, Überholtes abgetan und oftmals pejorativ verwendet.

Vollständige
Abhandlung
von denen
Manufacturen
und
Fabriken.
Erster Theil
welcher die allgemeinen Grundsätze und Betrachtungen in sich enthält.
Von
Johann Heinrich Gottlob von Justi,
Kopenhagen,
Auf Kosten der Rothenschen Buchhandlung. 1758.

Abhandlung von den Manufakturen und Fabriken (1758).

Ledereimer für Wasser zur Brandbekämpfung.

Die Brandbekämpfung war bürgerlich organisiert, was häufig zum Chaos führte.

Selbst die wenigen Aspekte der polizeilichen Aufsicht, die noch in den Zuständigkeitsbereich des Magistrats fielen, konnte dieser nur zum Teil wahrnehmen, weil er lediglich ausführende Behörde war. Die ursächliche Entscheidungskompetenz lag beim Generaldirektorium bzw. beim Gouverneur. Als Beispiel für die hochdifferenzierte Gliederung der Kompetenzen lässt sich die Verwendung unterschiedlicher Maße und Gewichte im Berliner Handel anführen. Hier war der Magistrat zwar für die Überwachung zuständig, doch nicht für die Vereinheitlichung.[61] Auf diese Weise waren Betrug, aber auch die Verteuerung von Lebensmitteln kaum einzudämmen.

1727 wurde mit einer neuen Feuerordnung versucht, ein Regelwerk zur Abwendung der Feuergefahr, zur Beschaffung von Gerätschaften für die Bekämpfung eines Brandes sowie Verhaltensmaßregeln zur Warnung und Löschung im Brandfall zu schaffen.[62]

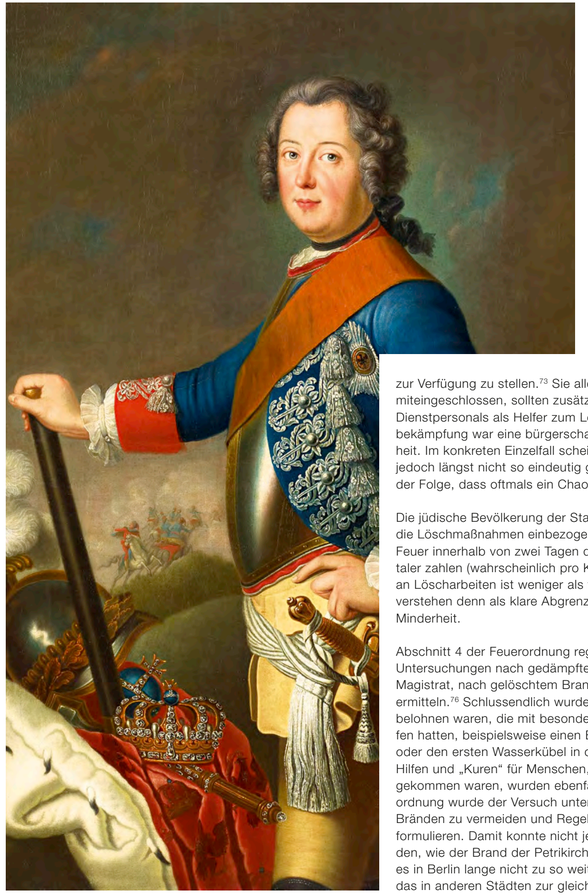
Um einen Brand zu vermeiden, regelte die Feuerordnung beispielsweise, dass Schornsteine gemauert sein mussten. Wenn Pferde gehalten wurden, durfte lediglich ein Fuder Heu im Stall gelagert werden.[63]

Hinsichtlich der Anschaffung notwendiger Feuerinstrumente und Geräte wurde unter anderem vorgegeben, dass metallene oder hölzerne Spritzen im Haus vorhanden sein mussten[64], Zünfte waren ebenfalls verpflichtet, die nötigen Gerätschaften zu besorgen, so Ledereimer.[65] Auch in Rathäusern hatten Ledereimer und Spritzen zur Verfügung zu stehen, außerdem Schlauch- und Rohrspritzen[66], am Wasser stehende Gebäude sollten mit sogenannten Prahm-Spritzen ausgestattet sein.[67]

Als Beispiel von Verhaltensmaßregeln zur Warnung im Brandfall lassen sich Kunstpfeifer anführen, die Vorläufer der KATWARN-App zur Gefahrenwarnung der Bevölkerung im heutigen Berlin und Brandenburg. Sie mussten auf Türmen Wache halten und gegebenenfalls nachdrücklich pfeifen[68], dann sollten Laternen an den Häusern entzündet oder Lichter in die Fenster gestellt werden, damit Löschende nicht durch die Dunkelheit stolpern mussten.[69]

Für die einzelnen Städte wurde eine lokale Einteilung nach Distrikten vorgenommen, in denen jeweils „Viertel-Meister“ verantwortlich waren.[70] Die zuständigen „Feuerherren“, die wiederum für kleinere Reviere verantworlich waren, hatten sich im Brandfall um die „Anfuhr des Wassers“ zu kümmern.[71] „Bürger-Offiziere“ bildeten eine Hierarchie, um die Löschmaßnahmen einigermaßen koordiniert durchzuführen, ihnen stand eine gleichgroße Gruppe von Eigentümern zur Seite.[72] Alle Einwohner, auch Eximierte, waren verpflichtet, Pferde für Löschmaßnahmen zur Verfügung zu stellen.[73] Sie alle, Eximierte und Refugierte miteingeschlossen, sollten zusätzlich „tüchtige Personen“ ihres Dienstpersonals als Helfer zum Löschen schicken.[74] Die Brandbekämpfung war eine bürgerschaftlich organisierte Angelegenheit. Im konkreten Einzelfall scheinen die Verantwortlichkeiten jedoch längst nicht so eindeutig geklärt gewesen zu sein. Mit der Folge, dass oftmals ein Chaos entstand.

Per App zum Katastrophenschutz fürs Handy.



Friedrich II. von Preußen als junger Heerführer.

Brandverhütung auf der einen, Entschädigung auf der anderen Seite

Die jüdische Bevölkerung der Stadt wurde grundsätzlich nicht in die Löschmaßnahmen einbezogen, sondern musste nach jedem Feuer innerhalb von zwei Tagen durch ihre Ältesten 15 Reichstaler zahlen (wahrscheinlich pro Kopf).[75] Diese Nichtbeteiligung an Löscharbeiten ist weniger als fürsorgliche Schonung zu verstehen denn als klare Abgrenzung gegenüber der jüdischen Minderheit.

Abschnitt 4 der Feuerordnung regelte die „Verrichtungen und Untersuchungen nach gedämpftem Feuer“. So lag es beim Magistrat, nach gelöschtem Brand genau die Ursache zu ermitteln.[76] Schlussendlich wurde bestimmt, wie diejenigen zu belohnen waren, die mit besonderem Eifer beim Löschen geholfen hatten, beispielsweise einen Brand in der Nacht gemeldet oder den ersten Wasserkübel in die Flammen geschüttet hatten. Hilfen und „Kuren“ für Menschen, die beim Einsatz zu Schaden gekommen waren, wurden ebenfalls fixiert.[77] Mit dieser Feuerordnung wurde der Versuch unternommen, die Entstehung von Bränden zu vermeiden und Regeln für die Brandbekämpfung zu formulieren. Damit konnte nicht jedes Unglück verhindert werden, wie der Brand der Petrikirche 1730 zeigte, dennoch kam es in Berlin lange nicht zu so weitreichenden Katastrophen, wie das in anderen Städten zur gleichen Zeit geschehen ist.

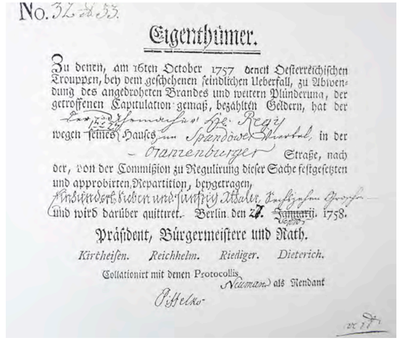
Während die Feuerordnung vor allem der Brandverhütung und -bekämpfung diente, trat die Berliner Feuersozietät zur Entschädigung für mögliche Schäden ein. 1730 erreichte die Versicherungssumme insgesamt einen Wert von 4.124.923 Reichstalern. Dies war ein Zuwachs seit 1721, dem ersten vollständigen Rechnungslegungsjahr, um 485.748 Reichstaler bzw. um mehr als 13 Prozent. Bis 1737 stieg die Summe nur langsam um weitere 4 Prozent.[78]

Die Kompetenzen innerhalb der Stadt waren nicht leicht durchschaubar, der Magistrat stand fast vollständig unter der Aufsicht der Domänenkammer, war zusätzlich durch den Gouverneur im Handeln beschränkt, doch die Verantwortlichkeiten im Bereich der Feuersozietät, die beim Magistrat angesiedelt war, scheinen klar geregelt gewesen zu sein.[79] Das wurde auch beibehalten, als König Friedrich II., der Große, 1740 seinem Vater auf dem Thron nachfolgte.

Wie im konkreten Brandfall mit der Schadenregulierung umgegangen wurde, ist nicht überliefert. Doch bezeugt eine Quelle für das Jahr 1740, dass die Schäden, entsprechend der taxierten Versicherungssumme, innerhalb von drei bis vier Wochen erstattet wurden.[80] Lediglich in Fällen, bei denen der Betrag 5.000 Taler überstieg, wurde zunächst ein Abschlag gezahlt. Während der gesamten hier beschriebenen Zeitspanne war die Feuersozietät als eigenständiger Zusammenschluss beim Magistrat angesiedelt. Mit ihrer Monopolstellung wurde zugleich die Konkurrenz von privaten Versicherungen unterbunden. Diese durften sich zwar im Berliner Stadtgebiet betätigen, jedoch nicht im Bereich der Gebäudeversicherung.

Das bürgerliche Leben
sollte abgesichert werden.

Ein neuer König bringt weitere Kriege



No. 32. à 35.

Eigenthümer.

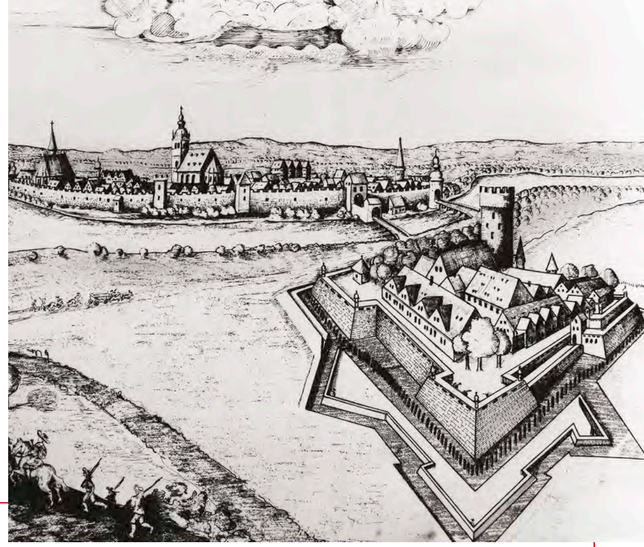
Zu denen, am 16ten October 1757 denen Oesterreichischen Trouppen, bey dem geschehenen feindlichen Ueberfall, zu Abwendung des angedroheten Brandes und weitern Plünderung, der getroffenen Capitulation gemäß, bezahlten Geldern, hat der [illegible] wegen seines Hauses im Spandauer Viertel, in der Oranienburger Straße, nach der, von der Commission zu Regulirung dieser Sache festgesetzten und approbirten Repartition, beygetragen, [illegible] und wird darüber quittiret. Berlin, den 27 September 1758.

Präsident, Bürgermeistere und Rath.

Kirchheisen. Reichhelm. Rüdiger. Dieterich.

Collationiret mit denen Protocollis.
Naumann als Rendant
Pfeffer.

Einzahlungsbeleg für die Kontributionszahlung des Uhrmachers Regy, Oranienburger Straße/Monbijouplatz, 27. September 1758.



Die Zitadelle in Spandau, um 1690.

Per App zum Leben in der Zitadelle heute.

Friedrich II. entschied selbst, was seinem Volk gut tat. Egal, wie sein Volk dazu stand.

Auch die neue Stadtverfassung von 1747 stand voll und ganz im Einklang mit der zentralistisch angelegten staatlichen Verwaltung, die weg von territorialer Zuständigkeit hin zu eindeutig nach Sachgebieten gegliederten Amtsabteilungen tendierte. Der von Friedrich II. eingesetzte Polizeipräsident hatte nun zugleich das Amt des Stadtpräsidenten inne und war „wirkliches Mitglied des Magistrats“.[81] In seinen Zuständigkeitsbereich fiel unter anderem die Aufsicht über das Marktwesen, das Gesindewesen, die Sorge für die Sonntagsruhe, aber auch das Feuerlöschwesen. Zugleich wurden die unterschiedlichen Verantwortlichkeiten der übrigen Magistratsmitglieder geregelt. Hieran änderte sich über lange Zeit nichts.

Öffentliche Verwaltung und Ziele staatlichen Handelns im 18. Jahrhundert

Sowohl König Friedrich Wilhelm I. als auch sein Sohn Friedrich II. bauten während ihrer Regierung die absolutistische Herrschaft aus, wozu nach damaligem Verständnis auch die wirtschaftliche Tätigkeit des Staates gehörte. Unter König Friedrich Wilhelm I. entwickelte sich das Verwaltungswesen. Zur weiteren Professionalisierung ihres Personals waren 1727 die ersten Lehrstühle für Kameralistik an der Universität Frankfurt/Oder und Halle errichtet worden.

Der damalige Staat agierte auch als wirtschaftlicher Unternehmer, wie der Umstand belegt, dass für den finanziellen Unterhalt der Soldaten einzelne Manufakturen errichtet wurden, beispielsweise die große Tuchfabrik. In diesen Betrieben, aber auch in Handwerksbetrieben arbeiteten Soldaten während ihrer (zwangsweisen) Beurlaubungen oder in nicht aktiven Zeiten. Das Militär und sein Ausbau diente allerdings nur bedingt als „Schwungrad“ für die allgemeine Wirtschaft, forderte es doch vor allem hohe Investitionen, zur gleichen Zeit blieb die staatliche Handelsbilanz weiterhin defizitär. Von den größeren Gebäuden für die Produktion ging teilweise eine erhebliche Feuergefahr aus. Im konkreten Brandfall hätte dann die Staatskasse für einen Schadensausgleich zu sorgen gehabt, denn sie waren nicht durch die Feuersozietät abgesichert.

Nach Übernahme der Regierung durch Friedrich II. wurde zumindest vom höfischen Umfeld der Anschluss an die Hochkultur nach französischem Vorbild gesucht. Bereits 1742 konnte das Opernhaus feierlich eröffnet werden. Pläne für die Verschönerung der Stadt wurden entworfen, zugleich wurden große Anstrengungen unternommen, die vorwiegend agrarisch ausgerichtete Wirtschaft zu diversifizieren und die im Aufbau befindliche Staatswirtschaft zu befördern. Der schöngeistige Friedrich II., der sich selbst als Philosophen erachtete, umgab sich mit ungebundenen Geistesgrößen wie Voltaire, doch stellte er aus Nützlichkeitserwägungen seine in jüngeren Jahren formulierten Prinzipien oftmals zurück, wenn er sie nicht gänzlich aufgab. Der vom König praktizierte Absolutismus zeichnete sich dadurch aus, dass er als Souverän, der nicht mehr von Gottes Gnaden eingesetzt war, entschied, was dem Gemeinwesen und der Glückseligkeit seiner Untertanen dienlich war, unabhängig davon, wie diese dazu standen. Er fühlte sich durchaus verpflichtet, dem Gemeinwohl zu dienen, suchte eine „vernünftige“ Staatsordnung zu schaffen, ließ Ansätze für religiöse Toleranz zu, doch gestand er seinen Untertanen keinerlei Repräsentanz, keinerlei Macht zu. Das wurde schon von Zeitgenossen wie beispielsweise Lessing kritisch eingeschätzt.

Für den König stand die territoriale Neuordnung seines Herrschaftsgebiets im Mittelpunkt. Um dessen Zersplitterung aufzuheben, wurden drei grausame Kriege geführt. Der Siebenjährige Krieg (1756–1763) war für alle Beteiligten, Sieger wie Unterlegene, äußerst strapaziös und folgenreich und wird wegen der Kriegsschauplätze in Nordamerika, der Karibik und Indien heute als Weltkrieg eingestuft. Auch Berlin wurde in den Kriegsverlauf hineingezogen. Im Oktober 1757 besetzten österreichische Truppen, zu denen auch Husaren gehörten, die von Andreas Hadik von Futak angeführt wurden, die Stadt. Nachdem der Magistrat eine Kontribution in Höhe von über 200.000 Talern gezahlt hatte, zogen sich die Österreicher schon nach einem Tag wieder zurück. Die königliche Familie und der Gouverneur hatten sich derweil mit dem Staatsschatz auf die Festung Spandau, die Zitadelle, begeben. Die in der Stadt stehende Garnison hatte keine Gegenwehr geleistet. Der Magistrat, der kaum über eigenes Geld verfügte, mühte sich, den Betrag aus verschiedenen Quellen zusammenzutragen: zu rund zwei Dritteln von den eigenen Bewohnern, knapp 20 Prozent lieh er sich von der kurmärkischen Kammer und knapp 20 Prozent wurden in Wechseln geleistet.[82] Diese Kredite waren mit sechs Prozent verzinst und mussten schnell getilgt werden. Der Magistrat erhielt die Genehmigung, im Rahmen einer Sondersteuer die gesamte Einwohnerschaft zu belasten. Alle Eigentümerhaushalte zahlten 1¾ Prozent des Wertes ihrer Häuser, wobei die im Kataster der Feuersozietät festgehaltenen Taxen zu Grunde gelegt wurden; auch die Mieter, deren Miete 20 Taler pro Jahr überstieg, hatten ein Sechstel der Jahresmiete als Steuer zu entrichten. Bei dieser Umlage wurde kein Unterschied zwischen Bürgern und Eximierten gemacht.[83]

Tatsächlich nahm der Magistrat so viel ein, dass sogar die Schäden, die durch Plünderung oder Gewaltanwendung entstanden waren und die ansonsten als individueller Verlust eingestuft wurden, im einzelnen Fall erstattet werden konnten.

Per App zu den Folgen des Siebenjährigen Krieges.

Neue Manufakturen fordern mehr Absicherung

Als es 1760 nochmals zur Besetzung Berlins, diesmal durch österreichische und russische Truppen, kam, forderte der sächsisch-russische General Gottlob Heinrich von Tottleben die exorbitante Summe von 1,7 Millionen Talern. Die Stadt sah sich außerstande, einen solchen Betrag aufzubringen, um damit eine länger dauernde Besetzung zu verhindern. Als die Truppen nach gut einer Woche abzogen, war es bereits zu zahlreichen Übergriffen gekommen. Der Magistrat konnte allem Anschein nach 800.000 Taler in bar bezahlen, die er zusammengeliehen hatte. Da die Bewohner nicht erneut mit einer Steuer belastet werden sollten, übernahm König Friedrich II. einen Großteil der Schuld. Vermutlich deckte er die Ausgaben mit Kontributionen, die er wiederum von den im Krieg unterlegenen Städten und Staaten eingefordert hatte. Die verbliebene Restsumme, für die der Magistrat verantwortlich war, musste langwierig über die mittelmärkische Städtekasse abgetragen werden.[84]

Beim Löschen, Johann Friedrich Schleuen (ohne Jahresangabe).

Das territoriale Ziel König Friedrichs II., Schlesien dauerhaft zum Staatsgebiet Preußens dazuzuschlagen, wurde tatsächlich erreicht, hinzu kamen noch Westpreußen und Teile des Adelsstaats Polen. Friedrich II. war nun nicht mehr König in Preußen, sondern von Preußen, sein Herrschaftsgebiet stieg zur fünften Großmacht in Europa auf. Auch in den neu errungenen Gebieten und Städten wurden in der Folge Feuersozietäten gegründet: für die niederschlesischen Städte 1742 und für Breslau 1749.

Die Hauptstadt Berlin gewann als Produktionsort und als Handelsplatz an Bedeutung. Während Kaufleute mit ihren Waren immer bessere Geschäfte machten und Unternehmen hier gute Herstellungsbedingungen vorfanden, strömten zugleich Invaliden, entlassene Soldaten und Bettler in die Stadt. Im Hinblick auf die Feuersozietät hatte sich zwischen 1746 und 1760 die Versicherungssumme deutlich erhöht, was aber vor allem auf die gravierende Geldentwertung in der Kriegszeit zurückzuführen war. Im Vergleich zum Ausgangswert von 1721 steigerte sich die Summe auf über 187 Prozent.[85] Das Wirtschaftsleben der Stadt erholte sich trotz der Inflation bald. So entwickelte sich rund um den breiten Mühlendamm, der die Spree überspannte, ein reges geschäftliches Treiben.[86] An dieser überbauten Brücke (heute Verlängerung der Gertraudenstraße) waren bis zum Ende des 18. Jahrhunderts mehrere Mühlen ansässig, die das erhebliche Wassergefälle ausnutzten. Schiffe mussten hier ausgeladen werden. Westlich des Mühlendamms, auf Cöllner Seite, befand sich der Fischmarkt, östlich, auf Berliner Seite, der Molkenmarkt. An beiden Plätzen lagen die jeweiligen Rathäuser, wobei der

Der Molkenmarkt in Berlin im 18. Jahrhundert.

Cöllner Amtssitz lange Zeit eine Baustelle blieb. Das Berliner Rathaus verfügte über die markante Gerichtslaube. Auf dem Mühlendamm selbst siedelten sich Krämer mit ihren Geschäften, Verkaufsständen und Buden an. Bis 1750 wurde hier der Weihnachtsmarkt abgehalten. Arkaden, nach den Entwürfen von Michael Mathias Smids (1626–1692) und Johann Arnold Nering (1659–1695) errichtet, gaben dem Ganzen ein einheitliches Erscheinungsbild. Am 8. Mai 1759 brach auf dem Mühlendamm, ausgehend von der sogenannten kleinen Mittelmühle[87], ein großes Feuer aus, zwei Mühlengänge mit den davor befindlichen Häusern und Bogenlauben brannten ab. Es dauerte zwei Tage, bis das Feuer gelöscht werden konnte. Umgehend wurden neue Bauten als Ersatz errichtet, deren Obergeschosse nun auch offiziell zu Wohnzwecken ausgelegt waren.

Am 17. Januar 1765 wurde eine eigene Versicherungskammer, die Berliner Assecuranz-Compagnie, begründet, die allerdings nur bis 1791 bestand – fast genau 250 Jahre später verbindet sich wieder eine Versicherungskammer mit Berlin. Seit 2004 gehört die Feuersozietät zum Konzern Versicherungskammer in Bayern. Nur ein halbes Jahr später, im Juni 1765, wurde vom König in Berlin eine unabhängige staatliche Bank als Giro-, Diskonto- und Lehnbank errichtet.[88] Auf diese Weise sollten Kredite mit „mäßigen“ Zinsen vergeben und der Geldfluss befördert werden. Zugleich wurde versucht, durch restriktive Einfuhrbestimmungen einen Anreiz zu schaffen, Waren innerhalb des Staatsgebiets zu produzieren. Neben den Manufakturen, die Güter des gehobenen Bedarfs herstellten, wie beispielsweise die 1751 gegründete Porzellanmanufaktur, die der preußische Staat 1763 erwarb und die dann als Königliche Porzellanmanufaktur firmierte[89], wurden auch massenhaft Erzeugnisse im System des häuslichen Verlagswesens produziert. Unternehmer stellten Rohmaterialien, etwa Garne, zur Verfügung, die in unzähligen Privathäusern zu Endprodukten weiterverarbeitet wurden. Gezielt war schon seit längerem in Preußen der Anbau von Maulbeerbäumen für die Zucht von Seidenraupen im Land initiiert worden, deren Seidenfaden zu Stoffen verarbeitet wurde. Die Herstellung von Seidenstoffen wurde vorangetrieben. Insgesamt war die Textilproduktion in Preußen ein wesentlicher Wirtschaftszweig, hier vor allem für Wolle und Leinen, der maßgeblich auch für den Export entwickelt wurde. Zählte man im Jahr 1776 im ganzen Land 1.163 Webstühle, so wurden nur zehn Jahre später bereits an 1.754 Webstühlen Stoffe produziert, und noch einmal zehn Jahre später, im Jahr 1796, waren es sogar 2.886 „Stühle“.[90] Garne und Wolle lagerten offen, die künstliche Beleuchtung erfolgte mit offenem Feuer, die Gefahren eines Brandes waren alltäglich zu bewältigen. Nur wenn die Textilbetriebe in Berlin in staatlichen Gebäuden untergebracht waren, hatten sie sich nicht bei der Feuersozietät zu versichern, ansonsten mussten die Eigentümer der Feuerkasse beitreten.

In der konkreten Fortschreibung des Gebäudekatasters hatte sich im Laufe der Zeit herausgestellt, dass oftmals Neubauten von den Eigentümern nicht gemeldet worden waren und auf diese Weise eine Unterversicherung des Gesamtobjekts bestand. Angesichts der wenigen, zum Teil ehrenamtlich tätigen Mitarbeiter der Feuersozietät war eine Überprüfung aller Bauten im Zweijahresturnus nicht zu leisten.

Neues Reglement für die Feuersozietät

Der Nachfolger Friedrichs II., sein Neffe Friedrich Wilhelm II. (1744 – 1797), fühlte sich kaum berufen, die Leerstelle auszufüllen, die sein mächtiger Vorgänger, der zentralistisch alle Gliederungen des Staatswesens durchstrukturiert hatte, hinterließ. Der Koalitionskrieg gegen das republikanische Frankreich (1792/93 bis 1797) konnte nicht verhindern, dass sich auch in Preußen liberalere Tendenzen entwickelten und sich die geistigen und politischen Haltungen wandelten. In Königsberg gewann der Philosoph der Aufklärung, Immanuel Kant (1724 – 1804), wenngleich spät, an Bedeutung und wurde 1787 zum Mitglied der Akademie der Wissenschaften ernannt.

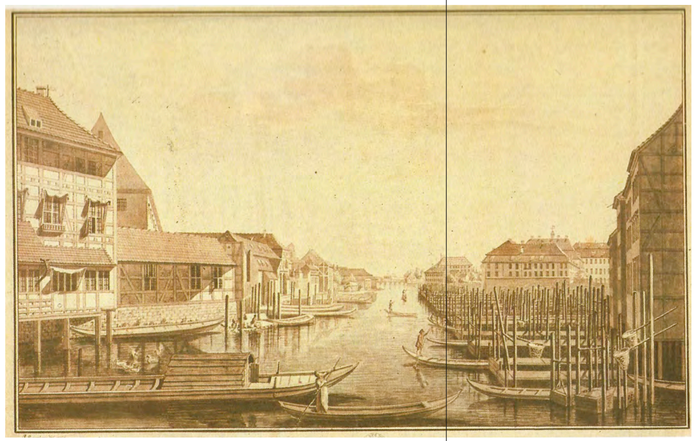
Derweil gingen in Berlin die eingespielten Institutionen ihrer Arbeit nach. 1790 fragte die kurmärkische Kriegs- und Domänenkammer als vorgesetzte Behörde erstmals beim Magistrat an, ob Anpassungen des Reglements für die Feuersozietät notwendig seien. Im Austausch mit dem Polizeipräsidenten übernahm der Magistrat eine Revision der juristischen Grundlagen, dabei war der Berliner Stadtrat Schlicht der maßgebliche Bearbeiter.[91] Die Stadt war seit 1786 weiter gewachsen und die Zahl der in der Feuersozietät versicherten Gebäude deutlich angestiegen.[92] Im Vergleich zum Ausgangswert von 1721 hatte sich die Versicherungssumme bis 1770 um 302 Prozent, bis 1781 um weitere 105 Prozent und bis 1793 um insgesamt 506 Prozent erhöht. Um 1800 gab es insgesamt 7.300 Häuser in der Stadt, die in massiver Bauweise mit geringer Höhe errichtet worden waren. Aus Gründen der Feuersicherheit waren sie oftmals mit Abstand zueinander gebaut und jeweils mit Gärten auf der straßenabgewandten Seite versehen.

Die Entwürfe für eine Neufassung wurden 1792 noch einmal ausgetauscht und schließlich am 1. Mai 1794 als königliches Reglement, das Gesetzescharakter trug, erlassen. 1795 trat es in Kraft. Die Änderungen für die Feuersozietät durch das Reglement von 1794 betrafen im Einzelnen folgende Bestimmungen[93]:

Geschäftsgebiet:
Ein Manko des alten Reglements von 1718 war, wie schon erwähnt, dass das Geschäftsgebiet mit den Vorstädten nicht klar umrissen war. Mit der Neuregelung wurde dies nun auf das „Weichbild" der Stadt ausgedehnt (zum Weichbild siehe Seite 40).

Aufnahme ins Kataster und Taxation:
Das Brandkataster sollte fortgeschrieben und aktualisiert werden, allerdings sah das neue Reglement vor, dass nur einmal jährlich Eintragungen für Neuaufnahmen vorgenommen werden sollten (§ 8 des Reglements). An diesem Punkt hatte sich der Magistrat, der eine laufende Aufnahme in die Versicherung für sachgerecht hielt, mit seinen Argumenten nicht durchsetzen können.[94] Diese Regelung wurde aber schon bald in der Praxis unterlaufen. Besonders der „Feuersgefahr ausgesetzte Gebäude", wie beispielsweise Pulvermühlen waren von der Aufnahme in die Feuersozietät ausgeschlossen (§ 3 des Reglements). Nach dem ersten Reglement von 1718 war alles, was „in die Erde gebauet", nicht durch die Versicherung abgedeckt. Im konkreten Fall konnte aber ein Keller als grundlegendes Fundament durchaus bei einem Brand Schaden nehmen. Diese gravierende Lücke stellte nun das Reglement von 1784 ab und hielt fest, dass „aber auch alles, was dem Brande unterworfen ist, taxiert werden müsse, ohne Unterschied, ob es über oder unter der Erde befindlich ist" (§ 5, 1 des Reglements).

Neuwertversicherung:
War in der alten Satzung lediglich geregelt, dass die Pflicht zur Wiedererrichtung eines abgebrannten Gebäudes bestand, wurde nun festgelegt, dass die Erstattung „ausgemittelt werden müsse, wofür ein Gebäude von der Beschaffenheit des jetzt vorhandenen zur Zeit der Abschätzung würde wieder aufgeführt werden können" (§ 5 i.V.m. § 13 des Reglements). Mit anderen Worten: Es sollte ermittelt werden, welche Kosten ein Neubau verursachen würde. Im Vergleich zum ursprünglich taxierten Wert sollte zugleich die Differenz ermittelt werden und zwischenzeitlich erfolgte Preissteigerungen dem Eigentümer ebenfalls ausgezahlt werden. Dies entsprach einer Erstattung zum Neuwert. Es war schon zur damaligen Zeit nicht eindeutig zu klären, ob die zuständige Kammer diese Regelung eher unabsichtlich oder ganz bewusst vorgenommen hatte. Ein Kommentator formulierte zur Neuwertversicherung: „Darin liegt allerdings juristisch eine auffallende Besonderheit."[95] Die noch heute gültige Neuwertversicherung lässt sich auf diese historische Grundlage zurückführen.



Blick von der Fischerbrücke spreeaufwärts, 1784.

Lokal zuständige Feuerherren:
Mit der Bestimmung von neun[96] lokal begrenzten „Feuerrevieren", in denen „Feuerherren" (§ 6 des Reglements), die zugleich dem Magistrat angehörten, verantwortlich waren, wurden klare Zuständigkeiten geschaffen. Diese strukturelle Bestimmung war eindeutig einem höheren Maß an Professionalisierung geschuldet. Die Feuerherren mussten sowohl die Abschätzung (Taxe) neu aufzunehmender Gebäude vornehmen als auch im Falle von Bränden die Schäden kalkulieren.[97]

Erstattung von Aufwendungen sowie sonstigen Schäden:
Selbst wenn eine Verwahrlosung mitursächlich für einen Brand war, sollte der Schaden erstattet werden. Es stand der Sozietät frei, zivilrechtlich gegen den Eigentümer vorzugehen, um seinen Anteil an der Entstehung einzubeziehen.

Allgemein wurden entschädigt: Schäden durch Löschmaßnahmen an Nachbargebäuden und -gärten, an öffentlichen Feuergeräten und solche, die Personen beim Löschen erleiden. Belohnung für Handwerker, die beim Löschen helfen, wenn ein ganzer Tag oder eine ganze Nacht dafür aufgewendet wird, dann sollen sie zwölf Groschen erhalten, aber auch den Taxatoren sollen acht Groschen gezahlt werden. Gleichfalls sollten Schäden übernommen werden, die durch einen Blitzschlag zustande gekommen waren, ohne dass der Blitz selbst ein Feuer ausgelöst hatte (§ 11 des Reglements).

Sicherungsvermögen:
Es wurde ein Sicherungsvermögen in Höhe von 5.000 Reichstalern festgeschrieben als „Eiserner Bestand" (§ 15 Reglement). Mit zunehmender Bautätigkeit und entsprechender Steigerung der Gesamtversicherungssumme war dieser Betrag allerdings schon bald als deutlich zu niedrig einzuschätzen. Da die Umlage der Beiträge erst rückwirkend erfolgte, musste die Feuersozietät mit der Erstattung von Schäden in Vorlage treten. Bei Großbränden musste dann der „eiserne Bestand" angegriffen werden, um überhaupt die Erstattung zu begleichen.

Einführung von Gefahrenklassen:
War schon durch eine Verordnung – Reskript – vom 9. Juni 1751 die Versicherungssumme für Windmühlen auf 500 Taler beschränkt worden, nahm nun das Reglement klare Differenzierungen für Windmühlen vor: Demnach musste für sie der doppelte Betrag, für Lohmühlen, also Mühlen, die pflanzliche Ausgangsstoffe zermalmten, um sie anschließend in der Gerberei zu verwenden, der sechsfache Betrag entrichtet werden (§ 3 des Reglements). Dies war die erste Form, wenngleich noch sehr eingeschränkt, der Staffelung von verschiedenen Gefahrenklassen. Mit zunehmender Industrialisierung wurde deutlich, dass noch weitere Gefahren von der Versicherung zu erfassen waren. In ähnlicher Weise wurde später die Regelung zu Kirchtürmen spezifiziert.

Direktorium der Feuersozietät:
War auf der Grundlage des Reglements von 1718 vorgesehen, dass die ehrenamtlich tätigen Direktoren jeweils nach einer Revision rotierten, wurde nun ein ständiges Direktorium bestimmt. Nach dem neuen Reglement (§ 20 des Reglements) sollte die Feuersozietät von einem vierköpfigen Direktorium geleitet werden, das sich aus einem Vertreter, den der König benannte, zwei Magistratsvertretern und einem Magistratsbeisitzer aus der französischen Kolonie zusammensetzte. Diese Bestimmung wurde mit der Aufhebung der Selbstständigkeit der französischen Kolonie 1808 obsolet. Nach Paragraf 179 der Städteordnung vom **19. November 1808 ging die Feuersozietät in die städtische Verwaltung** über.[98]

Die Konstanten im Reglement der Feuersozietät von 1794:
Wie schon beim ersten Reglement von 1718 wurde auch mit dem neuen Reglement der Zweck verfolgt, „den Realkredit zu sichern"[99], das heißt, hypothekarische Lasten, die auf einem überbauten Grundstück lagen, nicht durch den Verlust des Gebäudes verloren gehen zu lassen.

Versicherung auf Gegenseitigkeit:
Die Versicherung war als öffentliche Einrichtung weiterhin nicht dafür ausgelegt, Profit zu erzielen, sondern sollte zum allgemeinen Nutzen tätig werden. Es wurde nur das Geld eingesammelt, was benötigt wurde. In dieser Hinsicht unterschied sich die Feuersozietät als öffentlicher Versicherer von bereits existierenden privaten Versicherungen.

Versicherungszwang:
Es galt weiterhin eine allgemeine Versicherungspflicht. Auf der Grundlage des Reglements von 1718 war es den als Eximierte geltenden Bewohnern der Stadt noch freigestellt, mit ihren Gebäuden der Feuersozietät beizutreten. Nun wurde klar geregelt, dass lediglich die Schlösser des Königs und die Paläste der Prinzen von der Versicherungspflicht ausgenommen waren, ansonsten alle Eigentümer der Stadt, unabhängig vom Bürgerrecht, ihre Gebäude bei der Städtischen Feuersozietät zu versichern hatten (§ 2 und 4 des Reglements von 1794). Auch öffentliche Gebäude und Kirchen sollten aufgenommen werden.[100]

Umlageverfahren:
Die jeweiligen Beträge wurden einmal jährlich auf der Grundlage der Schadensummen des vorangegangenen Jahres ermittelt und auf die Mitglieder umgelegt.

Keine Bereicherung des Versicherungsnehmers:
Weiterhin sollte die Erstattung im Schadenfall nicht dazu führen, dass der Versicherungsnehmer einen Gewinn erzielte.

Geschäftsjahr:
Bis zum Jahr 1800 verlief das Geschäftsjahr deckungsgleich mit dem Kalenderjahr. Erst ab 1801 wurde es auf den Zeitraum vom 1. Oktober bis zum 30. September umgestellt.

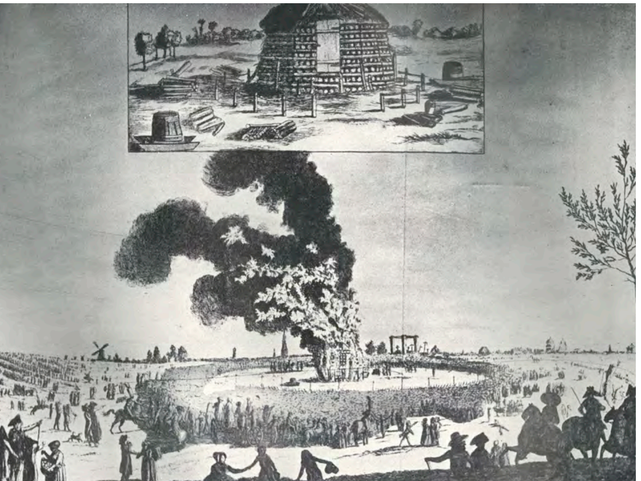
Stillstand unter französischer Besatzung

Per App dem kleinen großen Napoleon folgen.

Napoleon reitet durch das Brandenburger Tor.

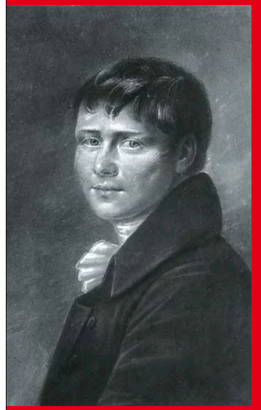
Auf dieser Basis entwickelte sich die Feuersozietät mit ihrem Bestand weiter. Nahezu zeitgleich mit Erlass des neuen Reglements wurde landesweit eine sehr weitreichende gesetzliche Regelung erlassen: Das Allgemeine Landrecht für die Preußischen Staaten. Es stellte die erste einheitliche Kodifizierung in dieser Form dar. Immer wieder, schon während der Regierungszeit Friedrich Wilhelms I., waren Diskussionen über eine einheitliche Gestaltung der gesetzlichen Normen angeregt, war an einem entsprechenden Gesetzesvorhaben gearbeitet worden. Doch erst 1794 wurde es verwirklicht und übernahm eine ordnende Funktion. „Die Gesetze und Verordnungen des Staates dürfen die natürliche Freiheit und Rechte der Bürger nicht weiter einschränken, als es der gemeinschaftliche Endzweck erfordert.“[101] Bemerkenswert war, dass seine Normen auch gegenüber dem regierenden König Geltung besaßen. Dennoch umriss es lediglich den Status quo und erfasste die gesellschaftlichen Wandlungen, die die Aufklärung in politischer und kultureller Hinsicht bewirkt hatte, nur unzureichend.

Verbrennung eines Mordbrenners im Jahre 1786.



Ganz allgemein wurden nun vor allem von bürgerlicher Seite Reformen angemahnt, der Adel indes fürchtete, seine dominierende Stellung zu verlieren. Aber Veränderungen blieben aus, stattdessen kam es 1806 unter Friedrich Wilhelm III. zu einer erneuten kriegerischen Auseinandersetzung mit Frankreich. Das preußische und sächsische Heer wurde bei Auerstedt und Jena vernichtend geschlagen. Der König floh mit seiner Familie nach Königsberg. Im Oktober wurde Berlin besetzt, der Gouverneur abgesetzt, Napoleon und seine Truppen ritten durch das Brandenburger Tor – anfänglich von der Bewohnerschaft freudig begrüßt. Aber bald machte sich angesichts der Belastungen durch die Einquartierung Ernüchterung breit. Für die städtische Verwaltung wurde ein „comité administratif“ eingesetzt. Im Hinblick auf die Angelegenheiten der Feuersozietät scheint dieses Gremium jedoch keinen besonderen Einfluss ausgeübt zu haben. Die Städteordnung von 1808 wirkte in die städtischen Strukturen hinein und stärkte die kommunale Selbstverwaltung. Nach und nach wurden auch andere verkrustete Strukturen aufgebrochen, Reformen angestoßen. In dieser Phase wurde 1810 die Berliner Universität gegründet. 1811 zogen die französischen Truppen aus Berlin ab. Zwischen Aufbruch und Stagnation schwankend verharrte die Entwicklung in der Stadt. Der Krieg bewirkte, dass kaum mehr gebaut wurde. Für die Feuersozietät schlug sich das in geringeren Zuwachsraten nieder. Lag die Steigerung der Versicherungssumme zwischen 1790 und 1800 noch bei 14.900.000 Reichstalern, erhöhte sie sich in der ersten Dekade des 19. Jahrhunderts lediglich um 10 Millionen Reichstaler. Zwischen 1810 und 1820, als Folge des Krieges, schrumpfte die Steigerungsrate noch weiter, mit 5.200.000 Reichstalern nahezu auf die Hälfte.[102]

Die Vermeidung von Bränden war das eine, die Versicherung für den Brandfall das andere; doch gezielter Brandstiftung konnte damit nicht begegnet werden. Die Bestrafung von Brandstiftung war besonders rigoros, sollte vermutlich der Abschreckung dienen. Wie stark sich die beharrenden Kräfte gegenüber aufklärerischen Tendenzen durchsetzten, belegt der strafrechtliche Umgang mit Brandstiftern, der bis ins Jahr 1813 beibehalten wurde.[103] Die nachfolgenden Beispiele sogenannter „Mordbrennerey“ veranschaulichen dies, im ersten wurde das Feuer zur Verdeckung eines Diebstahls gelegt, im zweiten wurden Brände gezielt gelegt, um im anschließenden Durcheinander zu rauben.



Heinrich von Kleist, 1801

Fall 1:

Johann Christian Höpner (27), ein Diener, hatte am 12. März 1785 seinem Dienstherrn, dem Kriegsrat Fäsch, Geld und Wertpapiere gestohlen und zur Verdeckung seiner Tat in der Wohnung am Kupfergraben an mehreren Stellen Feuer gelegt. Den größten Teil seiner Beute übergab er einem Schneider in einem versiegelten Päckchen zur Aufbewahrung, besuchte dann ein Mädchen, mit dem er intim verkehrte.[104] Anschließend ging er wieder zur Wohnung zurück und half beim Löschen.[105] Von der „Hausjungfer“ (Dienstmädchen) hatte er sich zuvor ein Wachslicht geben lassen, das machte ihn verdächtig, und das Päckchen mit der Beute war in ein Schnupftuch eingewickelt, das mit einem „H“ bestickt war. So konnte Höpner leicht als Täter identifiziert werden. Die Brandschäden waren erheblich, beschränkten sich aber weitgehend auf die Wohnung des Herrn Fäsch. Im Prozess wurde Höpner zum Tode verurteilt. Die Gnadengesuche der Mutter des Verurteilten sowie seines Dienstherrn, dem Bestohlenen, an König Friedrich II. wies dieser schroff zurück.

Und so wurde das „hochnotpeinliche Halsgericht“ am Dienstag, den 15. August 1786, unter freiem Himmel vollstreckt. Das „Halsgericht“ ging noch auf die von Kaiser Karl V. 1532 erlassene Gerichtsordnung Constitutio criminalis Carolina (C.C.C.) zurück. Zur Hinrichtung wurde die Öffentlichkeit mit der Glocke („Armesünderglöckchen“) herbeigerufen. „Der Richter zerbrach dabei einen weißen Stab, warf dessen Stücke über die Schulter zur Erde und sprach: ‚So breche ich denn den Stab über Dich; Deine irdische Laufbahn geht zu Ende, Deiner Seele sei Gott gnädig.‘ Dann wurde der Delinquent auf einem mit einer Kuhhaut bedeckten Brettergestell zur Richtstätte geschleift.“[106] Fast 40 Jahre zuvor, 1749, hatte Friedrich II. in einer allgemeinen geheimen Anordnung angewiesen, dass Delinquenten vor dem Rädern oder der Verbrennung, von der Öffentlichkeit unbemerkt, erdrosselt werden sollten. So wurde auch im August 1786 mit Johann Höpner verfahren, doch ist nicht überliefert, zu welchem Zeitpunkt dies stattfand. Sein Leichnam wurde anschließend in den vorbereiteten Scheiterhaufen gesetzt, der dann entzündet wurde.

Das „Hoch-Nothpeinliche-Halsgericht“ wurde 1805 in Preußen abgeschafft, dennoch fanden noch 1813 letzte Hinrichtungen wegen „Mordbrennerey“ statt.

Fall 2:

Der Dramatiker und Schriftsteller Heinrich von Kleist (1777 – 1811), der auch als Journalist tätig war, veröffentlichte am 1. Oktober 1810 in einem Extrablatt zur ersten Ausgabe seiner Berliner Abendblätter eine kurze Notiz:

„Rapport vom 30. September.

Gestern Abend sind im Dorfe Alt-Schönberg 3 Bauerhöfe mit sämmtlichen Nebengebäuden abgebrannt. Das Feuer ist in der Scheune des Schulzen Willmann ausgekommen, und zu gleicher Zeit ist ein ziemlich entfernter, gegenüber stehender Rüsternbaum in Brand gerathen, welches die Vermuthung begründet, daß das Feuer angelegt ist.“[107]

Schnell stellte sich heraus, dass es sich um Brandstiftung gehandelt hatte, landesweit wurde nach den Tätern gefahndet.[108] Eine locker zusammenhängende Bande um einen gewissen Johann Peter Horst (27) wurde gefasst. Sie hatte Feuer gelegt, um in der anschließenden Verwirrung irgendwelche Wertsachen zu stehlen. Der Ertrag war im Vergleich zum Schaden kläglich. Horst und den anderen wurde im August 1812 der Prozess gemacht, in dem er und seine Geliebte Christiane Louise Delitz (zum Zeitpunkt der Tat 19 Jahre alt) wegen „Mordbrennerey“ in mehreren Fällen verurteilt wurden.[109] Im Preußischen Allgemeinen Landrecht war in Paragraf 1510 geregelt: „Wer in Wohnhäusern, Schiffen, oder andern Gebäuden, vorsätzlich Feuer anlegt, um dadurch jemanden zu beschädigen, wird als ein Brandstifter angesehn.“ Nachfolgend wird ausgeführt: „Jede vorsätzliche Brandstiftung, wodurch das Leben eines oder mehrerer Menschen, oder ganze Städte, Flecken, Dörfer und sonst bey einander liegende Wohngebäude, oder Schiffe in Gefahr gesetzt worden, zieht in der Regel die Todesstrafe nach sich.“ Demzufolge war der Tatbestand erfüllt, da durch das Feuer die Gefahr entstanden war, dass Menschen zu Schaden kommen. Es war nicht entscheidend, ob es tatsächlich einen Todesfall gab.

Knapp ein Jahr später wurden in der Jungfernheide die Urteile vollstreckt:

„Morgens 6 Uhr am 28. Mai 1813 wurden die beiden Verbrecher aus ihrem bisherigen Gefängniss der Stadtvogtei unter Begleitung reitender Polizei, der Gensd'armerie und unter militärischer Bedeckung, einem Detachement der Schützengilde und der reitenden Nationalgarde, auf zwei großen Leiterwagen abgeholt. Auf dem ersten derselben befand sich der Brandstifter Horst stehend unter der Bewachung von drei Gerichtsdienern, von denen ihn zwei an den Armen festhielten. Auf dem zweiten Wagen folgte die Delitz, welche auf einem Bunde Stroh, mit dem Rücken gegen den ersten Wagen gerichtet, saß. Neben ihr hatten zwei Gerichtsdiener zu ihrer Bewachung Platz genommen. Der Zug ging langsam zum Oranienburger Thor hinaus, nach dem eine halbe Stunde von der Stadt belegenen Acker, auf welchem am Tage vorher schon der Scheiterhaufen errichtet war. An zwei in denselben eingerammten Pfählen waren Sitze für die Hinzurichtenden angebracht. Der Platz selbst war vom frühesten Morgen an mit einer doppelten Reihe von Nationalgarden, Infanterie und Kavallerie umgeben. Fast eine Stunde hatte es gedauert bis der Zug zur Richtstätte gekommen war. Gegen 7 Uhr langte er an der äußersten Chaine der Nationalgarde an. Die Verbrecher mußten von den Wagen steigen, das Erkenntnis [Urteil] wurde ihnen nochmals vorgelesen. Dann wurde eine Kuhhaut ausgebreitet, auf diese mußten sie sich, die Rücken gegeneinander gekehrt, setzen, mit der Kuhhaut wurden sie bis vor die auf den Scheiterhaufen führende hölzerne Treppe geschleift.

Tausende und Abertausende von Zuschauern waren von Berlin ausgewandert, um das seltene Schauspiel mit anzusehen, Männer und Frauen, selbst Kinder, und nicht nur aus den gewöhnlichen Ständen, sondern auch aus den höchsten und vornehmsten, in Equipagen waren reiche Kaufleute und Beamte mit ihren Familien gekommen, der grauenhaften Szene beizuwohnen.

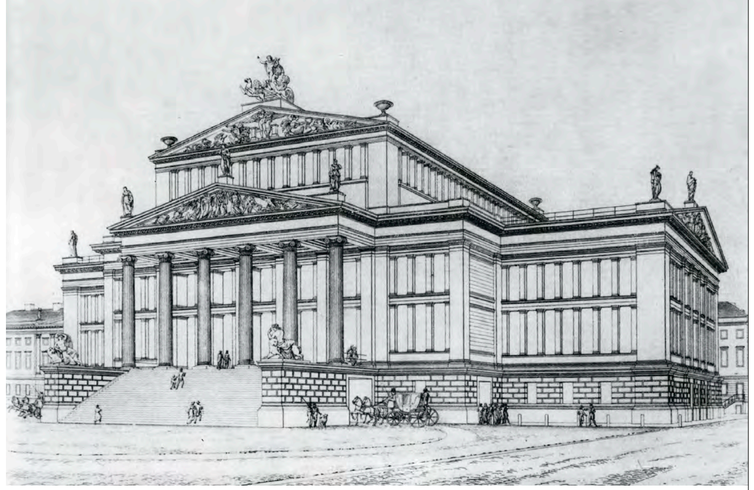
Die beiden Hauptschauspieler des entsetzlichen Dramas zeigten eine Keckheit und einen Muth, der ihnen lauten Beifall vom Volke einbrachte. Horst warf noch einmal keck seinen Hut in die Höhe, dann folgte er seiner Geliebten der 22-jährigen sehr hübschen Christiane [Louise] Delitz, welche vor ihm auf den Scheiterhaufen geführt worden war. Hier umarmte er sie vor dem Tode noch einmal, dann nahm er zu ihrer Linken seinen Platz ein. Ruhig ließ er sich mit dem Leib, den Armen und dem Halse an die Pfähle seines Sitzes festbinden. Die Scharfrichterknechte zogen darauf den Verbrechern die Mütze über das Gesicht, sie zündeten den Scheiterhaufen an. Der starke Wind fachte das Feuer bald zu hellen Flammen an, so daß die Körper der Sterbenden den Augen der Zuschauer entschwanden.“[110]

Obwohl Delitz zur Tatzeit noch minderjährig war, wurde sie ebenso wie Horst hingerichtet. Wahrscheinlich wurde ihnen aber, wie schon dem Dienstboten Höpner knapp 30 Jahre zuvor, „die Gnade“ zuteil, dass sie nicht bei lebendigem Leib verbrannt, sondern, bevor der Scheiterhaufen entzündet wurde, vom Publikum unbemerkt, erdrosselt wurden.

1814 bis 1914

GRÜNDER**BOOM**

Wenn man heute vom boomenden Berlin spricht, ist das nichts gegen die Entwicklung der Stadt zwischen 1815 und 1913. Denn die Industrialisierung hat alles verändert: Namen wie Borsig, Siemens und AEG sorgten schnell für den Ruf der Stadt als eine der größten Industriemetropolen Europas, ein ganzes Areal an der Chausseestraße hieß wegen seiner Fabrikschlote „Feuerland“. Die planmäßige Stadterweiterung nach dem Hobrechtplan mit seinen breiten Straßenzügen definiert teilweise noch heute das Bild der Hauptstadt. Vorbildcharakter hatte sie allemal, gerade in puncto Feuerlöschwesen. Mit dem Boom Berlins wuchs auch die Feuersozietät, eine Entwicklung, die mit der Reichsgründung 1871 noch einmal Fahrt aufnahm: Die Stadt der Mietskasernen entstand. Alles lief auf Hochtouren. Die Städtische Feuersozietät kann sich unter den neuen Anforderungen behaupten, wobei ihr auch der Status als Pflichtversicherung hilft. Mit ihrem Sitz im Roten Rathaus und später im Stadthaus zeigt sich, wie untrennbar sie zu Berlin gehört.



Schauspielhaus auf dem Gendarmenmarkt, Berlin 1830.

Per App Berlins berühmtesten Baumeister portraitieren.

Die Industrialisierung steckt voller Herausforderungen

Dass sich eine gängige Praxis auch ohne laufende Anpassung und Veränderung einmal fixierter Regeln herausbilden kann und sich dabei auch noch bewährt, dafür kann die Feuersozietät als gutes Beispiel gelten. Es dauerte immerhin wieder rund 100 Jahre, bis man 1913 eine Aktualisierung der rechtlichen Grundlagen der Feuersozietät für nötig befand und sie auch vornahm – diesmal in Form einer Satzung. Diese Dauerhaftigkeit ist Beweis für die „elastische" Qualität und gute Handhabbarkeit der bis dahin geltenden Vorschriften, spricht aber auch für ein bekanntes Phänomen, das gemeinhin unter dem Schlagwort der „normativen Wirkung des Faktischen"[111] gefasst wird und sich als durchaus tragfähig erweisen kann. So gelang es der Feuersozietät, sich den Gegebenheiten anzupassen und praktisch neue Lösungen zu entwickeln.

Die laufenden Ereignisse, die in diesem langen Zeitraum für die Entwicklung der Feuersozietät maßgeblich waren, stehen zugleich im Zusammenhang mit der Entwicklung der städtischen und baulichen Veränderungen und Regulierungen. Nach der preußischen Städteordnung von 1808 hatte der Berliner Magistrat nun wieder stärkere Selbstbestimmungsmöglichkeiten gewonnen, wenngleich immer noch viele Zuständigkeiten, beispielsweise für die Bauordnung, beim König und der staatlichen Verwaltung blieben. Für seinen kommunalen Bereich legte der Magistrat regelmäßig einen Verwaltungsbericht vor, in dem auch die Arbeit der Feuersozietät dargestellt wurde.[112] Die Transformationen des städtischen Gemeinwesens wirkten sich unverkennbar immer auch auf den Betrieb der Feuerversicherung aus.

In der Zeit der Besetzung durch die napoleonischen Truppen und der Befreiungskriege war die Bautätigkeit in Berlin fast völlig zum Erliegen gekommen. Doch nach dem Wiener Kongress (1814/15) stärkte sich das preußische Selbstbewusstsein wieder, was sich auch in der gesellschaftlichen Atmosphäre der Hauptstadt bemerkbar machte, wenngleich in abgemilderter Form. Nach den Plänen von Karl Friedrich Schinkel (1781 – 1841), der seit 1815 Geheimer Oberbaurat und Mitglied der Oberbaudeputation war, wurde 1816 mit dem Bau der Neuen Wache begonnen, die 1818 mit einem Wachaufzug mit klingendem Spiel eingeweiht wurde.

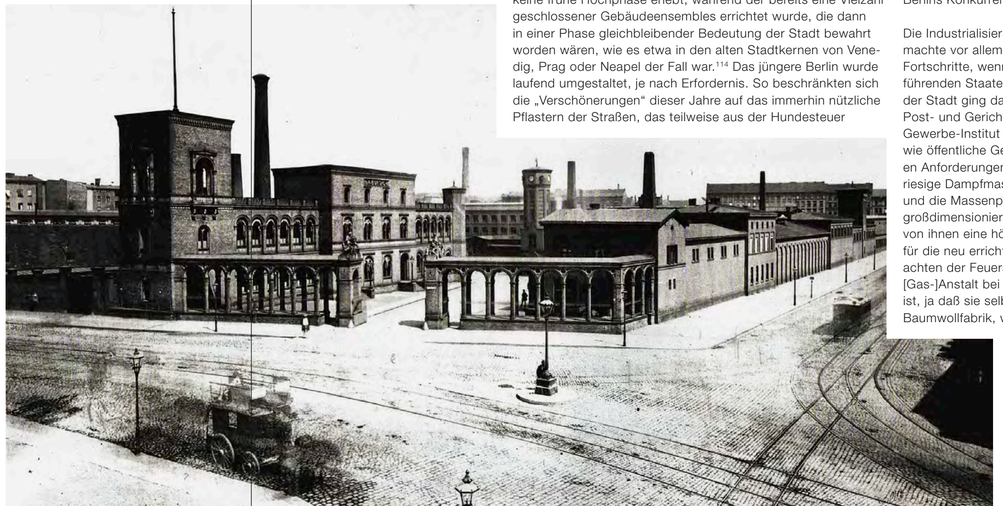
Drei Jahre später, 1821, fand die Einweihung eines Denkmals für die Befreiungskriege auf dem südlich Berlins gelegenen Kreuzberg statt, und es konnte schon die erste Aufführung in dem neuen Gebäude des vier Jahre zuvor abgebrannten Schauspielhauses dem Publikum präsentiert werden.[113]

Die klassizistischen Entwürfe Karl Friedrich Schinkels entsprachen so gar nicht dem Stil, der heute gemeinhin mit „Biedermeier" identifiziert wird. In ihrer Betonung des Öffentlichen standen sie durchaus im Widerspruch zu den tatsächlichen, eher auf Rückzug ins Private ausgerichteten Bewegungen in der Berliner Gesellschaft jener Zeit. Über mehr als zwei Dekaden hinweg machten sich diese Neigungen hin zum engeren persönlichen und familiären Umfeld bemerkbar. Diese Kultivierung der Innerlichkeit war auch eine Reaktion auf die Gängelung des öffentlichen Lebens durch die Zensur. Die legendären halböffentlichen Diskussionsrunden in den Berliner Salons, zu denen wohl als bekanntester der von Rahel von Varnhagen (1771 – 1833) gehört hatte, waren schon Geschichte.

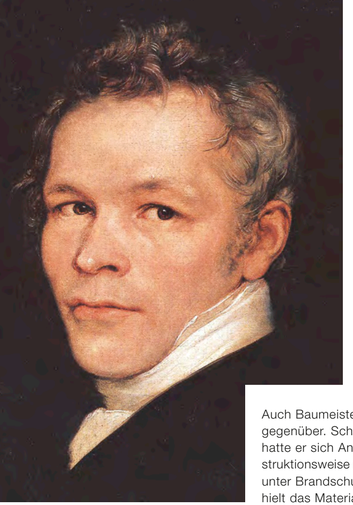
Ein städtisches Ereignis von Bedeutung war **1818 die Gründung der Berliner Sparkasse.** Die „Verschönerung" der Stadt blieb als öffentliches Anliegen ein ständiges Thema, auch wenn beständig eine gewisse Sparsamkeit die Planungen bestimmte. Im Unterschied zu anderen Städten Europas hatte Berlin keine frühe Hochphase erlebt, während der bereits eine Vielzahl geschlossener Gebäudeensembles errichtet wurde, die dann in einer Phase gleichbleibender Bedeutung der Stadt bewahrt worden wären, wie es etwa in den alten Stadtkernen von Venedig, Prag oder Neapel der Fall war.[114] Das jüngere Berlin wurde laufend umgestaltet, je nach Erfordernis. So beschränkten sich die „Verschönerungen" dieser Jahre auf das immerhin nützliche Pflastern der Straßen, das teilweise aus der Hundesteuer finanziert wurde.[115] Für die Beleuchtung der Stadt, ebenfalls zweckdienlich für das Wohl aller, sorgte ab 1826 die Imperial Continental Gas Association, die schon seit 1821 in Berlin als Versorger vertraglich etabliert war.

Die alte Kernstadt befand sich ständig im baulichen Umbruch, zugleich dehnten sich die Erweiterungsgebiete aus, zahlreiche neue Häuser entstanden. Und mit ihnen die neuen Verkehrswege. Die erste Lokomotive in Preußen, 1816 in der königlichen Eisengießerei in der Invalidenstraße konstruiert, wurde noch argwöhnisch betrachtet. Bis zum Bau der ersten Strecke in Preußen dauerte es dann noch 20 Jahre. 1838 fuhr die erste Eisenbahn von Berlin nach Potsdam und bald wuchs das lockere Netz von Bahnverbindungen immer engmaschiger zusammen. In Berlin wurde ein dezentral angelegtes System von Kopfbahnhöfen entwickelt, hier strömten die Passagiere aus allen Richtungen in die Stadt. Der Schienenverkehr wurde auch für Gütertransporte immer wichtiger und machte nun der Anlieferung von Kohle, Erzen und anderen Rohstoffen über die Wasserstraßen Berlins Konkurrenz.

Die Industrialisierung der Herstellungsprozesse von Gütern machte vor allem in den Jahren nach 1830 auch in Berlin große Fortschritte, wenngleich stockend im Verhältnis zu anderen führenden Staaten Europas. Das erhöhte Bauaufkommen in der Stadt ging damit einher. Wasserwerke, Krankenhäuser, Post- und Gerichtsgebäude, auch Hochschulen wie etwa das Gewerbe-Institut für technische Berufe wurden gebaut. Private wie öffentliche Gebäude sollten von ihrer Struktur her den neuen Anforderungen genügen. Fabriken wurden errichtet, in denen riesige Dampfmaschinen die Arbeitsprozesse beschleunigten und die Massenproduktion möglich machten. Für alle diese großdimensionierten Bauten musste geprüft werden, inwiefern von ihnen eine höhere Brandgefahr ausgehen würde, so auch für die neu errichteten städtischen Gasanstalten. In einem Gutachten der Feuersozietät wurde 1832 festgehalten, dass „diese [Gas-]Anstalt bei weitem weniger gefährlich als eine Lohmühle ist, ja daß sie selbst weniger gefährlich ist, als eine Tuch- oder Baumwollfabrik, welche mit einer Dampfmaschine arbeitet."[116]



Fabrik von Borsig in Moabit, Berlin 1887.



Karl Friedrich Schinkel (1781 – 1841)

Das 19. Jahrhundert schreitet voran. Die Feuersozietät hält Schritt

Auch Baumeister Schinkel stand dem Industriezeitalter offen gegenüber. Schon von seiner Reise nach England im Jahr 1826 hatte er sich Anregungen für eine völlig neue bauliche Konstruktionsweise mitgebracht: das Bauen mit Stahlträgern. Gerade unter Brandschutzaspekten bot diese Bauweise große Vorteile, hielt das Material doch auch einem stärkeren Brand länger stand. Kombiniert mit massiven Decken konnte gerade für den Betrieb industrieller Fertigungen der Ausbruch eines Feuers erheblich eingedämmt werden. Allerdings musste Schinkel bei der Planung des Gebäudes für die Bauakademie (1830) feststellen, dass die Umsetzung einer solchen Konstruktion in Preußen an den hohen Stahlkosten scheiterte; entsprechend musste der Bau konventionell errichtet werden. Dieser „Rote Kasten" geriet in seiner Reduktion dann sehr schlicht, aber nicht simpel, schön, aber nicht effektheischend.[117]

Anders als bei Schinkel, der bei seinen Bauten immer die stadträumliche Einbindung – gerade auch unter Brandschutzaspekten – einbezog[118], waren andere Industriebauten in der Gestaltung auf die reinen Baumassen konzentriert, eine Praxis, die sich in Preußen und besonders in Berlin bei der Errichtung riesiger Fabriken immer mehr durchsetzte.[119] Borsig betätigte sich in der Dampfmaschinen- und Lokomotivkonstruktion; ab Mitte des 19. Jahrhunderts entwickelte sich Schering ausgehend von seiner Grünen Apotheke zum industriell produzierenden chemischen Unternehmer.

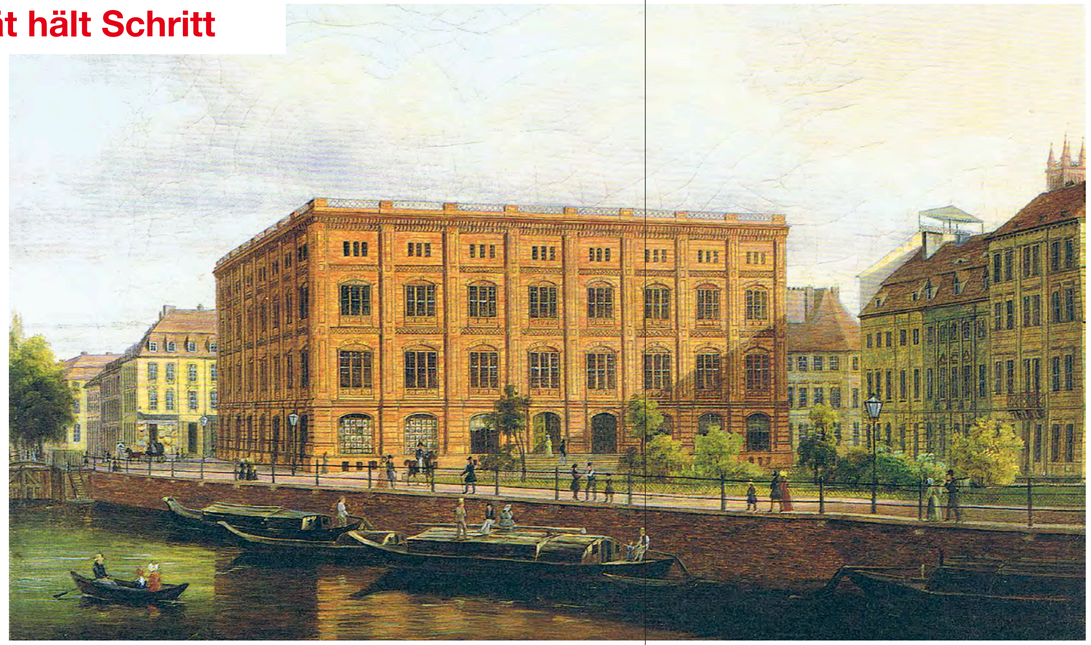
Die technische Revolution zog immer weitere Kreise in der Hauptstadt. Die Geschichtsschreibung der Industrialisierung konzentriert sich in der Regel auf die Phänomene der Produktivitätssteigerung im Zuge der neuen Herstellungsverfahren. Weniger Beachtung finden die subtilen, oft ineinandergreifenden außertechnischen Bedingungen und Dienstleistungen, die eine nachhaltige industrielle Entwicklung erst ermöglichen. Nicht zu unterschätzen ist etwa die stabilisierende Funktion der Kapitalsicherung durch eine Feuerversicherung, die damit zur wirtschaftlichen Entwicklung im 19. Jahrhundert beitrug.[120] Die Produktivitätsraten der Industrie als einzigen Parameter wirtschaftlicher Entwicklung zu fassen, greift zu kurz. Und Aufwendungen, die für Dienstleistungen aller Art erbracht wurden, können nicht nur als Lasten betrachtet werden, die die Produktivität senkten.[121]

Es waren vielmehr Investitionen in deren Absicherung und Verstetigung. Wenn das Kapital, das für eine Immobilie eingesetzt wurde, abgesichert war, stellte dies einen entscheidenden Faktor für die weitere Investitionsbereitschaft von Geldgebern und ihre dauerhafte Ansiedlung dar. Übertragen auf die Berliner Situation bot die Feuersozietät in dieser Hinsicht nachhaltige Sicherheit, ihre Tätigkeit muss daher als ein nicht unerheblicher Faktor in der Entwicklung der Stadt zum Industriestandort gelten.

Die gesellschaftlichen Verhältnisse Berlins, aber auch im preußischen Umland veränderten sich im ersten Viertel des 19. Jahrhunderts gravierend. Die Freisetzung der Bauern aus der Leibeigenschaft, der Bindung an ihre Gutsherren, verschaffte ihnen Freizügigkeit, sodass sie vom Land weg in die Hauptstadt ziehen konnten, auf der Suche nach besser bezahlter Arbeit. Lag die Zahl der Einwohner Berlins um 1800 noch bei etwas mehr als 172.000, stieg sie bis 1829 auf fast 250.000, wobei die Angehörigen des Militärs nicht miteinbezogen sind.[122]

Das Zusammenleben der Menschen auf engem Raum unter meist schlechten hygienischen Bedingungen führte in der rasant wachsenden Stadt 1831 zur schnellen Ausbreitung der Cholera. Die Verwaltung sprach von der „Cholera-Kalamität", 1.426 Menschen fielen ihr zum Opfer.[123]

Die Tätigkeit der Feuersozietät wird zum wichtigen Faktor in der sich entwickelnden Stadt Berlin.



Königliche Bauakademie in Berlin, 1838.

Bettina von Arnim (1785 – 1859)

Die Schriftstellerin Bettina von Arnim (1785 – 1859) beschäftigte sich mit der zunehmenden sozialen Verelendung breiter Schichten der Berliner Bevölkerung und fasste ihre Erkenntnisse 12 Jahre später, 1843, unter dem Titel „Dies Buch gehört dem König" zusammen, das sie anonym veröffentlichte.[124] Über die Berliner Armenkolonie „Voigtland" wird dort berichtet: „Im »Querhause« (Gartenstraße 92 a), Stube Nr. 9 wohnt der Tischlergeselle Gellert. Ich traf ihn nicht zu Hause. Seine Schwiegermutter lag todkrank auf dem Stroh, die Frau scheint auch sehr krank zu sein; sie hielt sich mit Mühe aufrecht und erzählte mir, daß der Mann vierzehn Tage ohne Arbeit und jetzt ausgegangen sei, »um Brot zu suchen«; die Kinder seien in der Schule. Die Familie erhält von keiner Seite Unterstützung. – Im Dachstübchen Nr. 76 wohnt ein Schuster, Schadow. Ich sah lange Zeit durch die gespaltene Türe ins Zimmer. Er arbeitete fleißig; die Frau saß am Boden und nähte einige Lumpen zusammen; zwei kleine, halbnackte Kinder saßen am Boden und spielten mit einer alten Tabakspfeife. Als ich eintrat, war Schadow ganz erschrocken; er hatte mich für den Inspektor gehalten, dem er Miete schuldig ist, und sah sich gern enttäuscht."[125]

Situationsplan von Berlin mit dem Weichbilde und Charlottenburg, 1882.

Viele Menschen hatten von König Friedrich Wilhelm IV., dem Adressaten des Buches von Bettina von Arnim, der 1840 den Thron bestiegen hatte, Reformen und politische Veränderung erwartet. Zwar wurden zu Beginn seiner Regentschaft verfolgte Publizisten wie Fritz Reuter amnestiert und die liberalen Gebrüder Grimm an der Berliner Universität aufgenommen, wirkliche soziale und politische Verbesserungen blieben aber aus. Es wurde wenig getan, um die ärgsten Auswirkungen der industriellen Entwicklung einzudämmen, politische Teilhabe zu ermöglichen und die Zensur abzuschaffen. Aufstände, wie die der Weber in Schlesien, Streiks, Auseinandersetzungen auf Märkten, wie der „Kartoffelkrieg“ auf dem Gendarmenmarkt – immer wieder flammten zornige Proteste gegen die sozialen und politischen Gegebenheiten auf.

Im März 1848 entlud sich der Unmut. In Berlin setzten Aufständische Barrikaden in Brand.[126] Um die 200 Menschen kamen ums Leben. Der König sah sich gezwungen, vor dem Trauerzug mit den Opfern seinen Hut zu ziehen. Nach einem wenig transparenten Wahlprozess kam am 22. Mai 1848 in der Sing-Akademie die preußische Nationalversammlung zusammen. Doch der Weg zum mündigen Bürger war noch lang. Zum Ende des Jahres 1848 „beschenkte“ der König sein Land mit einer Verfassung, die darauf beharrte, dass er von Gottes Gnaden eingesetzt worden sei. Zwar galt Preußen nun als konstitutionelle Monarchie, doch viele der errungenen Änderungen, die den Forderungen der März-Revolutionäre gefolgt waren, wurden bald wieder zurückgedreht.

BRANDMAUER

„die, vom Grunde aus selbständig zwischen zwei Gebäuden aufgeführte, durchaus massive, starke Mauer, die die Fortpflanzung von Feuer von einem zum anderen Gebäude verhindern soll. Bei geschlossenen Häuserreihen führt man die B. als Brandgiebel ein Stück (meist 30 – 50 cm) über die Dächer hinaus.“[130]

Brandmauer wird häufig auch als Brandwand bezeichnet und in neuerer Zeit definiert:
„Brandwände sind raumabschließende Bauteile von Gebäuden oder Gebäudeteilen. Sie müssen eine Brandausbreitung auf andere Gebäude oder Brandabschnitte ausreichend lange verhindern. Als ausreichend lange gilt der Widerstand gegen ein Brandgeschehen, wenn die Brandwand unter zusätzlicher mechanischer Belastung feuerbeständig (fb) ist und aus nicht brennbaren Baustoffen besteht (wmB = widerstandsfähig gegen mechanische Beanspruchung).“[131]

In der Folge des Zweiten Weltkriegs und der weiteren Stadtplanung ergaben sich zahlreiche Baulücken, die die Brandmauern als freistehende Giebel zurückließen. Dieses Bild griff Günter Grass mit einem Gedicht auf:[132]

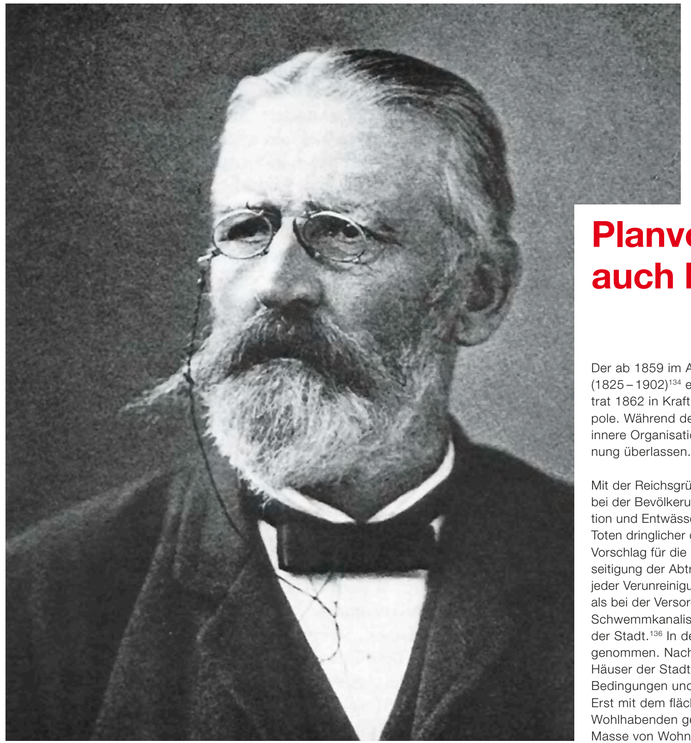
Brandmauern
Ich grüße Berlin, indem ich
Dreimal meine Stirn an eine
der Brandmauern dreimal schlage.
Makellos ausgesägte,
wirft sie den Schatten dorthin,
wo früher dein Grundstück stand.
Persil und sein Blau überlebten
auf einer Mauer nach Norden;
nun schneit es, was gar nichts beweist.
Schwarz ohne Brandmauerinschrift
kommt mir die Mauer entgegen,
blickt sie mir über die Schulter.
Ein einziger Schneeball haftet.
Ein Junge warf ihn, weil etwas
tief in dem Jungen los war.

Auch Hanns Zischler, Berliner Schauspieler und Publizist, widmete sich dem Thema und machte sich Gedanken über das seltsame Wort, das seiner Meinung nach eigentlich Brand-schutz-mauer heißen müsste.[133]

In Berlin war der Regelungsbedarf für die Anlage und Gestaltung der Stadt nicht mehr zu übersehen. Immer mehr Häuser wurden auf immer engerem Raum erstellt, immer mehr Menschen auf immer weniger Fläche zusammengedrängt. 1848 war die Bevölkerung auf 405.000 Einwohner angestiegen.[127] Als gesetzliche Vorschrift für die Erweiterung oder Neuerrichtung von Gebäuden galt nun seit 200 Jahren immer noch die Bauordnung aus dem Jahr 1641. Sofern Probleme nicht über Einzelbestimmungen geregelt wurden, hatte es bis dahin nur wenige Beschränkungen gegeben, um dem Wildwuchs im Bauwesen Einhalt zu gebieten.

Das Regelwerk für die bauliche Entwicklung Berlins
Gerade im Hinblick auf die Brandvermeidung oder -verhütung stellten die Bauordnung sowie der später erlassene Bebauungsplan wichtige Instrumente dar. Die „Bau-Polizei-Ordnung für Berlin und dessen Bau-Polizei-Bezirk“ wurde im Jahr 1853 als königliche – nicht als städtische – Verordnung erlassen, der neuen Zeit angepasst.[128] Allerdings fixierte die Bauordnung nur Mindestanforderungen: die Höhe der Vorderhäuser durfte den Straßenquerschnitt bei einer Straßenbreite von rund 13 m maximal um ein Viertel überschreiten (§ 28 Bau-Polizei-Ordnung), damit im Falle des Einsturzes der Fassade die gegenüberliegenden Gebäude nicht in Mitleidenschaft gezogen wurden. Bei breiteren Straßen gab es keine Höhenbegrenzung. Die Belichtung von Räumen, die zum Aufenthalt von Menschen bestimmt waren, wurde festgelegt (§ 88 Bau-Polizei-Ordnung), ohne allerdings gleichzeitig sicherzustellen, das überhaupt genügend Licht in die Wohnungen einfallen konnte, denn der Abstand der Gebäudefronten zueinander auf einem Grundstück, bei zwei Seitenflügeln beispielsweise, brauchte nur knapp 5 m zu betragen (§ 31 Bau-Polizei-Ordnung). Im Hinblick auf den Brandschutz wurde die Verwendung massiver Baumaterialien (u.a. §§ 31 u. 32 Bau-Polizei-Ordnung) sowie der sichere Aufbau von Schornsteinen geregelt (§§ 70 – 75 Bau-Polizei-Ordnung). Die Trennwand zu Nachbargebäuden musste massiv und fensterlos aufgebaut sein, damit sie als Brandmauer wirken konnte (§§ 40 u. 41 Bau-Polizei-Ordnung). Die Höfe mussten mindestens eine Fläche von 17 Fuß im Quadrat oder knapp 25 qm aufweisen, also gerade so groß sein, dass eine Feuerspritze wenden konnte. Die Zufahrt zum Transport von Löschwerkzeugen musste durch eine ausreichende Breite und Höhe gewährleistet sein (§ 31 Bau-Polizei-Ordnung). Schon seit geraumer Zeit hatte sich in Berlin die Bauweise der geschlossenen Blockrandbebauung durchgesetzt. Mit der Bauordnung wurde nun festgehalten, dass die Baupolizei für die Bestimmung der Fluchtlinie zuständig war. Die Giebel wurden inzwischen häufig nicht mehr zur Straße ausgerichtet, sondern grenzten unmittelbar an den des Nachbargebäudes an, somit entfielen auch Nachbarstreitigkeiten über die Ableitung des Regenwassers aus den Traufen.[129] Mit all diesen Bestimmungen war aber die Möglichkeit der extrem hohen Überbauung eines Grundstücks kaum beschränkt worden, vielmehr bildeten sie erst die rechtliche Grundlage für den Bau von „Mietskasernen“, wie sie in der Ackerstraße, im Bereich Voigtland, der bereits erwähnten Gartenstraße oder in Kreuzberg und Neukölln entstanden.

Blick in die sechs Höfe der Mietskaserne „Meyer’s Hof“, Ackerstraße, Wedding, 1910.



James Hobrecht (1825 – 1902)

Planvolle Entwicklung der Stadt – auch bei der Brandbekämpfung

Der ab 1859 im Auftrag des Fiskus von einer Kommission unter Leitung von James Hobrecht (1825 – 1902)[134] erstellte Bebauungsplan, vom Berliner Magistrat mindestens zur Hälfte bezahlt, trat 1862 in Kraft. Die Vorgaben des Hobrecht-Plans förderten die Entwicklung Berlins zur Metropole. Während der Bebauungsplan vor allem die Verkehrswege der Stadt strukturierte, blieb die innere Organisation der Wohnhausblöcke weitgehend den Regelungen durch die frühere Bauordnung überlassen.

Mit der Reichsgründung 1871 wurde Berlin Hauptstadt des Reichs. 1880 wurde die Millionengrenze bei der Bevölkerungszahl überschritten. Der ebenfalls Hobrecht übertragene Ausbau der Kanalisation und Entwässerung erschien infolge einer erneuten Choleraepidemie im Jahr 1866 mit 5.000 Toten dringlicher denn je. Schon 1860/61 hatte Baumeister Salomon Wiebe dem Magistrat einen Vorschlag für die Kanalisation Berlins unterbreitet. Vier Punkte führte er als wesentlich an: „1. Beseitigung der Abtrittsgruben, … 2. Beseitigung der tiefen, stinkenden Rinnsteine, … 3. Vermeidung jeder Verunreinigung der Spree, … 4. Vermeidung der Überschwemmung von Straßen …“[135] Anders als bei der Versorgung mit Gas und Wasser übernahm ab 1873 die Stadt selbst die Errichtung der Schwemmkanalisation mit Radialsystemen und anschließender Ableitung in Rieselfelder weit vor der Stadt.[136] In den Jahren von 1875 bis 1881 wurden die ersten vier Radialsysteme in Betrieb genommen. Nach knapp 20 Jahren – ab 1892 – sorgten elf Radialsysteme, an die die meisten Häuser der Stadt nun angeschlossen waren, für eine deutliche Verbesserung der hygienischen Bedingungen und ganz unmittelbar für eine deutliche Reduzierung des Gestanks in der Stadt. Erst mit dem flächendeckenden Ausbau der Kanalisation wurde nun auch die anfänglich nur von Wohlhabenden geschätzte und in Anspruch genommene Innovation des Wasserklosetts für die Masse von Wohnungen umsetzbar.[137]

Friedrich von Hinckeldey (1805 – 1856)

Feuerlöschwesen in Berlin

Auch in der Brandbekämpfung gab es im Laufe des 19. Jahrhunderts zahlreiche Veränderungen. Mit der Kabinettsordre vom 31. Dezember 1838 wurde seinerzeit noch bestimmt, dass das Polizeipräsidium eine „vereinigte Nachtwacht-, Erleuchtungs- und Straßenreinigungskasse“ unterhielt, deren Ausgaben aus dem Nachtwachtgeld, staatlichen und städtischen Zuschüssen sowie ganz maßgeblich der Feuersozietät bestritten wurden.[138] Im Laufe der Zeit konnten die Gelder für die Straßenbeleuchtung aus diesem gemischten Aufgabenpaket herausgelöst werden, denn die öffentliche Beleuchtung wurde zunehmend von den (inzwischen) städtischen Gasanstalten übernommen. Bei diesen war wiederum die städtische Verwaltung für die Abrechnung zuständig, ebenso für die Stadtreinigung. Die Aufgaben der Nachtwache wurden, soweit es sich um polizeiliche handelte, ab 1850 immer mehr von der Ortspolizei übernommen. Die Funktion der Nachtwächter als Feuerwächter wurde mit der Erneuerung des Feuerlöschwesens ab 1851 durch die telegrafische Übermittlung ersetzt. Es sollten nicht mehr ganze Stadtteile mit Pfeifen, Tuten der Nachtwächter und Läuten der Kirchenglocken geweckt werden. Gezielt wurde die Aufmerksamkeit auf den konkreten Brandherd gelenkt. Sukzessiv wurden die für das Löschen zuständigen Stellen per Telegrafie miteinander verbunden.

Der wegen seiner strikt konservativen Ansichten nicht unumstrittene, vom König im November 1848 eingesetzte Polizeipräsident Friedrich von Hinckeldey (1805 – 1856) machte seinen Einfluss geltend, um das Löschwesen in Berlin zu verbessern. Gleichzeitig engagierte er sich für die Entwicklung einer stadtweiten Versorgung mit fließendem Wasser. Da sich zu diesem Zeitpunkt weder Staat noch Stadt in der Lage sahen, dieses Projekt zu stemmen, wurde 1852 ein Vertrag mit zwei britischen Unternehmern über eine Laufzeit von 25 Jahren (beginnend 1856) abgeschlossen.[139] Schon ein Jahr darauf begann die Berlin Water Works Company mit den Arbeiten. Obwohl das Netz in der vereinbarten Zeit fertiggestellt werden konnte, erfolgte der Anschluss der Gebäude, öffentlicher wie privater, nur sehr zögerlich. Vermutlich aus Ersparnisgründen wurde weiterhin das Wasser aus den Brunnen geholt. Für die Löschung von Bränden war jedoch der kostenlose Zugriff auf die Wasserleitungen vereinbart, über Hydranten wurde der Anschluss der Feuerschläuche möglich, was eine erhebliche Verbesserung der Löscheinsätze bewirkte.

Übung mit der um 1855 verwendeten Handdruckspritze.

Erster festangestellter Branddirektor in Berlin wurde 1851 Karl Ludwig Scabell (1811 – 1885), der sich erfolgreich für die Etablierung einer Berufsfeuerwehr einsetzte.[140] Denn die Stadt war mittlerweile so angewachsen, dass die Brandbekämpfung nicht mehr allein im bürgerschaftlichen Engagement von Handwerkern und Dienstpersonal, unterstützt von einzelnen Soldaten, geleistet werden konnte.

Die neue Feuerwehr war darauf ausgelegt, sich auf eine gut ausgebaute Kommunikationsstruktur verlassen zu können, schnell einsatzbereit zu sein und in militärischer Ordnung den Brand zu löschen. Im Jahr 1895 war die Berliner Feuerwehr wie folgt gegliedert: ein Branddirektor, ein Oberbrandinspektor, fünf Brandinspektoren und sechs Brandmeister, sieben Feldwebel, 63 Oberfeuermänner, acht Obermaschinisten, 249 Feuermänner und 436 Spritzenmänner sowie 118 Pferde, die die 80 Wagen und Spritzen zogen. Fünf Dampf- sowie vier Gas- und Dampfspritzen standen zur Verfügung.[141]

Mit der völligen Neuorganisation des Feuerlöschwesens ab 1851 wurden auch viele konkrete Leistungsverpflichtungen der Feuersozietät, die sich aus dem Reglement von 1794 ergeben hatten, der veränderten Situation angepasst. In einem gemeinsamen Beschluss des Magistrats und der Stadtverordnetenversammlung wurde der finanzielle Anteil festgelegt, den die Feuersozietät von den Aufwendungen zum Feuerlöschwesen zu übernehmen hatte:

- die Hälfte der Kosten für Oberfeuermänner und Feuermänner, Turnlehrer, für Bekleidung, Bereitstellung von Gespannen, für die Beleuchtung und Unterhaltung der Feuerwachtdepots, für die Anschaffung und Unterhaltung von Löschgeräten, Unterhaltung der elektrischen Telegrafen, für Fuhrkosten, die Abgaben vom Grundeigentum und für die Pension und Unterstützung von Feuermännern
- drei Viertel für die Anschaffungskosten sowie die Unterhaltung der „Prahm-, Dampf- und Wachtspritzen“ und der dazugehörenden Schläuche
- vollständig das Honorar des Feuerwehrarztes, die Prämien für Verdienste bei der Löschung, die Kosten von Fackeln.[142]

Die Beiträge der Feuersozietät zum Feuerlöschwesen der Stadt beanspruchten einen erheblichen Anteil ihres Etats. Im Hinblick auf das Löschwesen Berlins übernahm sie in den Jahren 1860 bis 1876 zwischen 51,24 Prozent (1865) und 26,88 Prozent (1876) der entstandenen Nettokosten.[143]

Gegen Ende des 19. Jahrhunderts steigen die Versicherungssummen zusehends.

Arbeitsplatz

Leider liegen aus dieser Zeit, der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, keine internen Berichte über die Arbeitssituation bei der Feuersozietät selbst vor. Vielleicht reagierten einige der Mitarbeiter – allesamt Beamte und Magistratsarbeiter – angesichts des erhöhten Arbeitsanfalls mit Unmut. Ein berühmter Angestellter einer Versicherung, Franz Kafka, schilderte seinen Arbeitsplatz:
„Wenn ich vor meinem traurigen Bureauschreibtisch stehe – er ist wohl einigemale größer als der Deinige; er muß groß sein, sonst könnte er die Unordnung nicht fassen – …, bekomme ich Lust, die Tische umzuwerfen, das Glas der Schränke einzuschlagen, den Chef zu beschimpfen …“[144]

Wachsender Versicherungsbestand der Feuersozietät
Die Zahl der bei der Feuersozietät versicherten Gebäude wuchs in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts beständig.

Versicherungsbestand

Jahre	Gebäude	Versicherungswert	Zuwachs in 5 Jahren
1855	8.769	136.846.225 Rt	
1860	9.462	162.902.525 Rt	+ 693
1865	12.620	736.482.675 M	+ 3.158
1870	13.710	895.809.450 M	+ 1.090
1875	16.019	1.462.404.200 M	+ 2.309
1880	18.138	1.958.870.400 M	+ 2.119

Entwicklung der Feuersozietät
Durch die rasante Entwicklung Berlins nach 1850 wuchsen auch die Aufgaben der Feuersozietät.

Besonders stark war die Steigerung der Versicherungsverträge zwischen 1860 und 1865 mit einem Plus von 3.158 Gebäuden, davon kamen allein innerhalb eines Jahres, zwischen 1860 und 1861, 961 hinzu. Die Stadtgrenze, das Weichbild, hatte sich verschoben, der Wedding, Moabit sowie die Schöneberger und Tempelhofer Vorstadt waren zum 1. Januar 1861 eingemeindet worden. Entsprechend fielen diese Gebäude nun in den Geschäftsbereich der Feuersozietät. So machte allein im Jahr 1860/61 die Zahl der aufzunehmenden Grundstücke, die auf den neu hinzugekommenen „Territorien“ lagen, 714 aus.[145] Da aber in vielen Fällen erst abgewartet werden musste, bis vorhandene Verträge mit anderen Feuerversicherungsgesellschaften ausgelaufen waren, erstreckte sich die Übernahme durch die Feuersozietät auf einen längeren Zeitraum – bis 1872/73. Ein weiteres Element, aus dem sich der Abschluss neuer Verträge ergab, war die Teilung vorhandener Grundstücke.

Die deutliche Steigerung des Versicherungswerts, beispielsweise in dem Zehnjahresabschnitt von 1870 bis 1880 von 896 Millionen Mark auf 1.959 Millionen Mark, also um mehr als das Doppelte, war auf Neu-, An- und Aufbauten an bereits versicherten Gebäuden zurückzuführen.[146] Mit diesen baulichen Veränderungen erfuhren die Gebäude eine erhebliche Wertsteigerung, die entsprechend zu einer neuen Schätzung führte. In der Praxis lässt sich hier die Verdichtung auf einem Grundstück nachvollziehen.

In den Jahren nach 1875 wurden die bis dahin versicherten Bahnhöfe der Eisenbahnlinien Berlin-Anhalter, Berlin-Görlitzer und Berlin-Hamburger bei der Feuersozietät gelöscht, ebenso die Areale, die für den Bau der Stadtbahn vorgesehen waren.[147] Sie wurden nun in staatliche Regie übernommen.

Reichstaler

Im Jahr 1881 wurde bei der Feuersozietät die Schwelle von 2 Milliarden Mark bei der Versicherungssumme überschritten, schon zehn Jahre später die von 3 Milliarden Mark. Die beständige bauliche Umwälzung Berlins lässt sich an diesen Zahlen ablesen. 1900 lag der Versicherungswert bei über 4 Milliarden Mark.

Brandentwicklung und Erstattungen
In der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts gab es zahlreiche Großbrände, die erhebliche Entschädigungen nach sich zogen, so der Brand des Schauspielhauses im Jahr 1817 oder des Opernhauses im Jahr 1843 sowie im gleichen Jahr des Krügerschen Kolosseums in der Alten Jacobstr. 64.[148]

Mit der Verbesserung des Löschwesens und höheren Anforderungen an den Brandschutz wurde aber offensichtlich viel erreicht. Denn der zunehmenden Industrialisierung, auch der Steigerung im Bereich der Großindustrie zum Trotz, sah die Bilanz bei den Bränden in einzelnen Phasen vergleichsweise günstig aus, so etwa für die Dekade von 1850 bis 1860, in der die Zahl der Brände pro Jahr lediglich zwischen 49 und 92 lag, durchschnittlich bei 71 jährlich.

Ausgaben der Feuersozietät – Brand- und Schadenentwicklung im Fünf-Jahres-Vergleich[149]

Jahr	Zahl der Brandschäden	Geleistete Entschädigungen in M	Verwaltungs- u. andere Nebenkosten in M	Gesamtausgaben in M
1860/61	100	138.421,88	172.262,17	310.684,05
1865/66	172	168.193,46	185.695,47	353.888,93
1870/71	251	213.569,52	328.134,30	541.703,82
1875/76	351	1.345.007,43	436.277,66	1.781.285,09

Im Zeitraum von 1850 bis 1861 waren 1.067 Brände zu verzeichnen (darunter „81 Schornsteinbrände, 27 Gardinenbrände, 26 Blitzschäden, 6 Gas- und 1 Pulverexplosion“).[150] Das entspricht knapp 100 Bränden pro Jahr. Allerdings waren die Erstattungsbeträge in einzelnen Jahren erheblich. So mussten zwischen 1860 und 1871 in vier Fällen Entschädigungen über 120.000 Mark geleistet werden[151]:

1. für die Centralbank für Bauten, hier das Gebäude in der Ziegelstr. 1/2 und Friedrichstr. 105 b (Schadensumme 120.110 Mark)
2. für das Haus der Kommanditgesellschaft auf Aktien für Holzarbeit C. Neuhaus, Haidestr. 53/57 (Schadensumme 139.627 Mark)
3. für das Ermeler-Haus, Breitestr. 11 und Neumannstr. 13/14 (Schadensumme 163.360 Mark)
4. für den Kaiserhof[152] (Schadensumme 531.137 Mark).

Aber auch nach 1876 gab es noch weitere schwere Brände, in mehreren Fällen handelte es sich um Brauereien. Doch neben den Erstattungen für die entstandenen Brände forderte die Beteiligung am Löschwesen erhebliche Aufwendungen.

Über die Zeit war auch die Konkurrenz an Versicherungsgesellschaften angewachsen, denn für die angrenzenden Stadtbereiche galt nicht der Zwang, sich bei der Feuersozietät zu versichern, ebenso konnten Risiken bei beweglichen Gegenständen nur von privaten Versicherungen abgedeckt werden. So vermittelt eine Übersicht für das Jahr 1865 einen Eindruck:

657 Brände, Ursachen:	
vorsätzliche Brandstiftung	2
mutmaßliche Brandstiftung	10
infolge fehlerhafter od. polizeiwidriger Einrichtungen	44
durch Fahrlässigkeit od. Unvorsichtigkeit im Umgang mit Licht durch Erwachsene (189) u. durch Kinder (37), hiervon waren 134 Gardinenbrände	226
Verschüttung von brennendem Spiritus	10
Unvorsichtigkeit beim Trocknen von Kleidungsstücken	20
durch Fahrlässigkeit mit glühender Asche	10
durch zu starkes Heizen der Öfen	31
durch aus der Feuerung gefallene Kohlen	56
durch Selbstentzündung	5
durch Überkochen von Lack	8
durch Gasexplosion	7
aus verschiedenen zufälligen Gründen	78
aus nicht ermittelten Ursachen	110
ohne Angabe	40
Summe	**657**

Hierfür war eine Entschädigungssumme von 112.062 Reichstalern zu erstatten. Obwohl von den 657 Bränden lediglich 206 in den Verantwortungsbereich der Feuersozietät fielen, hatte sie eine Erstattungssumme von 85.149 Reichstalern zu tragen, während der Restbetrag von anderen Versicherungsgesellschaften übernommen werden musste.[153]

Hotel Kaiserhof, 1900

„Eiserne Reserve“ der Feuersozietät im 19. Jahrhundert

Noch immer basierte der Beitrag der Hauseigentümer für die Feuersozietät auf der Umlage der jährlich entstandenen Kosten. Hatte es im 18. Jahrhundert noch Jahre gegeben, in denen ganz auf eine Umlage verzichtet werden konnte, führte eine Reihe von großen Bränden Anfang des 19. Jahrhunderts in einzelnen Jahren nun dazu, dass sowohl die Stadtkämmerei als auch die „Haus- und Mieths-Steuer-Kasse“ mit Vorschüssen einspringen mussten, da die Feuersozietät mit dem „eisernen Bestand“ von 5.000 Reichstalern über kein ausreichendes Polster verfügte, um die Schäden in der gebotenen Frist zu erstatten. Die Umlage, die im darauffolgenden Jahr erhoben wurde, führte dann zwar immer wieder zum Ausgleich, doch waren in der Regel mehrere Monate zu überbrücken, in einigen Fällen fast ein Jahr. So hatte sich etwa aus dem erneuten Brand der Petrikirche 1809 ein Erstattungsbetrag von 57.000 Reichstalern ergeben, infolge des bereits erwähnten Brands des Königlichen Schauspielhauses 1817 sogar eine Schadensumme in Höhe von 109.138 Reichstalern und 8 Groschen.[154] Aus diesem Grund wurde 1824 ein erster, zunächst vergeblicher Vorstoß unternommen, den „eisernen Bestand“ der Feuersozietät aufzustocken.[155] 1827 bemühte sich der Magistrat angesichts der laufenden Zahlungsprobleme erneut darum, den Betriebsfonds zu erhöhen, um nötigenfalls liquide zu sein. Die Stadtverordnetenversammlung setzte eine Kommission ein und kam zu dem Beschluss, dass über einen zusätzlich erhobenen Beitrag von 4 Pfennigen auf eine Versicherungssumme von 100 Reichstalern

Innenhof der Dresdener Str. 97 in der Berliner Luisenstadt, circa 1880.

Die Feuersozietät gerät zwischen die Fronten.

die nötigen Einnahmen generiert werden könnten, um damit den „eisernen Bestand“ auf insgesamt 20.000 Reichstaler aufzustocken. Da es sich bei dem Feuersozietätsreglement von 1794 um ein Gesetz handelte, musste die königliche Verwaltung zustimmen. Dies geschah aber nicht. Stattdessen kippte das Ministerium des Innern am 21. Juni 1828 den Beschluss der Stadtverordnetenversammlung wieder.[156] Die Angelegenheit fand keine Lösung und landete in der Aktenablage. Die Probleme blieben somit der Feuersozietät erhalten, immer wieder war sie auf die kurzfristige Unterstützung durch die Magistratskämmerei bzw. die Sparkasse angewiesen, wobei es über lange Zeit keine eindeutige Klärung gab, ob die Vorfinanzierung zinslos oder mit Zinsen zu erfolgen hatte.[157] Mit jedem Großbrand, so auf dem Mühlendamm 1838 oder nach dem Brand des Opernhauses 1843, fielen hohe Entschädigungssummen an, die im laufenden Geschäftsjahr bei weitem die Rücklagen der Feuersozietät überstiegen.[158] In diesen Jahren pendelte sich die jährliche Umlage auf 4 bis 5 Pfennige pro 100 Reichstaler ein.

In späteren Jahren entspann sich eine heftige Auseinandersetzung, diesmal allerdings zwischen Stadtverordnetenversammlung und Magistrat. Die Feuersozietät, vertreten durch den Magistrat, beabsichtigte weiterhin, diesmal sukzessiv, einen größeren Betriebsfonds für die jährliche Umlage aufzubauen. Dagegen stemmten sich nun wiederum die Vertreter der Stadtverordnetenversammlung. Anlass war der Antrag des Magistrats im Dezember 1884, eine Umlage für das Geschäftsjahr 1883/84 in Höhe von 5 Pfennigen pro 100 Mark Versicherungssumme zu beschließen.[159] Als der Stadtverordnete Nève beantragte, lediglich 4 Pfennige zu verabschieden, erntete er laut Protokoll anfänglich leises Gelächter. Zu gering, ja geradezu kleinlich erschien diese Forderung. Als jedoch deutlich wurde, dass es sich in der Summe um rund 300.000 Mark handeln würde und damit grundsätzlich ein Beitrag zum Aufbau einer höheren Rücklage der Feuersozietät geleistet werden sollte, sprachen sich auch andere Stadtverordnete dafür aus. Nève wies darauf hin, dass der Magistrat schon länger die Absicht verfolgte, einen Reservefonds, inzwischen allerdings in Höhe von 900.000 Mark, aufzubauen. Der Vorsitzende der Feuersozietät, Stadtrat Hübner, führte die aktuellen Probleme der Versicherung bei der Schadensbegleichung ins Feld. Allein im neuen Geschäftsjahr 1884/85 waren schon sieben Brände zu erstatten gewesen, die bei weitem die eiserne Reserve überstiegen und die erst im darauffolgenden Geschäftsjahr durch die Umlage ausgeglichen werden würden. Doch die geplante Aufstockung der Sicherheitsreserve blieb erneut aus. Der Beschluss der Stadtverordnetenversammlung legte für das Geschäftsjahr 1883/84 eine Umlage von 4 Pfennigen pro 100 Mark Versicherungssumme fest.[160]

So scheiterten bis zum Anfang des 20. Jahrhunderts alle Versuche, eine Anpassung des Betriebsfonds zu erreichen. Erst nach vielen Jahren strengen Wirtschaftens sollte sich die Lage im 20. Jahrhundert entspannen.[161] So bewies die Feuersozietät schon damals, dass sie in Krisenzeiten bestehen und wirtschaften kann.

Feuersozietät im Spannungsverhältnis zwischen Magistrat und Staat

Demgegenüber forderte zwischen 1832 und 1846 das Königliche Oberpräsidium mehrfach die Reformierung des Reglements der Feuersozietät von 1794; dabei waren der verpflichtende Beitritt und die Garantie der Neuwerterstattung die strittigen Punkte.[162] Insbesondere wurde der Frage der Zwangsmitgliedschaft staatlicherseits in der Korrespondenz mit dem Magistrat besonderes Gewicht beigemessen, wie eine eigens verfasste Denkschrift unterstrich. Aus Sicht der preußischen Regierung sollte die Zwangsmitgliedschaft abgeschafft werden. Offensichtlich wurde das Ziel einer stärkeren wirtschaftlichen Liberalisierung verfolgt. In der sich anschließenden heftigen Auseinandersetzung trafen dogmatische Standpunkte unversöhnlich aufeinander.[163] So bezeichneten Magistratsvertreter die staatlicherseits beabsichtigte freiwillige Mitgliedschaft in der Feuerkasse abwertend als „romanistisch“ und von der Idee der „unbedingten Dispositionsfreiheit“ der Eigentümer geleitet. Dem wurden der genossenschaftliche Gedanke und die „Gemeinschaft der sesshaften Hauseigentümer“ gegenübergestellt. Nach Überzeugung der berichtlegenden Magistratsvertreter hatte die „germanistische Forschung“ der „Einen Gemeinde“ die geschichtliche wie sittliche Berechtigung zugestanden, aus der sich quasi die Verpflichtung zur gemeinschaftlichen Haftung im Brandfall ableiten ließ.[164] Letztlich blieb alles beim Alten, der Vorstoß des Oberpräsidiums wurde ebenfalls zu den Akten gelegt.

In diesen verschiedenen Streitigkeiten zwischen staatlicher Verwaltung und städtischer Feuersozietät, vertreten durch den Magistrat, lässt sich eine deutliche Distanz in den Standpunkten erkennen. Während im vorangegangenen Jahrhundert noch eine starke Verbindung zur königlichen Verwaltung bestanden hatte, zwangsläufig angesichts der starken Abhängigkeit, veränderte sich das im 19. Jahrhundert deutlich. Nun hatte der Magistrat mehr eigene Entscheidungsfreiheit.

1869 zieht die Feuersozietät ins Rote Rathaus

Die Feuersozietät war kein frei agierendes Unternehmen, sondern eine vom Magistrat verwaltete Anstalt, die der Stadtverordnetenversammlung gegenüber Rechenschaft schuldig war. Angesichts des geltenden Dreiklassenwahlrechts, das vorgab, dass die Hälfte der Verordneten Hausbesitzer sein mussten, ist anzunehmen, dass sie vielfach selbst Mitglieder der Feuersozietät waren (sofern sie im Kernbereich Berlins lebten). Sie hatten also durchaus ein Eigeninteresse an niedrigen Umlagen.

Eine Regelung, die zwischen Magistrat und Fiskus getroffen wurde, war bei der vom Magistrat aufgebrachten Diskussion um die Erweiterung der Neuwertversicherung für abgebrannte Holzgiebel zum Streitpunkt geworden. Diese Giebel durften nach der neuen Bauordnung nicht mehr konstruiert werden, wenn sie verbrannt waren. Der Wiederaufbau eines Hauses war aber laut Reglement verpflichtend und die Bedingung für die Entschädigung vonseiten der Feuersozietät. Damit nun ein Gebäude beiden Anforderungen entsprechend wiederaufgebaut werden konnte, mussten höhere Kosten für eine massive Ausführung der Dachgiebel aufgewendet werden. Zu diesen Mehrkosten wurde mit Zustimmung der Stadtverordnetenversammlung 1821/22 eine Regelung erlassen, ohne dass der Fiskus Widerspruch anmeldete.[165] In ähnlicher Weise wurde nach 1837 mit den nicht massiv ausgeführten Giebeln bzw. Wänden zu Nachbargebäuden oder -grundstücken verfahren. Auch sie durften nach einem Brand nun in höherer Qualität neu errichtet werden. Zu diesem Zeitpunkt hatte sich die allgemeine Baupraxis indes bereits so weit verändert, dass kaum mehr Häuser mit Fachwerkwänden und Holzgiebeln versichert waren. In Alt-Berlin schrumpfte der Bestand an Gebäuden des Mittelalters und der frühen Neuzeit durch Abbruch (für Neubauten) immer weiter.

Organisation der Feuersozietät in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts

Im Laufe der Zeit kam es mehrfach zu Änderungen in der internen Organisationsstruktur der Feuersozietät. So wurde bereits 1810 das Direktorium abgeschafft und die Leitung unmittelbar beim Magistrat angesiedelt.[166] 1877 wurde dann eine Deputation aus Magistratsmitgliedern errichtet, die 1891 durch eine Deputation bestehend aus drei Magistratsmitgliedern und sechs Stadtverordneten ersetzt wurde.

In der inneren Organisationsstruktur bündelte nach 1849 ein General-Feuerherr die Aufgaben der lokalen Feuerherren.[167] Die „Rathsmaurermeister“ und „Rathszimmermeister“ wurden als „verpflichtete Sachverständige“ zur Bestimmung der Taxe eingesetzt. Das bis dahin existierende System von „Feuerherren, Rathsmauermeistern, Rathszimmermeistern und Stadtwachtmeistern“, die für die neun Distrikte zuständig gewesen waren, wurde somit umgestellt.[168] Auch die noch im Reglement von 1794 geforderte Anwesenheit eines „bauverständigen Stadtrats“ wurde jetzt gestrichen. Angesichts des erheblich gestiegenen Bauaufkommens, aber auch wegen der immer höheren Anforderungen an die Fachkenntnisse im Bauwesen musste diese Funktion technisch versierten Fachleuten übertragen werden. Nun waren Stadtinspektoren, Ratsmaurermeister und Ratszimmermeister direkt an den Schätzungen beteiligt, damit konnte der Aufwand und die Kosten reduziert werden.

Rotes Rathaus,
Ansichtskarte
(ohne Jahresangabe)

Der Mühlendamm in Berlin,
Johann Friedrich Stock, 1833;
Stiftung Stadtmuseum Berlin.

Städtische Feuersozietät kann sich behaupten

Berlins Wirtschaft nahm im Zuge des politischen Statusgewinns als neue Reichshauptstadt nach 1871 einen merklichen Aufschwung, nicht zuletzt auch befördert durch die enormen Reparationszahlungen, die Frankreich nach dem verlorenen Krieg an Deutschland leisten musste. Ein Boom von Unternehmensgründungen setzte ein, der aber schon bald in eine Wirtschaftskrise, den „Krach“ mündete. Zugleich wuchs die Bevölkerung Berlins unvermindert.

Die jährliche Umlage der Feuersozietät blieb im Vergleich zu den anderen preußischen Feuerversicherungen niedrig, sie galt über lange Zeit als die günstigste.[169] Selbst 1905/06 blieb das so, als sich in Berlin mysteriöse Dachstuhlbrände sprungartig häuften, so sehr häuften, dass sie sogar Eingang in den Gassenhauer „Hab'n Sie 'ne Ahnung von Berlin!“ des Coupletsängers Otto Reutter fanden:

„Berlin ist groß, Berlin ist herrlich,
Was man dort sieht, ist int'ressant.
's gibt jede Woche neue Bauten
Und jeden Tag 'nen Dachstuhlbrand …“[170]

Per App den
ganzen Text sehen.

Am 1. Oktober 1910 waren insgesamt 27.320 Grundstücke mit einem Wert von 5.294.649.300 Mark bei der Städtischen Feuersozietät versichert.[171] Für das Geschäftsjahr 1910/11 wurde eine Umlage von 5 Pfennigen pro 100 Mark Versicherungswert von der Stadtverordnetenversammlung beschlossen.[172]

Sitz der Feuersozietät

Aus der engen Anbindung der Versicherung an den Magistrat ergab sich auch die räumliche Nähe mit der Unterbringung im 1869 fertiggestellten Roten Rathaus. Die Städtische Feuersozietät belegte drei Räume (7 – 9) im Erdgeschoss. Als 1911, nach den Plänen des nach Berlin berufenen Stadtbaurats Ludwig Hoffmann (1852 – 1932), zwischen Molkenmarkt und Klosterstraße ein neues Stadthaus errichtet worden war, heute als „Altes Stadthaus“ bezeichnet, bezog hier die Deputation der Städtischen Feuersozietät wiederum ein neues Domizil. Mittlerweile wurde ihr Geschäftsbetrieb in vier Räumen abgewickelt, im Erdgeschoss Zi. 44 – 47.[173] Seit diesem Umzug hatte Oberstadtsekretär Maaß viele Jahre das Amt des Bureauvorstehers inne.[174]

Rudolf-Virchow-Krankenhaus, Hofansichten der Hauptgebäude, Aufnahme um 1897.

Ludwig Hoffmann (30. Juli 1852 Darmstadt – 11. November 1932 Berlin)

Architekt im öffentlichen Auftrag für wichtige kommunale und nationale Bauten. Das erste Projekt dieser Art war der Neubau des Reichsgerichts in Leipzig, das rund zwölf Jahre Bauzeit in Anspruch nahm. Als Hoffmann mit der Planung und Realisierung des Märkischen Museums in Berlin betraut wurde, übernahm er gleichzeitig die Stellung eines Stadtbaurats in der Hauptstadt.

Hoffmann zeichnete für die Gestaltung zahlreicher repräsentativer Bauten in Berlin wie etwa das Märkische Museum oder das Stadthaus verantwortlich. Auch der Kaiser schätzte seine Arbeit. Hochwertig ausgeführt, ästhetisch beeindruckend, dabei sorgfältig auf die jeweilige Funktion zugeschnitten, wurde seine Architektur als Kunst ohne leere Geste und im richtigen Maß wahrgenommen. Spätere Kritiker belegten seine Gebäude mit dem Begriff des „lächelnden Wilhelminismus“,[175] andere unterstellten ihnen eine autoritäre Wirkung. Für die Berliner Bevölkerung waren der Komplex des Rudolf-Virchow-Krankenhauses (heute: Charité, Campus Virchow-Klinikum) und die Krankenhausstadt Buch sowie zahlreiche öffentliche Badeanstalten, wie das Baerwaldbad oder das Bad in der Oderberger Straße, wichtige Orientierungen ihres Lebens in der Stadt. Wer in einer Mietskaserne in einer Wohnung lebte, die über keinerlei sanitäre Ausstattung verfügte, war darauf angewiesen, wenigstens ab und zu in eine öffentliche Wanne mit warmem Wasser steigen zu können, um sich gründlich zu reinigen. Gerade die ärmeren Schichten Berlins profitierten von der kommunalen baulichen Arbeit Hoffmanns: in den Arbeiterbezirken entwarf er zahlreiche Schulbauten, so in Kreuzberg, im Wedding, in Mitte, Prenzlauer Berg und in Friedrichshain, hier schuf er auch den Märchenbrunnen im Volkspark. An Details der Gebäude lässt sich heute noch ablesen, wie sehr er bei seiner Arbeit versuchte, sich in die Lage der Nutzer zu versetzen.

So auch bei einem Großprojekt wie dem Rudolf-Virchow-Krankenhaus mit 53 Gebäuden für 2.500 Menschen. Kleine, heitere Bilder, „Kinderköpfchen, ein Vogelnest, ein Blumenstrauß“ gegenüber dem Krankenhausbett oder ein sorgsam angelegter Garten beim Blick aus dem Fenster sollten die Sorgen der Kranken lindern.[178]

Hoffmanns Jugendfreund, mit dem er auch gemeinsam studiert hatte, war der nicht minder bekannte Architekt Alfred Messel (22. Juli 1853 Darmstadt – 24. März 1909 Berlin), der sich vor allem mit den Bauten für das Warenhausunternehmen Wertheim einen Namen gemacht hat. Nach Messels frühem Tod 1909 übernahm Hoffmann von ihm die Planung für das Pergamonmuseum. Er stellte sich der Aufgabe und vollendete das Projekt. 1913 schrieb Karl Scheffler (Kunstkritiker) über diese beiden so nahen Kollegen: „Messel war ein Programm, Hoffmann hatte ein Programm.“

In der Zusammenarbeit mit den Vertretern der Stadtregierung brauchte es etwas Zeit, bis sich gegenseitige Wertschätzung einstellte. So ließ Hoffmann insbesondere durch die gewissenhafte und gründliche Art der Entwicklung seiner Projekte vom Entwurf bis zum fertigen Bau in den ersten Jahren Zweifel an seiner Kompetenz aufkommen. Von der Presse, etwa dem Berliner Tageblatt, musste er heftige Kritik einstecken: „Herr Stadtbaurat Hoffmann ist während seiner dreijährigen Amtstätigkeit nicht aus dem Stadium der Vorbereitungen, des Entwerfens, des Prüfens und Nachdenkens, des Änderns herausgekommen, und das gesamte hauptstädtische Bauwesen ist in derartig hochgradige Stockung geraten, daß man mit allem Fug von einer Krisis in diesem überaus wichtigen Verwaltungszweig sprechen kann, ja sprechen muß.“[177]

Doch er wusste offenbar genau, was er konnte und anstrebte, und empfand die „Nörgeleien“ als lästig. In seinen Lebenserinnerungen notiert er 1896: „So entsinne ich mich einer Vormittagssitzung im Rathaus, in welcher ein unliebenswürdiger Stadtverordneter mich wieder arg bedrängte. Da sagte ich: ‚Meine Herren, ich möchte Ihnen gute stimmungsvolle Bauten schaffen, da muss ich selbst in guter Stimmung sein. So ist das nicht möglich. Entschuldigen Sie, ich gehe jetzt nach Hause und spiele mit meinem Kinde.‘ Bald danach lag ich zu Hause bei meiner Kleinen auf der Erde. Und meine Stadtverordneten haben es mir nicht übel genommen.“[178] Die Anekdote wirkt erstaunlich, jedenfalls scheint sie dem strengen Bild zu widersprechen, das man sich heute von der Epoche, in der der Architekt tätig war, macht.

Hoffmanns Bauten, so sie überhaupt noch existieren und betrachtet werden können, werden gerne als unzeitgemäß eingestuft. Man sollte dabei berücksichtigen, dass sich in rund 120 Jahren die Funktionsansprüche an öffentliches Bauen radikal gewandelt haben: Bei der alten Feuerwache würde heute kein moderner Löschzug mehr durchs Tor passen, die Verwaltung der Gasag (an der heutigen Littenstraße in Mitte gelegen) muss heute anderen Anforderungen entsprechen. Auch sind Kabinen mit Einzelbadewannen, wie sie in den Berliner Volksbädern noch üblich waren, längst überflüssig geworden. Gleiches gilt für die heute maßlos erscheinenden Baumassen der Schulen, man würde sie in der heutigen Zeit anders verteilen und gewichten. Doch damals war der Bedarf an Schulraum hoch, so wurden beispielsweise in den Kreuzberger Gemeindeschulen in der Wilmsstraße und in der Glogauer Straße insgesamt 4.000 Kinder untergebracht. Dennoch geben Hoffmanns Bauten mit ihrer äußeren Ästhetik, hochwertigen handwerklichen Ausformung und inneren Struktur immer noch eine Einheit, ein Gesamtkunstwerk zum Besten, das nie zur Pose erstarrt. Hoffmann übte das Amt des Berliner Stadtbaurats 28 Jahre lang aus, von 1896 bis 1924. In dieser Zeit entstanden über 300 Bauten, der größte Teil davon vor 1914. Zeitgleich war Hoffmann als Verantwortlicher für das öffentliche Bauen auch Mitglied der Städtischen Baudeputation und gehörte zudem auch noch der Deputation der Städtischen Feuersozietät an. Leider lässt sich heute nicht mehr feststellen, in welcher Form er sich für die Belange der Feuersozietät engagierte. In Protokollen der Stadtverordnetenversammlung von 1902 findet sich eine sympathische Wortmeldung des Architekten.[179] Fest steht, dass er mit dem Bau verschiedener Feuerwachen, so in der Schönlanker Straße und am Schillerpark[180], maßgeblich auch für die Brandbekämpfung tätig war. Und wie schon erwähnt, hatten sowohl die städtische Bauverwaltung als auch die Feuersozietät in dem von ihm erbauten Stadthaus ihren langjährigen Dienstsitz.[181]

Nach Kriegsende behielt Ludwig Hoffmann seinen Posten, allerdings fand seine Arbeit längst nicht mehr die positive Resonanz wie vor 1914. In diesen Jahren entstand in Weimar der Stil des Bauhaus, eine neue Generation junger Architekten formierte sich.

Neues Berliner Stadthaus, Ansicht der Hauptfassade.

Per App in die Architekturgeschichte Berlins eintauchen.

Die Jahrhundertwende: Berlin wird Mieterstadt

Das neue Reglement von 1913
Die Gliederung des Rechtssystems in den deutschen Territorien war bis Ende des 19. Jahrhunderts wesentlich weiterentwickelt worden, mit dem Inkrafttreten des Bürgerlichen Gesetzbuches 1900 hatte das Zivilrecht gewissermaßen einen Quantensprung gemacht. Auch für den Sektor des Versicherungswesens ergingen nun klare allgemeinverbindliche Regelungen, so mit dem „Gesetz über Versicherungsunternehmungen" (Reichsaufsichtsgesetz, 1901),[182] das sich auf private Versicherungen bezog, sowie dem Versicherungsvertragsgesetz (1908).[183] Das „Gesetz betreffend die öffentlichen Feuerversicherungsanstalten"[184] von 1910 richtete sich an die öffentlichen Feuerversicherungen und hielt allgemein fest, dass sie „im Interesse des gemeinen Nutzens und nicht zu Erwerbszwecken" (§ 1,2 Ges. betr. die öffentl. Feuerversicherungsanstalten) tätig werden sollten.[185] Nun wurde unmissverständlich festgehalten, dass es sich bei diesen Feuerversicherungsanstalten, wie eben auch der Berliner Feuersozietät, um Körperschaften des öffentlichen Rechts handelte (§ 3). Damit war erstmals ihr Status als juristische Person eindeutig geklärt.

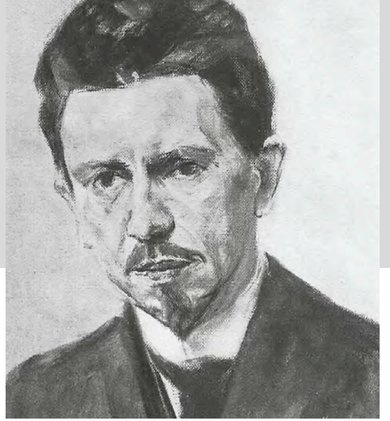
Das Gesetz von 1910 zu den öffentlichen Feuerversicherungsanstalten machte die Neugestaltung der rechtlichen Grundlage der Berliner Feuersozietät erforderlich. Angesichts ihrer langen und sehr spezifischen Tradition konnte für sie nicht das vorgeschlagene Muster verwendet, sondern musste ein eigener Entwurf ausgearbeitet werden.

1913 wurde die ganz auf sie zugeschnittene Satzung erlassen, die damit das Reglement von 1794 ablöste. Viele der bewährten Vorschriften, die zum Teil noch auf das erste Reglement von 1718 zurückgingen, wurden beibehalten. Anders aber als das Reglement besaß die neue Satzung keinen unmittelbaren Gesetzescharakter mehr, machte aber die rechtlichen Normen innerhalb ihres Geltungsbereichs verbindlich. Die vertraglichen Bestimmungen zwischen Feuersozietät und ihren einzelnen Mitgliedern wurden aus dieser Regelung herausgelöst und sollten separat als Allgemeine Versicherungsbedingungen (AVB) formuliert werden. Der Kriegsbeginn 1914 verzögerte jedoch die Abfassung bis 1917.

In der Satzung wurde festgelegt, dass die Feuersozietät ihren Sitz im Bezirk des Amtsgerichts Berlin-Mitte haben sollte (§ 1 Satzung, 1913). Die Satzung sicherte der Feuersozietät die Zuständigkeit für den Bereich des Weichbildes Berlins zu (§ 2 Satzung, 1913). Neben Brandschäden wurden auch Blitzschlag- und Explosionsschäden abgedeckt (§ 2 Satzung, 1913). Weiterhin galt die Verpflichtung zum Wiederaufbau nach einem Brand (§ 34 Satzung, 1913) sowie die Neuwerterstattung. Der „eiserne Bestand" wurde auf 15.000 Mark erhöht. Der Schutz der Gläubiger, also derjenigen, zu deren Gunsten eine Grundschuld auf ein Grundstück eingetragen war (insbes. § 38 – 40 Satzung sowie § 29), war ein wesentliches Element der Satzung.

Es blieb dabei, dass nicht prämienbasiert kategorisiert, sondern das Umlageverfahren beibehalten wurde (§ 24 der Satzung, 1913, bzw. Nachtrag II, 2. Abs.), wobei intern bereits erkennbar die Absicht verfolgt wurde, von der jeweils jährlich schwankenden Umlage weg zu einem beständigeren Beitrag zu gelangen.[186] Dies ließ sich aber erst nach Beendigung des Krieges und Überwindung der Inflation realisieren. Zudem wurde fixiert, dass selbst bei nur anteiliger Versicherung im Jahr der volle Beitrag zu entrichten war; bei säumigen Zahlungen konnte ein Verwaltungszwangsverfahren angestrengt werden. Die Möglichkeit, den Geschäftsbereich nach ministerieller Genehmigung auch auf bewegliche Sachen auszudehnen, wurde kurzzeitig nach Erlass des Gesetzes von 1910 überlegt, ist letztendlich aber doch verworfen worden.[187] Damit blieb die Feuersozietät von Berlin eine reine Gebäudeversicherung.

Berlin um die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert
Der Hobrecht-Plan von 1862 war seinerzeit noch für eine Stadt konzipiert worden, in der weniger als eine Million Menschen lebten. Schon wenige Jahre später war diese Grenze erreicht und noch einmal 20 Jahre später, 1900, war die Bevölkerungszahl auf rund 2,5 Millionen Menschen angestiegen.[188] Stille Ecken gab es kaum mehr. Wie sich das Stadtbild Berlins veränderte, schilderte Karl Scheffler: „Die Stockwerkhäuser wurden nicht einzeln gebaut, sondern gleich block- und straßenweise.



Karl Scheffler (1869 – 1951)

Eine Reportage-Fotografin fotografiert von einem Kran am noch im Bau befindlichen Berliner Stadthaus, im Hintergrund links der Berliner Dom, rechts das Rote Rathaus, 1909.

Ganze neue Stadtviertel entstanden … überall wuchsen Ziegelmauern und Gerüste empor, überall kletterten Steinträger über schwere Leitern und warfen oben mit lautem Warnruf ihre Lasten aufs Gerüst. Die Sommersonne gleiste auf rote Ziegelmassen, die Luft war erfüllt von saurem Mörtelgeruch, und mit einer fast erhabenen Monotonie, mit drohender Gewalt lagen die Baumassen da. Das Gras des Bodens, vor kurzem noch Wiese, war zertreten, die Bäume verdorrt, Lastwagen fuhren ab und zu mit Kalk, Sand und Steinen, schwer mussten die Pferde anrücken, um die tief eingesunkenen Räder frei zu machen, und aus allen Neubauten erscholl das Klopfen, Rufen und Klappern der Arbeit. In diesen Zeiten war die Stadt wie eine riesige Häuserfabrik."[189]

Die neuen Bewohner kamen jedoch meist nur mittelbar mit den Belangen der Feuersozietät in Berührung, denn Berlin hatte sich zur Mieterstadt entwickelt. Eine Stadt, in der die Wohnbedingungen in vielen Fällen desolat waren, die immer noch eine hohe Zahl von Kellerwohnungen aufwies.[190]

Die Zahl der Hausbesitzer und die Anzahl der überbauten Grundstücke hatte sich längst nicht so stark erhöht wie die Zahl der Hausbewohner. Ein Bevölkerungszuwachs in dieser Dimension zog zwangsläufig einen erheblichen Bedarf in allen öffentlichen Bereichen des Lebens nach sich, bei der Schaffung von Wohnraum, der Verbesserung der Infrastruktur, des Verkehrsnetzes und der öffentlichen Verwaltung. Vor diesem Hintergrund wurde 1906 ein „Wettbewerb Groß-Berlin" ausgeschrieben.[191] Der konservative Berliner Kunsthistoriker Brinckmann knüpfte seine Hoffnungen an diesen Wettbewerb mit den Worten: „Berlin ist eine Stadt, die an den Ideen gärt. (…) Vielleicht wird Berlin doch einmal nicht nur eine schöne, sondern eine außerordentlich schöne Stadt".[192] In der Folge des Wettbewerbs wurde 1911 der kommunale Zweckverband gegründet, mit dem künftig Probleme der Verkehrs- und Bebauungsplanung angegangen werden und die Anlage von Freiflächen koordiniert werden sollte. Mit Beginn des Kriegs im August 1914 wurde die weitergehende Umsetzung der hochgesteckten Ziele erst einmal gestoppt.

Großbrand in der Velvet-Fabrik

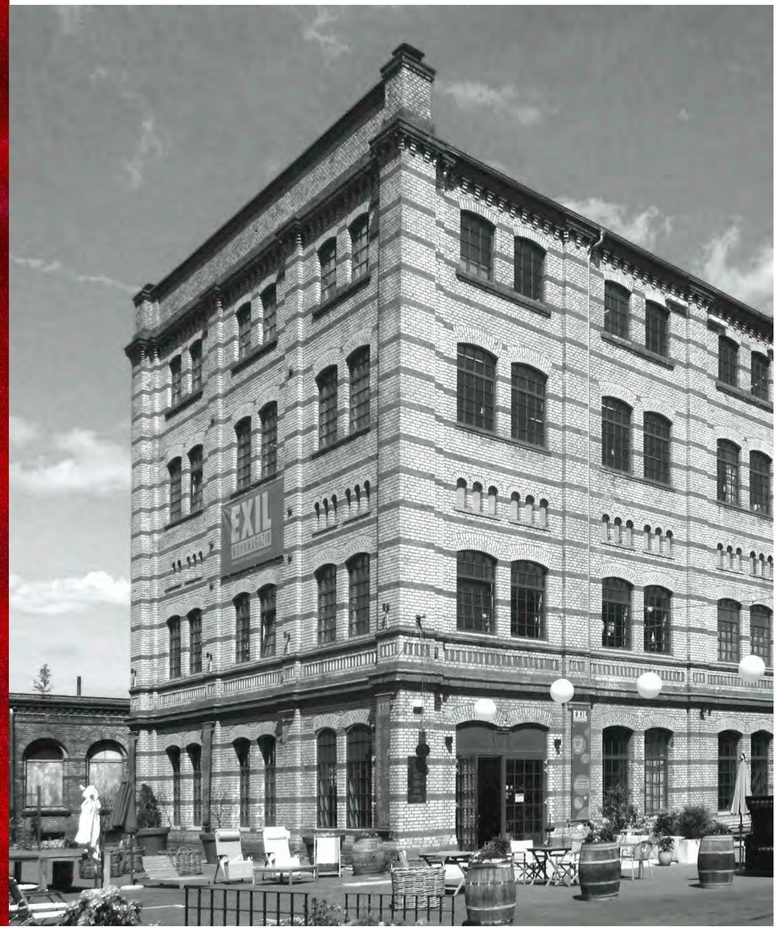
Ein milder Sommertag Ende Juli 1893. Nachmittags sind es gerade 19,5°C. Zeitungen berichten über das schreckliche Erdbeben auf Ischia, bei dem 5.000 Menschen ums Leben kamen. Am nächsten Morgen, Mittwoch den 1. August 1893, beherrscht ein lokales Ereignis die Schlagzeilen: *„Mächtiger Feuerschein, der im Südosten gestern Nachts zu der zwölften Stunde bis zum Zenith emporlohte, kündete eine große Feuersbrunst an, und in der That brannte es auf dem mächtigen Grundstück Köpenickerstraße 18 – 20, auf welchem die Etablissements der Berliner Velvet-Fabrik, Aktien-Gesellschaft, sich befinden. Um 11 Uhr 10 Minuten war von dort als erste Meldung „Klein-Feuer“ in den Depots der Feuerwehr eingetroffen, kurz darauf folgte die Anzeige „Mittel-Feuer“ und um 11 Uhr 23 Minuten alarmirte das Signal „Groß-Feuer“ die gesammte Feuerwehr, welche nunmehr in voller Stärke mit allen Dampfspritzen auf die Brandstätte eilte und nach etwas halbstündiger Thätigkeit so weit des Feuers Herr war, daß die Gluth am Firmament erlosch. Näherer Bericht folgt in der Abendausgabe.“*[193]

Erst nach und nach stellt sich heraus, dass die Folgen des Unglücks viel weitreichender sind. So muss die Abendausgabe des Berliner Tageblatts melden, dass Brandmeister Stahl und Oberfeuermann Wendelburg sowie ein Feuerwehrmann namens Müller zu Tode gekommen sind. Im Bericht des Berliner Tageblatts vom 1. August 1893, Abendausgabe, heißt es:

„Das umfassende Terrain der Velvet-Fabrik, Aktien-Gesellschaft, von der Köpenickerstraße durch eine hohe Mauer abgeschlossen und mit der Hinterflucht an der Spree liegend, enthält bezw. enthielt linksseitig neben kleinen wohlgepflegten Gartenanlagen an der Straßenfront das geräumige Comptoir-Gebäude, in einiger Entfernung davon ein hohes Trockengebäude aus Holzkonstruktion und in der Tiefe des Grundstückes ein Wohnhaus. Der ganze übrige Komplex ist mit mächtigen Fabrikgebäuden besetzt, von denen zwei inmitten parallel liegen, mit ihren hohen Giebelwänden der Straße zugekehrt sind, während ein drittes die ganze Wasserfront einnimmt. Ein niedriges Fachwerksgebäude erstreckt sich die ganze rechte Seite entlang. Auf dieser Seite befindet sich in unmittelbarer Nachbarschaft das Proviant-Magazin, auf der andern Seite die große Färberei von Cabanis. Die drei großen Fabrikgebäude sind in den untern Etagen durch Holzübergänge verbunden. Das links gelegene hat in der Mitte einen gewaltigen thurmartigen Ausbau, welcher zum wesentlichsten Theile als Trockenthurm diente. Daran schließen sich die mit mächtigen Bottichen, Kesseln und Maschinen ausgestatteten Färbe-, Wasch- und Scheideräume, sowie demnächst das Maschinenhaus an. Erst kürzlich ist daselbst eine Waschmaschine neuester Konstruktion, welche etwas 90,000 Mark kostete, aufgestellt worden. Über die eigentliche Ausbruchsstelle des Feuers konnte bisher Verläßliches nicht ermittelt werden. Es ist dies um so verwunderlicher, als zwei Wächtern die fortgesetzte Kontrolle des Grundstücks unterliegt. Anzunehmen ist nach dem jetzigen Befunde, daß der Brand in dem rechtsseitigen der beiden inmitten des Grundstücks liegenden Fabrikgebäude ausbrach. Die erste Meldung durch den in dem Portierhause befindlichen elektrischen Melder ging 11 Uhr 10 Minuten ein. Der sich schnell entwickelnde großartige Feuerschein und die weithin sichtbaren hoch emporzüngelnden Flammen führten schon wenige Minuten später zu der Ordre, den gesammten Löschtrain herbeizurufen. Zu Tausenden wirbelten zu dieser Zeit schon die Feuerflocken in der Luft herum und taghell waren weithin die Straßen erleuchtet. Die aus allen Theilen der Stadt herbeieilenden Feuerwehr-Fahrzeuge nahmen ungemein schnell Aufstellung und wenige Minuten später entsandten bereits vier Dampfspritzen und eine Reihe von Handdruckspritzen ihre Wasserstrahlen in die Gluthen. Der große thurmartige Ausbau war anscheinend zu dieser Zeit noch nicht ergriffen. Brandmeister Stahl und Oberfeuermann Wendelburg, der das betreffende Gebäude in allen seinen Theilen aufs Genaueste kannte, erhielten den Auftrag, nach Möglichkeit vorzudringen und den günstigsten Angriffspunkt zu ermitteln; sie gelangten bis zu dem obersten Geschoß und von hier aus meldete der Brandmeister Stahl dem an Stelle des beurlaubten Majors Witte kommandirenden Brandinspektors Noël hinunter, daß es dort noch feuerfrei sei und ein Angriff sehr günstig erfolgen könne. Kaum eine Minute später ertönten markdurchdringende Hilferufe; Stahl und Wendelburg beugten sich weit zum Fenster hinaus, in Flammen eingehüllt. Es waren nur Sekunden verstrichen, als sich beide in das Fenster schwangen und mit brennenden Kleidern aus einer Höhe von etwas 100 Fuß hinuntersprangen. Beide kamen unten zerschmettert an, Wendelburg sofort todt, Brandmeister Stahl noch lebend; aber auf dem Transport nach [dem Krankenhaus] Bethanien gab er den Geist auf. Mit rasender Schnelligkeit hatten die Flammen inzwischen den ganzen Thurm-Ausbau ergriffen und hier von unten bis oben Alles entzündet, was sie zu erfassen vermochten. Gleichzeitig wurde durch die kolossale Gluth der unweit stehende hohe aus Holz konstruierte Trockenschuppen in Flammen gesetzt. Nach kurzer Zeit stürzte derselbe prasselnd in sich zusammen, die Gefahr für das Nachbargrundstück dadurch wesentlich vermindernd. Während hier die Ablöschung erfolgte und ein anderes Kommando zu den Maschinenräumen vorging, lösten sich plötzlich die weit vorspringenden Gesimsauflagen des Thurm-Ausbaues, einen Steinregen zum Hofe hinabsendend. Von den sofort zurückspringenden Mannschaften wurden noch die Feuermänner Müller und Schimmelpfennig getroffen; der Erstere war zerschmettert und todt, der Andere, welcher sich an die Wand gedrückt hatte, an der einen Körperhälfte schwer verletzt; er wurde unverzüglich zum Krankenhause Bethanien überführt. – Trotzdem die Flammen noch überall heftig emporloderten und die Situation immerhin noch einen recht bedenklichen Eindruck machte, war doch mit Bestimmtheit anzunehmen, daß weitere Brandgefahr nicht entstehen werde. Es handelte sich nur noch um das Ablöschen, was bis heute in den Vormittag hinein noch mit einer Dampfspritze fortgesetzt wurde. Erhalten geblieben sind: das große Fabrikgebäude an der Spree, das kleinere an der rechten Seite, das Wohnhaus, das Comptoir; zum größeren Theil zerstört sind die beiden inmitten des Terrains gelegenen Fabrikgebäude, doch blieben auch hier mehrere Etagen vollständig intakt. Ein im Erdgeschoß unter Zollverschluß befindliches Lager von über 100,000 Mark Werth ist ganz unversehrt erhalten. Der Gesammtschaden ist zweifellos ein recht erheblicher; namentlich fällt dabei ins Gewicht, daß etwa 800 Arbeiter brotlos geworden sind …“

Die Velvet-Fabrik produzierte die sehr beliebten Samtstoffe. Auf dem Gelände Köpenicker Straße befanden sich ein Büro-, ein Trockengebäude (aus Holz) und ein Wohnhaus, außerdem ein langgestrecktes Fachwerkhaus und die Färberei einer separaten Firma. Straßenseitig schloss ein Haus die Front, zwei Gebäude standen parallel längsseitig dazu und ein weiteres lag direkt an der Spree.

Dieser Gebäudekomplex steht seit dem Jahr 2017 unter Denkmalschutz, hier befinden sich heute u.a. das Zalando-Outlet, ein Möbelgeschäft sowie ein Club.



Das Gebäude der ehemaligen Berliner Velvet-Fabrik heute.

1914 bis 1933

METROPOLEN**MARKE**

Tausende von Menschen starben im Ersten Weltkrieg, der Krieg verschlang zugleich große Teile der wirtschaftlichen Grundlagen. Das wirkte sich auch auf die Versicherungswirtschaft aus. Nach dem Krieg war vor der Krise – es folgten die Inflationsjahre. Dazwischen lag eine weitere Zäsur: die Gründung von Groß-Berlin 1920, damals viertgrößte Stadt der Welt. Gegen die Schattenseiten wie Wohnungsnot wurden Konzepte des Neuen Bauens eingesetzt. Apropos Neues: War die Feuersozietät bis dahin eine reine Verwaltungseinrichtung, musste sie sich in einem Teil ihres Geschäftsgebiets nun erstmals gegen Konkurrenten behaupten, was ihr erfolgreich gelang. Erfolgreich, wie überhaupt die ganze Metropole ihre bis heute legendären Goldenen Zwanziger erlebt. 1932 bezog die Feuersozietät erstmals einen eigenen Standort: Molkenmarkt 4.

Weltkrieg und neue Zeit

Rathaus Schöneberg, 1914

Der kommunale Zweckverband erhielt 1912 seine gesetzliche Struktur.[194] Wie der Name „Zweckverband“ schon erkennen ließ, stand die Zweckmäßigkeit im Mittelpunkt. Er war ein Schritt auf dem Weg Berlins zur Metropole. Die Verkehrsverhältnisse sollten besser reguliert, Bebauungspläne und die Gestaltung von Freiflächen koordiniert werden, um die Stadt funktionstüchtig zu machen. Doch von diesem Ziel war man bei Kriegsbeginn im August 1914 noch weit entfernt. Schnell zeichnete sich ab, dass der begonnene Konflikt keine militärische Episode bleiben, sondern sich zum Krieg in bis dahin unbekannten Dimensionen auswachsen würde. Entsprechend hielt man sich auch in der Reichshauptstadt mit zivilen Feierlichkeiten zurück. Weiter reichende Projekte im Zentrum und in den Vorstädten wurden auf Eis gelegt. Das Rathaus Schöneberg, nach mehrjähriger Bauzeit 1914 fertiggestellt, wurde ohne Einweihungsfeier seiner Nutzung übergeben; der Neubau des Völkerkundemuseums im fernen Dahlem stockte bis zum Jahr 1921. Während Tausende von Menschen in den Schlachten in Frankreich und in Russland starben, verschlang der Krieg große Teile der wirtschaftlichen Grundlagen Deutschlands. Ständig wurde neues Geld gedruckt. Schon bald machten sich im Alltag der Menschen die Versorgungsengpässe bei Lebensmitteln, Brennstoffen und sonstigen Gütern des täglichen Bedarfs bemerkbar. Berlin rationierte im Februar 1915 als erste Stadt in Deutschland die Zuteilung von Brot, von nun ab standen jedem Erwachsenen 2 Kilogramm Brot pro Woche zu.[195]

Auch bei der Feuersozietät machte sich der Mangel bemerkbar: Personell war die Arbeit kaum mehr zu bewältigen. Wie in vielen Bereichen wurden nun erstmals Frauen eingesetzt. Vier Mitarbeiterinnen, allesamt „unständige Hilfsarbeiterinnen“, ersetzten die männlichen Kollegen, die sich wahrscheinlich im Kriegseinsatz befanden.[196]

Auch der Papiermangel war gravierend: Zwei Verfügungen aus dem Oktober 1917 regelten, dass unbeschriebene „Viertel- oder Halbbogen“ nicht abgelegt, sondern ebenfalls verbraucht werden sollten, also bei einem kurzen Aktenvermerk kurzerhand der verbliebene leere Teil des Blattes abzutrennen und anderweitig zu nutzen war.[197] Selbst die Bindfäden zum Verschnüren der Akten waren knapp.

Wie schwierig sich die Beschaffung von Lebensmitteln gestaltete, lässt sich einem Angebot der Zentral-Einkaufsgesellschaft m.b.H. entnehmen, das 1915 an alle Mitarbeiter der städtischen Verwaltung, so auch an die Mitarbeiter der Feuersozietät, erging. Kostenlos wurde die „volkstümliche“ Broschüre mit dem Titel „Wie ziehen wir am besten Gemüse?“ bereitgestellt, um die Bevölkerung zur Selbsthilfe zu motivieren. Nach den Akten zeigten vier Sozietätsmitarbeiter, darunter Büroleiter Maaß, Interesse für das Thema.[198]

Der Krieg wirkte sich auf alle Wirtschaftsbereiche aus, so auch auf die Versicherungswirtschaft. Bei der Feuersozietät waren kaum Zuwächse an neuen Verträgen zu verzeichnen, eine direkte Folge der reduzierten – besser: zusammengebrochenen – Bautätigkeit. Bis 1923 blieb der Bestand an Gebäuden, die bei der Feuersozietät versichert waren, nahezu gleich. Für das Jahr 1918 legte die Deputation der Städtischen Feuersozietät der Stadtverordnetenversammlung noch nicht einmal einen offiziellen Bericht über die Tätigkeit vor. Ein Jahr zuvor, 1917, war in der

Aufgrund des Krieges stagnierte die Versicherungswirtschaft. Das galt auch für die Berliner Feuersozietät.

Lebensmittelkarte für Berlin, September 1920.

Per App die Kaufkraft von damals und heute vergleichen.

Einnahmen und Ausgaben in den Jahren 1912 bis 1920

Jahr	Vers.-Summe	Zahl d. Brände	Schäden M	Verw.-kosten M	Feuerlösch-beiträge M	Gesamtausgaben M
1912	5.522.551.400	2.574	1.094.658,78	185.879,67	1.960.277,99	3.240.816,41
1913	5.622.530.400	2.499	1.199.050,97	191.397,27	2.015.987,52	3.406.435,76
1914	5.699.656.700	2.218	1.021.969,97	476.791,57	2.199.548,07	3.698.309,61
1915	5.745.932.500	1.849	986.969,32	474.740,08	2.092.446,65	3.554.156,05
1916	5.766.776.400	1.693	792.341,08	470.902,71	1.754.349,85	3.017.593,64
1917	5.820.005.800	2.032	2.206.067,78	k.A.	k.A.	4.776.968,72
1918	k.A.	k.A.	1.463.298,15	274.943,90	1.955.221,05	3.992.006,50
1919	k.A.	k.A.	2.931.976,75	479.631,13	6.258.319,86	9.978.587,59
1920	6.469.280.800	1.496	9.852.355,50	836.035,83	8.993.005,07	20.005.370,80

Stadtverordnetenversammlung darüber diskutiert worden, ob die prekäre Entwicklung im Bausektor einen kürzeren Turnus zur Abschätzung der Gebäudewerte für die Kataster der Feuersozietät erforderlich machte und deswegen die erst wenige Jahre alte Satzung entsprechend zu ändern sei. Die Baupreise hatten sich „während des ganzen Krieges in so kolossale Höhe geschraubt“, außerdem waren kaum Bauarbeiter zu finden, sodass sich die Lohnspirale in Gang setzte.[199] Gleichsam als Nebenschauplatz der Diskussion wurde in der Stadtverordnetenversammlung zur Sprache gebracht, dass die Hausbesitzer immer mehr versuchten, ihre schlechte finanzielle Situation durch Mieterhöhungen auszugleichen. Zum eigentlichen Thema – der Frage eines kürzeren Turnus für die Taxation – hatte die Stadtverordnetenversammlung allerdings kein Ergebnis erzielt und es an den Ausschuss verwiesen.[200] Die Feuersozietät reagierte in Abstimmung mit den Gemeindebehörden kurzfristig direkt und nahm nach § 17 der Satzung nun auch zwischenzeitliche Schätzungen der Gebäude vor, um sicherzustellen, dass im Brandfall auch die realen Kosten für einen Wiederaufbau erfasst würden.[201]

In den Kriegsjahren war die Belastung der Feuersozietät durch Aufwendungen für die Begleichung von Schäden sowie ihre Beteiligung an den Feuerlöschkosten erheblich gestiegen. In der Regel überstiegen diese von der Versicherung generell zu leistenden Beträge sogar die Entschädigungssummen für die Brände.

Erstaunlicherweise regte sich dagegen kaum Widerstand von Seiten der Versicherten und dies, obwohl die Leistungen der Feuerwehr ja allen zugutekamen, egal, ob bei der Feuersozietät versichert oder nicht.

Alles in allem waren die Umsätze der Feuersozietät in diesen Jahren eher bescheiden. Im Vergleich zu anderen Posten im Etat des Magistrats wurde der Haushalt der Feuersozietät für das Jahr 1918/19 in der Stadtverordnetenversammlung als „klein“ erachtet und direkt beschlossen: „Der Etat balanciert in Einnahme und Ausgabe mit 3.024.810 Mark.“[202]

Hatte die jährliche Umlage der Versicherung vor Kriegsbeginn bei 0,57 Promille pro 100 Mark Versicherungssumme gelegen, stieg sie mit Schwankungen an und machte im Jahr 1917 immerhin schon 0,8 Promille aus.[203] Doch das sollte noch nicht das Ende der Entwicklung sein.

Speisung für arme Kinder in Berlin, 1924.

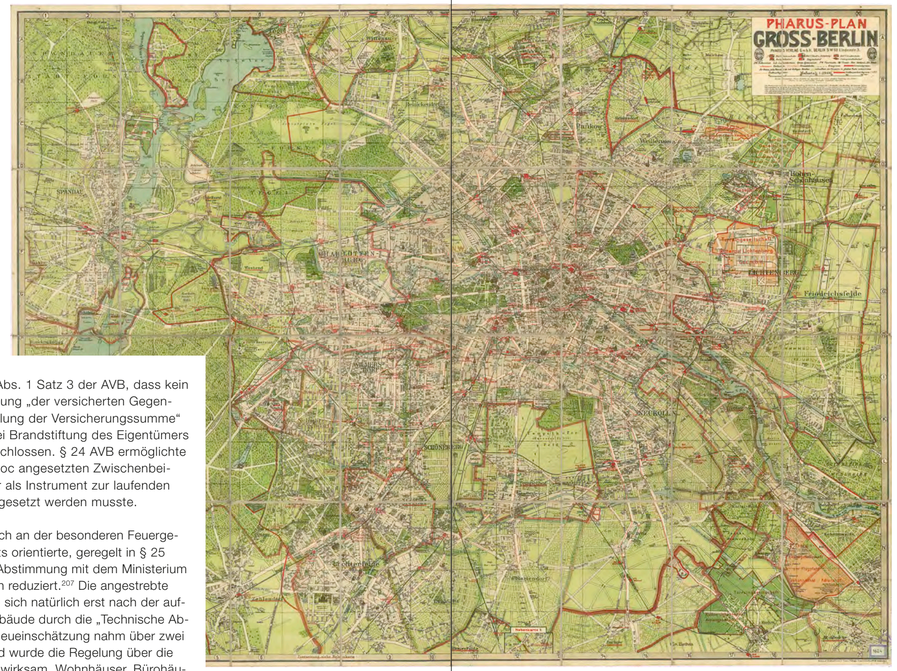
Allgemeine Versicherungsbedingungen, AVB – 1917

Erstmals wurde nun versucht, die schwierige Gemengelage zwischen öffentlichem und zivilem Anteil bei der Feuerversicherung aufzulösen. In der Folge der Satzung von 1913 traten 1917 die Allgemeinen Versicherungsbedingungen (AVB) in Kraft, die das rechtliche Binnenverhältnis von Versicherung zu Versicherungsnehmer regelten.[204] Während nun bei allgemeinen Streitigkeiten, die die Satzung betrafen, z.B. zur Festsetzung der Umlage, ein Verwaltungsgerichtsverfahren angestrengt werden musste, war bei Unstimmigkeiten über die vertragliche Abwicklung ein Zivilgerichtsverfahren einzuleiten.

In den Allgemeinen Versicherungsbedingungen von 1917 wurde weiterhin die Übernahme von Explosionsschäden ausgeschlossen (§ 11 AVB), lediglich, wenn es sich um Brandfolgen handelte, sollten diese künftig mitübernommen werden.[205] Während die Regelung zur Neuwertversicherung in der Satzung vorsah (§ 16 Abs. 1 Satz 2), dass die Schätzung eines Hauses die aktuellen Baukosten erfassen sollte unter dem Gesichtspunkt der ortsüblichen Preise und Löhne, um ggf. eine Neuerrichtung zu ermöglichen, konkretisierte § 13 Abs. 1 Satz 3 der AVB, dass kein Abzug wegen Alter oder Abnutzung „der versicherten Gegenstände seit der Zeit der Feststellung der Versicherungssumme“ vorgenommen wird.[206] Selbst bei Brandstiftung des Eigentümers wurde die Haftung nicht ausgeschlossen. § 24 AVB ermöglichte erstmals die Erhebung von ad hoc angesetzten Zwischenbeiträgen, was schon wenig später als Instrument zur laufenden Deckung des Finanzbedarfs eingesetzt werden musste.

Die Gefahrenklassentarife, die sich an der besonderen Feuergefährlichkeit des jeweiligen Objekts orientierte, geregelt in § 25 der Satzung, wurde 1917 nach Abstimmung mit dem Ministerium von vier auf drei Gefahrenklassen reduziert.[207] Die angestrebte Verwaltungsvereinfachung ergab sich natürlich erst nach der aufwendigen Neueinstufung der Gebäude durch die „Technische Abteilung“.[208] Dieser Vorgang der Neueinschätzung nahm über zwei Jahre in Anspruch. Entsprechend wurde die Regelung über die Gefahrenklassentarife erst 1920 wirksam. Wohnhäuser, Bürohäuser, öffentliche Gebäude und Kirchen wurden der Klasse I zugeordnet. Wohnhäuser, Geschäftshäuser, Fabrik- und Lagerhäuser mit besonderer Brandgefährdung gehörten der Klasse II an, während die übrigen Gebäude der Klasse III zugerechnet wurden. Klasse I zahlte den einfachen Betrag. Diese Gruppe machte die meisten Versicherungsnehmer aus. Klasse II hatte den anderthalbfachen Beitrag zu entrichten, Klasse III den dreifachen.[209]

1918 wurde der Kaiser abgesetzt und nach kurzer Revolution in der Hauptstadt die Republik ausgerufen, der Krieg war zu Ende. Frieden war damit noch nicht erreicht, auch kein geregelter Alltag. So war unter den gegebenen Bedingungen der Magistrat der Stadt Schöneberg gezwungen, für das Jahr



Pharus-Plan von Groß-Berlin, 1913.

Die Formierung zu „Groß-Berlin“ bringt vor allem Veränderungen im Geltungsbereich der Feuersozietät.

Wappen der Stadt Groß-Berlin von 1920 – 1935.

1919 den Notstand zu erklären. Der Schöneberger Verwaltungsbericht ist ein Dokument des Mangels und der Entbehrung – um nur einige Stichworte zu nennen: Teuerung aller Bedarfsartikel, Armenverwaltung, Massenspeisungen, Hilfen für Kriegsbeschädigte, Notstandsarbeiten statt Hochbau, Wohnungszuweisungen.[210]

Groß, größer, Groß-Berlin

1920 trat die Maßnahme in Kraft, die für die Entwicklung Berlins schon lange überfällig und mit dem Zweckverband eingeleitet worden war: Berlin formierte sich unter der Bezeichnung „Groß-Berlin“ mit all seinen Vororten und den angrenzenden unabhängigen Städten zu einer Großstadt[211] – mit nun über 4 Millionen Einwohnern.

Trotz wirtschaftlicher Bedrängnis kristallisierte sich schnell heraus, dass die neue Kommune tatsächlich Metropole des Reichs war, nicht zuletzt mit ihren Theatern und Cabarets, dem legendären Nachtleben in der Friedrichstraße und anderswo. Nach jahrelangem, dem Krieg geschuldetem Tanzverbot gab es nun endlich wieder Bälle und freizügige Tanzlokale, Kinos und blinkende Lichtreklame. Berlin als Bankenmetropole konzentrierte sich in der Behren- und Mohrenstraße, die Presseverlage siedelten sich in der Linkstraße am Potsdamer Platz an, Cafés und Restaurants an Tauentzien und Kurfürstendamm. Bei Aschinger gab es nun im Schnellrestaurant die Brötchen zur Suppe gratis. Die Große Berliner Kunstausstellung machte von sich reden, Vertreter der selbsterklärten Novembergruppe wollten Fesseln sprengen. Man ging neue Wege, nannte sie „Sturm“, „Dada“ und „Neue Sachlichkeit“. Schallplattenverlage verbreiteten die Klänge von Jazz und Swing. Tempo, Tempo, immer schneller – bei der Arbeit, bei Konsum und Vergnügen. Es glänzte und glitzerte, während immer neue Baustellen für U- und S-Bahn die Straßenzüge durchwühlten. Politische Gruppen suchten die Konfrontation auf den Straßen, politische Attentate der Rechten ließen Tote zurück, das Klingeln der Elektrischen (Begriff für die Straßenbahn) lieferte zu allem den Hintergrund.

Auch eine Versicherung wie die Feuersozietät wurde in diesen unruhigen Jahren vor neue Herausforderungen gestellt. Das Gesetz über Groß-Berlin hatte konkrete Auswirkungen für ihren Geschäftsbereich erbracht: Die ältere Bestimmung der Zwangsverpflichtung für sämtliche Hausbesitzer galt nun lediglich für Alt-Berlin weiter, in den neu hinzugekommenen Stadtteilen hatte sie keine Geltung mehr, hier hatte das Monopol der Feuersozietät ein Ende.[212]

Eine entscheidende Änderung ergab sich für die Feuersozietät auch mit der Neuordnung der Stadt im Bereich des Löschwesens. Ab 1921 war die Versicherung nicht mehr verpflichtet, sich an den städtischen Feuerlöschkosten zu beteiligen. Es wurden ihr sogar die Beiträge ab 1919 zurückerstattet. Angesichts der allgemeinen Geldentwertung machte sich diese erhebliche Einsparung und Zuwendung in absoluten Zahlen jedoch kaum bemerkbar. Überdies musste die Feuersozietät schon bald wieder die Kosten für die Feuerwehr mitfinanzieren.[213]

Links: Berlin bei Nacht (Friedrichstraße), 1925, Ansichtskarte.

Rechts: Brand im Warenhaus Hermann Tietz, Berlin Januar 1929; Bundesarchiv.

Per App zum berühmtesten Roman der Zeit: Alfred Döblin, Berlin Alexanderplatz, S. Fischer Verlag.

Bis 1920 war die Feuersozietät eine reine Verwaltungseinrichtung, wohlbemerkt keine städtische, sondern eine öffentlich-rechtliche, gewesen, nun musste sie sich in einem Teil ihres Geschäftsfelds erstmals im Wettbewerb mit Konkurrenten behaupten. Zahlreiche private Feuerversicherungen waren schon länger aktiv, auch die Feuersozietät der Provinz Brandenburg kämpfte um Kundschaft auf dem Berliner Markt der Gebäudefeuerversicherung. Es gibt keine Hinweise darauf, dass sich die Berliner Feuersozietät auf die neue Marktsituation vorbereitet hätte. Es scheint, als habe sie sich ganz auf ihren Ruf der Seriosität und langjähriges Ansehen als bewährter Feuerversicherer verlassen, um bei den Kunden das Rennen zu machen. Der Anstieg von zusätzlichen Abschlüssen in den Außenbezirken, im sogenannten Wettbewerbsgebiet, machte sich, wenn auch nur zögerlich, bemerkbar – bis die Inflation, die schon seit den Kriegsjahren laufend zur Kaufkraftentwertung geführt hatte, eine breite Schneise schlug.

Die Entwicklung der Städtischen Feuersozietät von Berlin
Schon seit Kriegsbeginn war die jährliche Umlage der Feuersozietät gestiegen. Ab 1919 erhöhte sie sich immer weiter – bis sie schließlich 1922 bei 4 Promille lag.

Entwicklung der jährlichen Umlagen von 1913 bis 1922

1913 0,61 ‰
1914 0,65 ‰
1915 0,62 ‰
1916 0,52 ‰
1917 0,8 ‰
1918 0,6 ‰
1919 1,45 ‰
1920 1,5 ‰
1921 1,65 ‰
1922 4 ‰

Quelle: Helmer, Geschichte, aaO., S. 163

Symbol für Berlins legendäre Warenhauskultur: der Tietz-Globus.

Rückversicherung

Vertragliche Übertragung zur Abdeckung von Risiken eines Versicherungsunternehmens (Erstversicherer) bei einem speziellen Rückversicherungsunternehmen.

Diese spezielle Form der Versicherung existierte bereits seit dem 14. Jahrhundert für Seefahrtunternehmungen, hier vor allem in Italien. Später entwickelten sich London und Amsterdam zu wichtigen Standorten für Rückversicherungsgesellschaften.

Umgangssprachlich wird unter Rückversicherung das Bemühen verstanden, sich nach allen Seiten, gegenüber allen Beteiligten abzusichern.

Im Jahr 1917 waren zwei Großbrände, Scheringstr. 13–28 und Friedrichstr. 128, für den erheblichen Anstieg des Umlagebeitrags ausschlaggebend. In der Scheringstraße hatte es bei der Berliner Maschinenbau A.G., in der Friedrichstraße bei der Weißbier-Actien-Brauerei gebrannt. Die besondere Brandgefährdung, die in Brauereien durch die lange Kochzeit der Maische entstand, war offenbar auch im frühen 20. Jahrhundert noch nicht mit entsprechenden Sicherungen in den Griff zu bekommen.

Der erhebliche Anstieg des Umlagebeitrages in den nachfolgenden Jahren, 1919 bis 1922, wird mit den gestiegenen Kosten für den Wiederaufbau nach einem Brand zusammengehangen haben.

1923, im Jahr der Hyperinflation, schossen die Verpflichtungen der Feuersozietät sprungartig auf die Höhe von 10.416.420.030.989.447,97 Mark, mehr als 10 Billiarden Mark.[214] Nach der Umstellung auf die Rentenmark im November 1923 reduzierte sich der Betrag wieder auf 10.416,42 Rentenmark.[215]

Absicherung dank Rückversicherung
Unmittelbar nach dem bewegten Geschäftsjahr 1922/23 vereinbarte die Städtische Feuersozietät Berlin eine Rückversicherung beim Gemeinnützigen Deutschen Rückversicherungsverband A.G., der eine Gründung des Verbands der öffentlichen Feuerversicherungsunternehmen war.[216] Diese Absicherung bezog sich lediglich auf zwei Drittel der Objekte der Gefahrenklasse III. Dennoch wurden die damit verbundenen Aufwendungen nun als Begründung angeführt, um die immer noch jährlich flottierende Umlage auf einen beständigen Zahlungsbetrag, fast einer Prämie gleich, festzulegen. Da aber weiterhin das Prinzip der nachträglichen Deckung – ohne Beschränkung der Höhe – gelten sollte, handelte es sich bei dieser Veränderung der Berechnungsmodalität immer noch nicht um eine frei festgelegte Prämie.

Einnahmen-Ausgaben-Rechnung
Die Feuersozietät musste keine Bilanz, sondern lediglich eine Einnahmen-Ausgaben-Rechnung über den Haushalt vorlegen. Im ersten Geschäftsjahr nach der Währungsumstellung 1923/24 überstiegen die Einnahmen die Ausgaben um 87.255 Reichsmark. Bis 1927 wurden mit Ausnahme des Geschäftsjahrs 1925/26 laufend Überschüsse erzielt. Das Defizit in diesem Jahr betrug 109.322 Reichsmark, dies war vor allem auf deutlich höhere Kosten in der Kategorie „Rückversicherung und Verschiedenes" zurückzuführen, ließ sich aber ohne Probleme durch die Rücklagen ausgleichen.

Ergebnisse der Städtischen Feuersozietät Berlin 1923 bis 1927

	1923/24 RM	1924/25 RM	1925/26 RM	1926/27 RM
Einnahmen	**2.960.927**	**3.134.306**	**3.029.601**	**3.162.748**
Ausgaben				
Entschädigungen	1.015.993	1.865.891	1.824.390	1.295.424
Verwaltungskosten	179.925	275.927	312.873	322.132
Versicherungssteuer	106.320	120.590	106.491	121.246
Rückversicherung und Verschiedenes	669.109	392.962	615.636	554.036
Schätzungsgebühren	115.325	252.164	279.533	237.564
Ausgaben Summe	**2.086.672**	**2.906.634**	**3.138.923**	**2.530.402**

Quelle: Verwaltungsbericht der Stadt Berlin 1924–27, aaO., S. 125.

Rücklagen ausdrücklich erwünscht
Mit Inkrafttreten der Satzung von 1913 war es der Feuersozietät nicht mehr verboten, Rücklagen zu bilden, sie war nun sogar dazu verpflichtet. Entsprechend hatte sie das, was in der Vergangenheit als „Eiserner Bestand" bezeichnet worden war, in Form eines Betriebsfonds in Höhe von 1 Million Mark aufgelegt. Sukzessiv wurde aus den Überschüssen ein ergänzender Sicherheitsfonds aufgebaut, der perspektivisch 2 Millionen Mark betragen sollte.[217] Der Betriebsfonds wurde im Inflationsjahr 1923 vollständig aufgefressen, der Sicherheitsfonds hingegen war in „aufwertungsfähigen Wertpapieren und Sparkasseneinlagen" angelegt gewesen und konnte zum Teil erhalten werden.[218] Nach dem Inflationsjahr musste der Betriebsfonds komplett und der Sicherheitsfonds zum Teil wieder neu aufgebaut werden.

Schon wenig später, im Geschäftsjahr 1930/31, wich man von den eher willkürlich festgelegten Beträgen von 1 bzw. 2 Millionen Reichsmark für diese Rücklagen ab. Eine neue Kalkulation, die auf versicherungsmathematischen Berechnungsmodellen basierte, trat an ihre Stelle. Nach diesen Berechnungen war es erforderlich, entsprechend dem Volumen des Versicherungsbestands, über den die Feuersozietät verfügte, eine deutlich höhere Rücklage zu bilden, nämlich in Höhe von 6.408.900 Reichsmark. Umgehend wurden Schritte eingeleitet, um sowohl den Betriebsfonds als auch den Sicherheitsfonds zumindest ansatzweise auf dieses Niveau anzupassen.

Gebiets- gleich Geschäftsentwicklung
Zwischen 1924 und 1927 war ein stetiges Wachstum des Anteils der Versicherungen für Grundstücke in den Außenbezirken – dem Wettbewerbsgebiet – zu verzeichnen.

Entwicklung der Feuersozietät nach Grundstücken und Versicherungssumme, 1924 bis 1927

	Grundstücke	Versicherungssumme in RM	Davon Außenbezirke	Hier: Versicherungssumme in RM
30.09.1924	30.657	8.753.871.600	3.059	820.690.200
30.09.1925	31.187	9.062.739.600	3.698	980.086.700
30.09.1926	31.643	9.276.735.800	4.056	1.057.031.000
30.09.1927	32.238	9.502.419.200	4.666	1.184.362.700

Quelle: Verwaltungsbericht d. Stadt Berlin 1924 – 1927 (1.4.1924 bis 31.3.1928), Berlin 1929, S. 124 f.

Infolge der zunehmenden Bebauung im Stadterweiterungsraum mit größeren Gebäudekomplexen stieg entsprechend die Zahl der Versicherungsverträge. Lag der Anteil des Vertragsvolumens der Außenbezirke an der Gesamtversicherungssumme 1924 noch bei knapp 10 Prozent (9,4 Prozent; bezogen auf die Gebäude bei 9,8 Prozent), stieg er bis 1927 auf 12,5 Prozent (bezogen auf die Gebäude auf 14,5 Prozent).

Auffallend für diese Jahre des sich verstärkenden Wettbewerbs ist die Tatsache, dass die Feuersozietät sich weiterhin wenig offensiv am Markt präsentierte. Weder für 1926 noch für 1928 war sie im allgemeinen Branchenteil des Berliner Adressbuchs verzeichnet, indes füllten die privaten Feuerversicherungsunternehmen dort bereits drei Spalten.

Konflikte in der Stadtverordnetenversammlung
Eine Begebenheit aus dem Jahr 1930 sei hier angeführt, um zu illustrieren, was es bedeutete, dass sich ein Feuerversicherungsunternehmen in öffentlicher Hand befand. Der Vorfall, mit dem die Berliner Stadtverordnetenversammlung sich im Februar 1930 auseinandersetzen musste, ging auf das Jahr 1925 zurück und betraf eine Einmalzahlung an die Beschäftigten der Feuersozietät:[219] den 22 Mitarbeitern war eine Gratifikation für Mehrarbeiten gewährt worden, bei der je nach Eingruppierung ein einfacher Beamter einen Betrag von 144 Reichsmark und der Stadtamtmann Mielert 1.320 Reichsmark erhalten hatten. Der Gesamtbetrag von 13.536 Reichsmark ging auf eine Erstattung aus den günstigen Ergebnissen im ersten Jahr der Rückversicherung zurück. 1929 war dieser Umstand Abgeordneten der Kommunistischen Partei aufgefallen, die daraufhin die Zurückzahlung der Gelder verlangten.[220] Die Sache war an einen Ausschuss verwiesen und abschlägig beschieden worden. 1930 trat nun die NSDAP auf den Plan und hatte einen noch weiter gehenden Antrag gestellt: Das Geld sollte nicht nur von den Mitarbeitern der Feuersozietät wieder eingezogen, sondern auch an ein zu errichtendes Konto „Sonderbeihilfen für Erwerbslose" überwiesen werden. Auch ein Vertreter der Kommunisten, Gustav Kleine, kritisierte erneut die Auszahlung der Gratifikationen und rechnete vor, dass von diesem Geld 44 Arbeitslose für einen Monat hätten zu 300 Reichsmark beschäftigt werden können. Der NSDAP-Abgeordnete Löpelmann insistierte unter Verweis auf das Programm und den Antrag seiner Partei, dass Erwerbslose mit dem zurückgezahlten Geld unbedingt zu unterstützen seien. Vonseiten der Kommunisten kam noch der Einwurf in die Debatte, dass die Gehälter der Studienräte herab-

Warenhaus der Konsum-Genossenschaft; Architekt: Max Taut; Oranienplatz, Bezirk Kreuzberg, 1934.

zusetzen seien. Bei der folgenden Abstimmung wurde der Antrag sang- und klanglos abgelehnt. Die Mitarbeiter der Feuersozietät konnten ihre Gratifikation behalten. Interessant an dem Vorfall ist der atmosphärische Hintergrund, der die Kritik an der Einmalzahlung befeuert hatte, es war die öffentliche Debatte über Korruption in Berlin. Anlass für die intensive Erörterung wird der 1929 bekannt gewordene Sklarek-Fall gewesen sein, in dem es um die Bestechung hochrangiger Beamter der Berliner Verwaltung ging. Drei Textilunternehmer, die Gebrüder Sklarek, hatten erfolgreich versucht, auf eine öffentliche Auftragsvergabe, es ging um die Dienstkleidung städtischer Angestellter, Einfluss zu nehmen.[221] Die öffentliche Diskussion des Falls ging so weit, dass auch Berlins Oberbürgermeister Böß in den Strudel der Anschuldigungen geriet und zurücktreten musste. Nun wurde allerorten sehr aufmerksam Korruption und Vorteilsnahme vermutet, die NSDAP schürte diese Kampagnen und versuchte, die Republik auf diese Weise zu diskreditieren.

Auch in der Berliner Stadtverordnetenversammlung, die vielfach über die Angelegenheiten der Feuersozietät zu entscheiden hatte, schlug sich die insgesamt rauere politische Atmosphäre jener Jahre nieder. Im November 1930 kam es bei einer Sitzung, in der über den Haushalt der Feuersozietät entschieden werden sollte, zu einem kleinen Tumult auf der Tribüne, als dort Arbeitslose ihren Unmut über ihre Situation artikulierten. Die Störer wurden hinausgeworfen, die Sitzung unterbrochen, derweil titulierte ein kommunistischer Stadtverordneter, Bauarbeiter Gustav Gansow, gegnerische Abgeordnetenkollegen auf dem Flur als „vollgefressene Lumpen", wofür er ein Ordnungsgeld kassierte.[222] Der Beschluss über den Haushalt der Feuersozietät wurde ohne Diskussion verabschiedet.

Änderungen der Satzung sowie der AVB
In den 1920er-Jahren zeigte sich, dass die Allgemeinen Versicherungsbedingungen einer Anpassung bedurften. Von 1924 an wurden zahlreiche Veränderungen beschlossen, auch die Satzung wurde modifiziert. Als Voraussetzung für die Neuwertversicherung war nun jeweils eine aktualisierte Schätzung des Gebäudes vorgesehen. Neu war, dass jetzt auch Explosionsschäden, allerdings ohne Sprengstoffschäden, mitabgedeckt wurden (§ 11 AVB).[223]

Eine weitreichende Änderung der Allgemeinen Versicherungsbedingungen wurde 1928 verabschiedet: Bis dahin galt die Einschränkung, dass nur „fertiggestellte Gebäude" von der Feuersozietät versichert werden durften (§ 6 AVB), das hatte sich als Nachteil in der Konkurrenz mit den privaten Feuerversicherungen erwiesen. Der Fall, dass ein Bauherr ein Gebäude im Rohbau absichern wollte, war bis dahin nur bei privaten Versicherungen angenommen worden. Diese hatten daraus den Vorteil gezogen, dass sich oftmals nach Fertigstellung des Baus aus dem befristeten Versicherungsvertrag ein dauerhafter Vertrag über die langfristige Gebäudeversicherung ergab. Der Feuersozietät werden im Wettbewerbsgebiet dadurch vermutlich einige Kunden entgangen sein. Mit der Anpassung der Allgemeinen Versicherungsbedingungen wurde nun auch die Versicherung von Rohbauten eingeschlossen.[224] Und gebaut wurde immer mehr.

Neues Bauen für Berlin
Die von der öffentlichen Hand in die Wege geleiteten Großbauvorhaben, darunter der Bau ganzer Wohnsiedlungen, wurden vor allem von dem sehr agilen Stadtbaurat Martin Wagner angestoßen, schon während des Krieges hatte er einige Reformvorhaben zur Beseitigung der Wohnungsnot ausgearbeitet. In seinen Vorstellungen hatte er die baulichen Anforderungen, die eine funktionierende Großstadt erfüllen musste, immer im Blick. Alles war auf Fortschritt und Dynamik ausgelegt.

Eine Reihe von Gebäudekomplexen entstand, die den städtischen Raum auf neue Weise rhythmisch strukturierten, so beispielsweise die Bauten der Konsumgenossenschaft, die Max Taut in Spandau (Großbäckerei, gemeinsam mit Franz Hoffmann, 1929 – 31) oder am Oranienplatz in Kreuzberg (Warenhaus, 1929 – 32) entwarf.

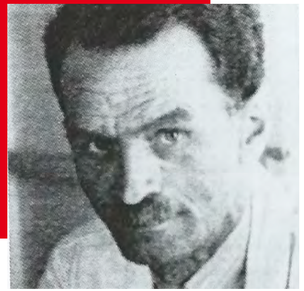
In vorangegangen Zeiten wurde häufig ohne ausreichendes Licht, ohne ausreichende Luftzirkulation gelebt und gearbeitet, auch die Innenräume waren belastet durch Rauch, Lärm und Schmutz. Die neuen Planungen wollten das ändern, sie stellten sicher, dass solche Defizite bei Neubauvorhaben künftig vermieden wurden.

Martin Wagner (5. November 1885 Königsberg – 28. Mai 1957 Cambridge, Massachusetts)

Wagner[225] gehörte zu einer jungen Generation von Architekten und Stadtplanern. Die bis dahin gültigen städtebaulichen Konzepte lehnte sie als überholt ab. In vielen Teilbereichen des Bauhandwerks arbeitete sie daran, in industrieller Fertigung eine hohe Qualität in Form und Gestaltung für den Massenbedarf zu entwickeln. Ähnlichen Zielen hatte sich schon seit 1907 der Werkbund verschrieben und Vorbildfunktion gehabt. Nach Kriegsende, ab 1919, engagierte sich das Bauhaus in Weimar für vergleichbare Konzepte.

Martin Wagner war von 1914 bis 1918 bereits für den Zweckverband Groß-Berlin[226] tätig gewesen. In dieser Zeit entwickelte er die Idee einer Hauszinssteuer, die später in Berlin umgesetzt wurde. Grundsätzlich verfolgte er das Konzept einer modernen Stadt, die sich wenig an vorhandenen Strukturen orientierte. Während des Kriegs wurden jedoch kaum Neubauten geplant. Wagners große Zeit brach mit dem politischen Aufbruch der jungen Republik an. Er wurde, seit 1918 im Amt des Stadtbaurats von Schöneberg, einer der wichtigsten Planer und Koordinatoren der Reformen im Bauwesen und für die städtebauliche Entwicklung Berlins.[227] Seiner Initiative verdanken sich bedeutende Projekte, die ein qualitativ hochwertiges Wohnen auch für gering verdienende Bevölkerungsschichten ermöglichen wollten, so etwa die Hufeisensiedlung in Britz oder die Lindenhof-Siedlung in Schöneberg. All diesen Siedlungen ist gemein, dass sie auch im Hinblick auf den Brandschutz mit Bedacht konzipiert wurden, indem etwa der Raum für Löschmanöver günstig ausgelegt war. 1926 wurde Martin Wagner Stadtbaurat für ganz Berlin. In dieser Funktion zeichnete er für den Bau des Strandbads Wannsee verantwortlich (gemeinsam mit Franz Fiedler und Richard Ermisch, 1927 – 1930) und entwickelte das Konzept für das Messegelände am Funkturm (gemeinsam mit Hans Poelzig, 1929 – 1930).

Wie schon der Titel einer Ausstellung der Akademie der Künste, die 1985 Martin Wagner gewidmet war, verkündete, standen für ihn nicht die Bedürfnisse des einzelnen Menschen im Vordergrund, sondern die vieler Menschen – sehr vieler Menschen. Für sie suchte er eine „rationalisierte Form des Glücks". 1926 formulierte Wagner seinen Ansatz: „So wie die Industrie danach strebt, den Einzelbedarf zum Massenbedarf zusammenzufassen, so haben auch wir neue Gesetze des Gestaltens nach dem Rhythmus der Masse zu schaffen. Diese Masse, die wir heute in der Gestalt von Wohnhäusern zu formen haben, wird ganz entkleidet sein von all dem aufgespeicherten leblosen dekorativen Reichtum. Sie will fettlos in Erscheinung treten, wie ein Flugzeug, eine D-Zug-Lokomotive, ein Motor, die jede überflüssige Masse als zwecklos, ja als schädlich von sich weisen."[228]



Nach Machtantritt der Nationalsozialisten wurde Wagner als Mitglied des Magistrats von seinem Posten als Stadtbaurat beurlaubt. Schon am 15. Februar 1933 erklärte er seinen Austritt aus der Akademie der Künste.[229] Er selbst hätte, so jedenfalls gab er in Gesprächen zu verstehen, unter der neuen Führung durchaus an der Durchsetzung einer völlig neuen City mitgewirkt, nachdem „die demokratischen Hemmnisse" verschwunden waren. Unter dem Pseudonym Dr. Sandow forderte er in der „Deutschen Bauzeitung" die „Einsetzung eines Stadtkommissars für die Sanierung der City von Berlin".[230] Dabei schätzte er sich aber durch seine Tätigkeit in der Weimarer Zeit als „kompromittiert" an und rechnete sich keine Chancen auf eine weitere Mitwirkung am Umbau der Stadt aus.[231] Bis 1935 arbeitslos, nahm er schließlich die Möglichkeit wahr, als Berater nach Istanbul zu gehen (wohin 1936 auch Bruno Taut kam). 1938 emigrierte er in die USA, wo er Professor für Städtebau und Landesplanung in Cambridge an der Harvard University wurde. Nach Deutschland kehrte er nur noch besuchsweise zurück.

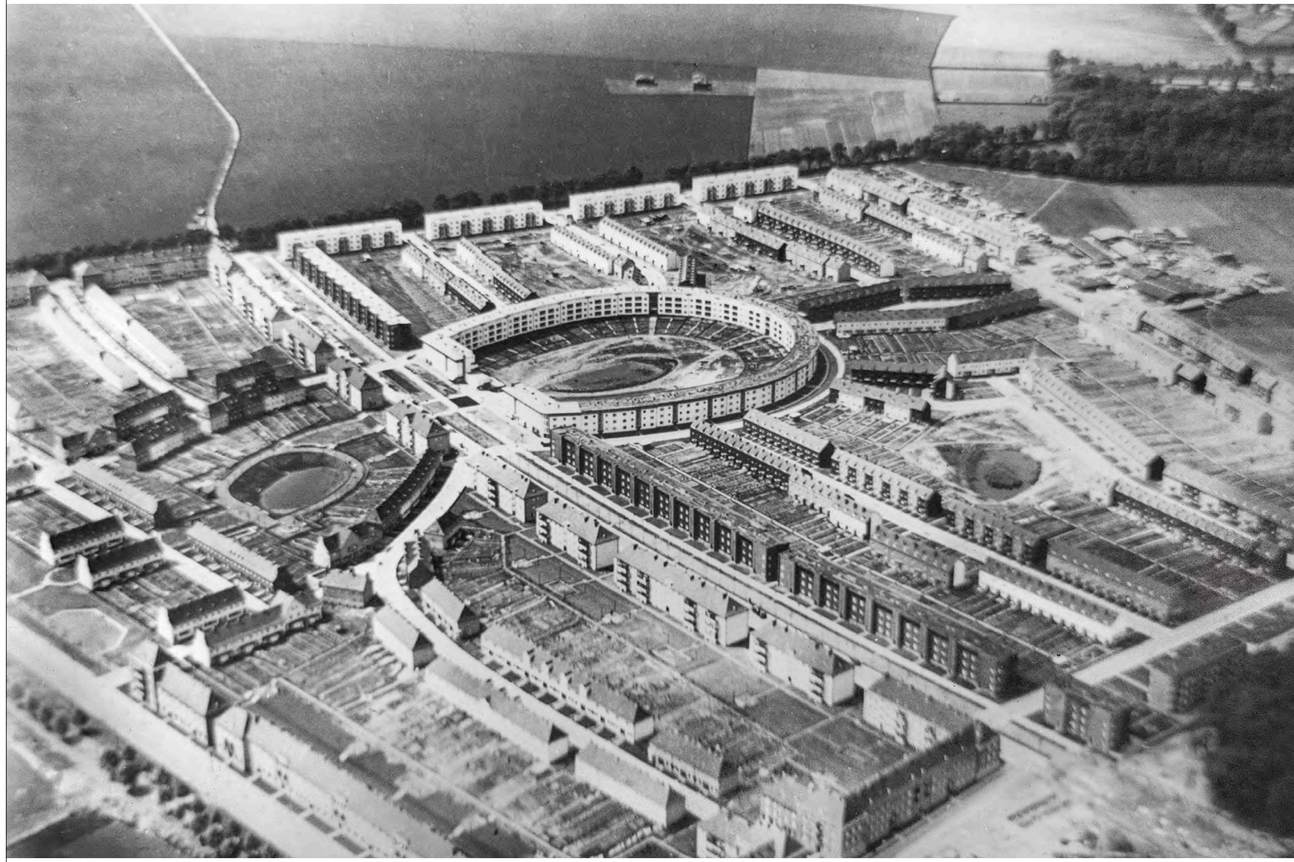
Die Hufeisensiedlung, für die Bruno Taut als Architekt verantwortlich zeichnete, wurde ab 1925 in mehreren Bauabschnitten in Zusammenarbeit mit Martin Wagner von der Gemeinnützigen Heimstätten-Spar- und Bau-Aktiengesellschaft (GEHAG) mit teilweise standardisierten Bauelementen errichtet.

Leider fehlen Angaben, wie sich die großen Siedlungsgesellschaften, die die Neubauten errichteten und die sich zum Teil im Besitz der Stadt befanden oder zumindest in ihrem Auftrag tätig wurden, im Hinblick auf die notwendigerweise abzuschließende Feuerversicherung verhielten. Waren sie frei in der Wahl? Wurde ihnen die Städtische Feuersozietät empfohlen, wurden sie gar dahin verwiesen? Auch liefern die vorliegenden Unterlagen keinen Aufschluss darüber, wie die Feuersozietät ihre Angebote an diese Wohnungsbaugesellschaften gestaltete.

Wie sehr jedoch Aspekte des Bauens in die Arbeit der Feuersozietät hineinspielten, zeigt die Tatsache, dass sie bei der großen Deutschen Bauausstellung, die vom Mai bis zum August 1931 auf dem Berliner Messegelände stattfand, präsent war. Immerhin stand ihr dafür ein Budget von 6.000 Reichsmark zur Verfügung.[232] Auf der Ausstellung präsentierten sich Architektenvereinigungen, auf nationaler wie internationaler Ebene, ebenso Innungen und Firmen, aber auch Einzelgruppen von Planern und Architekten, die innovative Ideen des Wohnens und Bauens vorstellten.[233] Neben stadtplanerischen Konzepten war auch der Brandschutz als Thema präsent: So wurden etwa neue technische Lösungen für die verzögerte Entflammbarkeit von Baustoffen unter Verwendung von Asbest vorgestellt.

Per App zu einem Rundgang durchs Weltkulturerbe starten.

Luftaufnahme der Hufeisensiedlung in Berlin-Britz, 1930.



Brand bei Hermann Tietz, Chausseestraße

Warenhaus Hermann Tietz, Brand am 30.1.1929, Chausseestraße 69–71, Bezirk Wedding.

Mittwoch, 30. Januar 1929, Chausseestr. 69–71, Wedding, gegen 20 Uhr: Das Warenhaus Hermann Tietz, eines der größten in dieser Gegend, gerät in Brand.

Warenhäuser entstanden im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts. Ihre Anfänge gehen meist auf kleine Textilgeschäfte in der Provinz zurück, die als Familienunternehmen entstanden waren. Unternehmen wie A. Wertheim, Hermann Tietz und Jandorf etablierten sich bald in Berlin. Mit ihrem breiten Warenangebot, das sich nicht mehr, wie bei „Kaufhäusern", auf eine Branche beschränkte, sondern ein breites Sortiment von beispielsweise Spielwaren, Möbeln, Musikinstrumenten, Büchern und Lebensmitteln bereithielt, waren diese großdimensionierten Häuser in der Welt des Einzelhandels das, was die Fabrik im Produktionssektor war. Im Warenhaus gelangten industriell gefertigte Serienprodukte zu günstigen Preisen an die Kundschaft, es gab die Möglichkeit des Warenumtauschs. Auch die Arbeitsbedingungen im Verkauf waren besser als sonst im Einzelhandel üblich. Befördert durch gut gestaltete Werbung und attraktive, großzügig angelegte Verkaufsräume, verzeichneten die neuen Warenhäuser bereits um die Jahrhundertwende starke Umsatzzuwächse. Da ein Großteil der Gründer der Warenhäuser in Deutschland Juden waren, ging die sozialpolitische Kritik am Warenhaus oft mit antisemitischer Hetze einher.

Das Unternehmen Hermann Tietz, gegründet 1882 von seinem Neffen Oscar Tietz (1858–1923), entwickelte sich in den 1920er-Jahren zu einem der vier großen, deutschland- und europaweit agierenden Warenhauskonsortien. Als erstes deutsches Warenhaus hatte es im traditionell umsatzschwachen Monat Februar die „Weiße Woche" eingeführt und so eine saisonbezogene Nachfrage nach weißen Wäschewaren geschaffen. Nach dem Tod von Oscar Tietz übernahmen die Söhne Georg und Martin Tietz sowie Schwiegersohn Hugo Zwillenberg die Leitung des Konzerns. 1927 erwarb das Unternehmen das KaDeWe. Die Warenhäuser bauten vielfach in eigener Initiative Betriebsfeuerwehren auf, da die Brandgefahr angesichts der größtenteils leicht entzündlichen Waren als erheblich eingeschätzt wurde. Bereits am 11. Oktober 1928 hatte es in dem großen Tietz-Warenhaus in der Leipziger Straße, gleich am Dönhoffplatz gelegen, einen Brand gegeben, der am Nachmittag in einem Schaufenster entdeckt wurde. Die Betriebsfeuerwehr konnte das Feuer nicht stoppen, 2.500 bis 3.000 Kunden und 900 Mitarbeiter mussten sich in Sicherheit bringen. Bis auf drei gering Verletzte kamen aber keine weiteren Personen zu Schaden.[234]

Der Winter 1928/29 war ein außerordentlich harter. Durch die niedrigen Temperaturen hatte die Feuerwehr Probleme, im Brandfall schnell und effizient zu löschen. Als am Abend des 30. Januar 1929 bei „Hermann Tietz" in der Chausseestraße Feuer ausbrach, waren keine Kunden mehr im Haus.[235] Der Brand stand wohl im Zusammenhang mit Neubaumaßnahmen, die zu der Zeit im Gange waren. Der Brandherd konnte in einer hölzernen Trennwand zum Neubau lokalisiert werden. Die Vossische Zeitung berichtete am nächsten Tag: „Gestern noch einer jener Paläste, die angefüllt sind mit allem, was wir brauchen und was wir uns wünschen, eine jener riesigen Kaufburgen, die Emil Zola in seinem Roman das „Paradies der Damen" nennt, heute ein wüster Trümmerhaufen bizarrer Schattenrisse, die sich gegen einen trüben Winterhimmel abheben. Aus einem See grauschmutzigen Wassers, das immer noch anwächst, weil die Feuerwehr wieder und wieder Wasser in die glimmende Ruine schütten muß, ragen Eisen- und Mauerstümpfe empor."[236]

Tatsächlich war die Feuerwehr bereits innerhalb kürzester Zeit alarmiert worden und angerückt, doch konnte sie gegen die enorme Wucht des Feuers nur dadurch ankämpfen, dass sie wenigstens eine Ausbreitung des Feuers verhinderte. So blieben die meisten der angrenzenden Nachbarhäuser sowie die im unmittelbaren Umfeld liegenden 30 bis 40 Fabriken unbeschadet. Zum Glück kam es nicht zu der befürchteten Explosion des im Gebäude befindlichen Kesselhauses.

Die Feuersozietät leistete für diesen Brand eine Entschädigung in Höhe von 2 Millionen Reichsmark. Der Betrag war so hoch, dass er sich sogar auf die jährliche Umlage auswirkte. Das Unternehmen Hermann Tietz machte sich umgehend daran, wieder aufzubauen.

Nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten wurden die Geschäftsführer der Familie Tietz gezwungen, aus dem Unternehmen auszuscheiden. Der Name wurde in Hertie (Hermann Tietz) geändert.

„Hertie" Berlin, Leipziger Straße am Dönhoffplatz, nach 1933.

Ehemaliger Sitz des Verbands der öffentlichen Feuerversicherer, heute Präsidium der FU Berlin.

1929, als das Wirtschaftsleben der Weimarer Republik im Begriff war, sich zu stabilisieren, entwarf der Schriftsteller Alfred Döblin in seinem Roman Berlin-Alexanderplatz ein Bild von dem pulsierenden Leben an diesem zentralen Platz:
„Am Alexanderplatz reißen sie den Damm auf für die Untergrundbahn. Man geht auf Brettern. Die Elektrischen fahren über den Platz die Alexanderstrasse herauf durch die Münzstrasse zum Rosenthaler Tor. Rechts und links sind Strassen.[…] Unten sind die Läden. Destillen, Restauration, Obst- und Gemüsehändel, Kolonialwaren und Feinkost, Fuhrgeschäft, Dekorationsmalerei, Anfertigung von Damenkonfektion, Mehl und Mühlenfabrikate, Autogaragen, Feuersozietät …"[237]

Die Berliner Feuersozietät hatte Standvermögen. Als es Ende des Jahres zum erneuten wirtschaftlichen Einbruch durch die Weltwirtschaftskrise kam, scheint sie unbeschadet aus den Verwerfungen der Ereignisse hervorgegangen zu sein. 1930 überschritt sie mit 34.081 versicherten Gebäuden die Schwelle der Versicherungssumme von 10 Milliarden Reichsmark (s. Übersicht Versicherte Gebäude).

Zum 1. Januar 1932 trat die Feuersozietät als Mitglied dem Verband der öffentlichen Versicherungsanstalten bei, der sich mit seinem Hauptsitz in Berlin niedergelassen hatte.

Verband der öffentlichen Feuerversicherungsanstalten und sein Sitz in Berlin

Aus der 1868 gegründeten Vereinigung der öffentlich-rechtlichen Feuerversicherungsanstalten in Deutschland hervorgegangen, hatten sich nach der Reichsgründung öffentliche Feuerversicherungsanstalten einzelner Länder und Kommunen zum „Verband öffentlicher Feuerversicherungsanstalten in Deutschland" zusammengeschlossen. Dieser Schritt war eine Reaktion auf die zunehmende Konkurrenz durch private Versicherungsunternehmen. Es ging den öffentlichen Anstalten vor allem darum, die Rückversicherungsmöglichkeit für die Mitglieder sowie eine „über die Versicherungspflicht der einzelnen Anstalten hinausgehende Versicherungsgelegenheit" zu schaffen.[238] Mit der gesetzlichen Regelung, nach Inkrafttreten des Gesetzes über die öffentlich-rechtlichen Feuerversicherungen (1910), etablierte sich der Verband dann 1914 neu.

Ihm gehörten unterschiedlich strukturierte Feuerversicherungsanstalten aus ganz Deutschland an. Einige waren als Zwangs-, andere als Wettbewerbsanstalten, wieder andere als Monopolanstalten organisiert. Bei einigen wie der Städtischen Feuersozietät in Berlin kamen beide Komponenten infolge historischer Entwicklungen zusammen.[239]

Unter Zwangsanstalten wurden jene verstanden, in denen die Mitgliedschaft verpflichtend war. Monopolanstalten waren die Feuerkassen, die als einzige in einer Stadt oder Region die Genehmigung zum Betrieb erhalten hatten.

1926/27 wurde das von Prof. Dr.-Ing. h.c. Heinrich Straumer entworfene Gebäude in Dahlem, Kaiserswerther Str. 16–18, als Sitz des Verbandes eingeweiht. Der moderne expressionistische Eckbau war in seiner hochwertigen, in dunkelroten Ziegeln ausgeführten Gestaltung sehr repräsentativ.[240] Er befand sich in unmittelbarer Nähe mehrerer Forschungseinrichtungen der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft (später Max-Planck-Gesellschaft), die mit dem Aufbau dieses als „deutschem Oxford" angelegten Wissenschaftszentrums bereits vor dem Ersten Weltkrieg begonnen hatte. Schlagzeilen machte der Verband der öffentlich-rechtlichen Feuerversicherungen 1928, als ihm ein Korruptionsskandal unterstellt wurde,[241] an dem die Berliner Städtische Feuersozietät jedoch nicht beteiligt war. Die Zeiten waren politisch unruhig, die Berliner Kommunalverwaltung war bereits durch den Sklarek-Skandal, einem Korruptionsfall, der den Berliner Oberbürgermeister zum Rücktritt gezwungen hatte, erschüttert worden.

1933 schwenkte auch der Verband der öffentlichen Feuerversicherer auf die Linie der nationalsozialistischen Machthaber ein; seine Publikationen waren von nun an durch ein völkisch-nationalistisches Erscheinungsbild geprägt.[242] 1934 bis 1937 war Prof. Dr. Paul Riebesell (1883–1950)[243], ein erfahrener Versicherungswissenschaftler, Vorsitzender des Verbandes.

Unmittelbar nach Kriegsende bezogen 1945 die vier Alliierten das Gebäude und errichteten hier die Alliierte Kommandantur. Die vier Besatzungsmächte Sowjetunion, USA, Großbritannien und Frankreich teilten sich an diesem Ort die Verantwortung über die Verwaltung des in vier Sektoren aufgeteilten Berlins. Nach dem politischen Zerwürfnis, das sich in der Frage des Umgangs mit dem besiegten Deutschland abzeichnete, zog sich die sowjetische Besatzungsmacht 1948 aus der Kommandantur zurück. Die verbliebenen drei Alliierten tagten weiterhin in der Kaiserswerther Straße und ließen bei ihren Sitzungen immer symbolisch einen Platz für den sowjetischen Vertreter frei.

Erst infolge des Zwei-plus-Vier-Vertrags und der deutschen Wiedervereinigung 1990 wurde die Alliierte Kommandantur aufgelöst; das Gebäude wurde geräumt.1994 nahm hier das Präsidialamt der Freien Universität Berlin seinen Sitz.

Molkenmarkt 4

Der Molkenmarkt war der älteste Marktplatz Berlins. Zwischen 1504 und 1508 wurde er Oldenmarckt, auch antiquum forum genannt, hier soll der Roland, das Sinnbild der höchsten Gerichtsbarkeit, gestanden haben. Im Haus Molkenmarkt 4 befand sich Ende des 17. Jahrhunderts die Apotheke von Friedrich Zorn, dessen Porträt mit Allonge-Perücke später in der Nikolaikirche hing. Zorn beschäftigte ab 1696 Johann Friedrich Böttger (1682–1719) als Lehrling. Dieser unternahm im Keller alchemistische Experimente. Dabei versuchte er nicht nur Silber in Gold zu verwandeln, sondern auch die Rezeptur für Porzellan zu finden. Böttger floh aus Preußen, geriet in die „Obhut" des sächsisch-polnischen Königs August, um für ihn Gold herzustellen. Damit scheiterte er, hatte aber bei der Produktion von Porzellan 1709 mehr Erfolg. In rot wurde das sogenannte Böttgersteinzeug (auch Jaspisporzellan) entwickelt, in weiß das Böttgerporzellan, das erste europäische Hartporzellan (im Team mit Tschirnhaus und Pabst von Ohain). Mit dieser Rezeptur war der Grundstein für die berühmte Manufaktur in Meissen gelegt. Geflohene Porzellanarbeiter trugen das Geheimnis der Rezeptur in andere Fürstentümer. Bis in Preußen eine eigene Porzellanmanufaktur entstehen konnte, dauerte es noch etwas länger – bis 1753.[244] Die Zusammensetzung des Porzellans musste so belastbar sein, dass sich die Produktion lohnte. In der Zorn'schen Apotheke spielte sich das jedoch nicht mehr ab. Ende des 18. Jahrhunderts lebte ein Kammerrat Rerch im Haus. Im 19. Jahrhundert befand sich immer eine Schankwirtschaft im Haus sowie der Sitz des Leinenwarenhauses Epner sen., das auch Königlicher Hoflieferant war. Ab 1910 war hier ebenfalls die Bahnamtliche Rollfuhr-Gesellschaft (Stückgutspedition per Bahn) ansässig. Im 20. Jahrhundert war der Molkenmarkt ein lebendiger Platz, der vielfältig genutzt wurde. Die Planungen für die U-Bahn sowie ein drittes Rathaus sahen eine grundlegende Umgestaltung vor. Für die Grundstücke Molkenmarkt 4–6 ist in den Adressbüchern ab 1929 „Abbruch" vermerkt. Offensichtlich wirkte sich jedoch die Weltwirtschaftskrise auf die finanzielle Situation der Stadt Berlin insoweit aus, dass an eine Realisierung der Pläne nicht zu denken war. Auch die politischen Verhältnisse in Preußen mögen eine Rolle gespielt haben. Innerhalb von drei Jahren wurden die Pläne auf Eis gelegt. Für die Feuersozietät bot sich

Verwaltungsgebäude der Städtischen Feuersozietät von Berlin, Molkenmarkt 4, 1932.

nun die Gelegenheit, hier einen eigenen Standort im Stadtbild zu behaupten. Sie versprach sich den Vorteil, damit den Passanten mehr „in die Augen [zu] springen" und daher werbewirksamer platziert zu sein. Auch sollte einer Verwechslung mit der Feuersozietät der Provinz Brandenburg entgegengewirkt werden. Im Stadthaus waren bis dahin jährlich 18.286 Reichsmark Kosten (inkl. Heizung, Beleuchtung, Bewachung, Reinigung) angefallen, für den neuen Unternehmenssitz, der monatlich mit 15.000 Reichsmark Miete zu Buche schlug, versprach man sich eine eher niedrigere Belastung.

Als die Feuersozietät das Haus 1932 übernahm, war die Vergangenheit des Hauses bekannt, doch war für sie die Gegenwart entscheidender. Nach Umbau des Gebäudes für 139.000 Reichsmark für die neuen Anforderungen war die Anstaltsleitung sehr zufrieden, hier ihren Sitz gefunden zu haben. Doch diese Situation sollte nicht lange anhalten, denn mit der Machtübernahme der Nationalsozialisten veränderten sich die Ideen zur Gestaltung der Innenstadt erneut grundlegend, wie der nachfolgende Abschnitt darstellt.

Angesichts der historisch markanten Entwicklung an dieser Stelle, die heute nur eine weitläufige Straßenkreuzung ist, werden hier ab 2018 archäologische Grabungen durchgeführt, die sich explizit auf die Zorn'sche Apotheke konzentrieren.

Keller des Gebäudes Molkenmarkt 4 (ohne Jahresangabe).

Organisation der Feuersozietät

Im Jahr 1932 bezog auch die Städtische Feuersozietät Berlin erstmals einen eigenen Standort: Molkenmarkt 4, in unmittelbarer Nähe des Stadthauses gelegen, in dem die Feuersozietät bis dahin beim Magistrat ihren Sitz hatte. Der Magistrat hatte drei nebeneinanderliegende Gebäude (Molkenmarkt Nr. 4, 5 und 6) erworben, die vom Bezirksamt Mitte verwaltet wurden. Das Eckgebäude Nr. 4, eigentlich der Spandauer Ecke Stralauer Straße zugeordnet, wurde nun der Feuersozietät gegen Entrichtung einer Nutzungsgebühr von 15.000 Reichsmark (zuzügl. Nebenkosten) überlassen.[245] Die Versicherung versprach sich vom neuen Standort den Vorteil, dass sie den Passanten mehr „in die Augen springen" und daher werbewirksamer platziert sein würde. Auch sollte einer Verwechslung mit der Feuersozietät der Provinz Brandenburg entgegengewirkt werden. Im Stadthaus waren bis dahin jährlich 18.286 Reichsmark Kosten (inkl. Heizung, Beleuchtung, Bewachung, Reinigung) angefallen, für den neuen Unternehmenssitz versprach man sich eine eher niedrigere Belastung. Wenngleich erst noch der Umbau in Höhe von 139.000 Reichsmark finanziert werden musste, schienen die Vorteile der räumlichen Veränderung zu überwiegen.[246]

Molkenmarkt in Alt-Berlin, 1902.

Mit dem Umzug erfolgte die räumliche Ablösung vom Magistrat. Die Städtische Feuersozietät war zugleich weiterhin eine der sogenannten Deputationen des Magistrats, die Mitglieder der Deputation stellten gewissermaßen den Verwaltungsrat. Die Deputation der Feuersozietät wurde von wechselnden Vorsitzenden geleitet: In der Regel standen ein unbesoldeter Stadtrat sowie ein Stellvertreter an der Spitze, unterstützt vom Stadtbaurat, der für technische Fragen zuständig war. Außerdem gehörten sechs Stadtverordnete und ein weiterer Magistratsvertreter sowie zwei Bürgerdeputierte der Deputation an. Mit Ausnahme des Vorsitzenden und seines Stellvertreters mussten nach § 10 der Satzung von 1913 alle Mitglieder der Deputation auch selbst Versicherungsnehmer der Feuersozietät sein. Über nahezu 25 Jahre gehörte Stadtrat Wilhelm Wagner (1838–1923) der Deputation an, von 1910 bis 1920 als ihr Vorsitzender. Stadtbaurat Ludwig Hoffmann war von 1907 bis 1920 der technische Sachverständige im Gremium. Das operative Geschäft der Städtischen Feuersozietät lag aller Wahrscheinlichkeit nach in den Händen des jeweiligen „Bureau-Vorstehers".[247] Dieses Amt nahm von 1878 bis 1888 ein Herr Lawisch[248] wahr, gefolgt von Herrn Hecht, sowie von ca. 1907 bis 1920 ein Herr Maaß, den Herr Ziebarth ablöste, bis schließlich (ab ca. 1927) Herr Greiser dieses Amt übernahm, zuletzt in Vertretung.[249] Alle diese Mitarbeiter waren Beamte des Magistrats; so hatte etwa Herr Maaß die Stellung eines Ober-Stadtsekretärs inne, Herr Ziebarth und Herr Greiser[250] trugen den Titel Stadtamtmann. Insgesamt waren 22 Personen (1925) bei der Feuersozietät beschäftigt, zu denen nach 1932 erstmals auch fünf Außendienstmitarbeiter kamen.[251]

Die Aufgaben in den unterschiedlichen Revieren der Stadt – seit 1880 waren sie mit den Standesamtsbezirken synchronisiert – übten Bauinspektoren aus, die für ihre Tätigkeit ebenfalls vergütet wurden.

Die formelle Vertretungsfunktion für die Feuersozietät hatte der Vorsitzende der Deputation inne.[252] Diese Aufgabe nahm ab 1930 Hermann Jursch (1867 – k.A.) wahr, nachdem es infolge des Ausscheidens des langjährigen Vorsitzenden Wagner 1920 zu mehreren schnellen Wechseln gekommen war: vom Stadtverordneten Leopold Rosenow (1920/21) zu Stadtrat Georg Rudolf Sauße (1922 bis 1927) und Stadtrat Dr. Richter (1927 bis ca. 1929). Hermann Jursch[253] war eine gewichtige Figur in der Wirtschaft. Seine Karriere hatte er als Geschäftsführer des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes für Ost- und Westpreußen begonnen. Die Entwicklung des Girogeschäftsverkehrs, als bargeldlosem Überweisungsweg, war eine der großen Neuerungen der Zeit. Jursch, seit 1918 Direktor der Deutschen Girozentrale, war auch als Berliner Kommunalpolitiker sehr umtriebig und gehörte noch anderen Deputationen des Magistrats an.[254] Er wird vermutlich in stärkerem Maße, als dies bei seinen Vorgängern der Fall gewesen war, geschäftliche Strategien vorangetrieben haben, auch um mehr Profil gegenüber der Feuersozietät Brandenburg zu gewinnen, die seit 1924 als Zusammenschluss für das platte Land und der Städtesozietät (der preußischen Provinzstädte) agierte und bis in die 1920er-Jahre adlige Direktoren an ihrer Spitze hatte. Demgegenüber blieben die Namen der Männer an der Spitze der Städtischen Feuersozietät Berlin meist ungenannt. Auch Jursch wurde in seiner Position als Vorsitzender nicht besonders herausgestellt. Aber angesichts seiner anderen, bekannteren Aktivitäten liegt die Vermutung nahe, dass er es war, der den Umzug an den Molkenmarkt forciert hatte, um der Feuersozietät mehr Geltung zu verschaffen.

Ein letzter demokratischer Akt vor dem politischen Machtwechsel in der Hauptstadt ist für den 26. Januar 1933 zu verzeichnen: An diesem Tag verabschiedete die Stadtverordnetenversammlung von Berlin in gewohnter Routine, wie es schien, rückwirkend den Haushalt der Städtischen Feuersozietät für das Geschäftsjahr 1929/1930.[255]

Kurz vor Beginn des Dritten Reichs herrscht bei der Feuersozietät noch die gewohnte Routine.

1933 bis 1945

MACHT**APPARAT**

Der brennende Reichstag war 1933 ein Fanal. Die neuen Machthaber etablieren sich in Stadt und Land – auch bei der Feuersozietät. Auf der einen Seite „Business as usual", ein Anstieg der Verträge bis 1940 von 34.081 auf 43.893, auf der anderen keine Zahlungen für Schäden durch die Pogrome 1938. Die brandenburgische Schwester-Feuersozietät bezieht einen Neubau, der bald durch die Planung für Germania gefährdet ist. Die Städtische Feuersozietät hält dagegen und errichtet ebenfalls einen überdimensionierten Neubau in der Parochialstraße.

Insgesamt beugt sie sich den Anforderungen, die an sie gestellt werden, ist stützendes Element innerhalb des nationalsozialistischen Systems. Die Politik dieses Regimes führt zu den bekannten dramatischen Folgen: Bei Kriegsende sind von ehemals 1.543.556 Wohnungen 500.000 vollständig zerstört, 75 Millionen Kubikmeter Trümmer überdecken die Stadtfläche. Mit dem Kriegsende beginnt auch für die Feuersozietät ein neues Kapitel.

Brand und Brandstifter

Im Zeitraum von zwei Jahrhunderten war Berlin von einer übersichtlichen Residenz- und Garnisonsstadt zur Metropole angewachsen. Die Feuersozietät hatte während dieser Zeit kontinuierlich als städtische Feuerversicherung gewirkt, unter der preußischen Monarchie ebenso ihren Dienst getan wie nach der Revolution 1918 unter demokratischen Verhältnissen. Die enge Bindung an den Magistrat der Stadt bildete eine institutionelle Konstante.

Am 30. Januar 1933 kam die Nationalsozialistische Arbeiterpartei (NSDAP) durch ihren Eintritt in die Reichsregierung und die Ernennung Adolf Hitlers zum Reichskanzler an die Macht. Mit einem Fackelzug durch die Hauptstadt inszenierten sich ihre Anhänger in der Öffentlichkeit. Keinen Monat später, am 27. Februar, stand der Reichstag in Flammen. Als Versicherungsfall hatte es für die Feuersozietät allerdings keine Bedeutung, denn Reichsgebäude waren nicht bei ihr versichert.

Berlins Oberbürgermeister Dr. Heinrich Sahm (1877 – 1939), der sein Amt als Parteiloser seit 1931 innehatte, wirkte geschmeidig an der Installierung der nationalsozialistischen Alleinherrschaft auch auf kommunaler Ebene mit. Als ihm durch die Einsetzung des Staatskommissars Julius Lippert (1895 – 1956) im März 1933 zentrale administrative Aufgaben entzogen wurden, blieb er auf seinem Posten. Ohne erkennbare Distanz zum Geschehen erwies er der kurzen Geschichte der deutschen Demokratie keine Ehre. Im Juli 1934 eröffnete er eine Beratung der Ratsherren mit den Worten: „Die preußischen Städte haben unter der Wirkung dieser Verfassung [der von 1808] ihren Weg nach oben genommen, solange Staatsmacht und echte Selbstverwaltung Geltung hatten. Als diese zerfielen, als an Stelle von Staatsmacht und Volksfreiheit ödester Parlamentarismus und Eigennutz getreten waren, da ging es auch mit der Entwicklung der Stadt Berlin steil bergab.“[256] Seine Kritik am parlamentarischen System war unverkennbar, zudem lobte er die „Maßnahmen der Regierung unseres Volkskanzlers Adolf Hitler“ nach der „nationalen Erhebung“, die seiner Meinung nach „mit überraschender Schnelligkeit … eine Wiedergeburt des ganzen deutschen Volkes“ ausgelöst hatten. Zu diesen Maßnahmen gehörte unter anderem das Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom 7. April 1933 (Beamtengesetz), das als politisch und rassistisch motivierte Grundlage dafür diente, Arbeiter, Angestellte und Beamte aus ihren Berufen zu drängen. Innerhalb kürzester Zeit wurden tragende städtische Selbstverwaltungsorgane erst wirkungslos gemacht, dann ganz aufgelöst. Bei den Wahlen im März 1933 befand sich der größte Teil der Stadtverordneten der Kommunistischen Partei in Haft oder auf der Flucht. Nach der Wahl wurden sie aus der Stadtverordnetenversammlung kurzerhand ausgeschlossen. Mit dem Gesetz über eine vorläufige Vereinfachung der Verwaltung der Hauptstadt Berlin vom 22. September 1933 wurde die Stadtverordnetenversammlung dann ganz aufgelöst. Ihre Aufgaben übernahm nun der Stadtgemeindeausschuss,[257] der nicht mehr öffentlich tagte. Ein großer Teil der Stadträte des Berliner Magistrats war zu diesem Zeitpunkt bereits seit März 1933 beurlaubt oder aus dem Amt entlassen, die Parteien KPD und SPD waren längst verboten.

Berlin, brennender Reichstag, 27. Februar 1933.

Per App Hintergründe zum Reichstagsbrand erfahren.

Erst Austausch der Leitungsebene, danach folgte die „Säuberung“ der nachrangigen Ebenen.

Personalveränderungen bei der Feuersozietät
Im Unterschied zu den privaten Versicherungsgesellschaften, die sich zunächst dem unmittelbaren Zugriff der nationalsozialistischen Stellen hätten entziehen können, sofern sie wirtschaftlich unabhängig waren und keine Anteilseigner hatten, die vom Regime als Juden identifiziert wurden, gestaltete sich die parteipolitisch und rassistisch motivierte personelle Umbesetzung in den öffentlich-rechtlichen Institutionen direkter. Privatwirtschaftliche Unternehmen bewahrten demgegenüber eine Zeitlang noch eine gewisse Autonomie. In das kommunale Betriebsgeflecht, zu dem auch die Feuersozietät gehörte, war hingegen mit dem Beamtengesetz, den Parteiverboten und im Zuge der Abschaffung der Stadtverordnetenversammlung ungleich rascher einzudringen. Systematisch wurden die Beschäftigten überprüft, Tausende von Beamten und Angestellten, die aus Sicht des Regimes nicht die Gewähr boten, dass sie uneingeschränkt für den nationalsozialistischen Staat eintreten, wurden aus der Verwaltung der Städte, Provinzen und des Reichs entlassen. Es war ein massiver politischer Ausgrenzungsprozess, in dem jedes Individuum, das als Regimegegner identifiziert wurde oder schon seit 1933 antisemitischer Diskriminierung unterlag, individuell aus seinem Beruf verbannt wurde. In der Regel erfolgten die personellen Veränderungen von oben nach unten, zuerst wurde die Leitung ausgetauscht, bevor die nachfolgenden Ebenen „gesäubert“ wurden.[258]

Auch bei der Städtischen Feuersozietät kam es zu personellen Veränderungen, während die formalen Strukturen bestehen blieben. Bis zu Beginn des Jahres 1933 hatte sich die Deputation der Feuersozietät wie folgt zusammengesetzt:[259]

Deputation der Städtischen Feuersozietät beim Magistrat, Anfang 1933

Magistratsmitglieder – unbesoldete Stadträte:

Hermann Jursch (Vorsitzender) (1867 – k.A.), Direktor
Wilhelm Ahrens (1878 – 1956; SPD), Drucker
Emil Kinscher (Wirtschaftspartei)[260]

Stadtverordnete:

Dr. Karl Bamberg (1881 – 1961; Deutsche Staatspartei), Arzt
Wilhelm Keller (geb. 1882 – k.A.; Deutschnationale Volkspartei), Architekt
Wilhelm Kimbel (1868 – 1965; Deutschnationale Volkspartei), Zeichner[261]
Max Matthies (geb. 1872 – k.A.; Deutschnationale Volkspartei), Kaufmann
Edwin Oferta (geb. 1883 – k.A.; Bürgerliche Vereinigung), Kaufmann
Paul Schwarz (1877 – 1951; Deutsche Volkspartei), Fabrikant[262]

Bürgerdeputierte:

Otto Grohmann (Deutsche Volkspartei), Kraftdroschkenbesitzer
Wilhelm Pfeiffer (Sozialdemokratische Partei Deutschlands), Architekt

Voraussetzung für die Mitgliedschaft in der Deputation war, selbst mit einem Gebäude bei der Feuersozietät versichert zu sein, was die soziale Zusammensetzung des Gremiums eindeutig prägte. 1932 gehörten drei der sechs Stadtverordneten der Deputation der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP) an. Einer der Stadträte, Emil Kinscher, war Mitglied der Wirtschaftspartei.[263] Diese Mittelstandspartei löste sich nach internen Richtungskämpfen bereits im April 1933 auf. Bevor Kinscher zum unbesoldeten Stadtrat ernannt worden war, hatte er 1927 in der Stadtverordnetenversammlung noch kritisch gegen städtische Unternehmen gewettert und gefordert, dass „all die kleinen städtischen Betriebe, die der privaten Wirtschaft Konkurrenz machen und keine Überschüsse bringen, abgeschafft werden sollen…“.[264]

Zu einzelnen Mitgliedern der Deputation der Feuersozietät liegen nähere Angaben vor:

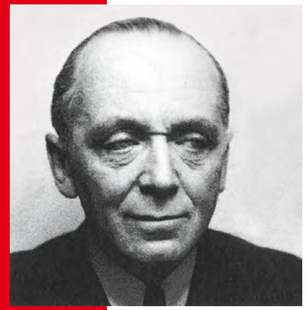
Wilhelm Ahrens[265] (9. Mai 1878 Oschersleben – 6. November 1956 Berlin)

Der gelernte Schriftsetzer organisierte sich schon früh gewerkschaftlich im Verband der Deutschen Buchdrucker und trat der SPD bei. 1903 wurde er ehrenamtlicher Vorsitzender der AOK in Charlottenburg. 1909 baute er die heute noch bestehende Druckerei Westkreuz auf, die vor allem Aufträge für Krankenkassen übernahm. Daneben engagierte er sich in der Kommunalpolitik, wurde 1916 Stadtverordneter in Charlottenburg, hier der erste SPD-Stadtrat. Mit der Gründung von Groß-Berlin wurde Ahrens 1920 unbesoldeter Stadtrat im Magistrat, neben der Mitgliedschaft in der Deputation der Feuersozietät war er auch Vorsitzender der Deputation für das Feuerlöschwesen.[266] Während der politischen Auseinandersetzungen in der frühen Weimarer Republik produzierte seine Druckerei Flugblätter, u.a. jene, die nach dem Kapp-Putsch zum Generalstreik aufriefen. In der Druckerei waren 50 Mitarbeiter beschäftigt.

Vermutlich war er beim politischen Gegner als exponierter Sozialdemokrat bekannt, denn schon vor den Reichstagswahlen wurde seine Wohnung am 3. März 1933 widerrechtlich durchsucht und ihm eine Waffe untergeschoben. Es folgten ein Verfahren und die Inhaftierung. Er verlor alle politischen Ämter. Nach seiner Freilassung wurde er noch mehrfach verhaftet und angeklagt, u.a. weil er angeblich „als Dezernent vielen Nazis gekündigt" habe, was ihm nicht nachgewiesen werden konnte. Angesichts der ständigen Drangsalierung zog er sich ins Berliner Umland nach Geltow zurück, stand aber unter Aufsicht der Polizei.

Die Berliner Feuerwehr lag ihm immer besonders am Herzen. Als Stadtrat war er auch 1933 und davor mit Oberbranddirektor Walter Gempp eng verbunden. Fassungslos sollen sich die beiden in der Nähe des brennenden Reichstags begegnet sein. Ahrens' Engagement für die Feuerwehr blieb ungebrochen – auch nach 1945 engagierte er sich wieder. 1953, anlässlich der Ernennung zum Stadtältesten an seinem 75. Geburtstag, dankte ihm die Berliner Feuerwehr seinen Einsatz mit einem motorisierten Ehrengeleit.

Dr. Karl Bamberg[267] (8. September 1881 – 12. Februar 1961)



Bamberg war Sohn des Kommerzienrats Hermann Bamberg (1846–1928, seit 1926 Ehrenbürger Berlins). Er studierte Medizin, erhielt 1906 die Approbation und ließ sich mit 27 Jahren in Berlin als Arzt nieder. Er arbeitete später schwerpunktmäßig als Kinderarzt. 1932 gehörte er als Stadtverordneter der Fraktion der Deutschen Staatspartei an, als solcher war er Mitglied der Deputation für die Städtische Feuersozietät. Die Deutsche Staatspartei war 1930 aus dem Zusammenschluss der linksliberalen Deutschen Demokratischen Partei (DDP) mit der Volksnationalen Reichsvereinigung, einer nationalistischen Partei, hervorgegangen. Ende Juni 1933 wurde die Partei zwangsweise aufgelöst.

Nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten stand Bamberg unter dem Druck der antisemitischen Ausgrenzungspolitik der Nationalsozialisten, weil er Jude war: Im Juni 1933 wurde er aus seinem Amt als Leiter der Säuglings- und Kleinkinderfürsorgestelle im Bezirk Tiergarten entlassen. 1934 entzog man ihm auch die Kassenzulassung. 1938 ging er mit seiner Frau und Tochter nach Belgien, wo er ab Juli 1942 angesichts der Besetzung des Landes durch die deutschen Truppen in die Illegalität abtauchen musste. Da seine Frau, Alice Klara Bamberg, aus Antwerpen stammte, konnte sich die Familie auf ein verlässliches Netzwerk stützen. Alle drei überlebten die Zeit der Verfolgung. Nach Kriegsende blieb Bamberg in Brüssel, wurde 1949 belgischer Staatsbürger und praktizierte bis 1961 weiter als Arzt, zeitweilig als Vertrauensarzt für die Deutsche Botschaft in Belgien.

Der Anfang 1933 tätige Vorsitzende der Deputation der Städtischen Feuersozietät, Hermann Jursch, konnte zwar seine Stellung bei der Deutschen Girozentrale behalten[268], doch sein Amt als Stadtrat verlor er. Seinen Posten bei der Feuersozietät übernahm der Kreisleiter des Kreises VI im Gau Berlin der NSDAP, Philipp Schlicht.[269]

Nach der Machtübergabe an die Nationalsozialisten bildeten die zahlreichen öffentlichen Einrichtungen das Einfallstor für die forcierte Unterbringung von NSDAP-Mitgliedern in den Schaltstellen der Administration. Diese systematische Versorgungspraxis erzielte eine dreifache Wirkung:

- die Spitzen der Institutionen wurden ideologisch „auf Linie" gebracht;
- die Personen, die diese Posten übernahmen, waren „der Bewegung", die sie nach oben gespült hatte, zur Loyalität verpflichtet;
- die verbliebenen Mitarbeiter erlebten die Stellenneubesetzung als Machtdemonstration und reagierten mit Angst vor dem Verlust des eigenen Arbeitsplatzes.

Philipp Schlicht (geb. 1902–k.A.) war seit 1925 Mitglied in der NSDAP[270] und somit, wenngleich sehr jung, ein „alter Kämpfer". Spätestens seit 1928 gehörte er der Fraktion der NSDAP in der Berliner Stadtverordnetenversammlung an. Laut Verzeichnis der Stadtverordneten war er von Beruf Bankbeamter. 1933 wurde er zum kommissarischen Stadtrat des Magistrats ernannt[271] und bekam die Position des Vorsitzenden des „Verwaltungsrats" der Städtischen Feuersozietät, der nun die Deputation nominell ersetzte. Innerhalb der Feuersozietät übernahm er auch die Leitung.[272]

Schlichts Stellvertreter wurde der Arbeiter Alfred Wolfermann[273], der ebenfalls schon vor 1933 mit einem Mandat der NSDAP Stadtverordneter war. Spätestens ab 1937 war Wolfermann auch Stadtrat und zugleich maßgeblich für die Berliner Feuerwehr verantwortlich.[274] Der Magistratsrat Richard Balzer[275] amtierte bei der Städtischen Feuersozietät als geschäftsführender Dezernent und Dr. Otto Ullrich als juristischer Dezernent. Die nun als „Dienststelle" bezeichnete ehemalige Geschäftsstelle stand unter der Regie von Stadtamtmann Ernst Laasch.[276]

Interne Entwicklung der Arbeitsbedingungen

Über anderweitige Wechsel innerhalb der Feuersozietätsbelegschaft nach 1933 geben die nur teilweise überlieferten Personalunterlagen kaum Auskunft.[277] Im Fall eines Mitarbeiters namens Lilienthal (keine weiteren Angaben) ist davon auszugehen, dass er seine Arbeit aufgrund der NS-rechtlichen Berufsverbotsbestimmung verlor.[278] Einer rudimentär erhaltenen Personalakte lässt sich lediglich entnehmen, dass die Feuersozietät wegen der kurzen Dauer der Beschäftigung das Ruhegeld für Herrn Lilienthal nicht übernehmen wollte. Ansonsten hätte die öffentliche Verwaltung hierfür aufkommen müssen, weshalb NS-Staatskommissar Lippert die Leistungsverpflichtung der Feuersozietät bekräftigte. Ansonsten scheinen im Jahr 1933 keine weiteren Berufsverbote verhängt worden zu sein. Ob bei der Feuersozietät Personalräte oder gewerkschaftlich organisierte Mitarbeiter tätig waren, lässt sich nicht feststellen. Der Organisationsgrad unter den Angehörigen des öffentlichen Dienstes war allgemein niedriger als im gewerblichen Sektor. Im Mai 1933 wurden die freien Gewerkschaften, so sie das nicht selbst vorauseilend taten, durch die Nationalsozialisten zwangsweise aufgelöst. Im Sinne der Maßnahmen zur „Gleichschaltung" zog von da ab die Deutsche Arbeitsfront (DAF) die Organisation der Beschäftigten an sich.

Auch die Städtische Feuersozietät Berlin wurde nun zu einem vom „nationalsozialistischen Geist erfüllten Betrieb".[279] Abweichende oder distanzierende Stimmen aus dem Unternehmen selbst gab es soweit erkennbar nicht. In einem Bericht der Sozialdemokratischen Partei im Exil (Sopade) findet sich die Meldung vom Juni 1937 aus einem nicht näher benannten Berliner Versicherungsbetrieb: „Irgendwelche kritischen Unterhaltungen sind in diesem Betrieb unmöglich, obwohl die Angestellten zum Teil seit vielen Jahren vor dem Umsturz dort tätig sind. Die Kollegialität ist gering, daß niemand dem anderen über den Weg traut und jeder, der mal ein Wort zuviel gesagt hat, sich schnell bemüht, den schlechten Eindruck zu verwischen."[280] In der Darstellung des hauseigenen Chronisten, des im Sinne des Nationalsozialismus ideologisch gefestigten Dr. Dr. Georg Helmer, hört sich das etwas anders an; demnach bildeten die Mitarbeiter nun eine „Gefolgschaft".

Auch die Feuersozietät wurde nun zu einem vom „nationalsozialistischen Geist erfüllten Betrieb".

Molkenmarkt,
ca. 1930

Auf Kosten der Anstalt konnten sie sogenannte KdF-Reisen unternehmen („Kraft durch Freude", die Tourismusagentur der DAF). Neben Betriebsausflügen und Weihnachtsfeiern gab es weitere Angebote der KdF-Organisation, den Betriebschor, eine Schieß- und Amateurfotogruppe wie auch die Schachspiel- und Nähgruppe.[281] Der „Gefolgschaft" stand auch eine Bücherei mit Literatur zur Verfügung. Einhergehend mit sozialer Kontrolle und Indoktrination sollte ein Gemeinschaftsgefühl erzeugt werden, wobei insbesondere die Schießgruppe mit dem Zugang zu Waffen sogar den Charakter einer (para-)militärischen Ausbildungsformation hatte. Auch die betriebliche Sportgemeinschaft und „Sportappelle" für die körperliche Ertüchtigung der Mitarbeiter sollten mobilisierend wirken.[282] Die Bemühungen der Feuersozietät wurden von der Deutschen Arbeitsfront gewürdigt, sie zeichnete die Anstalt mit ihren mittlerweile 63 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ab 1938 viermal „im Leistungskampf der deutschen Betriebe" mit dem „Gaudiplom für hervorragende Leistungen" aus.[283]

Deutsche Arbeitsfront

Die Deutsche Arbeitsfront (DAF) war eine nationalsozialistische Massenorganisation, die zum einen als politisches Sammelbecken für den nun nicht mehr frei ausgehandelten Interessensausgleich zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern angelegt war, zum anderen in wirtschaftlicher und geselliger Hinsicht nahezu alle Lebensbereiche der erwerbstätigen „Volksgenossen" im Sinne der Partei organisieren und gestalten sollte.

Chef der DAF war Robert Ley (1890 – 1945). Seine Organisation war nach dem Führerprinzip aufgebaut. Nach der Zerschlagung der Gewerkschaften und der politisch gegnerischen Parteien wie SPD und KPD hatte sich die DAF deren Geschäftsvermögen und Eigentum angeeignet. Zu den wirtschaftlichen Unternehmungen gehörten beispielsweise im Einzelhandelssektor die Konsumgenossenschaft, im Versicherungsgewerbe die Volksfürsorge und der Deutsche Ring, im Verlagswesen die Hanseatische Verlagsanstalt, der Langen-Müller-Verlag, aber auch die Büchergilde Gutenberg, hinzu kamen Wohnungsbaugenossenschaften und Banken. Neben diesen Übernahmen gründete die DAF lediglich die Betriebe Vulkan-Werft und das Volkswagenwerk.[284] Der Schiffsbau sollte die Entwicklung der „Kraft durch Freude"-Seereisen befördern helfen. Der projektierte Automobilbau sollte den Individualverkehr für alle sozialen Schichten ermöglichen und diente damit als Symbol des wirtschaftlichen Aufschwungs. Mit ihren zahlreichen Unternehmungen entwickelte sich die DAF zu einem umfassenden Wirtschaftskonzern.[285]

Die von der DAF ausgelobten Leistungswettbewerbe für Betriebe waren nicht nur als Inszenierung einer neuen nationalsozialistischen Unternehmenskultur gedacht, sondern erlaubten vor allem den Einblick in die Struktur und die politische Haltung von Geschäftsführungen und Belegschaften. Bei den Prüfverfahren, die zur Erlangung der „Gaudiplome" zu absolvieren waren, mussten die Betriebe sich vollständig offenbaren.

Der DAF, die bis 1945 bestand, gehörten 22 Millionen Mitglieder an.

Aufwendungen der Städtischen Feuersozietät Berlin für die Brandbekämpfung 1930/31 bis 1942/43

Geschäftsjahr	Beitrag Feuerlöschwesen in Tsd. RM	Feuerlöschbrunnen in Tsd. RM	Belohnung für Löschhilfen in Tsd. RM	Sonstiges in Tsd. RM	Beitrag Preuß. Feuerlöschkasse in Tsd. RM	Feuerschutzsteuer in Tsd. RM	Summe Brandbekämpfung in Tsd. RM
1930/31	100	–	5,9	1,9	–	–	108
1931/32	107	–	–	–	–	–	107
1932/33	494	–	–	6,8	–	–	501
1933/34	201	100	5,6	10,5	–	–	317
1934/35	200	100	4,6	7,8	82	–	394
1935/36	250	50	3,9	–	82	–	386
1936/37	250	50	4,4	–	77	–	381
1937/38	250	50	4,2	–	75	–	379
1938/39	225	–	4,5	–	19	152	401
1939/40	75	–	4,1	–	–	317	396
1940/41	77	–	3,0	–	–	305	385
1941/42	75	–	12,3	–	–	305	392
1942/43	75	–	10,2	–	–	307	392

Eine wesentliche technische Neuerung in der Verwaltung der Feuersozietät nach 1933 war die Einführung der Loseblattsammlung anstelle des bis dahin geführten Katasters.

Außerdem wurde im Geschäftsjahr 1936/37 eine ergänzende Vorsorgeversicherung eingeführt, die – ohne die Versicherten zusätzlich zu belasten – sicherstellte, dass Fälle von Über- oder Unterversicherung vermieden wurden.[286]

Geschäftsverlauf

Um die Geschäftstätigkeit während des NS-Regimes einzuordnen, ist der vergleichende Blick auf die vorangehenden Dekaden hilfreich: In der ersten Dekade seit Errichtung Groß-Berlins, von 1920 bis 1930 war die Anzahl der versicherten Gebäude von 27.625 auf 34.081 angestiegen, mit diesen zusätzlichen 6.456 Verträgen (23,4 %) hatte sich auch die Versicherungssumme deutlich erhöht.[287] Und dies in einem Zeitraum, in dem tief greifende Belastungen durch Hyperinflation und Weltwirtschaftskrise dominierten. In der nachfolgenden Dekade von 1930 bis 1940 stieg die Zahl der Verträge von 34.081 auf 43.893, um 9.812 (29 %) weiter an. Allerdings erhöhte sich die Versicherungssumme nicht im gleichen Umfang: Von 10.579.818.400 Reichsmark stieg sie auf 12.103.066.100 Reichsmark, um 1.523.247.700 (14 %). 1941/42 erreichte sie die bis dahin höchste Versicherungssumme überhaupt, nämlich 13.350.721.000 Reichsmark.[288] Der größte Teil der versicherten Objekte befand sich weiterhin in Alt-Berlin, wenngleich sukzessiv bis 1941 der Anteil der versicherten Gebäude im Wettbewerbsgebiet auf knapp ein Drittel des Gesamtbestandes stieg.[289]

Reichsmark-Münze, 1935

Geschäftsverlauf in Zahlen 1925/26 bis 1943/44

Geschäftsjahr	Vers. Grundstücke	davon Alt-Berlin	Versicherungs-summe	Sonstiges in Tsd. RM	Beitrag Preuß. Feuerlöschkasse in Tsd. RM	Feuerschutz-steuer in Tsd. RM
1925/26	31.643	27.587	9.276	1.398	1.757	0,2
1926/27	32.238	27.572	9.502	1.388	1.531	0,2
1927/28	32.663	27.582	9.804	1.780	2.159	0,2
1928/29	33.496	27.614	10.156	2.535	5.872	0,3
1929/30	34.081	27.641	10.580	1.840	1.260	0,2
1930/31	35.077	27.675	10.894	1.902	1.525	0,2
1931/32	35.564	27.673	11.063	1.980	1.030	0,2
1932/33	36.207	27.702	11.181	2.004	779	0,2
1933/34	37.102	27.648	11.289	1.917	1.120	0,18
1934/35	38.125	27.745	11.368	1.834	561	0,16
1935/36	39.080	27.648	11.395	2.069	592	0,16
1936/37	40.138	27.590	11.417	2.260	988	0,16
1937/38	43.390	27.355	11.454	2.180	909	0,16
1938/39	43.390	27.355	11.923	2.011	725	0,16
1939/40	43.893	27.270	12.103	2.148	1.365	0,16
1940/41	44.291	27.180	12.233	1.806	1.627	0,16
1941/42	44.572	27.351	12.351	1.729	1.892 (* 1.928)	0,16
1942/43	44.692	27.154	12.385	944	818 (* 911)	0,16
1943/44	40.815	–	10.921 (* k.A.)	–	2.042 (* k.A.)	0,16

Quelle: Berlin in Zahlen, 1945, Berlin 1947, S. 148 sowie Angabe Mill. bei der Entschädigung nicht zutreffend sein kann, s. im Vergleich Helmer, Geschichte, aaO., S. 163
(* hier erhebliche Abweichung bzw. keine Angabe bei Helmer)

Schadenabwicklung

Die Anzahl der Brände, für die die Städtische Feuersozietät zwischen dem 1. Oktober 1925 und dem 30. September 1932 aufkommen musste, schwankte erheblich. Es gab Jahre, in denen knapp 1.400 (1926/27) Fälle vorkamen, und dann das Jahr 1927/28, in dem 2.535 Brände zu beklagen waren. Teilweise hing das mit den Witterungsbedingungen zusammen, in harten Wintern waren besonders viele Brände zu verzeichnen. Über den Zeitraum von sieben Jahren hinweg – 1925 bis 1932 – ergab sich eine Summe von 12.823 Bränden, was durchschnittlich 1.832 Bränden pro Jahr entsprach. Für eine Großstadt mit insgesamt 4 Millionen Menschen bedeutete das, dass rund fünf Gebäude, die bei der Feuersozietät versichert waren, pro Tag in Flammen standen. Die Entschädigungsleistungen lagen in dieser Zeit immer zwischen 1.030.000 (1931/1932) und 2.159.000 Reichsmark (1927/28). Lediglich im Geschäftsjahr 1928/29, in dem der schwere Brand des Warenhauses Tietz passierte, musste Ersatz in Höhe von insgesamt 5.871.981,42 Reichsmark geleistet werden.[290]

Vor diesem Hintergrund fällt der massive Rückgang der Schadenleistungen in den Geschäftsjahren 1934/35 und 1935/36 um fast die Hälfte der üblichen Schadensummen auf. Die Anzahl der Brände blieb mit 1.834 und 2.069 nahezu gleich (vgl. Geschäftsverlauf in Zahlen 1925/26 bis 1943/44).

Die Erstattungsleistungen lagen allerdings in diesen beiden Jahren lediglich bei 561.272 bzw. bei 591.991 Reichsmark. Eine derartige Reduzierung ist als normale Entwicklung nicht nur unwahrscheinlich, sie ist nahezu unmöglich. Es ist kaum vorstellbar, dass es auf einmal nur kleinere Brände in Berlin gegeben haben soll. Durchschnittlich hätte das bei diesen Gesamtsummen eine Entschädigung pro Brand von 286 Reichsmark bedeutet, was im Bereich von Immobilienschäden auch zur damaligen Zeit ein sehr geringer Betrag war.

Da 1933, also während des Geschäftsjahres 1932/33 nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten die Leitung der Städtischen Feuersozietät vollständig ausgewechselt worden war, ist anzunehmen, dass die neue Führung den Anstoß für eine eher zögerliche Schadenregulierung gab. Da jedoch keine Akten vorliegen, muss es bei einer Vermutung bleiben. Schon im selben Jahr war eine erhebliche Reduzierung der Erstattungen zu verzeichnen gewesen, womit der kausale Zusammenhang eindeutig belegt zu sein scheint. Die höheren Leistungen, die in den Jahren 1936/37 und 1937/38 dann wieder an die Versicherungsnehmer gezahlt wurden, könnten darauf zurückgeführt werden, dass diese in der Zwischenzeit prozessual ihre Ansprüche durchgesetzt hatten. Bei all diesen Verwerfungen ist mit Sicherheit davon auszugehen, dass es gerade jüdische Versicherte traf, die nun mit Schwierigkeiten konfrontiert waren, nach einem Brand die ihnen zustehende Entschädigung zu erhalten. Bei ihnen kam erschwerend hinzu, dass sie häufig in der Vorbereitung ihrer Emigration steckten und teilweise nicht mehr bereit oder in der Lage waren, einen Wiederaufbau, wie es die Satzung für die Versicherungsleistung voraussetzte, in die Wege zu leiten. So scheint mittelbar, teilweise auch unmittelbar, die antisemitische Diskriminierung auch Auswirkungen

Feuerlöscher aus den 1930er-Jahren.

Mit der Machtübernahme sinken die Entschädigungen

auf den Geschäftsverlauf der Städtischen Feuersozietät gezeitigt zu haben.

Während im Bereich der Schadenerstattung erheblich weniger ausgegeben wurde, stiegen die Kosten im Bereich Brandbekämpfung erheblich. Noch im Geschäftsjahr des Wechsels an der Spitze der Städtischen Feuersozietät wurde auf einmal ein Beitrag „für das Feuerlöschwesen" in Höhe von 494.418 Reichsmark entrichtet. Ursprünglich war diese Beteiligung an den Kosten der Feuerwehr von der Stadtverordnetenversammlung auf 100.000 Reichsmark fixiert worden (vgl. Übersicht auf der Seite 95). Zur der Position „Feuerlöschbrunnen", die über fünf Jahre mit Zahlungen von zweimal 100.000 Reichsmark und dreimal 50.000 Reichsmark in der Statistik aufgeführt wurde, gibt es keine näheren Hinweise. Eigentlich hätten mit dem Beitrag zum Feuerlöschwesen alle Verpflichtungen der Feuersozietät abgegolten sein müssen. Zumal ab 1934/35 auch noch ein Anteil für die Preußische Feuerlöschkasse zu begleichen war, der sich zwischen 75.000 und rund 82.000 Reichsmark bewegte. 1938/39 wurde diese Unterstützung der Feuerlöschkasse durch die Zahlung einer „Feuerschutzsteuer" abgelöst, die allerdings ab 1939/40 mit über 300.000 Reichsmark zu Buche schlug. Für das Monopolgebiet waren für die Feuerschutzsteuer 12 Prozent, für das Wettbewerbsgebiet 6 Prozent zu entrichten.[291]

Weniger Schadenserstattung standen Mehraufwendungen für die Brandbekämpfung entgegen.

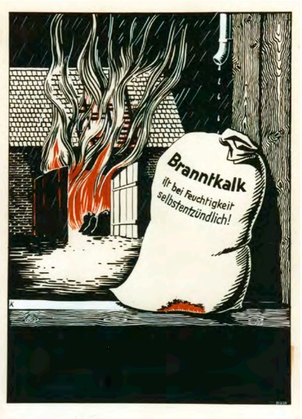
Insgesamt beliefen sich die Ausgaben für die Brandbekämpfung ab 1933 immer auf um die 400.000 Reichsmark, außer im ersten Jahr, wo sie noch höher lagen. Diese Summe war in ihrer konkreten Verwendung nicht immer nachvollziehbar oder schlüssig. Umso mehr muss es erstaunen, dass die jährliche Umlage für die Versicherten zur gleichen Zeit einen Satz von 0,16 Promille nicht überstieg.

Bis 1941 stieg der Anteil der von der Feuersozietät versicherten Gebäude im Wettbewerbsgebiet Groß-Berlin auf knapp ein Drittel des Gesamtbestandes der Feuersozietät.[292]

Im Vergleich zu anderen öffentlich-rechtlichen Feuerversicherungen stand die Städtische Feuersozietät von Berlin in den 1930er-Jahren gut da, wie eine vergleichende Darstellung[293] von 1935 zeigt:

Versicherungsbestand in Millionen
- Bayerische Landesbrandversicherungsanstalt 20.700 Reichsmark
- Sächsische Landesbrandversicherungsanstalt 15.088 Reichsmark
- Städtische Feuersozietät Berlin 11.289 Reichsmark

… weit hinten:
- Feuersozietät der Provinz Brandenburg 5.639 Reichsmark



Ein Plakat, gestaltet von Karl August Tramm.

Nach einem Großbrand auf dem Berliner Messegelände im Jahr 1935, bei dem die Eigenversicherung der Stadt mit einer Schadensumme von 2,25 Millionen Reichsmark an ihre Leistungsgrenzen gestoßen war, beschloss der Magistrat, die Risiken für rund 1.500 öffentliche Gebäude und Einrichtungen von der Städtischen Feuerversicherung abdecken zu lassen. Die Übernahme im Geschäftsjahr 1938/39 machte damit auch den Verlust von rund 500 Häusern im Innenstadtbereich wett, die abgerissen wurden.[294] So wurde zu diesem Zeitpunkt auch die Feuerversicherung für die Städtische Heil- und Pflegeanstalt Buch bei der Feuersozietät abgeschlossen.[295]

Werbung und Außenwirkung im nationalsozialistischen Staat

Ab 1936 gewannen Werbemaßnahmen und Schulungen bei der Feuersozietät an Gewicht. Vorträge und Filme zum Thema Brandvorbeugung und Brandschutz wurden den Haus- und Grundbesitzervereinen angeboten und präsentiert.[296] Die grafische Gestaltung von Plakaten und Broschüren übernahm der Zeichner und Grafiker Karl August Tramm.[297]

Die Werbung spiegelte auch die politischen Verhältnisse der Zeit wider. In der öffentlichen Präsentation der Feuersozietät kam ein neues Selbstbewusstsein zum Ausdruck. Ein Selbstbewusstsein, dass die Ziele des nationalsozialistischen Regimes mit denen des Unternehmens übereinstimmten. Eine öffentlich-rechtliche Versicherung empfand sich ohnehin in vielerlei Hinsicht ideologisch dem Staat näherstehend als eine private: War sie nicht seit ihrer Gründung lokal verortet und daher zwangsläufig „heimisch“? Konnte der Grundsatz, dass keine Gewinne erzielt werden durften, nicht den Eindruck einer neuen Art von Gemeinnützigkeit im Sinne des Volkswohls stützen? Diese Punkte waren nicht unproblematisch, denn es wurden damit übergeordnete Konfliktlinien überschritten, die der bestehenden Konkurrenz zwischen öffentlich-rechtlichen und den rein privaten Versicherungen entsprangen.[298]

Nach 1933 hatte die private Versicherungswirtschaft die berechtigte Sorge, dass die Gruppierungen in der nationalsozialistischen Partei, die das sozialistische Attribut (allerdings im völkischen Sinne) vertraten, die Verstaatlichung des privaten Versicherungsgewerbes forcieren würden.

Eine ausnahmsweise gemeinsame Initiative speziell von öffentlich-rechtlichen und privaten Feuerversicherungen, wie sie die im November 1933 errichtete „Preußische Feuerlöschkasse“ darstellte, die wenige Jahre später wieder aufgelöst wurde, vermochte das Verhältnis der übergeordneten Reichsverbände, die später in Reichsgruppen mit untergeordneten Wirtschaftsgruppen umgewandelt wurden, nicht dauerhaft zu harmonisieren.[299] Über die Rolle und Bedeutung der Städtischen Feuersozietät innerhalb der Verbandsstrukturen liegen keine Informationen vor. 1938 wurde die Preußische Feuerlöschkasse, zu der die Städtische Feuersozietät ihren Beitrag leistete[300], zugunsten der neuen Feuerschutzsteuer aufgelöst.

Ganz allgemein bestand auch während der NS-Zeit weiterhin die ausgeprägte Konkurrenz zwischen beiden Versicherungssphären. Es kam immer wieder dazu, dass Versicherungsvertreter Neukunden nicht nur anwarben, sondern ihnen auch dabei

Die Reste der durch einen Brand vernichteten Ausstellungshalle IV der deutschen Funkausstellung, Berlin 1935, Bundesarchiv.

Per App die spektakulärsten Einsätze der Feuerwehr auflisten.

halfen, ihre bestehenden Verträge zu kündigen. Das als aggressiv wahrgenommene Vorgehen konnte kaum unterbunden werden. Für die Städtische Feuersozietät war dies aber lediglich im Wettbewerbsgebiet Groß-Berlin von Belang. Im Hinblick auf die gesamte Versicherungsbranche, die vor allem im Bereich der Lebensversicherung ein lukratives Geschäftsgebiet unterhielt, führte das regelmäßig zu Verstimmungen zwischen den Konkurrenten. Auf politischen Druck hin wurde die Verständigung zwischen den beiden unterschiedlichen Gruppen auf Reichsebene eingefädelt. So unterzeichneten im März 1937 der Vertreter der Wirtschaftsgruppe für die privaten Versicherungen, Andreas Brass, und der Vertreter der öffentlich-rechtlichen Versicherungen, Paul Riebesell, ein allgemeinverbindliches Wettbewerbsabkommen. Bei näherer Betrachtung scheint es sich dabei allerdings eher um eine Einhegung der öffentlich-rechtlichen Versicherungen gehandelt zu haben als um eine beiderseitige Verpflichtung. Denn die Öffentlich-Rechtlichen ließen sich für ihre Verbände darauf festlegen, in ihren Werbetexten künftig auf folgende Begriffe zu verzichten: [301]

1. „gemeinnützig“ und „Gemeinnützigkeit“
2. „Wohlfahrtseinrichtung“
3. „Versicherung zu Selbstkosten“ und „Versicherung unter Selbstkosten“ sowie
4. Hinweise auf den „heimischen oder bodenständigen Charakter (heimatliche Propaganda)“

Wenig belastbare Konkurrenz zwischen öffentlichen und privaten Versicherern

Darstellung aus der Broschüre der Öffentlichen Feuerversicherer, ca. 1935.

Ein neues Haus für die öffentlich-rechtlichen Versicherer.

Im Gegenzug sagten die privaten Versicherungen zu, dass sie im Werbegespräch künftig nicht mehr Bedenken hinsichtlich der möglichen „Nachschussfinanzierungen" bei öffentlich-rechtlichen Versicherungen schüren wollten.[302]

In der Phase ab 1937 wandelte sich das Verhältnis der beiden Wirtschaftsgruppen erneut. So gelang es dem übergeordneten Leiter der Reichsgruppe Versicherung, Eduard Hilgard, zugleich Chef der Allianz Versicherung A.G., durch seine guten Verbindungen zu Reichswirtschaftsminister Kurt Schmitt, einem früheren Direktor der Allianz Versicherungs A.G, die Position der privaten Versicherungen weiter zu stärken. Demgegenüber arbeitete der Leiter der Wirtschaftsgruppe der öffentlich-rechtlichen Versicherungen, Franz Schwede-Coburg, der 1938 Paul Riebesell abgelöst hatte, mit Eifer daran, die von ihm vertretenen Versicherungen zu bündeln und ihnen größere Bedeutung zu verschaffen. In Verbindung mit dem übergeordneten Reichsverband der öffentlich-rechtlichen Versicherungen, dem er ebenfalls vorstand, unterstrich er die ideelle Nähe dieser Versicherungen zur nationalsozialistischen Ideologie. Die Sammlung der Kräfte wurde konkret sichtbar in dem neuen Gebäude in der Hauptstadt, dem „Haus der deutschen öffentlich-rechtlichen Versicherung"[303] in der Saarlandstr. 62/64 (heute Stresemannstraße), das 1939 eingeweiht wurde. Schwede-Coburg, zugleich pommerscher Gauleiter und Oberpräsident, nutzte die Machtfülle, die er in seiner Person vereinigte; so schaffte er beispielsweise ein Flugzeug auf Verbandskosten an, das ihm persönlich zu Verfügung stand.[304]

Rückversicherung

1936 kündigte die Städtische Feuersozietät den Rückversicherungsvertrag beim Deutschen Gemeinnützigen Rückversicherungsverband A.G. Die Schadensummen der Brände der vorangegangenen Jahre waren rückläufig gewesen, so hatte die Rückversicherung nicht in Anspruch genommen werden müssen.[305] Um dennoch künftig die Spitzenrisiken abzusichern, schloss sich die Feuersozietät nun dem Gemeinschaftsverband der öffentlich-rechtlichen Feuerversicherungsanstalten zur Rückversicherung an. Ergänzend wurde für die höchste Gefahrenklasse III eine zusätzliche Rückversicherung beim Gemeinnützigen Rückversicherungsverband A.G. in Einzelversicherung abgeschlossen.[306] Möglicherweise stand dieser Wechsel der Rückversicherung in Zusammenhang mit einer allgemeinen Neuausrichtung der öffentlich-rechtlichen Versicherungen zu diesem Zeitpunkt.[307]

Gedenktafel mit Symbolschmuck für das ehemalige Anti-Kriegsmuseum von Ernst Friedrich am Neuen Stadthaus in der Parochialstr. 1/3 in Berlin-Mitte.

Die Häuser Parochialstr. 27–32 (von rechts), zwischen Klosterstraße und Jüdenstraße, 1930.

Der Neubau der Städtischen Feuersozietät Berlin

1938 zog die Städtische Feuersozietät Berlin aus dem erst sechs Jahre zuvor übernommenen Gebäude Molkenmarkt 4 in einen Neubau an der Parochialstraße, gleich gegenüber dem Stadthaus gelegen. Das gesamte Viertel rund um den Molkenmarkt sollte zu einem zusammenhängenden Verwaltungsforum umgestaltet werden. Bis Anfang der 1930er-Jahre war diese Gegend Alt-Berlins durch schmale Gassen und kleine, niedrige Häuser geprägt gewesen, die teilweise noch aus dem 16. Jahrhundert stammten und geschlossene Höfe aufwiesen. Gravierende Einschnitte in die alte Stadtstruktur waren bereits mit dem Bau des Roten Rathauses (im 19. Jahrhundert) und dem Stadthaus von Ludwig Hoffmann, als zweitem zentralem Rathaus, in der ersten Dekade des 20. Jahrhunderts vollzogen worden.[308] Doch schon im Berlin der 1920er-Jahre galt ein weiterer Ergänzungsbau für die Verwaltung der Vier-Millionen-Stadt als erforderlich. Planungen wurden, bedingt durch die Weltwirtschaftskrise, wahrscheinlich aber auch die Krise des preußischen Staats, zurückgestellt. Nachdem die Nationalsozialisten an die Macht gelangt waren, erwies sich der bloße Raumbedarf als nachrangig gegenüber dem Bedürfnis nach Zurschaustellung eben dieser neuen Macht. Die Planungen von Richard Ermisch aus den 1920er-Jahren wurden wiederbelebt und sahen nun doch die Errichtung weiterer Verwaltungsgebäude vor, ergänzend zum Roten Rathaus und dem Stadthaus.

Die verschiedenen Dienststellen in Stadt, Staat und Partei agierten dabei offensichtlich weder gut synchronisiert noch scheinen sie dasselbe Ziel verfolgt zu haben. Dennoch wurden gleich 1933 Zeichen gesetzt. Ein Dorn im Auge der neuen Machthaber war beispielsweise das Anti-Kriegs-Museum von Ernst Friedrich (1894–1967) in der Parochialstr. 29, es wurde aufgelöst; bald zog eine SA-Standarte in das kleine Haus ein.[309] Dem Hauseigentümer Siegfried Freudenheim wurde das Haus offiziell im Jahr 1935 entzogen.[310]

Aufgrund der neuen Konzeption sollte der Molkenmarkt nun gänzlich freigemacht werden, um einen Vorplatz für das Verwaltungsgebäude C, das dritte Rathaus, zu schaffen. Für die Feuersozietät, die gerade erst hergezogen war, hieß das Aufgabe ihres Domizils; das Gebäude Molkenmarkt 4 stand den großdimensionierten Plänen im Weg.

Wie die Feuersozietät über diese weitreichenden Pläne informiert und in den weiteren Fortgang einbezogen wurde, ist mangels Korrespondenzen oder Protokollen nicht zu ermitteln. Orientiert man sich an den feststellbaren Ergebnissen, lässt sich die Phase der baulichen Umgestaltung wie folgt rekonstruieren:

Um den gesamten zentralen Innenstadtbereich in ein monofunktionales Verwaltungsviertel zu verwandeln, wurde der Erwerb zahlreicher Grundstücke durch die öffentliche Hand vorangetrieben. Die Feuersozietät sollte einen separaten Verwaltungskomplex im südlichen Teil des Blocks Klosterstraße/Parochialstraße/Jüdenstraße/Sieberstraße errichten. Auch hier hatte der Fiskus nach und nach bereits einen großen Teil der kleinteiligen Altbebauung erworben.[311] Mitten in diesem Block befand sich auch der Große Jüdenhof.

Spielende Kinder auf dem Kreisspiel
im Großen Jüdenhof, 1930.

Per App den Jüdenhof
von morgen sehen.

Parochialstraße/ Großer Jüdenhof

Der Große Jüdenhof setzte sich aus niedrigen zwei- und dreigeschossigen Häusern zusammen, die auf einen nahezu quadratischen Platz ausgerichtet waren. Der Zugang zum Hof war nur mittels eines Durchgangs zwischen den Häusern Jüdenstr. 46 und 47 möglich. Im Mittelalter befanden sich hier schon mehrere Gebäude, die von Juden genutzt wurden – wie schon die Bezeichnung erkennen lässt.[312] Die jüdische Gemeinschaft lebte damals aus sozialen und religiösen Gründen räumlich nah beieinander. Die Nähe der Ansiedlung zum Molkenmarkt war günstig, denn Juden waren über lange Zeit beruflich auf die Ausübung von Händlerberufen festgelegt. Neueste archäologische Grabungen haben diese Verbindung bestätigt.[313] Es fanden sich dabei auch spätere Zeugnisse von christlichen Bewohnern aus dem 17. und 18. Jahrhundert.

Es deckt sich mit der soweit bekannten Geschichte der jüdischen Gemeinde Berlins. Schon Mitte des 16. Jahrhunderts wurde sie aus der Stadt verbannt, nachdem christliche Bürger willkürliche Beschuldigungen gegen Juden erhoben hatten und sie in zwei Wellen Gewalt gegen die ganze Gemeinschaft verübt hatten, bei denen auch Menschen zu Tode kamen. Über 100 Jahre lebten keine Juden mehr in der Stadt. Als sich nach 1671 wieder jüdische Familien ansiedeln durften, ließen sie sich nun im Bereich der Spandauer Straße nieder, wo 1714 in der Heidereutergasse auch die Gemeindesynagoge errichtet wurde.

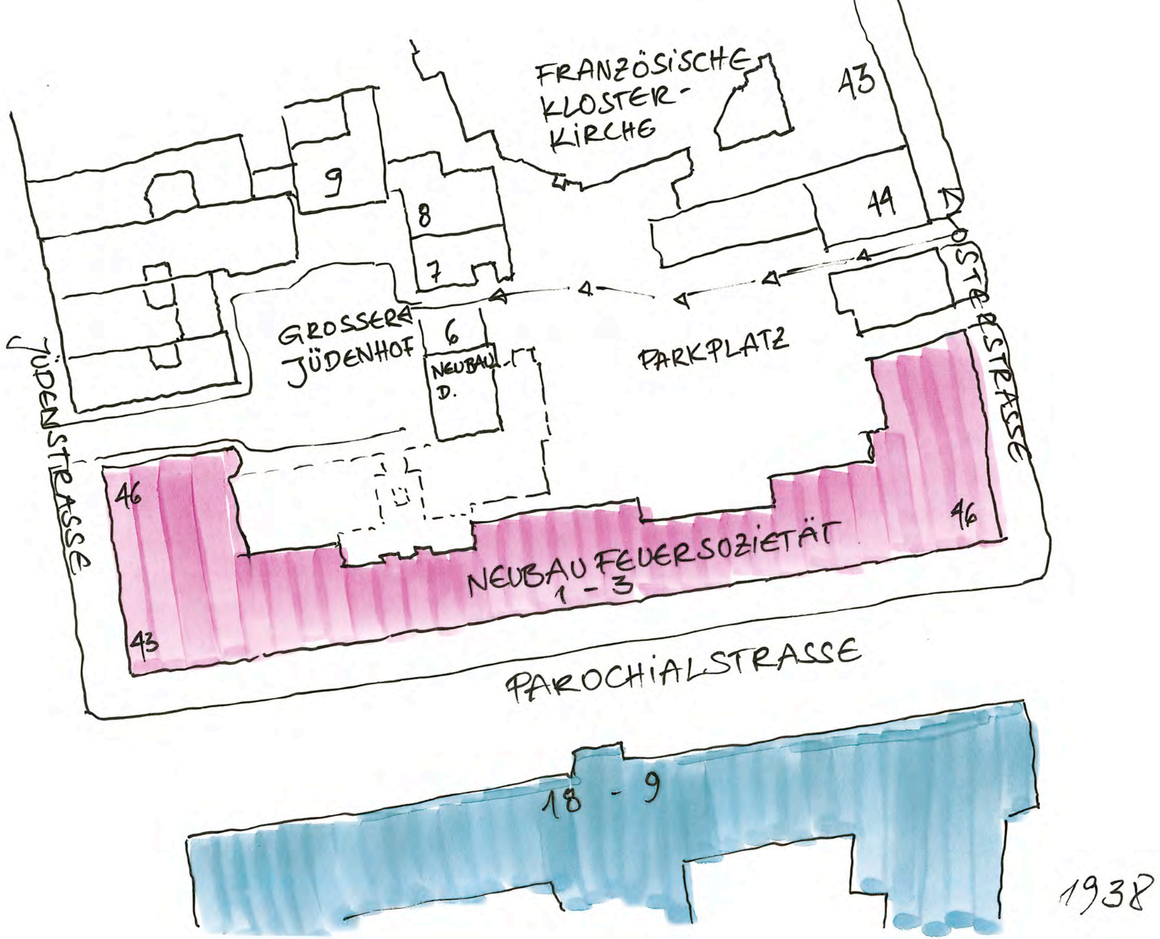
Als 1935 der Abriss des Areals zugunsten eines Verwaltungsgebäudes ins Auge gefasst wurde, setzte sich Staatskommissar Lippert, der bald darauf Oberbürgermeister werden sollte, für einen Teilerhalt des Jüdenhofs ein.[314] Damit sollte hier ein Segment der alten Berliner Bebauung bestehen bleiben, nachdem kurz zuvor für das Reichsbankgebäude das Areal Raule's Hof an der Spree vollständig abgebrochen worden war. Allerdings stellte dieser Restbestand des Großen Jüdenhofs lediglich ein Segment Fassadenarchitektur dar, ohne eigene Funktionsdefinition und Verbindung zur vorhandenen Stadtstruktur.

In der Parochialstraße waren die Häuser Nr. 19 bis 34 zum Abbruch vorgesehen. Die Menschen, die Ende 1932 hier lebten, waren Arbeiter, Handwerker oder in Dienstleistungsberufen tätig. In den kleinen Häusern im Schatten des Stadthauses hatten sich auch zahlreiche alleinstehende Frauen eingemietet: Schneiderinnen, „Aufwartefrauen" und Witwen, die im Berliner Adressbuch eigenständig aufgeführt sind.[315] In der Parochialstr. 32, dessen Gebäude einer Erbengemeinschaft gehörte, den Hygenzinky'schen Erben, wohnten sieben Frauen und ein Mann in Einzelwohnungen. Auch in anderen Häusern der Nachbarschaft waren viele berufstätige Frauen gemeldet, so wohnten beispielsweise im Haus Nr. 19 eine Schauspielerin namens Landmann, eine Frau Petrovia, von Beruf Schneiderin, und Frau Rünz, eine Sängerin. Die Ausstattung der Häuser war einfach, die Mietpreise werden entsprechend günstig gewesen sein. Die zentrale Lage versprach gute Erreichbarkeit der verschiedenen Arbeitsstellen und die übersichtliche Häuserstruktur mag den Bewohnerinnen soziale Kontrolle garantiert und eine gewisse Sicherheit geboten haben. Ohne die Situation romantisieren zu wollen: In dieser Straße hatte sich ein Zusammenleben entwickelt, das in der großen Stadt Berlin vergleichsweise homogen war. Mit dem Abriss der Häuser mussten sich alle eine neue Bleibe suchen.

„Berlin. Dazu
verdammt, immerfort
zu werden und
niemals zu sein.“

Karl Scheffler: Berlin – ein Stadtschicksal

Grundstücke für den Neubau der
Städtischen Feuersozietät Berlin.


FRANZÖSISCHE KLOSTER-KIRCHE
43
9
8
7
44
POSTSTRASSE
GROSSER JÜDENHOF
6
NEUBAU D.
PARKPLATZ
JÜDENSTRASSE
46
NEUBAU FEUERSOZIETÄT 1 - 3
46
43
PAROCHIALSTRASSE
18 - 9
1938

Ein riesiges Haus für die Feuersozietät in Berlins Mitte

Standort und Eigentumserwerb der Städtischen Feuersozietät

Die für das neue Gebäude der Städtischen Feuersozietät vorgesehene Fläche, die ihren Sitz laut Satzung im Bezirk Mitte haben musste, erstreckte sich über 15 Grundstücksparzellen hinweg, an der Parochialstraße, dem Eckgrundstück an der Klosterstraße sowie dem Eckgrundstück an der Jüdenstraße; auch mehrere Gebäude im Großen Jüdenhof wurden abgerissen. Da die Städtische Feuersozietät bis 1935 über keinen Grundbesitz verfügt hatte, musste dieser nun erworben werden.

Im Hinblick auf weiter gehende Planungen hatte die Stadt zwar früher schon einzelne Grundstücke in dieser Gegend erworben (wie zuvor etwa am Molkenmarkt), doch in diesem Block kam es erst ab 1933 durch Kauf oder Enteignung dazu.

Die Übernahme der benötigten städtischen Grundstücke durch die Städtische Feuersozietät musste formal von der Ratsherrenversammlung genehmigt werden. Dafür stellten Stadtrat Philipp Schlicht, zugleich Leiter der Städtischen Feuersozietät, und Stadtrat Adalbert Pfeil eine entsprechende Vorlage zusammen.[316] Die Karriere der beiden Stadträte hatte erst nach 1933 Fahrt aufgenommen.[317] Die von ihnen vorbereitete Vorlage umfasste 12 Grundstücke mit einer Fläche von 1.203 m², die nun aus städtischer Hand zur Feuersozietät wechseln sollten. Vermutlich wurde die Zustimmung der Ratsherren nur als Formalie erachtet, anders ist nicht nachzuvollziehen, warum in der Liste die Parzellen in einer Weise zusammengestellt sind, die nur als nachlässig bezeichnet werden kann. Die Feuersozietät, deren Kataster immer für seine Präzision bekannt gewesen war, führte hier Grundstücke auf, die gar nicht existierten, wie etwa „Parochialstr. 24 Ecke Jüdenstr. 43/44“, es war vermutlich das Eckgrundstück Parochialstr. 33/34 Ecke Jüdenstraße gemeint. In einer ergänzenden Auflistung, in der die bereits von der Feuersozietät erworbenen Grundstücke aufgeführt sind, wird die Parochialstr. 24/26 dann nochmals benannt, was den Widerspruch offensichtlich macht, denn entweder ging es bei dem Grundstück 24 um den Erwerb oder es gehörte bereits der Feuersozietät, beides zugleich war nicht möglich. Auch bei „Parochialstr. 32/33“ handelt es sich um eine unzutreffende Angabe, stattdessen hätte es 33/34 heißen müssen (s.o.). Die noch unklare Situation zu den Grundstücken Parochialstr. 29[318] und Großer Jüdenhof 6[319] blieb gänzlich unerwähnt. Konkrete Vorteile scheinen sich aus der unzutreffenden Darstellung nicht ergeben zu haben. Es wird wohl die Ansicht vertreten worden sein, dass man sich keine große Mühe beim Kaschieren der ohnehin durchzusetzenden Ziele machen musste. In Anbetracht der Tatsache, dass Grundbesitz und Immobilien für eine Versicherungsgesellschaft als zentrale kapitalsichernde Werte erachtet wurden und die Feuersozietät sich immer dieser Haltung verpflichtet und darin auch ihren Zweck sah, springt die plumpe Schlampigkeit der Aufstellung besonders ins Auge.

Kloster- Ecke Parochialstraße

Als die Ratsherren über den Verkauf der städtischen Grundstücke an die Feuersozietät zu entscheiden hatten, wurde ein Preis von rund 160 Reichsmark/m² festgelegt.[320] Vergleicht man diesen Wert mit dem eines anderen Objekts in der Parochialstr. 3 (alte Nummerierung), dessen Eigentümer zur selben Zeit von der Stadtgemeinde enteignet wurde, fällt auf, dass als Entschädigung hierfür ein geringerer Betrag von rund 148 Reichsmark/m² gezahlt wurde.[321] Obwohl es sich bei der Feuersozietät um eine städtische Anstalt handelte, wurde für sie demnach ein höherer Preis aufgerufen, als die Stadt an anderer Stelle selbst entrichtete. Bei 1.203 m² lässt sich durch die Differenz von 12 Reichsmark/m² eine zusätzliche Einnahme für den Magistrat in Höhe von 14.436 Reichsmark feststellen, dieser Betrag floss vermutlich an das Liegenschaftsamt.

Das Grundstück Jüdenstr. 43/44 hingegen wurde 1935 direkt von der Städtischen Feuersozietät erworben. Die Erbengemeinschaft des Geheimen Regierungsrats Dr. Paul Hassel[322] verkaufte es Ende Oktober 1935; im Grundbuch waren seine direkten Nachkommen noch gar nicht eingetragen gewesen. Einer der Söhne von Hassel, geb. 1873, konnte nach England emigrieren.[323]

Trauzimmer I, Standesamt Mitte,
im Gebäude der Städtischen
Feuersozietät, 1938.

Jahrhundertealtes muss vermeintlichen Jahrtausendbauten weichen

In der Ratsherrenvorlage wurde als Begründung für den Neubau ausgeführt: „Der Entschluß der Städtischen Feuersozietät, durch den Neubau des Verwaltungsgebäudes die Arbeitsbeschaffung und städtebauliche Gestaltung des Blockes zwischen Rathaus und Stadthaus zu fördern, liegt im außerordentlichen städtischen Interesse, um so mehr, als auch das jetzige Bürogebäude der Feuersozietät [Molkenmarkt 4] für den Neubau des 3. Verwaltungsgebäudes der Stadt als Vorplatz benötigt werden wird.“[324] Es erscheint wenig überzeugend, dass es im Interesse der Feuersozietät gelegen haben soll, die Arbeitsbeschaffung und die städtebauliche Gestaltung zu fördern – und vor allem: Platz zu schaffen für Anderes. Auch die Beseitigung „der ungesunden und zum Teil verfallenen Gebäude“, wie es in der firmeneigenen Darstellung heißt[325], kann kaum ein originäres Anliegen der Feuerversicherung gewesen sein, wenn es denn überhaupt zutraf, dass die Häuser so verfallen waren. Doch wahrscheinlich hätte gar keine Begründung für den Neubau gegenüber den Ratsherren angegeben werden müssen. In der Sitzung am 28. Januar 1936 wurde diese Vorlage ohne Erörterung angenommen.[326]

Zu den Kosten für den Kauf der städtischen Grundstücke reihten sich im Budget der Feuersozietät die freihändigen Erwerbungen sowie die Abbruchkosten und Bauvorbereitungen.[327] Zusammengerechnet mit den erheblichen Baukosten, die ihr auf diese Weise entstanden, und der überdimensionierten Größe des Baus stellte seine Errichtung an der Parochialstraße ein betriebswirtschaftlich wenig sinnvolles Vorhaben dar. Das Projekt diente wie viele andere der Zeit mit Gewissheit allein der Durchführung nationalsozialistischer Stadtplanung im Kern Berlins. Der nationalsozialistische Pomp, mit dem 1937 das Richtfest gefeiert wurde, spricht für sich.

Welche Gründe anschließend den Ausschlag dafür gaben, die Nummerierung der Straße zu verändern, lässt sich nicht mehr eruieren. Jedenfalls firmierte die Städtische Feuersozietät nach der Einweihung des Hauses fortan unter Parochialstr. 1/3.

Richtfest der Städtischen
Feuersozietät von Berlin
auf dem Großen Jüdenhof,
am Pult Julius Lippert, 1937.

Architektur ganz im Geschmack der Herrschenden

Der Bau selbst, der heute unter Denkmalschutz steht [328],wurde nach den Plänen von Oberbaurat Franz Arnous (verstorben 1937) und Kurt Starck errichtet.[329] Er sah eine 112 m lange Front, viergeschossig an der Parochialstraße, mit zwei fünfgeschossigen Kopfbauten an den jeweiligen Straßeneinmündungen vor. In seiner glatten Ausführung mit tief eingelassenen, in fränkischem Muschelkalk gefassten Fensterlaibungen und Gesimsen entsprach er sicherlich in vollendeter Weise den ästhetischen Vorstellungen der maßgeblichen nationalsozialistischen Führungspersönlichkeiten.

Die Rückseite des Gebäudes zum Jüdenhof war stärker untergliedert und architektonisch anspruchsvoller angelegt.

Für das Personal der Städtischen Feuersozietät, das nicht mehr als 65 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter umfasste, war der Bau schon bei seiner Konzipierung zu groß bemessen. Daher wurde zeitgleich ein Nutzungsvertrag mit dem Standesamt des Bezirks Mitte abgeschlossen. Es erhielt eigens für seine Zwecke entworfene Räumlichkeiten, in denen die Eheschließungen des Bezirks abgehalten werden konnten.[330]

Repräsentative Innenausstattung

Die Räume des Standesamts wurden von den Architekten mit besonderer Sorgfalt gestaltet. Im Großen Trauzimmer war in das hohe Fenster der Reichsadler eingearbeitet, nach rechts blickend, mit Hakenkreuz in den Krallen. Durchschnittlich rechnete man mit 40 Eheschließungen an einem Samstag, die auf drei Trauzimmer verteilt werden konnten.[331] Im großen Trauzimmer fanden mit den dazugeschalteten Nebenräumen etwa 40 Gäste Platz. „Sollte für ganz große Weihetrauungen auch das Trauzimmer I räumlich nicht ausreichend sein, so wird von der Verwaltung der Städtischen Feuersozietät für diese Zwecke der Sitzungssaal im 3. Stockwerk zur Verfügung gestellt.“[332] Für solche „Weihetrauungen“ wurden also noch mehr Gäste erwartet, es liegen allerdings keine Zeugnisse oder Nachweise vor, wie und ob solche Trauungen, die sicherlich auch politische Zurschaustellungen waren, in diesem Bau durchgeführt wurden.[333] Ganz selbstverständlich wurde jedoch davon ausgegangen, dass die Feuersozietät für das Standesamt bei Bedarf entsprechende Räumlichkeiten bereitstellte.

Oben Marmor, unten Bunker

Per App unter die Marmor-Oberfläche gehen.

Da, nach Angaben von Architekt Starck, für den sonstigen Innenausbau der Städtischen Feuersozietät die finanziellen Mittel „sehr beschränkt“ waren, konnte die Ausführung lediglich im Saalflügel und im Haupttreppenhaus höherwertig ausfallen. Hier und im Konferenzsaal wurde Thüringer Buntrosa-Marmor für die Wandverkleidung, die Treppenläufe und Türrahmen eingesetzt. Ein Gemälde Adolf Hitlers (Kniestück, Frontalansicht mit seitlich aufgestütztem Arm) wachte über den Konferenzsaal. Insgesamt war die Gestaltung auch mit dem der DAF unterstellten Amt für die Schönheit der Arbeit abgestimmt worden.

Die Kantine, im Dachgeschoss gelegen, stand den Mitarbeitern beider Dienststellen, Feuersozietät und Standesamt, mit ihrem Dachgarten zur Verfügung. Zugleich wurden bereits Luftschutzbunker errichtet.

Städtische Feuersozietät im Planungsgeflecht Groß-Berlins

Sicherlich hatte es sich für die Durchsetzung des Neubauvorhabens als vorteilhaft erwiesen, dass die Leitung der Feuersozietät mit einer eher schwachen Führungspersönlichkeit in Person des ehemaligen Bankbeamten und nunmehr Stadtrats Schlicht besetzt war. Er verhielt sich loyal zu allen Partei- und staatlichen Vorgaben und es war für ihn wohl auch unstrittig, dass den vermeintlich übergeordneten Interessen des Staates entsprochen werden musste – unter Zurückstellung der Belange der Feuersozietät.

Zum Bau eines dritten Berliner Rathauses kam es dann entgegen der großdimensionierten Pläne nicht mehr. Stattdessen zeichnete Richard Ermisch (1885 – 1960), der vor 1933, noch ganz der Neuen Sachlichkeit verpflichtet, das Strandbad Wannsee entworfen hatte, für die Pläne des Verwaltungsgebäudes C verantwortlich. Dieses Gebäude wurde zwischen 1937 und 1939 an der Stralauer Straße Ecke Klosterstraße Ecke Rolandufer errichtet. Auch hier wurden massive Schneisen in die vorhandene Baustruktur geschlagen.

Brandstiftung 1938

In der Nacht vom 9. auf den 10. November 1938 (und an den beiden nachfolgenden Tagen) brannte es an vielen Stellen in der Stadt. Die „02“, offizielle Telefonnummer der Feuerwehr, wird in diesen Stunden häufig gewählt worden sein. In Charlottenburg, in der Fasanenstr. 78/80, stand die riesige Synagoge lichterloh in Flammen. Doch die Feuerwehr, deren nächste Wache sich unweit in der Rankestr. 11 befand,[334] kam nicht zum Löschen.

1933 war ein Zivilisationsbruch eingeleitet worden, der eine zunehmende Radikalisierung erfuhr. Für das Jahr 1938 lassen sich die Zustände wie folgt rekonstruieren:

Die antijüdische Politik hatte sich staatlicherseits erneut verschärft. Zwischen Mai und Juni 1938 wurden, wie schon 1933, zahlreiche „Judenaktionen“ inszeniert, bei denen die Schilder von jüdischen Geschäften, Ärzten und Anwälten beschmiert, Menschen malträtiert und Schaufensterscheiben zerschlagen wurden. Aus Versicherungsperspektive waren die Glasversicherer noch unschlüssig, wie sie sich verhalten sollten; sahen sie sich doch als die eigentlich Geschädigten an und befürchteten, dass noch weitere Übergriffe auf die bei ihnen Versicherten folgen würden.[335] Wohl aus diesem Grund setzten sie auf Verzögerung und leisteten keine direkten Auszahlungen. Den Versicherten empfahlen sie, sich erst einmal mit Notverglasungen oder Holzabdeckungen zu behelfen.

Im Herbst 1938 eskalierte die Situation auf internationaler Ebene. Obgleich mit dem sogenannten Münchner Abkommen, das die Ansprüche auf das Sudetenland im Sinne Deutschlands regelte, ein neuer Krieg abgewendet zu sein schien, gingen die deutschen Provokationen weiter. Ende Oktober 1938 wurden 17.000 polnische Juden, die in Deutschland gelebt hatten, von deutschen Beamten an die Grenze gebracht und nach Polen abgeschoben. Das gewaltsame Vorgehen traf die Menschen völlig unvorbereitet. Betroffen waren auch die Eltern eines 17-Jährigen, Herschel Grynszpan (1921 – 1942 für tot erklärt), der sich gerade in Paris aufhielt und, als er von der Abschiebung der Eltern erfuhr, in einer Kurzschlussreaktion einen Revolver besorgte und am 7. November in der Deutschen Botschaft auf den Botschaftssekretär Ernst vom Rath ein Attentat verübte; dieser erlag zwei Tage darauf, am 9. November nachmittags, seinen Verletzungen.

Pogrome

Das Attentat wurde von der deutschen Staatsführung zum Anlass benutzt, gegen die jüdische Bevölkerung insgesamt und gegen jüdische Einrichtungen Gewalt auszuüben, die die Logistik parteilicher Stellen und der SA (Sturmabteilungen) nutzte. Am Abend des 9. Novembers ging das Signal an die schon in Wartestellung harrenden Verbände. Die in den nächsten Stunden verübten Übergriffe waren brutaler und aggressiver als im Sommer – Menschen wurden verletzt, viele getötet. Unzählige Geschäfte, Arztpraxen, Kanzleien und Wohnungen in ganz Deutschland wurden aufgebrochen und geplündert. Scheiben gingen zu Bruch. In zahlreichen Synagogen wurden die heiligen Kultusgegenstände gestohlen oder zerstört, es wurde vandalisiert und Feuer gelegt. Später gingen die Ereignisse unter dem zwiespältigen Begriff „Kristallnacht“ in die Geschichte ein.

Auch die große Synagoge in der Fasanenstraße in Charlottenburg, zwischen Stadtbahn und Kurfürstendamm gelegen, wurde in Brand gesteckt. Mit 1.720 Plätzen[336] und den drei Kuppeln war dieser Bau (wenngleich bereits seit 1936 zwangsweise geschlossen[337]) der bedeutendste jüdische Tempel im Neuen Westen. Der rote Feuerschein am Himmel war über Stunden weithin zu sehen. Joseph Goebbels, Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda, der sich zum Zeitpunkt wie der größte Teil der Parteiführung in München befand, wies den Abteilungsleiter des Propagandaministeriums Werner Wächter persönlich an, die „Synagoge in der Fasanenstraße zerschlagen zu lassen.“[338] Für Wächter war es nach Goebbels’ Angaben ein „ehrenvoller Auftrag“.[339] Da im Fall der Synagoge in der Fasanenstraße keine Nachbarhäuser unmittelbar vom Feuer bedroht waren, unterblieben jegliche Löschversuche. Selbst am nächsten Tag glommen noch einzelne Feuernester.

Abgesehen von der gesellschaftlich zerstörerischen Wirkung solcher Pogrome, waren alle gesetzten Brände auch ein Fall für die Feuerversicherungen.[340] Doch wenn der Staat selbst die Brandstiftung veranlasst, ist der Rechtsstaat außer Kraft gesetzt. Entsprechend verlief die versicherungsrechtliche Abwicklung nicht mehr in der hergebrachten Weise.

Die Synagoge in der Fasenstraße in Berlin-Charlottenburg, in der Nacht vom 9. auf den 10. November 1938 niedergebrannt. Rechts der Zustand nach Kriegsende.

Die Folgen[341]

Dachstuhlbrand in Berlin, Geschäftsbericht Städtische Feuersozietät, 1937/38, rechts nach Wiederinstandsetzung.

Joseph Goebbels (1897 – 1945) notierte in seinem Tagebuch nach einem Gespräch mit Hitler am 10. November 1938: „Der Führer will zu sehr scharfen Maßnahmen gegen die Juden schreiten. Sie müssen ihre Geschäfte selbst wieder in Ordnung bringen. Die Versicherungen zahlen ihnen nichts."[342]

Diese Maßgabe Hitlers, die sich der Propagandaminister zu eigen machte, zog dann einige rechtstechnische Kapriolen nach sich. Wenngleich die rechtsförmliche Gestaltung des nationalsozialistischen Staatswesens teilweise beibehalten werden sollte, offenbarte sich in der Folge des Pogroms die Absicht, Juden und die jüdischen Gemeinden in Deutschland weiter zu entrechten und nun ganz direkt auszuplündern. Zur näheren Abstimmung von Maßnahmen wurde für den 12. November 1938 eine Sitzung mit rund 100 Teilnehmern aus Politik und Wirtschaft im Reichsluftfahrtministerium anberaumt.[343] Einer der Hauptakteure war der Hausherr Hermann Göring (1893 – 1946), Preußischer Ministerpräsident, Reichsluftfahrtminister und Beauftragter für den Vierjahresplan, der im Dauerdisput mit Goebbels lag. Göring ging anfänglich davon aus, dass sich insbesondere jüdische Versicherte über eine „Aufruhr"-Versicherung längst gegen solche Ereignisse abgesichert hätten. Der Leiter der sogenannten Reichsgruppe Versicherung, die sowohl private wie auch öffentlich-rechtliche Versicherungen im NS-Staat korporativ vertrat, war Eduard Hilgard (1884 – 1982), zugleich Vorstandsmitglied der Allianz Versicherung. Er musste Göring erst das kleine Einmaleins der Versicherungen erläutern und stellte klar, dass derartige Versicherungen keine nennenswerte Rolle mehr spielten.[344]

Schnell entspann sich eine Diskussion über den Charakter der Pogrome. War es ein Aufruhr oder nicht? Bei Aufruhr, einem elementaren Ereignis, vergleichbar mit einem Erdbeben, wäre die Zahlungsverpflichtung für die Versicherungen nämlich entfallen, stattdessen hätte der Staat für die Schäden Ausgleich leisten müssen. Goebbels meinte in der Tat, dass es sich um einen „eruptiven Ausbruch der Empörung der Bevölkerung" gehandelt habe, behauptete also den Sachverhalt „Aufruhr", ohne die Konsequenz dieser Aussage zu bedenken.[345] Sein Standpunkt wurde nicht weiter erörtert. Die Versicherungsvertreter erkannten ihrerseits rasch, dass in der gegebenen Situation die Zurückweisung von „Elementarschäden", wie es bei einem Tumult oder Aufruhr möglich gewesen wäre, ohnehin nicht durchsetzbar gegenüber der Politik gewesen wäre.

Göring ging es grundsätzlich darum, dass kein jüdischer Versicherungsnehmer eine Erstattung seiner Schäden erhalten, aber auch der Staat keinesfalls etwas leisten sollte. Demgegenüber gab der Leiter der Reichsgruppe Hilgard zu bedenken, dass das deutsche Versicherungsgewerbe im Ausland an Ansehen verlieren könnte, wo ein entsprechender Markt weiter bedient werden, aber auch mögliche Ansprüche gegenüber Rückversicherungen im Ausland gewahrt werden sollten, was nur möglich war, wenn eine Leistung innerhalb Deutschlands auch erbracht wurde. Er formulierte für seine Branche das „Petitum" [die Kleinigkeit!], dass „wir an der Erfüllung unserer vertraglichen Verpflichtungen nicht gehindert werden."[346] Noch in der Sitzung schlug Hilgard in Übereinstimmung mit Reinhard Heydrich (1904 – 1942), dem Chef der Sicherheitspolizei und des Sicherheitsdienstes der SS, vor, dass das Instrumentarium der Versicherungen zur Schadensaufnahme genutzt werden sollte, dann aber die Leistungen aus „irgendeinem Fonds" ausgeglichen werden sollten. Das hieß, dass die Versicherungen sich Ansprüche gegenüber den Rückversicherern offenhalten, die Verpflichtung gegenüber den Versicherten aber lediglich fiktiv erfüllen wollten. Angesichts einer geschätzten Schadenssumme in Höhe von 25 Millionen Reichsmark schätzte es Hilgard als „Katastrophe" ein, wenn tatsächlich hätte geleistet werden müssen.[347]

Die Pogromschädenregulierung wird zum Politikum – die Versicherer fürchten um ihr Ansehen im Ausland.

Eduard Hilgard als Redner in seiner Funktion als Leiter der Reichsgruppe Versicherungen bei der Feier zum 125-jährigen Jubiläum der Berlinischen Feuer (11. Dezember 1937).

Göring hielt dagegen und meinte, dass die Versicherungswirtschaft sehr wohl auszahlen müsse, aber nicht an „die Juden". Nach seiner Ansicht war der gesamtwirtschaftliche Schaden insgesamt viel zu hoch. So formulierte er den denkwürdigen Satz: „Mir wäre es lieber gewesen, Ihr hättet 200 Juden erschlagen und hättet nicht solche Werte vernichtet."[348]

Noch am Tag der Sitzung vom 12. November ergingen verschiedene Verordnungen: Die Geschädigten sollten nicht nur ohne Versicherungserstattung bleiben, sondern zudem verpflichtet werden, die ihnen zugefügten Schäden umgehend selbst zu beseitigen, damit das Straßenbild nicht dauerhaft beeinträchtigt sei.[349] Mehr noch: Um jedem einzelnen Bürger, der als Jude galt, noch mehr abzupressen, wurde die Verordnung über eine „Sühneleistung der Juden deutscher Staatsangehörigkeit" erlassen.[350] Eine Milliarde Reichsmark wurde kollektiv den deutschen Juden aufgebürdet.[351]

Die Versicherungswirtschaft wurde von der Zahlungsverpflichtung gegenüber ihren deutschen jüdischen Versicherungsnehmern entbunden.

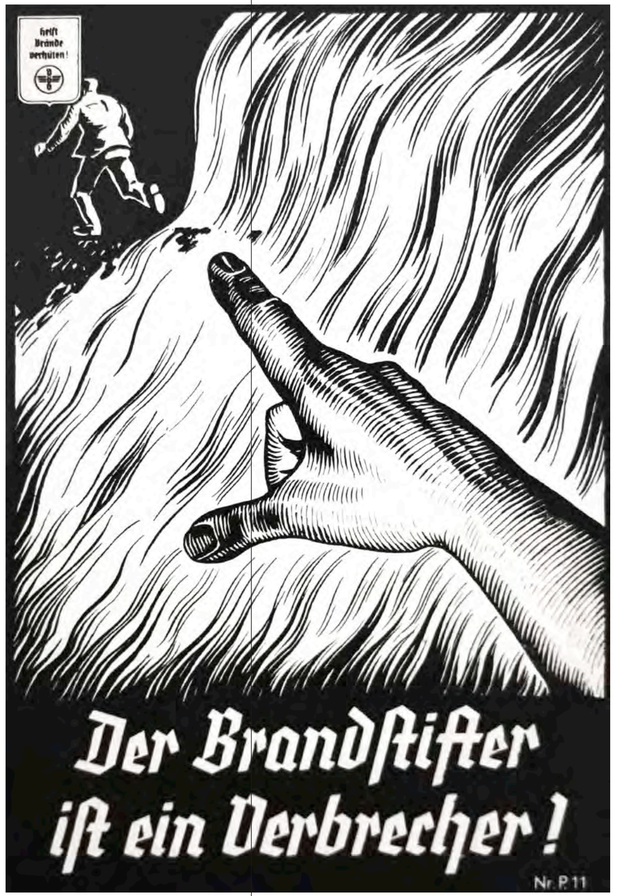
Es schlossen sich zähe Verhandlungen zwischen dem Reichswirtschafts-, dem Reichsfinanz- und Reichsjustizministerium und der maßgeblich durch Hilgard vertretenen Versicherungswirtschaft an. Hilgard konnte sich auf seine guten Verbindungen zum Reichswirtschaftsministerium verlassen. Demgegenüber war vom Reichsfinanzministerium eher eine harte Politik gegenüber den Ansprüchen in Form von Beschlagnahmen der errechneten Ansprüche der jüdischen Versicherten zu erwarten.[352] Es ging letzlich um das Aushandeln eines Vergleichs zwischen Staat und Versicherungen und die Frage, in welcher Höhe von der Versicherungswirtschaft ein Ausgleich an den Fiskus für die Entbindung von der Leistungsverpflichtung gegenüber ihren Versicherten erbracht werden sollte.

Die konkreten Modalitäten des Vorgehens werden sicherlich auch ein Gesprächsthema auf der „Tagung der gesamten öffentlich-rechtlichen Versicherungsverbände" gewesen sein, die am 9. Dezember 1938 in den neuen Räumlichkeiten der Städtischen Feuersozietät stattfand.[353] Diese Sitzung wurde geleitet von ihrem Vorsitzenden Franz Schwede-Coburg (1888 – 1960).[354] Anschließend wurden die Versicherungsvertreter noch vom nun zum Oberbürgermeister ernannten Lippert im Roten Rathaus empfangen.

Es zeichnete sich ab, dass die Versicherungen lediglich bereit waren, Erstattungen für die Pogromschäden bei „arischen" deutschen und ausländischen „jüdischen" Versicherten zu übernehmen, aber nicht für „jüdische" deutsche und staatenlose Versicherte.[355] Die Ansprüche für Synagogen oder sonstige Einrichtungen der jüdischen Gemeinden sollten gar nicht erst berücksichtigt werden. Hier wird vermutlich auch mit der Regelung argumentiert worden sein, dass ein Wiederaufbau unmöglich sei, was ja immer noch die vertragliche Voraussetzung für Entschädigung war, so auch bei der Feuersozietät.[356] Die Allgemeinen Geschäftsbedingungen schlossen auch bei der Städtischen Feuersozietät in bestimmten Fällen, wie Erdbeben oder ähnlichem, die Leistungsverpflichtung aus.[357]

Doch auch das erwies sich in der laufenden Diskussion bald als gegenstandslos. Es wurden nun vielmehr nach und nach die realen Schäden durch die jeweiligen Versicherungen ermittelt. Bis Ende Januar 1939 kam bei der Wirtschaftsgruppe Versicherung eine Summe zusammen, die deutlich höher lag als der geschätzte Betrag: 46.100.000 Reichsmark.[358] Davon sollen allein 38.270.000 Reichsmark auf die Feuerversicherungen entfallen sein. Bei den Verhandlungen mit den Ministerien stand nun im Raum, dass 50 Prozent des realen Schadens von den Versicherungen an den Staat zu zahlen seien. Hilgard verhandelte gemeinsam mit dem Rechtsvertreter der Allianz, Dr. Hans Goudefroy (1900 – 1961), weiter für die gesamte Versicherungswirtschaft. Mit verschiedenen Denkschriften legten sie die Interessen des Reichsverbandes dar (deren Position aber beispielsweise vom Direktor der Alten Leipziger, Johannes Tiedke, nicht geteilt wurde[359]). Unter anderem argumentierten sie, dass das „gesamte deutsche oder staatenlose Judentum" kollektiv [ausgelöst durch Grynszpans Attentat] die Pogrome provoziert hätte und daher keine Entschädigung von ihren Versicherungen beanspruchen könne.[360]

Und sie waren erfolgreich damit. Die Versicherungen mussten nur für einen Bruchteil der entstandenen Schäden aufkommen. Die deutsche Versicherungswirtschaft wurde pauschal von der Zahlungsverpflichtung gegenüber ihren deutschen jüdischen Versicherungsnehmern entbunden und musste sich mit der



Ein Plakat, gestaltet von Karl August Tramm; Stiftung Deutsches Technikmuseum Berlin.

Überweisung von gerade mal 1.297.988 Reichsmark an den Staat erkenntlich zeigen, das waren 3 Prozent der realen Schadensumme.[361] Die öffentlich-rechtlichen Versicherungen waren ihrerseits mit einem Anteil von 190.010 Reichsmark beteiligt – deutlich weniger als die privaten, die mehr Versicherungsverträge aufwiesen. Allerdings waren die Synagogen und Gemeindeeinrichtungen, die häufig bei öffentlich-rechtlichen Monopolversicherungen versichert waren, auch gar nicht bei der Schadenerhebung berücksichtigt worden.

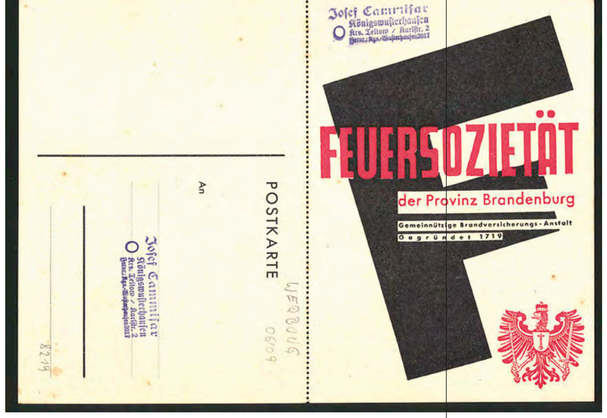
Der Rechtsweg, um gegen ihre Versicherung zu klagen, blieb den Betroffenen weitgehend verschlossen. Dafür wandte sich das Reichsinnenministerium an die Regierungspräsidenten, ebenso intervenierte das Justizministerium gegen einzelne Verfahren.[362] Auf diese Weise konnte man die etwaige gerichtliche Klärung der Frage umgehen, ob es sich bei den Pogromen um einen organisierten Aufruhr gehandelt hatte. „Den jüdischen Versicherungsnehmern", die auch genau so in einem Formblatt tituliert wurden, gestand man lediglich zu, dass sie die Hälfte ihrer Forderungen auf ihre fällige Zahlung der „Sühneleistung" anrechnen konnten.[363]

Der in dieser Sache gezahlte Anteil zur Pauschalzahlung der Städtischen Feuersozietät Berlin an den Reichsverband, der ihn wiederum an die Reichsgruppe und diese an das Reichsfinanzministerium überwies, ist im Geschäftsbericht der Feuersozietät nicht gesondert ausgewiesen. Dass die Städtische Feuersozietät Berlin ihren Anteil der Entlastungssumme, die auf die öffentlich-rechtlichen Feuerversicherungen entfiel, übernahm, steht außer Zweifel. Doch angesichts der Tatsache, dass insgesamt 41 Brandkassen an der Transaktion beteiligt waren, wird sich ‚die Zahlung der Feuersozietät in Grenzen gehalten haben. Im Geschäftsbericht der Städtischen Feuersozietät werden keine besonderen Ereignisse für den November 1938 vermerkt. Vielmehr heißt es: „Der Schadenverlauf im Berichtsjahr, dem 221. seit der Gründung der Sozietät, muß als recht günstig bezeichnet werden, insbesondere wenn man die große Zunahme von neuen Wagnissen in Betracht zieht."[364]

Diese Form des Umgangs mit den geschilderten Ereignissen, nämlich öffentliches Ignorieren, war die gängige Praxis. Auch in Neumanns Zeitschrift für Versicherungswesen wird zum Jahresende 1938 lapidar angemerkt: „Im Monat November hielten sich die Großfeuer- und Explosionsschäden auf ziemlich normaler Höhe."[365]

Angesichts dieser Vorgänge ist davon auszugehen, dass es auch für die Synagoge in der Fasanenstraße zu keinerlei Erstattung der Schäden kam. Ab 1940 wurden die wenigen noch nutzbaren Räumlichkeiten von der Deutschen Reichspost in Beschlag genommen, auch das Grundstück wurde ihr laut Grundbuch übertragen.[366] Die Ruine der Synagoge wurde nach dem Krieg 1957 – 58 abgerissen und an dieser Stelle ein deutlich kleineres Gemeindehaus für die im Westen Berlins lebenden Gemeindemitglieder errichtet. Ein Teil des geretteten Portals der großen Synagoge markiert den Eingangsbereich des Gebäudes. In einer Schätzung aus dem Jahr 1963 wurde allein für den Wert der zerstörten (oder gestohlenen) Kultgegenstände dieses Tempels ein Betrag von 544.560 DM ermittelt, der Gebäudewert lag in der retrospektiven Schätzung eines Sachverständigen bei 6.179.931 DM.[367]

Ein Blick auf die Feuersozietät der Provinz Brandenburg



Gestaltung der Werbung der Feuersozietät der Provinz Brandenburg.

„Städtische Feuersozietät Berlin" – „Feuersozietät der Provinz Brandenburg" – beides Brandschutzversicherungen mit der Bezeichnung Feuersozietät im Namen, was regelmäßig zu Verwechslungen führte. Beide Anstalten waren kurz nacheinander gegründet worden, ihre Geschäftsgebiete lagen räumlich eng beieinander, überschnitten sich im Berliner Wettbewerbsgebiet sogar. Eigentlich waren sie Schwesterunternehmen. Doch die Entwicklung der beiden öffentlich-rechtlichen Versicherungen war infolge unterschiedlicher Vorgaben und aufgrund getrennter Geschäftsgebiete völlig anders verlaufen. Während die Städtische Feuersozietät mit dem Wandel Berlins zur Weltstadt einen enormen Aufschwung erlebt hatte, befand sich die Brandenburger Feuersozietät seit langem in einem Selbstbehauptungskampf und bemühte sich darum, in ihrem Geschäftsgebiet ebenfalls den Versicherungszwang einzuführen.[368]

1924 hatte sich die Städtesozietät (der Brandenburger Städte) mit der Landfeuersozietät zur Feuersozietät der Provinz Brandenburg vereinigt. Die Landfeuersozietät wiederum war erst 1901 aus dem Zusammenschluss der kurmärkischen (gegründet 1765) und der neumärkischen (gegründet 1777), ursprünglich ständisch aufgebauten Landfeuersozietäten hervorgegangen.

Per App im Wimpernschlag zum Preußenschlag.

Über lange Zeit herrschte zwischen der Berliner und der Brandenburgischen Versicherung eine ausgeprägte Konkurrenz. Sicherlich trug es nicht zur Verbesserung des Verhältnisses bei, dass die Städtische Feuersozietät Berlin mehrfach versuchte, so bereits in den 1920er-Jahren, den Wettbewerb juristisch zu unterbinden und ihren Status als Monopolversicherung auf das gesamte Gebiet von Groß-Berlin auszudehnen. Das ließ sich damals nicht durchsetzen.[369] Als 1935 die Einteilung des Deutschen Reichs in Gaue bevorstand, unternahmen die Berliner einen erneuten Anlauf, das Monopol auszuweiten, was wiederum scheiterte.[370] Doch auch die Feuersozietät der Provinz Brandenburg versuchte ihre Interessen durchzusetzen, gegebenenfalls auch auf Kosten der Berliner Schwester.

Personelle Neubesetzung 1933 in der Feuersozietät der Provinz Brandenbrg

Wie bei der Städtischen Feuersozietät Berlin war es 1933 auch bei der Feuersozietät der Provinz Brandenburg zu einem Wechsel an der Spitze der Anstalt gekommen: Hans Vatke, einem langjährigen Vertreter des Versicherungsgewerbes, seit 1929 im Amt des Generaldirektors, musste seinen Platz für Peter Fritz Mengel (1884 – 1967) räumen. An Mengels national-konservativer Haltung bestanden keine Zweifel, doch verhielt es sich hier etwas anders als bei der Personalie in der Leitung der Städtischen Feuersozietät Berlin.

Mengel hatte in der Folge des sogenannten „Preußenschlags" am 20. Juli 1932 einen ersten Karriereschub erlebt. Im Verlauf des Sturzes der sozialdemokratisch geführten preußischen Regierung durch Reichskanzler Franz von Papen und dessen Durchregieren mit Hilfe von Notverordnungen kam es zu zahlreichen personellen Veränderungen. Überzeugte Republikaner in der Verwaltung mussten politisch rechtsgerichteten Personen

Feuerwehrmänner mit einem Löschkarren unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg.

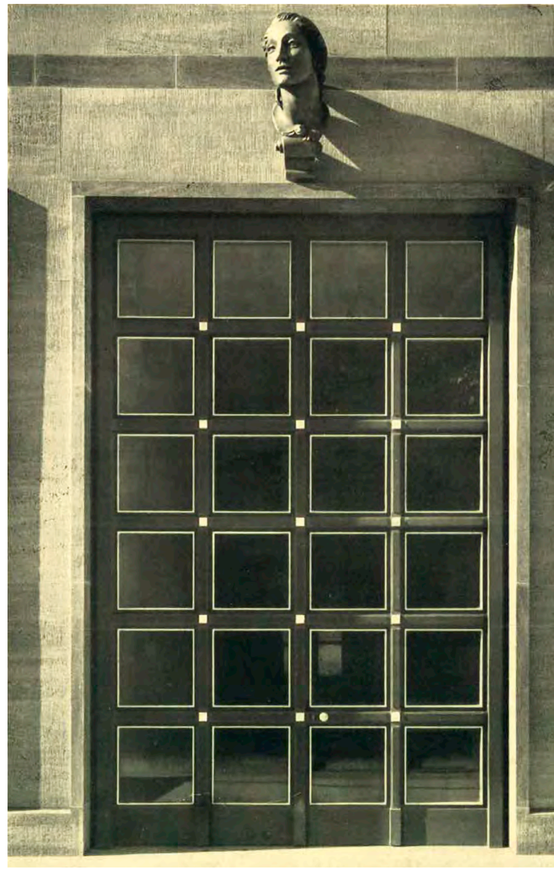
Per App an diese Adresse fliegen.

weichen, so auch auf oberster Regierungsebene.[371] In diesem Kontext wurde Mengel im Sommer 1932 zuerst stellvertretender Oberpräsident in der preußischen Provinz Sachsen, damals eines der höchstdotierten Verwaltungsämter, und schon wenige Monate später Stellvertreter des eher liberalen Oberpräsidenten Adolf Maier (1871 – 1963; Deutsche Demokratische Partei) in der Provinz Brandenburg. Die neu eingesetzten Kräfte verblieben meist nur kurz in ihren Ämtern, denn ungeachtet ihrer nationalen oder national-konservativen Gesinnung wurden sie nach der Machtübernahme aus ihren Ämtern als Oberpräsidenten und deren Stellvertreter mehrheitlich (acht von zwölf) von Nationalsozialisten abgelöst, welche als Parteimitglieder nun „zugleich preußische Beamte und ‚reichsunmittelbare' Statthalter von Staat und Politik" wurden.[372] Auch Peter Fritz Mengel verlor sein Amt als stellvertretender Oberpräsident. Allerdings muss er auf maßgebliche Kreisen doch so vertrauenswürdig und gesinnungsfest gewirkt haben, dass er mit dem Amt des Generaldirektors der Feuersozietät der Provinz Brandenburg abgefunden wurde.

Offensichtlich legte Mengel lange vor seinem Eintritt in die NSDAP im Jahr 1939[373] schon eine Haltung an den Tag, die keinen Zweifel daran ließ, dass er die Politik des nationalsozialistischen Staates ohne Vorbehalt unterstützte.[374]

Neubau für die Feuersozietät der Provinz Brandenburg

Nach dem politisch motivierten Führungswechsel bei der Brandenburgischen Feuersozietät ging diese 1934 daran, ihren eher bescheidenen Sitz in einem umgebauten Wohnhaus Am Karlsbad 3 zu erweitern.[375] Die Notwendigkeit eines Neubaus lässt sich aus einer Erweiterung des Geschäftsgebiets nicht herleiten. Möglicherweise wurde zusätzliches Personal eingestellt, wie es bei vielen Dienststellen in diesen Jahren üblich war.



Seiteneingang Am Karlsbad nach der Fertigstellung, 1935.

Am Karlsbad 4–5

Das Nachbargebäude Nr. 4 gehörte der Feuersozietät der Provinz Brandenburg bereits, die angrenzenden Häuser Nr. 4 a und 5 mussten noch erworben werden, damit ein repräsentativer Neubau geplant werden konnte. Der Eigentümer von Nr. 4 a war Professor Dr. Werner Magnus. Haus Nr. 5 gehörte der Gemeinschaft Deutscher Angestellter (GDA), der gewerkschaftlichen Vereinigung der Angestellten in Deutschland bis zu ihrer Auflösung durch die Nationalsozialisten. Im Haus war auch die „Deutsche Welt" Lebensversicherung A.G. ansässig. Die Übernahme von Haus Nr. 5 durch die Brandenburger Feuersozietät war sicherlich keine große Sache bei dem entsprechenden politischen Rückenwind.[376] Wie Haus Nr. 4 a konkret erworben wurde, ist nicht bekannt. Professor Magnus (1876–1942), der selbst dort wohnte, war ein renommierter Pflanzenphysiologe. Nach den rassistischen Kriterien der Nationalsozialisten war er Jude.[377] Fest steht, dass die Brandenburgische Feuersozietät 1934 in den Besitz des Gebäudes gelangte. Professor Magnus zog allem Anschein nach daraufhin in das nahegelegene Haus Viktoriastr. 9.[378] Als letzte Angabe seines Aufenthalts findet sich ab 1941 im Berliner Adressbuch: Schöneberg, Regensburger Str. 5 a. Wohl um der bevorstehenden Deportation zuvorzukommen, beging Professor Werner Magnus am 3. August 1942 Suizid.[379]

Per App mehr über Professor Magnus erfahren.

Das Verwaltungsgebäude der Feuersozietät der Provinz Brandenburg Am Karlsbad.

Architektur in preußischer Strenge
Die Planung und Durchführung des Neubaus auf dem Areal von vormals vier Wohnhäusern wurde den miteinander verschwägerten Berliner Architekten Paul Mebes (1872–1938) und Paul Emmerich (1876–1958) übertragen, die das Büro Mebes & Emmerich führten. Mebes hatte sich in jungen Jahren mit der architekturhistorischen Publikation „Um 1800" einen Namen gemacht, die stilprägend wurde für Bauten des gehobenen Landhausstils um die Jahrhundertwende. Später zeichneten beide Architekten vor allem für Siedlungsbauten verantwortlich, aber auch die Entwürfe für das Nordsternhaus (1912–1914), das die Nordstern-Versicherung gegenüber dem Rathaus Schöneberg errichten ließ, sowie für das Verwaltungsgebäude der Iduna-Versicherung in der Charlottenstraße in Berlin-Kreuzberg entstanden in ihrem Büro. Die meisten ihrer Projekte wurden in Berlin realisiert. Direktor Mengel von der Brandenburger Feuersozietät äußerte den Architekten gegenüber den Wunsch, dass „die künstlerische Haltung des Gebäudes – innen wie außen – bei bester Qualität der Werkstoffe und Ausführungsarten schlicht-preußisch sein solle im Sinne der mehr als 200 Jahre alten Tradition des Instituts…".[380] Mebes & Emmerich folgten der Idee und legten einen Entwurf im Stil der frühen Moderne vor. Der fünfgeschossige Stahlskelettbau, der bereits 1935 bezogen werden konnte, war horizontal gegliedert und um einen großen Schmuckhof angelegt. Unterstützt durch zwei Nebenhöfe sowie einige Lichthöfe waren die Büros und Flure gut durch Tageslicht beleuchtet. Die straßenseitige Front war mit Würzburger Muschelkalk verkleidet. Den mittig gelegenen Haupteingang prägte ein vergoldetes, schmiedeeisernes Gitter, eine Arbeit von Julius Schramm. Das Relief, das sich über dem Eingang befand, hatte Hans Krückeberg gestaltet.[381] Die beiden links und rechts befindlichen Eingänge wurden durch zwei Bronzeköpfe, einen weiblichen und einen männlichen, gekrönt, die der Münchener Bildhauer Bernhard Bleeker geschaffen hatte.

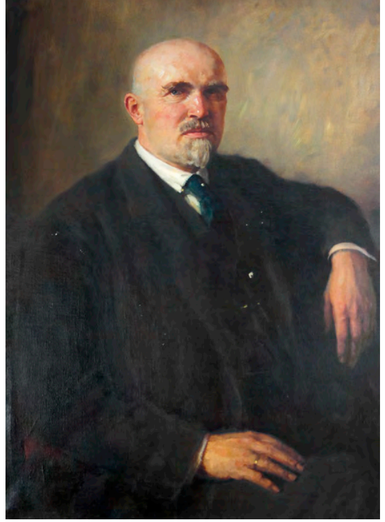
Marmor, Glas und funktionale Möbel
Der zentrale Eingangsbereich und das Haupttreppenhaus wurden durch graugrünen schlesischen Marmor sowie durch grüngetönte Glasfenster (Caesar Klein) dominiert. Die Direktionszimmer waren holzgetäfelt, die Arbeitsräume der übrigen Mitarbeiter waren nüchterner ausgefallen, mit praktischem Mobiliar – Metallrohrstühlen und halbhohen Aktenschränken.

Die Wandbemalung des Vortragssaals hatte Ilse Mebes übernommen, die des Speisesaals Johannes Sass. Auf einem Absatz im Treppenhaus befand sich ein Mosaik, das an die im Ersten Weltkrieg gefallenen Mitarbeiter der Brandenburger Feuersozietät erinnern sollte. Der Fries, der es umgab, griff das nationalsozialistisch überhöhte Motiv der Swastika (indisches Ornament in Hakenkreuzgestalt) auf. Auf einem weiteren Absatz des Treppenaufgangs wurde in einer kreisrunden gewölbten Nische, ebenfalls umrahmt von einem Mosaik, die obligatorische Büste Adolf Hitlers präsentiert.[382]

Tätigkeitsfelder der Feuersozietät der Provinz Brandenburg
Die versicherten Immobilien umfassten öffentliche, gewerbliche und private Gebäude auf dem Gebiet der Provinz Brandenburg sowie im Wettbewerbsgebiet Berlin. Auch Kriegsgefangenen- und Arbeitslager, die unter nationalsozialistischer Herrschaft errichtet wurden, waren Objekte für die Brandschutzversicherungen. Das in Berliner Besitz befindliche Barackenlager Pankow-Blankenfelde beispielsweise wurde von der Feuersozietät der Provinz Brandenburg versichert.[383]

Ursprünglich für die Unterbringung von russischen Kriegsgefangenen geplant – „mit sehr dichter Belegung", wie es hieß, was ganz geschäftsmäßig als „gefahrerhöhender Umstand" gewertet und dementsprechend mit einer höheren Prämie belegt wurde war das Lager zu einem späteren Zeitpunkt für „auswärtige Arbeitskräfte", mutmaßlich Fremd- oder Zwangsarbeiter vorgesehen, wobei eine Belegung mit voraussichtlich „nur 12 Mann" je Stube veranschlagt wurde.[384] Zeitweise, von Mitte Mai bis Anfang Oktober 1942, wurde das Lager vom Landesarbeitsamt Brandenburg „zur Durchschleusung von russischen Zivilarbeitern" beansprucht.[385] Was die nüchterne Versicherungssprache nicht erfasst, kann durch aktuelle Forschungen beleuchtet werden.[386] Demnach gliederte sich das Lager in drei Teile: einem Krankensammellager, einem Lager für „russische" Zwangsarbeiter sowie einem kleinen Bereich, in dem schwangere Zwangsarbeiterinnen untergebracht wurden, die hier ihre Kinder gebären sollten; er stand in Verbindung mit dem Frauenkonzentrationslager Ravensbrück.[387] Die Kinder, so sie lebend geboren wurden, nahm man den Müttern in der Regel weg und gab sie deutschen Eltern zur Adoption. Raissa Bogdanova, 1943 im Lager Pankow-Blankenfelde geboren und wenig später von der Mutter getrennt, ist als Zeitzeugin in Erscheinung getreten.[388]

Per App an einer Sitzung teilnehmen.



Paul Mebes, Gemälde von Karl Rickelt, 1924, Heimatverein Zehlendorf.

Paul Mebes (23. Januar 1872 Magdeburg – 9. April 1938 Berlin)

Mebes war Baumeister und Architekt, aber auch Hochschullehrer und Regierungsbaumeister. Er hatte das Realgymnasium vorzeitig verlassen und machte stattdessen eine Tischlerlehre. 1890 legte er aber doch noch das Abitur als Externer ab. So lernte er die praktische Arbeit mit dem Material Holz kennen, wahrte sich aber auch die Möglichkeit, die Universität zu besuchen. 1899 beendete er mit der Prüfung des Regierungs-Bauführers das Architekturstudium in Berlin und absolvierte dann noch eine zweijährige staatliche Anerkennung.

Mit der Publikation „Um 1800. Architektur und Handwerk im letzten Jahrhundert ihrer traditionellen Entwicklung“, die 1908 in der ersten Auflage erschien, wollte er die Leistungen der Bau- und Handwerkskunst, aber auch des Städtebaus um die Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert illustrieren. Gartenhäuser wie Palais, Landhäuser wie Verwaltungsgebäude, aber auch Betten, Eckschränke, Tanzzelte, Freitreppen und Gefängnisse waren ihm der Darstellung wert. So schlicht, beinah naiv dieses Buch wirkt, so fordernd ist es in seinem Anspruch – es wollte ein Leitfaden dafür sein, „bei neuen Aufgaben mit Liebe und Bescheidenheit ans Werk zu gehen, die Umgebung nicht durch das Neuzuschaffende zu überbieten und damit meistens zu schädigen, sondern in vornehmer Zurückhaltung sich den guten alten Schöpfungen harmonisch anzupassen, ohne den Geist der neuen Zeit zu verleugnen.“[389] Innerhalb von kürzester Zeit war die erste Auflage vergriffen, der Nachdruck wurde durch den Ersten Weltkrieg verzögert, bis er dann 1918 erscheinen konnte. Zu diesem Zeitpunkt war Mebes bereits ein gefragter Architekt, wurde auch zum Professor der Technischen Universität Berlin ernannt.[390] Seit 1911 in einem gemeinsamen Büro mit seinem vier Jahre jüngeren Schwager Paul Emmerich (1876 – 1958), war er vorwiegend im Wohnungsbau tätig. Mit dem Einbeziehen von hochwertigen handwerklichen Elementen in die Bauprojekte befand er sich auf einer Linie mit dem 1907 gegründeten Werkbund, dem er 1912 beitrat.

Mebes & Emmerich errichteten gemeinsam – neben Villen und Landhäusern – komplexe Siedlungen, häufig im Auftrag von Baugenossenschaften, aber auch für größere Baugesellschaften. Diese Projekte sorgten in ihrer Anlage und ihren Proportionen für eine Einbettung in die Umgebung und eine gute Verbindung von innen und außen. Den Bewohnern stand häufig eine kleine Gartenfläche für die Eigenversorgung zur Verfügung. Exemplarisch sei die Siedlung Am Heidehof (ursprünglich Zehlendorf-West) genannt, die 1923 bis 1925 entstand.[391]

Das erste Laubenganghaus in Berlin-Steglitz, 1929/30.

Außer den Projekten für Wohnbebauung entwarfen Mebes & Emmerich auch Schulen und Versicherungsgebäude, so das Nordsternhaus in Berlin-Schöneberg für die Nordstern-Versicherung, das bei seiner Fertigstellung 1914 mit dem Fahrstuhlsystem, der Rohrpost- und der zentralen Staubsaugeranlage als das modernste Bürogebäude Europas galt.[392]

In der Weimarer Republik schälte sich bald eine neue Richtung in der Architektur, das Neue Bauen, heraus. Walter Gropius, die Luckhardt-Brüder, Mies van der Rohe, Martin Wagner, Bruno und Max Taut und andere waren ihre Vertreter, teilweise prägten sie als Lehrende am Bauhaus auch die junge Generation. Als insbesondere an dem Bauelement Dach ein dogmatischer Streit entbrannte, hielt sich Mebes zurück. Von ihm existieren Bauten mit Steil-, aber auch mit Flachdach. Er legte Wert auf die Qualität in Anlage, Grundriss und Ausführung. Und während einige sich vorrangig theoretisch auseinandersetzten, realisierte Mebes frühzeitig eine Zeilenbau-Siedlung, ein modernes Laubenganghaus in Lichterfelde, die „feuer- und rauchlose Siedlung“ (durch Versorgung mit Fernwärme) in Steglitz sowie ein Wohnhochhaus.[393]

1933 wurde ihm von den neuen Machthabern angeraten, über die Mitgliedschaft in der Akademie der Künste, der er seit 1931 angehörte, „nachzudenken“. Daraufhin traten Paul Mebes sowie Otto Dix (1891 – 1969) und Karl Schmidt-Rottluff (1884 – 1976), die das ebenfalls betraf, aus der Akademie der Künste aus.[394]

Da Mebes nicht mit Berufsverbot belegt wurde, konnte er mit seinem Partner Emmerich die Planung und Durchführung des Neubaus für die Feuersozietät der Provinz Brandenburg Am Karlsbad übernehmen. Auch hier legte er großen Wert auf die handwerklich hochwertige Ausführung. Von dem engen Verhältnis zu den Gestaltern der einzelnen Gewerke zeugt eine der letzten Karten, die er vor seinem Tod an den Schmiedemeister und Professor Siegfried Prütz im Februar 1938 geschrieben hat. Prütz hatte die großen Leuchter, u.a. in der Kantine der Feuersozietät, entworfen und produziert.[395] Wenige Wochen später, Anfang April, starb Paul Mebes im Alter von 66 Jahren.

Direktorenwohnhaus des Schadow-Gymnasiums, erbaut 1912 – 1913.

Modell der „Welthauptstadt Germania“ mit der Großen Halle, darunter das im Vergleich winzige Reichstagsgebäude.

Per App Größenwahn besichtigen.

Planung für Germania

Nach einem Eroberungsfeldzug, der die Unterwerfung der Staaten Europas, wenn nicht der ganzen Welt besiegeln sollte, hätte Berlin die Rolle der europäischen Mega-Hauptstadt übernommen. Hitler persönlich verfolgte den Plan schon zeitig und hatte hierfür die geeignete Persönlichkeit gesucht, die seine Vorstellung städtebaulich in eine Gesamtkonzeption umsetzen könnte. Albert Speer (1905 – 1981), der dann Anfang 1937 zum Generalbauinspektor ernannt wurde, war nicht Hitlers erste Wahl.[396] Dennoch gelang es Speer schnell, für sein neu geschaffenes Amt ein riesiges Budget durchzusetzen mit entsprechender Zahl an Mitarbeitern, einer eigenständigen Verwaltung, weitreichenden Kompetenzen und direktem Zugang zu Hitler. Innerhalb kürzester Zeit wurde die Modellplanung für ein neues Berlin vorgelegt, deren Grundstruktur zwei sich kreuzende Achsen – eine in Ost-West-, die andere in Nord-Süd-Ausrichtung – vorsah. Die Idee der Nord-Süd-Achse war nicht neu, der Stadtplaner Martin Mächler hatte sie bereits 1917 entwickelt.[397] Neu waren die Dimensionierung und die Gesamtanlage. Die Achsen, die in der letzten Planversion (1942) für die Nord-Süd-Richtung eine Breite von 140 m haben sollten, führten auf eine gigantische Halle hin, mit einer Höhe von 290 m und einer Seitenlänge von 315 m. 180.000 Menschen sollten darin Platz haben. Im Vergleich dazu nahm sich der Reichstag (Höhe 75 m, Frontlänge 137 m), der als Relikt einer untergegangenen Epoche erhalten werden sollte, winzig aus. Auf dem Vorplatz der „Großen Halle“ sollten sich über eine Million Menschen versammeln können. An dem sieben Kilometer langen südlichen Mittelstück der Nord-Süd-Achse, vom Südbahnhof bis zur Großen Halle, war ein überdimensionierter Triumphbogen[398] als Auftakt für eine Prachtstraße vorgesehen, an der Verwaltungsgebäude, Firmenrepräsentanzen, Botschaften, Hotels und ein Opernhaus sich aneinanderreihen sollten. Für die Bebauung der Grundstücke entlang dieser Achse war die Planung in Verbindung mit einem Bauherrn bereits konkretisiert. Die Achse nahm keine Rücksicht auf die bestehende Bebauung. Der Größenzuschnitt von Alleen und Plätzen für Massenaufmärsche und die Entflechtung der Nutzungsfunktionen hätten ein normales städtisches Leben erstickt. Gebäude, die der Planung im Wege standen, waren zum Abriss vorgesehen. Zügig begann man mit ihrer Entmietung. Dabei machte sich der Planungsstab die rechtlose Situation jüdischer Mieter zunutze. Durch Aufhebung der Mietverträge wurden sie zum sofortigen Auszug gezwungen. Im Büro des Generalbauinspektors wurde eine eigene „Durchführungsstelle“ errichtet, die insgesamt 18.000 von „jüdischen“ Mietern bewohnte Wohnungen kurzerhand requirierte.[399] Doch auch „arische“ Mieter und Hausbesitzer waren betroffen und in Mitleidenschaft gezogen, auch wenn die Verfahren bei ihnen gemäßigter verliefen und Ersatz bereit gestellt wurde. Konkret ging es auch um den erst 1935 fertiggestellten Neubau der Feuersozietät der Provinz Brandenburg Am Karlsbad, der nun vom Abriss bedroht war, weil er in unmittelbarer Nähe der geplanten Nord-Süd-Achse lag.

Abschnitt der Nord-Süd-Achse, in dem die Feuersozietät der Provinz Brandenburg liegen sollte. Die breite Straßenanlage ist unten erkennbar. Das nur nachlässig integrierte Gebäude der Brandenburgischen Feuersozietät, an dem geschwungenen Innenhof gut zu erkennen, verschwindet hinter der massiven Front an der Straße. Diese Zeichnung dokumentiert den letzten Planungsstand. Zeichnung: Cäsar Pinnau, Planausschnitt Hotel Bremen und Feuersozietät an der Nord-Süd-Achse.

Neubau der Feuersozietät der Provinz Brandenburg vor dem Abriss?

Die Nervosität, die den Direktor der Brandenburgischen Feuersozietät im Sommer 1937 erfasste, ist einigen überlieferten Protokollen und Briefen zu entnehmen, als er im Sommer 1937 auf die Gerüchte eines möglichen Abrisses reagierte.[400] Einerseits wollte Mengel sich der Konzeption für das Megaprojekt „Germania“ nicht entgegenstellen, andererseits mochte er auch nicht klaglos den eben fertiggestellten Neubau aufgeben. Mengel unterstrich dennoch seine Kooperationsbereitschaft gegenüber dem Generalbauinspektor, versicherte, dass sich die Feuersozietät der Provinz Brandenburg engagieren wollte, und sei es mit dem Bau eines neuen Domizils oder eines Erweiterungsbaus an der Prachtallee. Statt der ursprünglich planerisch ins Auge gefassten Fassadenlänge von 80 Metern meldete er wenig später Interesse für 120 Meter an[401], für ein Unternehmen, das weniger als 50 Mitarbeiter beschäftigte. Es wurde hin und her korrespondiert, hartnäckig verhandelt. Mengel schlug vor, dass der Architekt des bestehenden Hauses, Emmerich, auch das Konzept für die Integration des vorhandenen Baus in ein deutlich größeres, direkt an der breiten Nord-Süd-Achse gelegenes Gebäude entwerfen solle.

Der 1935 fertiggestellte Neubau der Brandenburgischen Feuersozietät befand sich auf der östlichen Seite der Potsdamer Straße Richtung Norden. In der Planung der mächtigen Nord-Süd-Achse hätte er auf deren westlicher Seite gelegen. Die von Emmerich eingereichten Projektskizzen für den Erweiterungsbau mit neuer Positionierung zur künftigen Straße fanden im Büro des Generalbauinspektors keine Zustimmung und gingen zur Überarbeitung zurück. Eine von Emmerich erneut eingereichte Version wurde dann im Sommer 1938 ebenfalls verworfen.[402] Speer beauftragte nun seinerseits den Dresdner Architekten Professor Hans Freese (1889 – 1953) mit einem Entwurf. Doch auch der fand, selbst nach erneuter Bearbeitung, keinen Anklang.[403] Währenddessen ging der Prozess der Entmietung und Enteignung sowie der staatliche Grunderwerb entlang der geplanten Nord-Süd-Achse weiter. Verantwortlich für die Durchführung aufseiten des Magistrats war das Liegenschaftsamt unter Leitung von Willy Müller-Wieland. Seine Abteilung musste letztendlich alle erforderlichen Grundstücke in entsprechenden Verfahren „freimachen“, Häuser kaufen oder enteignen, Gebäude entmieten. Den Stand der Dinge meldete er 1938 mehrfach an den Generalbauinspektor.[404]

Im Fall des Hauses der Feuersozietät Brandenburgs entschied sich Speer Anfang 1939 für den Architekten Cäsar Pinnau (1906 – 1988). Er sollte den Entwurf eines Hotels in Kombination mit einem Gebäude für die Feuersozietät der Provinz Brandenburg vorlegen. Genaue Konditionen dieses Vertrags, insbesondere die konkreten Leistungsanforderungen an den Architekten, sind nicht bekannt. Sicher ist, dass Pinnau, der wie Speer noch relativ jung war, eine Ausbildung als Tischler absolviert und das Studium der Innenarchitektur abgebrochen hatte, bis zum Zeitpunkt des Speerschen Großauftrags lediglich den Bau zweier Einfamilienhäuser nachweisen konnte und bisher vor allem als Innenarchitekt gearbeitet hatte. Ab 1930 war er für das Architekturbüro Fritz August Breuhaus de Groot in Düsseldorf tätig gewesen, von 1931 an in dessen Berliner Büro. Pinnau lernte Speer 1937 kennen, trat in die NSDAP ein und machte sich als Architekt selbstständig. Als erstes übernahm er den Auftrag, das neu errichtete Wohnhaus von Heinrich Himmler im Dohnenstieg 10/10 a in Berlin-Dahlem einzurichten.[405] Im Auftrag Speers gestaltete er dann teilweise auch die Innenausstattung der Neuen Reichskanzlei, u.a. einen Sitzungssaal und das Kasino.[406] Dabei adaptierte er gekonnt den Stil des von Hitler so geschätzten Paul Ludwig Troost (1878 – 1934), der wenige Jahre zuvor gestorben war.[407]

Architekturpläne ohne Maßstab

Für den kombinierten Entwurf Hotel plus Domizil der Feuersozietät an der projektierten Nord-Süd-Achse erhielt er als Honorar den Betrag von 200.000 Reichsmark, der ab Juni 1939 abschlagsweise an ihn ausgezahlt wurde.[408] Für die damalige Zeit war es äußerst üppig. Es stand jedoch im Einklang mit den finanziellen Sphären, in denen sich Speer bewegte. Auch Speers Finanzgebaren war entsprechend. So ließ er die Instandsetzung des Gebäudes Lichtensteinallee 3 und 3 a mit insgesamt 75 Räumen, die Speer als „Atelier", aber auch privat nutzen wollte, generös als (öffentliche) „städtebauliche Maßnahme" deklarieren.[409] Dafür waren bis 1944 Kosten in Höhe von 2.406.000 Reichsmark aufgelaufen, was „nach heutiger Währung etwa 38 Millionen Euro"[410] entspräche. Speer wusste um seine Schlüsselrolle in Hitlers Prestigeprojekt, der Schaffung einer neuen Hauptstadt – und dafür waren scheinbar unbegrenzte Mittel vorhanden. Schließlich sollten Wegmarken gesetzt werden, vergleichbar mit den Pyramiden der Ägypter. Dabei war schon Ende der 1930er-Jahre an allen Ecken der dramatische Rohstoffmangel spürbar, der beispielsweise auch den dringend notwendigen Wohnungsbau in Berlin stocken ließ.[411] Doch am geplanten Großprojekt gingen die vorbereitenden Arbeiten weiter, so auch am neuen Gebäude für die Feuersozietät. Cäsar Pinnau lieferte jedoch nur eine grobe Vorplanung, der eine Zeichnung beigefügt war (1:1.000), wobei insbesondere die Integration des vorhandenen Gebäudes, die sichtbar sein sollte, nicht gelöst wurde; stattdessen war der geplante Neubau einfach über Teile des bestehenden Baus der Feuersozietät gestülpt worden.

Eine vergleichsweise verschont gebliebene Häuserzeile nach dem Krieg.

Konkrete Kostenschätzungen fehlten. Es kam dann auch noch ein Fassadenentwurf ins Spiel, auf den im Büro des Generalbauinspektors besonderer Wert gelegt wurde. Für das projektierte „Hotel Bremen" mit 3.000 Betten und das Verwaltungsgebäude für die Feuersozietät der Provinz Brandenburg wurden schließlich auch zwei Modelle (1:100) angefertigt, nachdem die Fenstergestaltung auf Wunsch von Speer noch einmal überarbeitet worden war. Die Rechnungen in Höhe von 15.000 Reichsmark und gut 11.000 Reichsmark für die Modelle übernahm das Büro des Generalbauinspektors.[412] Direktor Mengel von der Feuersozietät erkundigte sich in regelmäßigen Abständen nach der Planung, doch die Sache kam nicht recht weiter, weder im konkreten Projekt wie auch bezogen auf das Gesamtprojekt „Germania" insgesamt. Dessen Realisierung war ursprünglich bis 1950 angelegt. Ab 1939 dämpfte der Kriegsverlauf zunehmend den Planungseifer, bis das Vorhaben 1943 dann ganz eingestellt wurde. Cäsar Pinnau hatte den letzten Abschlag seines Honorars erhalten.[413] Mit Datum 22./23. November 1943 findet sich bezüglich des Projekts der Feuersozietät in einer Akte im Bundesarchiv der Hinweis, dass die „Original-Akte" durch „Feindeinwirkung vernichtet" wurde.[414] So lässt sich nicht abschließend klären, in welcher Form die Feuersozietät der Provinz Brandenburg an dem ihr aufgezwungenen Vorhaben festhielt, das für ihre Verhältnisse ohnehin überdimensioniert war. Eine wirtschaftliche Nutzung des Baus hätte nur infolge einer Erweiterung des Geschäftsgebiets der Versicherung erzielt werden können. Wahrscheinlich hatte die Versicherung auf den erfolgreichen Ausgang des Kriegs spekuliert und die damit verbundene erhebliche Ausdehnung ihrer Tätigkeit auf eroberte und annektierte Gebiete.

Exponate des Feuerschutzmuseums der Feuersozietät.

Es kam bekanntlich anders: Die Zerstörungen infolge des Kriegs nahmen im eigenen Land immer größere Ausmaße an. Albert Speer übernahm im Oktober 1943 ganz pragmatisch einen neuen Geschäftsbereich des Bauens, er leitete nun den reichsweit agierenden „Aufbaustab zerstörter deutscher Städte", nachdem er 1942 bereits Nachfolger des tödlich verunglückten Rüstungsministers Fritz Todt geworden war.[415]

Zurück zur Lage der Städtischen Feuersozietät Berlin

Das Schild der Städtischen Feuersozietät nach 1935.

Während vergleichbare Bauvorhaben die Städtische Feuersozietät Berlin unberührt lassen konnten, hatte der Kriegsverlauf auch auf sie unmittelbare Auswirkung. Das Gebäude in der Parochialstraße erlitt einzelne Bombentreffer, bei denen „wertvolles Material“ zerstört wurde.[416]

Formal behielt die Feuersozietät zwar ihren Sitz in der Parochialstr. 1/3 weiterhin bei[417], doch musste sie schon bald den Ansprüchen der zentralen Stadtverwaltung weichen. Es fehlte ihr an Einfluss, um sich der Verdrängung aus dem eigenen Gebäude widersetzen zu können. 1943 belegte der Bezirksbürgermeister Mitte das gesamte Haus „zur Betreuung Bombengeschädigter“.[418] Die Feuersozietät musste ihre Dienststelle nach Groß-Glienicke bei Kladow verlagern.[419] Am 12. September 1944 konnte sie in einige wenige Räume ihres Hauses zurückkehren, das ansonsten weiterhin überwiegend von verschiedenen Dienststellen des Magistrats genutzt wurde.

Die Zerstörung der Stadt wurde immer unübersehbarer, das Personal war durch Einberufung und Abordnung auf einen kleinen Teil geschrumpft. Im Geschäftsbericht für das Geschäftsjahr 1943/44 vom 15. Februar 1945 sprach die Sozietätsleitung noch „allen Gefolgschaftsangehörigen für ihren pflichttreuen Einsatz ihre Anerkennung aus.“[420]

Krieg und Feuerversicherung

Im Mittelpunkt der konzeptionellen Überlegungen der nationalsozialistischen Führung hatte schon früh der Angriffskrieg gestanden. Neben der konkreten militärischen Aufrüstung und dem Aufbau der Wehrmacht ab 1935 wurde mit dem Projekt der Vier-Jahres-Plan-Behörde, dem Reichsarbeitsdienst, der (para-)militärischen Schulung von Kindern und Jugendlichen in der Hitlerjugend (HJ) und dem Bund deutscher Mädel (BDM), um nur einige zu nennen, gleich auf mehreren gesellschaftlichen Ebenen frühzeitig eine Struktur für Kriegshandlungen geschaffen. Dieser Primat des Bellizismus schlug sich auch bei der Feuersozietät nieder, so in der formell eingegangenen Kooperation mit dem Reichsluftschutzbund und der Reichsarbeitsgemeinschaft Schadenverhütung. Letztere war 1934 als eine Sonderabteilung der NS-Wohlfahrt (NSV) im Auftrag des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda errichtet worden, um Werbung und Informationspolitik im Bereich „Schadenverhütung“ politisch lenkbar zu machen.[421]

In der Darlegung des ersten Chronisten der Feuersozietät, Dr. Dr. Georg Helmer, wird deutlich, dass bezogen auf die originäre Versicherungstätigkeit auch in der Sondersituation ‚Krieg‘ die Brandverhütung vorrangigen Stellenwert haben sollte, um die „Erhaltung aller Sachwerte“ sicherzustellen.[422] Dieser Ansatz konnte selbstredend nur wirkungsvoll greifen und beibehalten werden, wenn man einen nach außen gerichteten Angriffskrieg voraussetzte, der lediglich kleinere Scharmützel auf dem eigenen Staatsgebiet einkalkulierte, wie es im vorangegangenen Krieg der Fall gewesen war. Wie der spätere Kriegsverlauf zeigen sollte, funktionierte das Konzept nicht. Gleichwohl rückte die Feuersozietät auch während des Zweiten Weltkriegs nicht von dem Grundsatz der Verpflichtung zum Wiederaufbau ab. Angesichts der zuletzt schwersten Kämpfe um Berlin war aber dieser Pflicht nicht mehr nachzukommen. Die Schäden häuften sich in ungeahnter Dimension. Die Menschen versuchten nur noch ihr Leben zu retten, um Erhaltung von Sachwerten ging es kaum mehr. Schadenmeldungen kamen größtenteils gar nicht mehr bei der Feuersozietät an. Rein rechtlich war aber der Wiederaufbau eines zerstörten Gebäudes nach wie vor die Voraussetzung für die Entschädigungsleistung. Da dieser nicht erfolgte, entfiel entsprechend auch die Leistungsverpflichtung für die Feuersozietät von Berlin.

Der zerstörte Reichstag.

Per App übers zerstörte Berlin fliegen.

Mit der Zerstörung Berlins durch die Luftangriffe der Alliierten waren faktisch viele Versicherungsverträge hinfällig geworden. Geht man von der Zahl von 44.612 Policen aus, die 1943 bestanden, machen die verbliebenen 40.000 Verträge, auf die die Feuersozietät nach Kriegsende zurückgreifen konnte, eine Reduzierung um rund 10 Prozent aus. Zahlreiche versicherte Objekte, die teilweise schwer beschädigt waren, lagen im zentralen Bereich Berlins, wo die Zerstörungen besonders heftig waren. Auch die großen Industriestandorte, ebenfalls versichert und nicht wieder aufgebaut, waren vernichtet.

Auch wenn letztlich keine exakten Beträge mehr ermittelt werden können, sind die von Versicherungsnehmern erlittenen Einbußen anhand der Versicherungswerte doch annähernd darzustellen. Wenngleich am Ende die Zahlen eher Annäherungswerte wiedergeben, ist es notwendig, die Einbußen anhand der Versicherungswerte darzustellen: 12,39 Milliarden Reichsmark hatte der Wert 1941/42 ausgemacht[423], stetig sank er durch die Zerstörungen auf ca. 10,92 Milliarden im Geschäftsjahr 1943/44. Nach Kriegsende wurde die Versicherungssumme insgesamt auf 5 bis 6 Milliarden Reichsmark (24.7.1945) geschätzt, rund die Hälfte des Bestandes im letzten „ordentlichen“ Geschäftsjahr.

Für die Bewohner der Stadt war die Situation dramatisch. Abgesehen vom Verlust von Angehörigen und den vielen in den Bombenangriffen Umgekommenen gab es einfach keinen Wohnraum mehr. Von den ehemals 1.543.556 Wohnungen[424] waren 500.000 vollständig zerstört und rund 100.000 schwer beschädigt. 75 Millionen Kubikmeter Trümmer überdeckten die Stadtfläche.[425]

Mit dem Kriegsende begann denn auch für die Feuersozietät ein neues Kapitel.

Fazit

Hinter all den Über- und Eingriffen der Anfangsjahre des Nationalsozialismus steckte kein entwickeltes Wirtschaftskonzept. Die personellen Umbesetzungen in der öffentlich-rechtlichen Versicherungswirtschaft ließen deutliche Anzeichen von Patronage und Nepotismus erkennen. Es ging dabei nicht um systemverändernde Strukturen. Mit dem Wandel in einen „nationalsozialistischen Musterbetrieb“ kam bei der Städtischen Feuersozietät Berlin auch nach außen die Anpassung an die ideologischen Anforderungen zum Tragen. Trotz seiner deutschlandweit nicht unbedeutenden Stellung scheint das Unternehmen sich nicht weiter bemerkbar gemacht zu haben, es blieb während der NS-Zeit „unter dem Radar“ gesellschaftlicher Auffälligkeit. Erst als die Planungen für den Umbau der Hauptstadt in ein Machtzentrum Germania einsetzten, geriet auch die Berliner Feuersozietät, noch mehr ihre Brandenburgische Schwester, in Bedrängnis – als Inhaberinnen von im Weg stehenden Immobilien im Zentrum Berlins. Die Feuersozietät beugte sich den Anforderungen, die an sie gestellt wurden, und war in ihrem Bereich stützendes Element innerhalb des nationalsozialistischen Systems. Die schon vor und während der NS-Zeit virulente Konkurrenz mit der Brandenburgischen Feuersozietät blieb weiter bestehen. Die entscheidende Auseinandersetzung scheint man auf spätere, ruhigere Zeiten verschoben zu haben.

Es ist anzunehmen, dass im Falle des Sieges des nationalsozialistischen Deutschlands auch in der Versicherungswirtschaft weitreichende Neustrukturierungen erfolgt wären. Die Lösung des prinzipiellen Konflikts zwischen öffentlich-rechtlichen und privatwirtschaftlichen Versicherungen hätte hier vermutlich zu ganz neuen, möglicherweise monopolistischen Konstellationen führen können.

1945 bis 1989

ZEITEN**WECHSEL**

1945 markierte den wohl größten Wendepunkt in der Geschichte der Feuersozietät: Die großen Kriegsschäden überstiegen ihre Leistungsfähigkeit bei Weitem. Der Neugründung 1947 – rückwirkend für das Jahr 1945 – folgte schon 1948 die Aufteilung in Ost und West. Mit der Verstaatlichung im Ost-Teil der Stadt beschränkte sich das Geschäftsgebiet nur noch auf West-Berlin. Parallel zu dieser Verkleinerung vergrößerte sich das Portfolio um den Bereich Lebensversicherung. Und das Leben, das begann wieder: Wiederaufbau, Wirtschaftswunder, die Geschäfte und das Angebot der Feuersozietät wuchsen wider alle Wirren weiter. Mauerbau 1961, Studentenproteste 1968, Anschlag im La Belle 1986 – so bewegt die Zeiten in der Halbstadt auch waren, so eingerichtet hatte man sich auf das (Geschäfts-)Leben zwischen Spandau und Neukölln, Reinickendorf und Zehlendorf. Und 1989 sollte dann ein neuer, glücklicher Zeitenwechsel folgen: der Fall der Mauer.

Spittelmarkt, 1946; Stiftung Stadtmuseum Berlin.

Vom „Zusammenbruch“ bis zur Wiedervereinigung

Generalfeldmarschall Wilhelm Keitel (Oberkommando Wehrmacht/Oberbefehlshaber Heer) unterzeichnet die Urkunde über die bedingungslose Kapitulation im Hauptquartier der sowjetischen Truppen in Berlin-Karlshorst, 8. Mai 1945.

Es geht weiter – irgendwie. Die Zeit bis 1950

Mai 1945 – die sowjetischen Truppen hatten Berlin eingenommen, die Kampfhandlungen wurden eingestellt. Die Stadt lag in Trümmern. Notdürftig versorgten sich die Menschen, versuchten, das städtische Leben neu zu ordnen. Die Verwaltung musste ihre Arbeit unter neuen Bedingungen aufnehmen. Doch zuvor wollte die einrückende sowjetische Militäradministration sicherstellen, dass das nationalsozialistische Regime sachlich und personell vollständig abgewickelt wird. Die Formulare der Nazi-Administration wurden umgestempelt oder verbrannt. Um zu verhindern, dass von den öffentlichen Konten Geld abgezogen wurde, aber auch, um Geldströme der Privatwirtschaft zu blockieren, erließ Stadtkommandant und Garnisonschef Nikolai E. Bersarin (1904–1945) schon am 28. April 1945, noch vor der formellen Kapitulation und dem offiziellen Kriegsende, den Befehl Nr. 1, der alle Aktivitäten von Banken und Versicherungen zeitweilig untersagte. Tresore wurden versiegelt, Bankkonten gesperrt.[426]

Am 19. Mai 1945 führte Bersarin den parteilosen Bauingenieur Dr. Arthur Werner (1877–1967) in sein Amt als Oberbürgermeister ein.[427] Aufgrund der massiven Zerstörungen am Roten Rathaus und am Stadthaus hatte man auf die Schnelle den fensterlosen Saal im Haus der Städtischen Feuersozietät Berlin für die Zeremonie hergerichtet, hier hielten sich die Schäden in Grenzen. Der Berliner Magistrat blieb dann auch erst einmal dort und hatte fortan seinen Hauptsitz in diesem Gebäude.[428] Im Juli 1945 waren die US-amerikanischen Truppen ebenfalls nach Berlin vorgerückt, sodass am 11. Juli 1945 im Verein mit den Briten die Interalliierte Militärkommandantur der Siegermächte (noch ohne Frankreich) ihre Tätigkeit in der Stadt aufnehmen konnte.[429]

Sichtung der Schäden

Einen Monat nach Kriegsende öffnete die Sparkasse als erstes Geldinstitut wieder die Tore. Anfang Juni 1945 folgten die städtischen Kassen.[430] Bei der Städtischen Feuersozietät ruhten die Geschäfte formal vom 8. Mai bis zum 30. September 1945. Ihr Leitungsstab wurde abgesetzt. Aus der Belegschaft wurden die ehemaligen Mitglieder bzw. Funktionsträger der NSDAP, so sie noch am Leben waren, ihrer Posten enthoben; es betraf „namentlich die höheren Gehaltsgruppen“.[431] Auch ein erheblicher Teil der Mitglieder des Verwaltungsrats hatte der NSDAP angehört und verlor damit die Stellung.[432] Nicht wenige Mitarbeiter waren im Krieg umgekommen oder befanden sich noch in Kriegsgefangenschaft.

Nun musste erst einmal gesichtet werden, wie es um die Anstalt des öffentlichen Rechts – die Städtische Feuersozietät – stand. Die versicherungstechnischen Aspekte waren in dieser Situation zunächst zweitrangig, das Unternehmen selbst musste restrukturiert werden. Mit einer ersten Bestandsaufnahme wurde Reinhold Wilke (geb. 1885) betraut, in seiner Eigenschaft als Stadtamtsrat bei der Stadtkämmerei. Er sollte später auch dem Vorstand angehören. Wilkes Untersuchungsergebnisse finden sich in einem internen Bericht vom 24. Juli 1945.[433] Von ursprünglich 65 Mitarbeitern standen demnach nur noch 17 zur Verfügung. Die Geschäftskasse wies einen Betrag von 738,46 Reichsmark auf, das (gesperrte) Postscheckkonto gerade einmal 2.360,67 Reichsmark.[434] Genauere Auskünfte über den gesamten Kassenstand waren dem Bericht zufolge nicht möglich, weil bis zu diesem Zeitpunkt der Tresor noch nicht hatte geöffnet werden können. Geschäftsführer Balzer, Parteigenosse wie viele seiner Kollegen, der bei letzten Kämpfen in Spandau im April 1945 ums Leben gekommen war, hatte den einzigen noch existierenden Tresorschlüssel wohl mit nach Hause genommen. Der Tresor musste aufgebrochen werden. Was dabei zu Tage gefördert wurde, ist nicht dokumentiert.

Einsetzung des ersten Magistrats durch den sowjetischen Stadtkommandanten Nikolaj E. Bersarin mit Oberbürgermeister Dr. Arthur Werner (stehend), 19. Mai 1945; Stiftung Stadtmuseum Berlin.

Der Bericht des Stadtamtsrats vom Juli 1945 umschreibt die Finanzsituation der Feuersozietät weiter mit der Feststellung, dass Wertpapiere im Umfang von 13,3 Millionen Reichsmark bei der Berliner Stadtbank deponiert waren. Dieser Posten stellte die Rücklagen des Unternehmens dar, die schon in normalen Zeiten für den Betrieb der Versicherung unabdingbar gewesen wären. Als notwendige Reserve hätten sie entsprechend sicher angelegt sein müssen. Nun, infolge des Kriegs, war mit weitaus höheren zusätzlichen Belastungen zu rechnen, jetzt wären die Rücklagen im besonderen Maße nötig gewesen, um darauf zur Schadenerstattung zugreifen zu können. Berichterstatter Wilke ging offenbar davon aus, dass mit Aufhebung der Sperrung der Konten und Bankfächer die Wertpapiere als Guthaben zu aktivieren gewesen wären.

Laut einer später verfassten Rohbilanz für 1945 sollen die Einlagen sogar mehr als 16 Millionen Reichsmark betragen haben.[435] Demgegenüber korrigierte der Abschlussprüfbericht von 1947 das Volumen auf mindestens 14,3 Millionen Reichsmark, von denen die Reichsanleihen mit 12,3 Millionen Reichsmark den größten Teil ausmachten. Die übrigen Wertpapiere bezogen sich auf Schuldverschreibungen der Bank der Deutschen Luftfahrt A.G., auf Kommunalanleihen, Pfandbriefe, Industrie-Obligationen (AEG) und Aktien (Ostmark-Versicherungs-A.G.).[436]

Der hohe Anteil von Reichsanleihen erklärt sich durch die Einbindung der deutschen Wirtschaft in das System der NS-Kriegspolitik: Seit 1935 hatte das Reichswirtschaftsministerium auch von den Versicherungen dahingehende Zugeständnisse erwartet. Lebensversicherungen sollten 15 Prozent ihrer Prämieneinnahmen in Reichsanleihen investieren, die übrigen Versicherungen mussten immerhin drei Prozent des anzulegenden Kapitals für staatliche Wertpapiere verwenden. Ziel dieser Auflagen war die breit gestützte Finanzierung der Aufrüstung und letztlich des Kriegs. Insgesamt sollen auf diese Weise bis zum 8. Mai 1945 rund „380 Milliarden Reichsmark an Schulden im Inland … bei den eigenen Bürgern, den Banken, Versicherungen und anderen Unternehmen…“ und geschätzte „170 Milliarden Reichsmark … in den besetzten Ländern“ entstanden sein.[437]

Den Maßgaben des Reichswirtschaftsministeriums war die Städtische Feuersozietät nicht nur pflichtgemäß nachgekommen, sie hatte sie übererfüllt, indem sie nämlich seit 1935[438] weit über drei Prozent ihrer Einnahmen in Reichsanleihen zeichnete. Obwohl die Verzinsung 1939 von 4,5 Prozent auf 4 Prozent herabgesetzt wurde, später noch weiter auf 3,5 Prozent, blieb sie bei ihrem Engagement, insbesondere als der Krieg bereits im Gange war (hier ein Auszug)[439]:

Deutsche Reichsanleihe von 1940 bis 1945 in RM

4%	1940	700.000
4,5%	1940	518.000
3,5%	1941	1.500.000
3,5%	1942	3.150.000
3,5%	1943	1.794.000
3,5%	1944	1.300.000
3,5%	1945	1.000.000

Andreasplatz, Friedrichshain, Rest der Figurengruppe *Mutter mit schlafendem Kind* von Edmund Gomansky; Stiftung Stadtmuseum Berlin.

Noch 1945, in den letzten Kriegsmonaten, wurden Reichsanleihen für eine Million Reichsmark im Reichsschuldenbuch eingetragen, die liquiden Mittel der Feuersozietät müssen dadurch fast vollständig absorbiert worden sein, waren zudem durch die langen Laufzeiten entsprechend langfristig gebunden. Bei der Führung der Feuersozietät scheinen keinerlei Zweifel an der Verlässlichkeit dieser Investition aufgekommen zu sein. Ob die Spitze bis zum Schluss vom Sieg Nazi-Deutschlands überzeugt war oder aus Angst so handelte – in jedem Fall ruinierte sie das Unternehmen auf diese Weise immer weiter. Jedem unternehmerisch Denkenden hätte die Investition spätestens zu diesem Zeitpunkt als vergeudete Ausgabe erscheinen müssen.[440] Im später erstellten Abschlussprüfbericht 1947 wurden die Wertpapiere dann lapidar in einer Sonderspalte als „Durch Kriegsereignisse und Kriegsfolgen zweifelhaft gewordene Aktiva“ aufgeführt.[441]

Zu den ungünstigen finanziellen Voraussetzungen kam für die Assekuranz hinzu, dass sich angesichts der Kriegszerstörungen eine erhebliche Reduktion der Zahl der versicherten Gebäude abzeichnete. Während im Geschäftsjahr 1942/43 bei einer Gesamtversicherungssumme von 13,35 Milliarden Reichsmark noch eine Jahreseinnahme von rund 3,33 Millionen Reichsmark erzielt worden war, hatte sich dieses Volumen schon im Geschäftsjahr 1943/44 auf 11,8 Milliarden Reichsmark Vertragsbestand und eine jährliche Einnahme von 3,02 Millionen Reichsmark verringert, wobei sich die Reduktion wegen des verbliebenen Bestandes der noch existierenden Industrieanlagen in der höchsten Gefahrenklasse zu diesem Zeitpunkt in Grenzen hielt. Zu vermuten ist aber, dass 1943 bereits mehr Gebäude untergegangen waren, als tatsächlich belegt werden konnte, denn man hatte längst den Überblick verloren. Bei der Bilanzierung ging man deshalb davon aus, dass nur noch Verträge mit einer Summe von 9,55 Milliarden Reichsmark fortbestanden. Falls das zutraf, bedeutete das für einen Teil der Versicherten, die ihren gesamten Jahresbeitrag bereits entrichtet hatten, deren Gebäude aber zerstört waren, dass sie ein Beitragsguthaben bei der Feuersozietät hatten. Das mag im Einzelfall zwar keinen hohen Betrag ausgemacht haben, wird aber in der Summe nicht unerheblich gewesen sein. Für das Geschäftsjahr 1944/45 ließen sich dann allgemeine Schätzungen vornehmen. Im Juli 1945 ging man demnach nur noch von einem Versicherungsbestand mit einem Wert von etwa 5 bis 6 Milliarden Reichsmark aus, was einem Verlust der Hälfte der Versicherungssumme entsprach, zumal die großen Industrieunternehmen zu einem erheblichen Teil zerstört oder bereits demontiert waren. Ganz praktisch stellte sich das Problem, dass keine aktuellen Listen der Versicherungsnehmer existierten und insofern auch keine Beiträge mehr hätten eingezogen werden können. Zudem war völlig unklar, wie viele Beiträge (auch für die Zeit vor dem 8. Mai 1945) überhaupt hätten entrichtet werden müssen und ob sie nachgefordert werden konnten. Die Gründe für diese rückständigen Zahlungen waren (und blieben es zumeist auch) ungeklärt: In zahlreichen Fällen hatte man keinerlei Informationen darüber, ob die versicherten Gebäude zerstört waren, ob die Eigentümer verstorben waren oder als verschollen zu gelten hatten. Ohne Kapital und ohne sichere Einnahmen war der Handlungsspielraum der Feuersozietät erst einmal begrenzt. Eine Vermögensübersicht wies für 1946 nur noch rund 1,5 Millionen Reichsmark aus, wovon allein der Grundbesitz in der Parochialstraße mit 1,4 Millionen Reichsmark eingestellt war, für den eine hypothekarische Belastung zu diesem Zeitpunkt wohl kaum möglich gewesen wäre. Konkret hieß das, dass rein rechnerisch nur noch 104.200 Reichsmark an flüssigen Mitteln zur Verfügung standen.[442] Dabei waren die Schäden in Höhe von fast 4,9 Millionen Reichsmark, die in den Monaten vor Kriegsende nicht mehr hatten übernommen werden

Wohnhaus mit Bombentreffer.

können, noch nicht einmal berücksichtigt.[443] Bilanzverhältnisse diesen Zuschnitts ließen sich nicht mehr kaschieren. Obwohl die Geschäfte erst einmal ruhten, wurden bereits wieder Kundengespräche geführt. Dabei sollten die Kunden auf die schwierige Situation hingewiesen werden. Mehr oder weniger offen wurde darauf gesetzt, dass die Versicherten absehbar erst einmal darauf verzichteten, überhaupt Ansprüche zu erheben.

Die Lage war desolat. Die Liquidität war geschwunden und das Unternehmen war absehbar nicht mehr in der Lage, seinen Verpflichtungen nachzukommen. Das formale Ruhen der Geschäfte entlastete die Feuersozietät zwar vorübergehend, weil in dieser Zeit keine Leistungen fällig wurden, doch löste das die Schwierigkeiten nicht dauerhaft. Bauliche Instandsetzungsarbeiten und Reparaturen mussten laufend bezahlt werden. Im Sommer 1945 entschloss sich die Geschäftsführung daher, ein (kleines) Betriebsdarlehen in Höhe von 2.000 Reichsmark beim Berliner Magistrat aufzunehmen.[444]

Die weitere Entwicklung

Angesichts dieser Voraussetzungen mag es nicht überraschen, dass nun eine Phase höchst wechselhafter Ereignisse folgte, die durch teilweise ganz widersprüchliche Vorgaben geprägt war. Wer die Entwicklung damals unmittelbar miterlebte, seien es die Versicherten oder die neuen Mitarbeiter, wird von den sich ständig ändernden Gegebenheiten in den ersten fünf Jahren nach Kriegsende zumindest verwirrt worden sein; und dies in einem Geschäftsbereich, der wie kein anderer so sehr auf Beständigkeit und Vertrauenswürdigkeit beruht wie die Versicherungsbranche. In einer Zeit, in der sich alle Lebensbereiche sehr unstet gestalteten, werden die Menschen wohl auch solche geschäftlichen Turbulenzen lediglich als Ausdruck ihrer unsicheren Gegenwart registriert haben.

Retrospektiv lässt sich die Situation in einzelnen Schritten wie folgt umreißen:

- **20. August 1945,** Magistratsbeschluss über die Gründung einer (neuen) **Städtischen Feuerversicherungsanstalt** von Berlin.[445]
- **3. Dezember 1945,** Magistratsbeschluss über die Auflösung und Liquidierung der (vormaligen) Städtischen Feuersozietät – rückwirkend zum 30. September 1945.
- **12. August 1946,** Magistratsbeschluss über die nunmehr wieder aufzuhebende Liquidation der Feuersozietät.
- **1. Januar 1947:** Die Feuersozietät Groß-Berlin nimmt rückwirkend zum 1. Oktober 1945 wieder ihre Geschäfte auf; die Unterlagen der im August 1945 gegründeten Städtischen Feuerversicherungsanstalt gehen auf sie über.
- **1948/49:** Teilung der Feuersozietät Groß-Berlin in Hauptverwaltung Ost und West.
- **1950 (Staatsgebiet DDR):** Errichtung der Vereinigten Großberliner Versicherungsanstalt als Monopolversicherung für Ost-Berlin, die sämtliche Versicherungen, auch die der Feuersozietät Hauptverwaltung Ost, übernimmt.
- Das Geschäftsgebiet der Feuersozietät beschränkt sich von nun an allein auf West-Berlin.

Die Gründung der (neuen) Städtischen Feuerversicherungsanstalt 1945

Am 12. Oktober 1945 trat deutschlandweit, auf der Grundlage des Alliierten Kontrollratsgesetzes Nr. 2, das Verbot der NSDAP und aller ihrer Gliederungen in Kraft.[446] Mit demonstrativ vorgenommenen personellen Ablösungen in Verwaltung und Wirtschaft sollte ein deutliches Zeichen für den Bruch mit den maßgeblichen Stützen des nationalsozialistischen Regimes gesetzt werden. Wie ansonsten die deutsche Wirtschaft neu organisiert werden sollte und welche Konzepte dafür infrage kamen, darüber bestand in den jeweiligen Sektoren der Alliierten weiterhin Unklarheit. Im Falle der Städtischen Feuersozietät Berlin, die ihren Sitz im sowjetischen Sektor hatte, war die Perspektive jedoch eindeutig benannt. Wenngleich es sich um eine öffentlich-rechtliche Versicherung handelte, sollten ihre Geschäfte beendet werden. Bevor dies geschehen konnte, musste eine Alternative geschaffen werden.

Einzelne Mitglieder des Berliner Magistrats hatten frühzeitig problematisiert, dass sie gegen die Konstruktion von „Mammutmonopolkonzernen“ waren, sie signalisierten aber auch, dass sie neue Normen der Wirtschaftsführung nicht handstreichartig festgelegt wissen wollten. Kritik an solchen Entwicklungen kam u.a. von Stadtrat Dr. Hermann Landwehr (1884–1955, parteilos; Abt. für Wirtschaft), der dem bürgerlichen Widerstand um Carl Friedrich Goerdeler angehört hatte. Landwehr wies darauf hin, dass man berücksichtigen müsse, wie eine Institution vor dem 8. Mai 1945 entstanden war, um entsprechend die Hierarchie der Normsetzung unter der nun geltenden Besatzungsmacht einzuhalten. Denn am 24. August 1945 wurde per Rundschreiben erklärt: „Keine deutsche Behörde darf eine Verfügung oder ein Gesetz erlassen, die vor der Besetzung die Zustimmung einer Ministerial-, gesetzgebenden oder einer anderen nicht mehr bestehenden Behörde erfordert hätten …“[447] Diese Maßgabe betraf die Städtische Feuersozietät unmittelbar, als ihre Satzung seinerzeit in Abstimmung mit der (ehemaligen) preußischen Ministerialbehörde zustande gekommen war, obgleich sie eine städtische Einrichtung war. Und insofern war auch der Beschluss der Auflösung der Feuersozietät durch den Magistrat, der im Dezember 1945 – rückwirkend zum 30. September – verabschiedet wurde, formal problematisch.[448]

Im Zusammenhang mit der Neugründung der Berliner Städtischen Feuerversicherung (August 1945) und der nachträglichen Auflösung der Feuersozietät standen ganz grundsätzliche allgemeinpolitische Fragen im Raum: Wie sollte das Banken- und Versicherungsgewerbe künftig gestaltet werden? Hier gingen die Positionen der beiden dominierenden Alliierten – USA und Sowjetunion – prinzipiell auseinander.

Geteilte Pläne, geteiltes Land

Die Alliierten hatten unterschiedliche Vorstellungen zur wirtschaftlichen Entwicklung im besetzten Deutschland.

Die Vereinigten Staaten hatten im Vorfeld der deutschen Niederlage bei der Foreign Economic Administration (FEA) in Washington ein ganzes Team von Wissenschaftlern, darunter viele ehemalige Deutsche, beschäftigt, um den demokratischen Aufbau des Landes vorzubereiten.[449] Die umfangreichen Vorlagen deckten sich jedoch nicht mit den aktuellen Vorstellungen des amerikanischen Finanzministers; hinzu kam, dass man diese Ausarbeitungen, die auf der anderen Seite des Ozeans entstanden waren, vor Ort in Berlin kaum oder gar nicht zur Kenntnis nahm.[450] So blieb u.a. auch die Frage nach dem Fortbestand des unabhängigen Versicherungsgewerbes vorerst offen. Es scheint, als hätten strukturell verändernde Maßnahmen zu diesem Zeitpunkt nicht an erster Stelle auf der Agenda der Westalliierten gestanden.

Auf sowjetischer Seite sah dies anders aus. Und selbst die wieder auf die politische Bühne tretende Berliner SPD forderte schon Mitte Juni 1945 in radikalem Duktus in einem Aufruf: „Wiederaufbau der Wirtschaft unter Mitwirkung der kommunalen Selbstverwaltung und der Gewerkschaften. Beschleunigte Wiederherstellung der Verkehrsmittel, Beschaffung von Rohstoffen, Beseitigung aller Hemmungen der privaten Unternehmerinitiative unter Wahrung der sozialen Interessen. Beseitigung der nazistischen Überorganisation in der Wirtschaft. (…) Verstaatlichung der Banken, Versicherungsunternehmungen und der Bodenschätze.“[451]

Was aus dieser politischen Zielsetzung folgerte und welche Schritte zu ihrer Umsetzung angedacht wurden, war zu diesem Zeitpunkt noch wenig konkret. Sollte das Versicherungsgewerbe insgesamt verstaatlicht werden oder nur das privatwirtschaftliche? Galt eine öffentliche Versicherung als staatliche? Auch im Magistrat gingen die Ansichten zu diesem Thema auseinander: so beklagte Bürgermeister Paul Schwenk (KPD), nach einem Bericht von Stadtkämmerer Dr. Erich Siebert (parteilos), die Situation des privaten Versicherungsgewerbes, insbesondere die „verhängnisvolle Rolle“, die die Versicherungsgesellschaften bei der „Kriegsfinanzierung gespielt hätten“, und forderte, dass die Ergebnisse der Potsdamer Konferenz zum Umgang mit „Konzernen und Trusts“ auch auf Versicherungen anzuwenden seien.[452] Das hätte ihre grundsätzliche Zerschlagung bedeutet. Gegen diese Option hatte sich sofort Widerspruch geregt. Stadtrat Dr. Hermann Landwehr, Probst Heinrich Grüber und Dr. Ernst Schellenberg (SPD) sprachen die Empfehlung aus, keine „überstürzten Beschlüsse“ zu fassen und stattdessen einen Ausschuss für Versicherungsfragen einzurichten.[453] Unbestreitbar war, und dies konnte der Städtischen Feuersozietät berechtigterweise angelastet werden, dass sie mit ihrem Erwerb von Wertpapieren einen im Untergehen begriffenen Staat und einen katastrophalen Krieg gesponsert hatte. Es muss allerdings offenbleiben, ob zum Zeitpunkt dieser Debatte im Magistrat die volle Dimension des Engagements der Feuersozietät überhaupt schon bekannt war.[454] Es liegt jedoch nahe anzunehmen, dass hier das Motiv zu suchen ist, die Feuersozietät durch eine neu gegründete Feuerversicherungsanstalt zu ersetzen. In diesen Zusammenhang muss auch die Entscheidung einbezogen werden, dass der Magistrat zwei Wochen später beschloss, ein Aufsichtsamt für das Versicherungswesen aufzubauen, das „die Aufgaben des ehemaligen Reichsaufsichtsamtes“ für Berlin übernehmen sollte.[455] Jede – private wie öffentliche – Versicherungsgesellschaft, die weiter tätig werden wollte, sollte von diesem Amt künftig eine Genehmigung einholen. Bewerbungen um den Betrieb neuer Gesellschaften waren damit erst einmal ausgeschlossen, dies bekräftigte auch der Befehl der Alliierten Kommandantur vom 29. September 1945.[456]

Weitere Fragen drehten sich um die Gültigkeit noch bestehender Ansprüche von Versicherten an ihre Versicherung und berührten damit die Frage nach der Rechtsnachfolge der Feuersozietät.[457] Für die Feuerversicherungsanstalt, die rückwirkend zum 30. September 1945 ihre Tätigkeit aufnahm, wurde explizit verneint, dass sie in der Nachfolge der Feuersozietät stand, obwohl sie augenscheinlich in deren Verträge eintreten wollte.[458]

Der Sitz der Berliner Feuersozietät nach 1945, Am Karlsbad 4/5, 1968.

Unabhängig von der Klärung all der offenen Punkte begann die neue öffentliche Berliner Feuerversicherung zum 1. Oktober 1945 mit der Arbeit.[459] Ihr lagen 40.000 alte Verträge der Städtischen Feuersozietät Berlin vor, die hätten neu geschätzt und abgeschlossen werden müssen. Aber dazu kam es nicht, denn die Geschäfte der neugegründeten Anstalt sollten nur eine kurze Episode bleiben. Im August 1946 wurde der Beschluss über die Liquidation der Städtischen Feuersozietät vom Magistrat in Abstimmung mit den zuständigen Kommandanturstellen wieder gekippt. Offiziell löste sie dann zum 1. Januar 1947 – unter dem Namen Feuersozietät Groß-Berlin – die Städtische Feuerversicherungsanstalt von Berlin wieder ab – rückwirkend ab 1. Oktober 1945. Auf diese Weise blieb die Tradition der Feuersozietät rechtlich formal ungebrochen.

Doch was war der Anlass für diese Rückbesinnung? Traditionsbewusstsein war es sicherlich nicht. Der kommissarische Leiter der Abteilung für Finanz- und Steuerwesen, Willi Rumpf (SED), begründete den Schritt damit, „… daß die alte Feuersozietät über verbriefte Rechte in der Berliner Gebäudeversicherung verfügt, die die Stadt weiter ausüben will, jedoch von der Städtischen Feuerversicherungsanstalt als einer neugegründeten Anstalt nicht übernehmen lassen kann.“[460] Um welche „verbrieften Rechte in der Gebäudeversicherung“ es sich dabei handelte, lässt diese ebenso nebulöse wie irreführende Formulierung nicht erkennen. Das Monopol der Feuersozietät für die Berliner Bezirke 1–6 wird es kaum gewesen sein, denn das hatte die Feuerversicherung-Neugründung in der Zwischenzeit wahrgenommen. Es ist aber ausdrücklich hier von „Rechten“ die Rede, das lässt aufhorchen. Noch im August 1945, zum Zeitpunkt der Neugründung, war die Rechtsnachfolge der Feuerversicherung in der Linie zur Feuersozietät explizit verneint worden. Wahrscheinlich geschah dies damals, weil die Erstattungsverpflichtungen gegenüber den bei der Feuersozietät Versicherten als zu hohe Belastung erschienen. Aber nun – ein Jahr später – berief man sich ausdrücklich auf Rechte der Feuersozietät? Die einzig überzeugende Erklärung hierfür kann nur das erhebliche Volumen des damaligen Wertpapierbestands der Feuersozietät sein, das zunächst als verloren eingestuft worden war; offenbar wollte man den Anspruch auf Realisierung der Papiere, möglicherweise durch einen staatlichen Ausgleich, nicht gänzlich abschreiben.

Die Arbeitssituation bei der Städtischen Feuerversicherung

In der Zeit bis zur Wiedereinsetzung der Feuersozietät hatte die Feuerversicherung Berlin konkret den Betrieb aufgenommen und begonnen, die Geschäfte zu organisieren. Vorübergehend kam sie im Haus Klosterstr. 64 unter, denn im Gebäude der Feuersozietät in der Parochialstraße war weiterhin der Magistrat ansässig. Ab Oktober 1945 konnte sie das Gebäude der Feuersozietät der Provinz Brandenburg, Am Karlsbad 4/5, nutzen.[461] Die Feuersozietät der Provinz Brandenburg, die sich ebenfalls in Liquidation befand, hatte ihren Sitz nach Potsdam verlegen müssen.

Das übernommene Gebäude Am Karlsbad musste behelfsmäßig hergerichtet werden. Die Dacheindeckung war beschädigt, das gesamte vierte Stockwerk stand nicht zur Verfügung, die defekten Fenster und Türen – und davon gab es viele – wurden mit Pappe abgedeckt. Es gab kaum Büromobiliar, Papier oder sonstiges Zubehör. Neue Mitarbeiter[462] mussten erst eingestellt werden. Am 18. Oktober 1945 setzte der Magistrat eine neue Leitung von vier Personen ein[463]: Dr. Willy Müller-Wieland, Arthur George[464], Otto Thäle sowie als stellvertretendes Vorstandsmitglied Stadtamtsrat Reinhold Wilke, der gleich nach Kriegsende mit der Prüfung der Geschäfte der Feuersozietät betraut worden war.

Ende 1945 zählte die Belegschaft bereits 141 Mitarbeiter (86 männliche, 52 weibliche Angestellte und drei Arbeiter). Im darauffolgenden Jahr setzte sich der Einstellungsboom fort, Ende 1946 waren es 287 Beschäftigte. Gleichzeitig wurde mit dem Aufbau des Außendienstes begonnen.

Das Versicherungsgebiet – in räumlicher wie sparten-bezogener Hinsicht

Während andere Versicherungen, wie etwa die Allianz, spätestens ab 1948 in den drei Westzonen Deutschlands aktiv wurden und am dort einsetzenden Wirtschaftswachstum kontinuierlich partizipieren konnten, beschränkte die Städtische Feuerversicherung ihre Tätigkeit auf das (noch ungeteilte) Berliner Gebiet. Hierfür übernahm sie auch den vormals von der Brandenburgischen Feuersozietät i.L. betreuten Bestand im Wettbewerbsgebiet und stützte sich ansonsten weiter auf das Monopol der vorerst liquidierten Feuersozietät in Alt-Berlin, den Bezirken 1–6.[465] Auch bemühte sie sich aktiv um neue Versicherungsverträge.

Das Tätigkeitsgebiet der Feuerversicherung wurde nun um neue Versicherungszweige erweitert. War die Städtische Feuersozietät bisher als Sachversicherer für Brand- und Sturmschäden zuständig gewesen, wurde das Spektrum der Städtischen Feuerversicherung ausgedehnt auf die Sparten:

- Verbundene Hausratversicherung
- Mobiliar-Feuerversicherung
- Einbruch-Diebstahlversicherung
- Wasserleitungsschadenversicherung
- Unfallversicherung
- Haftpflichtversicherung
- Kraftfahrtversicherung
- Transportversicherung
- Lebensversicherung

1947 – die alte Feuersozietät war nun wieder in Amt und Würden – wurden der Öffentlichkeit vom Hauptamt für Statistik die Geschäftsergebnisse präsentiert[466]:

1946 gab es somit 55.890 Verträge im Bereich der Feuerversicherung, was bereits eine deutliche Erhöhung zu den 40.000 Verträgen der unmittelbaren Nachkriegszeit bedeutete. 1947 konnte der Bestand noch einmal um 8.000 Verträge erhöht werden, sodass sich ein Gesamtvolumen von nunmehr knapp 64.000 Verträgen ergab. Jetzt wurde auch die sogenannte Mobiliar-Feuerversicherung angeboten, ein Zweig, bei dem über Jahre strittig gewesen war, ob er direkt an die Gebäudeversicherung geknüpft werden dürfte. Im Bereich der sogenannten Verbundenen Hausratversicherung sowie in der Transportversicherung, deren absolute Zahl zwar überschaubar blieb, die jedoch hohe Einnahmen erzielte, war es ebenfalls zu zahlreichen Abschlüssen gekommen.

Städtische Feuersozietät – Versicherungen, Versicherungssummen, Jahresergebnis

	1946			1947		
Versicherungszweig	Versicherungen	Versicherungssumme in 1.000 RM	Ergebnis p.a. in 1.000 RM	Versicherungen	Versicherungssumme in 1.000 RM	Ergebnis p.a. in 1.000 RM
Gebäudeversicherung	55.890	10.889.973	3.366	63.913	13.069.130	4.363
Gebäude-Sturmversicherung	2.332	182.331	17	3.424	397.915	32
Verbundene Hausratversicherung	57.632	679.835	727	67.196	804.236	859
Mobiliar-Feuerversicherung	3.671	217.052	200	5.127	515.393	532
Einbruch-Diebstahl-versicherung	1.761	62.675	202	2.383	108.159	454
Wasserleitungs-schadenversicherung	1.639	263.772	137	3.084	647.498	308
Unfallversicherung	98	–	199	444	–	551
Haftpflicht-versicherung	23.481	–	303	26.380	–	414
Kraftfahrtversicherung	2.836	–	362	5.399	–	735
Transportversicherung	972	95.046	745	1.872	336.775	1.732
Summe	**150.312**	**12.390.684**	**6.258**	**179.222**	**15.879.106**	**9.980**

Quelle: Berlin in Zahlen, 1947, hg. vom Hauptamt für Statistik, Berlin 1947; Städtische Feuersozietät 1946 und 1947, S. 254 (nach Mitteilungen der Städtischen Feuersozietät)[467]

Dr. Willy Müller-Wieland (14. Oktober 1891 Berlin – 14. Juli 1966 Berlin)

Der erste Generaldirektor der Feuerversicherung bzw. Feuersozietät nach dem Krieg – es war der erste mit dem Titel des Generaldirektors ausgestattete Amtsvorsitzende – wurde 1945 der Jurist Willy Müller-Wieland. Geboren 1891 in Berlin als Willy Müller, hatte er an der Friedrich-Wilhelm-Universität Jura studiert. Während des Referendariats wurde er im April 1918 in Greifswald mit der Dissertation „Kann der Mann auf Grund des ehemännlichen Verwaltungs- und Nutzungsrechtes das voreheliche Vermögen seiner Frau von deren Vater herausverlangen?“ promoviert. Das Referendariat hatte er unterbrochen, um von 1914 bis 1918 als Soldat am Weltkrieg teilzunehmen, hier an zahlreichen Schlachten im „Osten“; 1917 wurde er Leutnant der Reserve. Nach dem zweiten Staatsexamen ging er als Assessor in den Verwaltungsdienst. 1929 arbeitete er an einer von Oberbürgermeister Gustav Böß veröffentlichten Schrift „Berlin von heute. Stadtverwaltung und Wirtschaft“ mit, nun schon unter dem Namen Müller-Wieland. Als Magistratsrat, dann Obermagistratsrat wurde er im Haushaltswesen des Magistrats eingesetzt, zum Stadtdirektor befördert und leitete spätestens ab 1941 das Liegenschaftsamt der Stadt Berlin. Er unterstand dem Oberbürgermeister, Dr. Julius Lippert (1937–1940, NSDAP). Bedingt durch seine Funktion arbeitete er eng mit dem Amt des Generalbauinspektors Speer zusammen. Müller-Wieland war kein Parteimitglied, galt auch nicht als Sympathisant der Nationalsozialisten, gehörte der Bekennenden Kirche, der Gemeinde Martin Niemöllers an; gleichwohl fügte er sich in das System ein. Der Historiker Gerald Feldman identifizierte ihn als eine der Amtspersonen, die an Enteignungsverfahren gegen (jüdische) Besitzer von Immobilien in Berlins Innenstadt beteiligt waren.[468]

Dr. Willy Müller-Wieland, ca. 1953

Mit diesem Hintergrund wäre Müller-Wieland nach Kriegsende eigentlich diskreditiert gewesen.[469] Der Berliner Oberbürgermeister Dr. Werner wird seine Gründe gehabt haben, ihn dennoch am 2. Juni 1945 zum Leiter eines Organisationsamts beim Magistrat zu ernennen, das den Neuaufbau der städtischen Verwaltung lenken sollte.[470] Es kam dann aber offensichtlich zu Unstimmigkeiten über die Eigenständigkeit einer solchen Behörde, und schon wenige Tage nach der Einsetzung erreichte Stadtrat Arthur Pieck beim Magistrat, dass die Neustrukturierung der Verwaltung nun seinem Zuständigkeitsbereich, der Abteilung Personal und Verwaltung, unterstellt wurde. Das neue Amt war damit obsolet und Müller-Wielands Ernennung wurde rückgängig gemacht.[471] Wenig später, am 18. Oktober, wurde ihm das Amt des Generaldirektors der Feuerversicherung übertragen. Seine Kenntnis von Grundstücksangelegenheiten war unbestritten groß, ebenso seine Verwaltungskompetenz. Jüdische Eigentümer, die enteignet worden waren, soll er später bei Restitutionsverfahren unterstützt haben.[472]

Die Aufgabe als Generaldirektor, später der Feuersozietät Groß-Berlin, erfüllte er über 13 Jahre hinweg – bis er am 31. Oktober 1958, kurz nach Vollendung seines 67. Lebensjahrs, in den Ruhestand ging. Während seiner Tätigkeit, einer ersten Phase des deutschen Wirtschaftswunders, nahm er zahlreiche Mandate in deutschen Unternehmen wahr, meist im Bereich des öffentlichen Versicherungswesens. So gehörte er dem Vorstand der Lebensversicherungsanstalt Berlin an, war Vorsitzender des Aufsichtsrats der Deutschen Rückversicherungs-Gemeinschaft AG, Berlin, und Mitglied des Aufsichtsrats der Deutschen Rückversicherungs AG, Hamburg, der Zentraleuropäischen Versicherungs-AG, Stuttgart, ebenso wie des Hauptausschusses des Verbandes der Sachversicherer e.V., Köln, des Hauptausschusses Arbeitsgruppe öffentliche Versicherung, Hamburg, des Oberverwaltungsgerichts Berlin und des Verbandsausschusses öffentliche Unfall- und Haftpflicht-Versicherungsanstalten in Deutschland, Düsseldorf. Zudem saß er im Beirat des Bundesaufsichtsamts für das Versicherungs- und Bausparwesen.[473]

In seiner Zeit als Generaldirektor gelang es Müller-Wieland, die Feuersozietät aus einer desolaten Lage wieder zu einem zuverlässigen Versicherer in Berlin zu machen. Dabei agierte er allem Anschein nach sehr besonnen und wenig polarisierend. Mit Wirtschaftssenator Paul Hertz verband ihn nicht nur die Zugehörigkeit zur SPD, sondern ein besonderes Vertrauensverhältnis. In den aufgeheizten politischen Auseinandersetzungen im Prozess der wirtschaftlichen Teilung der Stadt umschiffte Müller-Wieland manch heikle Klippe, ohne sich die Rhetorik des Kalten Krieges zu eigen zu machen. Nach seinem Ausscheiden als Generaldirektor wechselte er in den Verwaltungsrat der Feuersozietät. Er starb am 14. Juli 1966.

Lebensversicherung

Wie lang dauert ein Leben? Niemand weiß es. Schon Erich Kästner stellte fest: „Leben ist immer lebensgefährlich.“ Mit der neuzeitlichen Lebensversicherung wird der Versuch unternommen, die Unwägbarkeit der Lebensdauer für Angehörige des Versicherten abzupolstern.

Schon in der römischen Antike gab es Sterbekassen, collegia tenuiorum, in denen sich Menschen der niederen Stände zusammenschlossen, um über eingesammelte Beträge im Todesfall Hilfen an die Hinterbliebenen auszuzahlen, aber auch, um die Mittel für rituelle Feierlichkeiten zur Verfügung zu haben.[477] In späterer Zeit wurden solche Sterbekassen als „kleine“ Lebensversicherungen verstanden. Im Mittelalter gewährten Gilden ihren Mitgliedern und deren Angehörigen ähnliche Unterstützung im Krankheits- oder Todesfall.

Im romanischen Raum des 17. Jahrhunderts bildeten sich sogenannte Tontinen, Sammlungen einer begrenzten Anzahl von Einlegern, bei denen der Ertrag anteilig in verschiedenen Runden an die jeweils noch Überlebenden ausgeschüttet wurde. Der Name geht auf den Begründer, den italienischen Bankier Lorenzo di Tonti (ca. 1602–1684) zurück.

Etwa zur gleichen Zeit wurden in Lloyd’s Kaffeehaus in London bereits Geschäfte mit Wetten auf die Lebensdauer üblich.

In den heutigen Kapitallebensversicherungen finden sich Elemente der Tontine wieder, dann nämlich, wenn eine Gewinnbeteiligung abhängig von der Mortalitätsrate vereinbart ist und die Überschüsse an die Überlebenden gehen. Ansonsten wird bei der Kapitallebensversicherung individuell eine Leistung vereinbart, für die eine bestimmte Mindestsumme angespart sein muss, damit sie zu einem vereinbarten Zeitpunkt oder im Todesfall fällig wird. Meist werden die beiden Fälle – Erleben und Todesfall – abgedeckt (Gemischte Lebensversicherung).

Dass gewisse Spielelemente auch heute noch mit der Lebensversicherung assoziiert und kalkuliert werden, mag der Begriff „Großleben“ illustrieren, der teilweise heute noch im Bereich der Kapitallebensversicherung verwendet wird. Früher wurde die Unterscheidung in „große“ und „kleine Lebensversicherung“ relativ schematisch an der Versicherungssumme festgemacht.

Der Kapitalversicherung steht als Produkt der reinen Absicherung im Todesfall die Risikolebensversicherung gegenüber, ihre Leistungen treten nur im Todesfall während der Vertragslaufzeit in Kraft. In diesem Fall profitiert nicht der Versicherungsnehmer selbst von der vereinbarten Leistung, sondern ein von ihm Begünstigter.

Anders als vermutet hielten sich die Brandgefahren im Nachkriegs-Berlin in Grenzen.

Die Gründung der Lebensversicherung „Öffentliche Leben“
Das Portefeuille der Städtischen Feuerversicherung war umgehend, nachdem sie ihre Arbeit aufgenommen hatte, erweitert worden. 1946 sollte das Angebot der öffentlich-rechtlichen Versicherung in „Personal- und Bürounion“ auch auf den Zweig der Lebensversicherung ausgedehnt werden, wobei sie in juristischer Hinsicht völlig unabhängig agierte.

In einer Zeit, in der die Mehrzahl der Menschen noch jeglicher materieller Sicherheit entbehrten, war das eine kühne Entscheidung. Wie der spätere Regierende Bürgermeister Ernst Reuter (1889–1953)[474] rückblickend in einem Bericht 1949/50 festhielt, entwickelte sich das Geschäft nur „gehemmt“.[475] Reuter verwies „auf die schlechten Lebensverhältnisse“ während der Blockade West-Berlins, auf Schwierigkeiten mit den parallelen Währungen in beiden Stadthälften und auf die hohe Arbeitslosigkeit, Umstände, die „ein stärkeres Versicherungsbedürfnis noch nicht aufkommen“ ließen. Ausgehend von 2.068 Verträgen im Jahr 1948 konnte diese Zahl aber mit 4.055 Verträgen bis 1949 fast verdoppelt werden, der Zuwachs blieb dennoch überschaubar. Infolge der Teilung des Geschäftsgebiets in Ost und West reduzierte sich die Zahl der Verträge allerdings wieder auf rund 1.500 für die Lebensversicherungsanstalt Hauptverwaltung Ost und gut 2.500 für den Westteil der Stadt.[476]

In der internen Darstellung wurde der Beginn des Lebensversicherungsgeschäfts denn auch erst mit dem Jahr 1950 regulär angesetzt, dem Zeitpunkt der endgültigen Trennung von Ost und West. In West-Berlin entwickelte es sich nun zu einer beständigen Größe, später wurde die Versicherung unter dem Namen Öffentliche Leben geführt.

Ein Rückblick auf die Geschäfte der Städtischen Feuerversicherung – 1. Oktober 1945 bis 31. Dezember 1946
Startend mit 40.000 Versicherungsverträgen der Feuersozietät[478] entwickelte sich die Gesamtversicherungssumme der im August 1945 neu gegründeten Feuerversicherung bis Ende 1946 auf fast 11 Milliarden Reichsmark. Damit sah das Ergebnis ihrer Geschäftstätigkeit in ihrem ersten (und letzten) Abrechnungszeitraum, vom 1. Oktober 1945 bis zum 31. Dezember 1946 (15 Monate), deutlich günstiger aus als erwartet. Noch im Juli 1945 hatte Stadtamtsrat Reinhold Wilke in seinem Bericht die Befürchtung geäußert, dass die aus politischen Gründen damals vorrangig erscheinende Auflösung der nationalsozialistisch geprägten Feuerschutzpolizei in Berlin die Sicherstellung von Löscheinsätzen gefährden würde, denn der Aufbau einer neuen, unbelasteten und zugleich effizienten Feuerwehr benötigte Zeit.[479]

Offensichtlich hielten sich dann aber, anders als vermutet, im Nachkriegs-Berlin die Brandgefahren doch in Grenzen und die Situation blieb kontrollierbar. Auch im Bereich der neuen Sparten Kraftfahrzeug-, Transport- und Unfallversicherung war das Ergebnis eher positiv. Es gab nur wenige motorisierte Fahrzeuge, die vorgeschriebene niedrige Fahrgeschwindigkeit wurde eingehalten, was die Gefahrensituationen und folglich auch die Schäden in Grenzen hielt.

Demgegenüber erwiesen sich die Einbruchdiebstahl- und die Wasserleitungsschadensversicherung als echte Herausforderungen. Die Wohnsituation der Bevölkerung war weiterhin schwierig. „Notdürftig“ war ein Begriff, der alle Lebensbereiche umschrieb: Notdürftig wurden die Dächer repariert, notdürftig wurden Löcher in Wänden zugemauert, notdürftig wurden die Fenster und Türen verschlossen und notdürftig wurden auch die Wasserleitungen geflickt. Auch bei der Gas- und Stromversorgung kam es immer wieder zu Engpässen. Es gab nicht genügend Kohle zum Heizen und zum Kochen. In dieser Phase des Mangels wurde der Tiergarten vollständig abgeholzt. Der Winter 1945/46 war hart, wurde durch den darauffolgenden sogar noch übertroffen. Es häuften sich die Schäden an den Wasserleitungen, auch die Zahl der Einbrüche und Diebstähle nahm zu. Das sollte noch bis 1951 spürbar bleiben. Dennoch konnte für die Jahre 1945/1946 und 1947 ein ausgeglichener Abschluss erzielt werden, weil es gelang, den größten Teil der technischen Reserven umzubuchen und die notwendigen Zahlungen hieraus zu bestreiten.

Zum Ende des Jahres 1946 wurde die Städtische Feuerversicherung sang- und klanglos mit der Feuersozietät Groß-Berlin verschmolzen. Für die konkrete Abwicklung zeichnete der Kassierer Walter Michaelis (geb. 1896) verantwortlich. Die Leitung lag weiter in den Händen von Generaldirektor Müller-Wieland.

Plakat aus dem Feuerschutzmuseum der Feuersozietät Berlin.

Brand bei Loebel, Spandau-Hakenfelde[480]

Am Samstag, dem 8. Februar 1947 kam es im Ausflugslokal Karlslust (Eigentümer Julius Loebel) in Spandau-Hakenfelde – unweit des Evangelischen Johannesstifts im Wald gelegen – zu einer Brandkatastrophe. Für einen Faschingsball mit 750 Gästen waren drei Öfen angeheizt worden, die Hitze entwickelte sich so stark, dass der Dachstuhl Feuer fing. Als gegen 22:45 Uhr die Flammen bemerkt wurden, versuchten die Feiernden, meist junge Leute, schnell hinauszugelangen, allerdings nicht ohne die kostbaren Wintermäntel, denn es herrschten draußen um -20°C. Ein Ausgang war vereist, die Fenster vergittert. An der Garderobe drängten sich die Menschen, als das Dach einstürzte.

In der fast ländlichen Umgebung gab es kaum Notrufsäulen, erschwerend kam hinzu, dass es noch keine einheitliche Notrufnummer gab. In diesem Teil Berlins hatten die britischen Militärfahrzeuge absoluten Vorrang auf der Straße, und tatsächlich kamen einzelne britische Wagen als erste zum Löschen. Auch die Feuerwehr konnte alarmiert werden, doch die Hallen der Feuerwachen waren unbeheizt. Die Löschfahrzeuge, die aufgearbeitetes Motoröl benutzten, mussten erst länger warmlaufen, um Motorschäden zu verhindern. Als sie endlich zum Laufen gebracht waren, durften sie wie vorgeschrieben nicht schneller als 40 km/h fahren. So kamen die meisten Löschzüge erst mit großer Verzögerung bei der Gaststätte an.

Die Hydranten waren im Schnee kaum zu finden, zudem beeinträchtigte die Kälte die Löschmaßnahmen erheblich. So kamen bei diesem Brand 80 Menschen ums Leben, darunter mindestens drei britische Soldaten, die beim Löschen geholfen hatten. 150 Personen wurden teilweise schwer verletzt.

Briefkopf mit Flammen-F-Signet, ca. 1947.

Per App in die Stadtverordneten-versammlung 1948.

Die Feuersozietät ist wieder da – war nie weg

Die Feuersozietät Groß-Berlin hatte, wie es hieß, rückwirkend zum 1. Oktober 1945 offiziell wieder ihre Geschäfte aufgenommen. Tatsächlich erfolgte der Neubeginn zum 1. Januar 1947. In der neuen Satzung, die die Stadtverordnetenversammlung im Mai 1948[481] beschloss, wurde festgehalten, dass die Feuersozietät ihren Sitz in Berlin haben musste (§ 1 Abs. 3). Als Geschäftsjahr wurde nun das Kalenderjahr festgelegt (§ 14). Das Pflichtgebiet erstreckte sich ganz nach altem Vorbild auf die Bezirke 1 – 6 (§§ 4 Abs. 1 und 5 Abs. 1). Es wurde ein dreiköpfiger Vorstand eingesetzt (§ 13 Abs. 1). Als Aufsichtsgremium, das über die öffentlichen und gemeinwirtschaftlichen Interessen zu wachen hatte, diente ein neunköpfiger Verwaltungsrat (§ 11), den das ressortmäßig zuständige Mitglied des Magistrats leitete (§ 8). Drei Mitglieder entsandte der Magistrat in den Verwaltungsrat, vier weitere die Stadtverordnetenversammlung, ein Mitglied wurde von der Belegschaft bestimmt.

Die Beiträge wurden entsprechend der Gesamtschadenstatistik berechnet, das heißt entsprechend der kalkulierten Gefahren und der Erfahrungswerte. Weiterhin gab es die Möglichkeit, im Bedarfsfall für Schäden im Bereich der Gebäudeversicherung Beitragsnachschüsse zu erheben (§ 15). Im Bereich der Feuerversicherung waren die Schätzer für die Festlegung der Versicherungssumme verantwortlich, weiterhin galt, dass nur im Falle des Wiederaufbaus eines versicherten Objekts ausgezahlt wurde (§ 18). Es musste auch eine Sicherheitsrücklage gebildet werden, die mindestens ein Promille der Haftungssumme ausmachen sollte. Das Vermögen war mündelsicher anzulegen (§ 17).

Das in der Zwischenzeit erweiterte Portefeuille mit dem vielfältigen Versicherungsangebot wurde beibehalten, der Hauptzweig blieb aber die Gebäudeversicherung. 1947 wurden im Bereich der Feuerversicherung Einnahmen in Höhe von rund 4,4 Millionen Reichsmark erzielt, eine enorme Summe, zieht man in Betracht, dass im gleichen Jahr auch der Großbrand in einem Industriebetrieb im Ostteil der Stadt abzuwickeln war.

Die Wiedereinsetzung der Feuersozietät 1947 machte eine forcierte Werbung notwendig. Der breiten Öffentlichkeit musste vermittelt werden, dass das alte, vertraute Unternehmen wieder zur Verfügung stand. In dieser Zeit muss das markante Signet mit dem Flammen-F entstanden sein.[482] Damals war es noch nicht mit dem dynamischen Doppel-Kreis, sondern mit einem Ring mit Bären-Wappen und Gründungsdatum 1718 versehen.

Teilung der Stadt – Teilung der Feuersozietät

Das Geschäft normalisierte sich weiter, vor allem im technischen Bereich, und das Wirtschaften schien planbarer zu werden, da begannen sich die Auseinandersetzungen zwischen Ost und West zu verschärfen. Immer mehr gewann auf globaler Ebene die Herausbildung zweier feindlicher Machtblöcke an Kontur.

Am 13. Februar 1947 beschloss die Berliner Stadtverordnetenversammlung, die Ende 1946 neu gewählt worden war, ein Gesetz zur Sozialisierung, d.h. Verstaatlichung großer Teile der Privatwirtschaft.[483] Diesem Gesetz verweigerten die westlichen Kommandanten die Zustimmung. Zum April 1947 erging der Befehl Nr. 27 des sowjetischen Militärkommandanten über die Errichtung der „Deutschen Treuhandstelle zur Verwaltung der sequestrierten und beschlagnahmten Vermögen im sowjetischen Sektor von Berlin“, mit dem der Magistrat in seiner Handlungsmacht deutlich beschränkt wurde.[484]

Die Feuersozietät konnte als öffentlich-rechtliche Versicherung zwar mit der Unterstützung des Magistrats rechnen und wäre vor Beschlagnahmung wohl eher geschützt worden als eine private Versicherung. Doch zeigte sich bald, dass auch bei ihr eingegriffen werden sollte. In dieser Situation erwies sich die nach dem Krieg eher zufällig erfolgte Verlegung des Amtssitzes

Links: Entladung von Douglas C-47 auf dem Flughafen Berlin-Tempelhof, 1948.

Rechts: Sinnbild der Teilung Berlins – die Mauer.

Per App Rosinen-bomber fliegen sehen.

in den Westen der Stadt, in das Gebäude der Feuersozietät der Provinz Brandenburg, als vorteilhaft.

In den weiter eskalierenden Auseinandersetzungen bildete dann die Einführung der DM in den drei West-Sektoren Berlins im Juni 1948 gewissermaßen einen vorläufigen Schlusspunkt. Doch die Reaktion folgte auf dem Fuß. Alle Zufahrtswege in die Westsektoren zu Land und zu Wasser wurden von der sowjetischen Administration abgesperrt. Während der fast ein Jahr dauernden Blockade West-Berlins wurden die Menschen in den Westsektoren ausschließlich per Luftfracht mithilfe des Flugverkehrs der Westalliierten mit allem Notwendigen versorgt.

Im März 1949 legte eine neuerliche Währungsreform fest, dass die DM (West) in den westlichen Sektoren nun als ausschließliches Zahlungsmittel galt. Spätestens seit November 1948, als die Berliner Stadtverwaltung und Teile des Magistrats ihren angestammten Sitz im Ostteil der Stadt verlassen hatten, war das Auseinanderdividieren in Ost und West nun auch auf administrativer Ebene manifest geworden. Die Feuersozietät, bisher stadtweit agierende Versicherung, orientierte sich klar Richtung Westen, musste in dieser Phase aber immer noch mit zwei Währungen umgehen, wobei allem Anschein nach 90 Prozent ihres Vertragsbestands in Ost-Mark ausgestellt waren.[485] Da mittlerweile die Konten der Feuersozietät beim Postscheckamt und Stadtkontor im Ostteil der Stadt gesperrt worden waren, stand sie vor einem Dilemma. Wegen ihrer in der sowjetisch besetzten Zone angesiedelten Vertragskunden war sie auf Rückversicherer angewiesen, die bereit waren, die Rückversicherungsverträge in Ost-Mark aufrechtzuerhalten. Die Feuersozietät gehörte dem Zusammenschluss von öffentlich-rechtlichen Versicherern an und damit auch der 1946 neu gebildeten Rückversicherungsgemeinschaft für den sowjetisch besetzten Sektor.[486] Durch diese Einbindung wurde es notwendig, eine separate Abteilung der Feuersozietät Groß-Berlin zu errichten, die Hauptverwaltung Ost. Diese übernahm die Verpflichtungen gegenüber den im sowjetischen Sektor Versicherten, aber auch gegenüber der Rückversicherungs-Gemeinschaft Ost. Auf dieser Basis erhielt die Feuersozietät wieder Zugriff auf die gesperrten Konten.

Kurz darauf wurde bekannt, dass weiter gehende Maßnahmen geplant waren, die sich auch gegen die Feuersozietät Groß-Berlin (West) richten würden. Die Presse berichtete über allgemeine Enteignungspläne, die vorbereitet wurden. Wirtschaftsstadtrat Hans Bullerjahn war hierbei federführend. In einem Artikel in der Berliner Zeitung erinnerte er an die politisch belastete Vergangenheit des deutschen Versicherungsgewerbes und verlieh seiner Angst vor einem dritten Weltkrieg Ausdruck, wobei er den Versicherungsunternehmen unterstellte, dass diese den Krieg von westlicher Seite maßgeblich unterstützen würden; für Bullerjahn Grund genug, dass ihnen „die Machtmittel genommen werden“ müssten.[487] Als in dieser Situation bei der Feuersozietät Hauptverwaltung Ost ein Sonderbeauftragter namens Mante eingesetzt wurde, der in Zukunft für alle Geschäfte verantwortlich sein sollte, war das ein weiteres Alarmzeichen. Es war klar, dass die staatliche Übernahme des im Ostteil liegenden Geschäftsgebiets unmittelbar bevorstand. Zügig wurde die endgültige Trennung zwischen der Hauptverwaltung Ost und der West-Feuersozietät vollzogen und das Ganze in einen Vertrag gegossen. Für ihr Gebäude in der Parochialstraße, das im sowjetisch besetzten Sektor lag, beanspruchte die Feuersozietät (West) nun jährliche Mietzahlungen in Höhe von 9.275 Reichsmark (die Nutzung des Inventars einschlossen). Diese Zahlungen blieben aber aus, denn der eingesetzte Magistrat verlangte, dass die Aufwendungen für die Beseitigung der Kriegsschäden in Höhe von 407.000 Reichsmark bis 1948 verrechnet werden sollten. Schließlich einigte man sich darauf, dass die Feuersozietät zwei Drittel dieser Kosten übernahm. Nachdem der Magistrat den noch fälligen Betrag überwiesen hatte, wurde er im Zuge der Währungsreform im Verhältnis 10:1 (gegenüber der alten Reichsmark) umgestellt.[488]

Eine Deutsche Mark, 1948.

Im Osten viel Neues

Staatliche Versicherung der DDR – die Vereinigte für Berlin

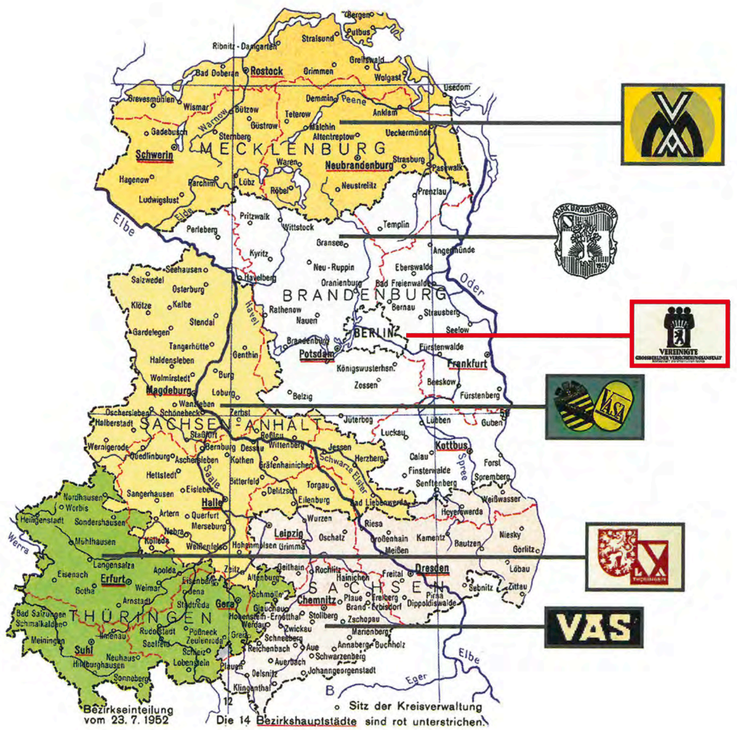
Zum 1. Juli 1950 errichtete der Magistrat des sowjetischen Sektors Berlins die Vereinigte Großberliner Versicherungsanstalt als Teil der Staatlichen Versicherung der DDR. In der Vereinigten gingen neben den Versicherungen Berolina, Berliner Eigenhilfe AG, Berliner Volksfürsorge AG nun auch die Feuersozietät Groß-Berlin (Hauptverwaltung Ost) und die Lebensversicherungsanstalt Groß-Berlin (Ost) auf.[489] Anhand verschiedener Situationsberichte hatte der Magistrat, konkret in Person des zuständigen Stadtrats Bullerjahn, sich ein detailliertes Bild von Struktur und Ausstattung der Anstalt Feuersozietät gemacht.[490] Angaben zu den drei verbliebenen Geschäftsstellen Norden, Friedrichshain und Köpenick wurden ausführlich dargelegt, von Interesse waren auch der Umfang des betriebseigenen Fuhrparks und die Essensausgabe in der Kantine der Feuersozietät, was die Frage, ob dort ein „Kotikow-Essen" ausgegeben wurde, verdeutlichte. Auf General Alexander Kotikow, Stadtkommandant des sowjetischen Sektors, ging seinerzeit die Regelung zurück, dass in den Betrieben für Arbeiter und Angestellte ein warmes Mittagessen garantiert wurde. In den West-Sektoren wurde dies nicht praktiziert.

In allen Regionen der DDR wurden nun ebenfalls Monopolversicherungen errichtet, die für alle Versicherungszweige ein Angebot bereithielten. Man verfuhr dabei auf dieselbe Art und Weise wie beim Zusammenschluss der Vereinigten für Berlin (Ost).

Die Feuersozietät und West-Berlin nach 1950

Nach der Währungsreform 1948 und 1949 mussten alle Versicherungsverträge umgestellt werden, teilweise war hierfür eine Neubewertung erforderlich. Trotz des Aufwands wirkte sich die neue einheitliche Währung geschäftlich positiv aus. Durch die Gründung der Bundesrepublik Deutschland 1949 und die Anwendung eines Großteils ihrer Gesetze auf West-Berlin bildeten sich eindeutige rechtliche Strukturen heraus, die in vielen Geschäftsfeldern für mehr Klarheit und Rechtssicherheit sorgten.

Nun konnten auch länger zurückliegende Forderungen geltend gemacht werden: Für den Bau des 1939 fertiggestellten neuen Verwaltungsgebäudes des Verbandes der öffentlichen Versicherer hatte die Feuersozietät seinerzeit ein Darlehen in Höhe von fast 30.000 Reichsmark leisten müssen, das bis 1948 noch nicht zurückerstattet worden war. Dieses Darlehen wurde nun im Verhältnis 10:1 neu berechnet und zurückgezahlt (unter Verzicht auf die zwischenzeitlich angelaufenen Zinsen).



Die Landkarte zeigt die Zuständigkeitsbereiche und die Logos der Landesversicherungsanstalten in der DDR.

Lässt sich Vergangenheit wiedergutmachen?

Die Klärung des Vorgehens im Zusammenhang mit den seinerzeit gezeichneten (und ab 1945 und 1946 sukzessiv fällig werdenden) Reichsanleihen zog sich hin. In Berlin konnten diese Rückforderungen erst nach der wirtschaftlichen Teilung der Stadt angemeldet werden, wobei sie dann an das Land Berlin „zu übertragen" waren.[491]

1950 war die Trennung der Feuersozietät Berlin von der Vereinigten für Berlin (Ost) bis auf kleinere noch zu lösende Probleme vollzogen.[492] Die Feuersozietät machte sich nun daran, das technische Geschäft für West-Berlin auszubauen. Der Verlust von 45 Prozent der Verträge, die sich auf Objekte im Ostteil der Stadt bezogen, musste wettgemacht werden. Das Monopol im Bereich der Gebäudefeuerversicherung erstreckte sich nun lediglich auf die (verbliebenen) Innenstadt-Bezirke Wedding, Kreuzberg und Tiergarten. Das Geschäftsgebiet der Feuersozietät war eng umrissen, da machten sich kleinste Gebietsbereinigungen sofort bemerkbar, wie etwa im Fall der territorialen Abtretung von West-Staaken an die DDR. Auf einen Schlag gingen damit 400 Verträge verloren, die aufgrund von „versicherungs- und währungspolitischen Anordnungen nicht mehr fortgesetzt werden konnten."[493]

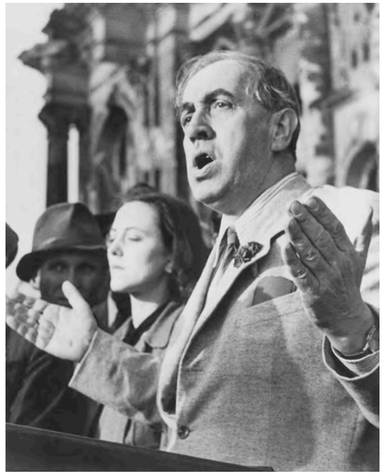
Es ist vor diesem Hintergrund wenig überraschend, dass die Feuersozietät von 1948/49 bis 1951 in der Verlustzone blieb. Erst ab 1952 konnte sie wieder Gewinne erzielen.[494]

Ab 1955 war der Schadenverlauf im Bereich der Feuerversicherung regelmäßig so günstig, dass sogar Beitragsnachlässe gewährt werden konnten.[495] Mittlerweile beschäftigte die Feuersozietät Berlin 343 Personen, sie bildete auch Lehrlinge aus, wie es damals hieß. Mit elf Geschäftsstellen an wichtigen Standorten der Stadt und 46 hauptamtlichen Vertretern zeigte die Feuersozietät starke Präsenz und sorgte für eine gute Betreuung der Kunden.[496] Das zuweilen nicht ganz ungetrübte Verhältnis zwischen den Mitarbeitern des Innen- und Außendienstes versuchte Generaldirektor Müller-Wieland mit Appellen für mehr Kollegialität und Interesse an der gemeinsamen Sache zu verbessern. Gemeinsame Betriebsausflüge und Weihnachtsfeiern sollten ein gutes Betriebsklima befördern.

Während die Zeit „nach dem Zusammenbruch", wie sie damals umschrieben wurde, von Mangel und Existenzsorgen geprägt war und die Menschen zuallererst daran dachten, den Schutt wegzuräumen und Zerstörtes wieder aufzubauen, wurden kaum Gedanken darauf verwendet zu überlegen, wie es zu diesem Desaster gekommen war. Zehn Jahre nach Kriegsende begann langsam, aber spürbar eine Phase des Aufatmens. Bis dahin hatten die alltäglichen Anstrengungen alle gesellschaftliche Reflexion überlagert. Auch das Internationale Militärtribunal in Nürnberg gegen die NS-Hauptkriegsverbrecher (20. November 1945 – 1. Oktober 1946) war kaum ins Bewusstsein der Einzelnen vorgedrungen.

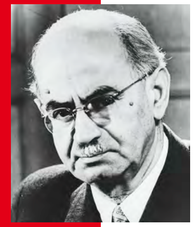
Einige Menschen waren aus dem Exil zurückgekehrt, zu ihnen gehörte auch der spätere Regierende Bürgermeister Ernst Reuter, der sich während der NS-Zeit in der Türkei aufhalten konnte. Ähnlich war es dem erstmals 1951 zum Berliner Senator ernannten Politiker Paul Hertz gegangen.

Per App Ernst Reuter lauschen.



Der spätere Regierende Bürgermeister von Berlin, Ernst Reuter, bei seiner berühmten Rede am 9. September 1948 auf dem Platz der Republik.

Paul Hertz (23. Juni 1888 Worms – 23. Oktober 1961 Berlin)



Paul Hertz

Aus einer jüdischen Kaufmannsfamilie stammend, machte Hertz zunächst eine kaufmännische Ausbildung. Obwohl er seit 1906 für den konservativen, teils nationalistisch ausgerichteten Handlungsgehülfenverband tätig war, engagierte er sich früh für Ideen des Sozialismus. Hertz' Vater hatte Wert darauf gelegt, dass sein Sohn am jüdischen Glauben festhielt, doch dieser wandte sich davon ab und erklärte sich schon als junger Mann konfessionslos, was aber nicht verhindern konnte, dass er im Verlauf seines Lebens immer wieder antisemitischen Attacken ausgesetzt war. Nach dem Studium der Kameralwissenschaft und Staatswissenschaften in Tübingen und München promovierte er 1914 mit einer Dissertation über die sozialistische Gewerkschaftspresse in Deutschland. Während des Ersten Weltkriegs war er bis 1917 im Militärdienst. In der Zeit der Weimarer Republik war er in Berlin-Charlottenburg als Stadtverordneter mit einem Mandat der SPD. Nach einer kurzen Episode, in der er Mitglied der radikaleren USPD war, kehrte er wieder in die SPD zurück und gehörte von 1924 bis 1933 als Abgeordneter dem Reichstag an.

Als die Nationalsozialisten an die Macht kamen, war Hertz sowohl aus politischen wie auch aus Gründen rassistischer Verfolgung gefährdet. Im April 1933 wurde sein Haus durchsucht, woraufhin Hertz sich bei Freunden versteckt hielt. Im Mai 1933 entging er der Verhaftung durch Flucht – zunächst ins Saarland, dann über Zürich nach Prag. Mittlerweile war die SPD in Deutschland verboten worden. Hertz' Haus wurde im Juni 1933 von der SA geplündert und beschlagnahmt. Im Frühjahr 1934 wurde er ausgebürgert und damit staatenlos. Sein in Deutschland verbliebenes Vermögen wurde 1935 beschlagnahmt und „verfiel dem Reich", wie es damals hieß.

In Prag war Hertz für die Exil-SPD (Sopade) tätig, mit der er aber 1938 brach, weil er sich stärker der Widerstandsgruppe Neu Beginnen angenähert hatte und den Aufbau einer Volksfront unterstützte.[497] Zugleich betreute er redaktionell die Sozialistische Aktion, eine Untergrundschrift des Widerstands, die nach Deutschland geschleust wurde.[498] 1937 war er zeitweilig als Korrespondent im spanischen Bürgerkrieg. 1938 musste Hertz aus dem besetzten Prag nach Paris fliehen, wo er bis 1939 blieb und auch da unter Beobachtung der im Ausland agierenden Gestapo stand. Im Oktober 1939 schaffte er es, in die USA einzureisen, seine Frau und die beiden Kinder hatten dort bereits Zuflucht gefunden. Nach einem ersten Stopp in New York zog er nach Los Angeles, wo sein Sohn als Drucker arbeitete. Da er keine Arbeit fand, machte er eine Ausbildung zum Wirtschaftsprüfer, ging zurück nach New York und konnte nun für seinen Lebensunterhalt sorgen. Er war Mitglied der American Friends of German Freedom und gehörte dem Council for a Democratic Germany an, das der ebenfalls emigrierte Theologe Paul Tillich leitete.

Nach dem Krieg gab Ernst Reuter den Anstoß dafür, dass Hertz 1949 wieder nach Berlin zurückkehrte. Er wurde Magistratsrat und wirkte von 1951 bis 1953 unter dem Regierenden Bürgermeister (Zweiter Senat) in der Funktion des Senators für Kreditwesen. Unter der Ägide von Willy Brandt als Regierendem Bürgermeister übernahm Hertz von 1955 bis zu seinem Tod 1961 das Ressort für Wirtschaft und Finanzen.[499] Während seiner Zeit als Senator stand er der Feuersozietät Berlin nahe, sowohl als Förderer wie auch als Vorstand des Verwaltungsrats.

1962 wurde eine Neubau-Siedlung in Charlottenburg-Nord nach Paul Hertz benannt.

In den 1950er-Jahren wurde die Feuersozietät in einen Rechtsstreit verwickelt. Es ging dabei um das Grundstück Am Karlsbad 5, auf dem das Gebäude der Feuersozietät der Provinz Brandenburg errichtet worden war, in dem die Versicherungsanstalt ihren Sitz hatte. Die Deutsche Angestelltengewerkschaft (DAG), die sich als Rechtsnachfolgerin der 1933 von den Nationalsozialisten aufgelösten gewerkschaftlichen Vereinigung der Angestellten in Deutschland (GDA) verstand, erhob Anspruch auf die Liegenschaft.[500] Generaldirektor Müller-Wieland betraute mit der Angelegenheit den Berliner Rechtsanwalt Dr. Julius Fliess, der selbst aus rassistischen Gründen während des Nationalsozialismus verfolgt worden war und sich nach 1948 auf Entschädigungsrecht spezialisiert hatte.[501] Nach einem mehrjährigen Verfahren wurde in der Sache 1958 ein Vergleich geschlossen, obwohl die Feuersozietät Berlin bis 1957 Mieterin des Gebäudes und nicht die Rechtsnachfolgerin der Feuersozietät der Provinz Brandenburg i.L. war. In der Folge erwarb sie dann das Grundstück und wurde im Grundbuch eingetragen.

Trotz der problematischen Haltung nach dem Pogrom 1938 wurden im Berlin der Nachkriegszeit nun wieder scheinbar selbstverständliche Geschäftsbeziehungen zwischen der Jüdischen Gemeinde mitsamt ihren Synagogen und Einrichtungen und der Feuersozietät aufgenommen, die alle Gebäude versicherte.[502] Ein großer Teil der Gebäude lag im Monopolgebiet, doch auch für die außerhalb liegenden wurde der Versicherungsschutz bei der Feuersozietät gesucht. Es kann vermutet werden, dass hinter alldem ein beständiges Ringen um eine neue Haltung stand.

Die Zielvorgaben der Alliierten im Prozess der Entnazifizierung hatten sich als zäh und schwer durchführbar erwiesen. Hinzu kam, dass sie in den unterschiedlichen Zonen und Sektoren nicht einheitlich gehandhabt und schließlich ganz eingestellt wurden.[503] Das alles spielte sich in einem verhältnismäßig kurzen Zeitraum ab, denn in der globalen Nachkriegsdynamik gewannen die Auseinandersetzungen zwischen den beiden politischen Blöcken schnell die Oberhand. Die Bundesrepublik und West-Berlin waren nun Teil eines Blocks, die Vergangenheit musste zurücktreten.

Abgesehen davon gab es keine historische Erfahrung für solch einen postdiktatorischen Prozess. Welche Handlungen mussten als Verbrechen eingestuft, welche Täter zur Verantwortung gezogen werden? Es scheint, als habe sich die westdeutsche Öffentlichkeit eher auf die Frage konzentriert, wie man die nationalsozialistisch Belasteten reibungslos gesellschaftlich integrieren konnte. So setzte Bundeskanzler Konrad Adenauer (CDU), der 1933 selbst von den Nationalsozialisten aus seinem Amt des Oberbürgermeisters von Köln entfernt worden war, nun ausgerechnet den Juristen Heinrich Globke, der sich unter anderem als Kommentator der rassistischen Nürnberger Gesetze hervorgetan hatte, als Staatssekretär ein. Die öffentliche Kontroverse um diese Personalie kommentierte er mit den Worten: „Man schüttet kein schmutziges Wasser weg, solange man kein sauberes hat."[504] Für die Bundesrepublik wurde schon 1951 auf der Basis des Art. 131 GG geregelt, dass jene Beamten und Angestellten des öffentlichen Dienstes, die nach dem 8. Mai 1945 aus politischen Gründen hatten ausscheiden müssen, die sogenannten „131-er", wieder Anspruch auf ihre alten Positionen erheben konnten. Ihnen und ihren Angehörigen wurde zugleich das Recht zugestanden, Pensionsansprüche geltend zu machen. Auch die Feuersozietät, in ihrer Eigenschaft als öffentlich-rechtlicher Versicherer, musste sich am finanziellen Ausgleich auf dieser Grundlage beteiligen.[505] Angesichts der erheblichen Belastungen, die hier auf die Anstalt zukamen, ist es nicht erstaunlich, dass Generaldirektor Müller-Wieland 1956 gegenüber dem Verwaltungsrat beklagte, dass die öffentlich-rechtlichen Versicherungen im Vergleich zu den privaten auf diese Weise deutlich schlechter gestellt wären, da letztere nicht verpflichtet worden waren, sich an den Aufwendungen für die kompromittierten Beamten und Angestellten zu beteiligen.[506]

Die Karte zeigt die Standorte der Feuersozietät Berlin in chronologischer Reihenfolge.

- A Berliner Rathaus
- Altes Stadthaus
- Molkenmarkt
- Neues Stadthaus
- Am Karlsbad

Damals wie heute: Die Zusammenarbeit mit den Feuerwehren zielt vor allem auf die Brandschutzerziehung von Kindern und Jugendlichen. Hier erklärt ein Kamerad der Freiwilligen Feuerwehr Kindern an einem Modellrauchhaus, wie sich Qualm und Flammen in einem Gebäude ausbreiten und wie sie sich bei einem Brand verhalten sollen.

Die weitere Entwicklung

Der Halbstadt West-Berlin fiel es schwer, wieder zu Geltung und materieller Solidität zu gelangen. Ihrer Hauptstadtfunktion beraubt, war die Infrastruktur geschwächt, zudem fehlte der Stadt die Einbettung in ein einheitliches Wirtschaftsgebiet. Das empathische Schlagwort von West-Berlin als der „Bastion des Westens“[507] half wenig beim konkreten Wiederaufbau. In den 1950er-Jahren und besonders nach dem Berlin-Ultimatum des sowjetischen Parteisekretärs Chruschtschow verließen zahlreiche Haus- und Grundbesitzer sowie Industrieunternehmen die Stadt. Auch das schon 1950 in Kraft getretene erste „Berlinhilfegesetz“ und die mit ihm verbundenen Aufbauprogramme konnten das nicht verhindern.

Mit der durch diese Programme in Gang gebrachten verstärkten Bautätigkeit in der Stadt befasste sich 1956 auch die Feuersozietät. Auf die Frage im Verwaltungsrat, ob denn die geförderten Bauvorhaben bei der Feuersozietät Berlin versichert seien, reagierte Generaldirektor Müller-Wieland zurückhaltend: Einerseits konnte er den Abschluss neuer Verträge bestätigen, musste aber auch eingestehen, dass manche Baugesellschaft aus Verpflichtung gegenüber ihren Kreditgebern andere Versicherungen vorgezogen hatte.[508] Im harten Berliner Konkurrenzkampf, bei dem 200 Versicherungen um Kunden warben, versuchte sich die Feuersozietät nun noch stärker als lokale West-Berliner Institution zu positionieren. Es wurden Werbe-Flyer ausgegeben mit Aufschriften wie „Feuersozietät bleibt“. Für alle Versicherungen galt, dass sie im besonderen Maße von der konjunkturellen Entwicklung der Stadt abhängig waren. Ein wichtiger Trend war die allgemeine Motorisierung des Stadtverkehrs und die zunehmende individuelle Mobilität, anfänglich mit Mopeds und Motorrädern, dann mit dem Auto. Entsprechend nahm die Zahl der Kraftfahrzeugversicherungen bei der Feuersozietät zu. Ein eigener Verkaufskiosk bei der Kraftfahrzeugzulassungsstelle in der Jüterboger Straße, Kreuzberg, war dabei sehr hilfreich.

So steigerte die Feuersozietät in diesem Segment beständig die Zahl der Verträge: Von 108.000 Policen im Jahr 1948/49 auf immerhin 131.000 im Jahr 1955.[509]

Nach der geschäftlichen Abtrennung vom Ostteil der Stadt 1950 waren die Verbindungen gänzlich gekappt worden. Doch die Vergangenheit zeichnete sich in den Bilanzen immer noch ab: Das in Ost-Berlin gelegene Grundstück in der Parochialstraße wird immer noch mit einem symbolischen Betrag von 1 DM aufgeführt. Eine Miete wurde nicht mehr erzielt. 1961, in den Tagen des Mauerbaus, wurde noch einmal deutlich, dass die Feuersozietät eine Einrichtung für Gesamt-Berlin gewesen war. 21 Mitarbeiter, die in Ost-Berlin lebten, konnten nicht mehr an ihren Arbeitsplatz im Westen gelangen.

1953 wurde im Geschäftssitz der Versicherung eine ständige Ausstellung eröffnet, eine Art Museum, mit dem verstärkt für den Brandschutz geworben werden sollte. Die Ausstellung unter dem Titel „Du und die Gefahr“ sollte helfen, für das Thema zu sensibilisieren. Eine eigene Arbeitsgruppe beschäftigte sich nun auch mit der Schadenverhütung, in der Bilanz erscheint sie von da ab als eigener Posten.

Im weiteren Fortgang der Geschäfte der Feuersozietät als einer spezifisch Berliner Versicherungsanstalt können die zahlreichen Bauvorhaben, die Berlin in den nächsten Jahrzehnten prägten, nicht unerwähnt bleiben. Mit dem Hansaviertel, einem Neubauviertel, das im Rahmen der Internationalen Bauausstellung – Interbau – 1957 errichtet wurde, war ein hoher Standard gesetzt worden. Es sollte bei seiner eher symbolischen Ausstrahlung bleiben. Denn die bauliche Qualität, die hier erzielt wurde, diente nicht als Maßstab für andere Neubauvorhaben, wie etwa die Ernst-Reuter-Siedlung im Wedding, die Otto-Suhr-Siedlung in Kreuzberg oder Komplexe im Bayerischen Viertel in Schöneberg, erst recht nicht für die (späteren) großräumigen Projekte wie das Märkische Viertel und das Falkenhagener Feld. Die Wohnungsnot war groß, zugleich wurde für den Innenstadtbereich verstärkt mit dem Slogan „Abriß für den Wiederaufbau“ geworben, was zur Folge hatte, dass weite Teile noch vorhandener Wohnsubstanz und stadträumlicher Struktur zerstört wurden, wie beispielsweise im Wedding.[511] Die „autogerechte Stadt“ war eine der damals als zukunftsträchtig erachteten Zielvorgaben, mit denen nach US-amerikanischem Vorbild Schneisen für den Verkehr geschlagen werden sollten, in einer perspektivisch wieder geeinten Stadt.

In Berlins alter Mitte, unweit der Mauer am Kemperplatz, der sich nach der Teilung der Stadt in einer Randlage der City-West befand, wurde der politisch motivierte Versuch unternommen, bauliche Zeichen zu setzen und damit gegenüber der Hauptstadt der DDR mit ihren zahlreichen traditionellen Kultureinrichtungen aufzutrumpfen. Die Philharmonie (1964), die Neue Nationalgalerie (1968) und die auf der einstigen Reichsstraße 1 platzierte Staatsbibliothek (1978) wurden zu Vorzeigeobjekten der Selbstvergewisserung West-Berlins. Nach dem Mauerbau stand hier über Jahre eine riesige Tafel, auf der wechselnde Slogans in Richtung Ost-Berlin verbreitet wurden, u.a. mit der Aufforderung an die DDR-Grenzposten, nicht auf „Landsleute“ zu schießen. Die räumliche Nähe zum „Kulturforum“ konnte nun auch das Prestige der Feuersozietät stärken, die hier ihren Geschäftssitz Am Karlsbad 4/5, ab 1961 mit Sicht auf die Mauer, hatte. Das galt auch für die Senatsverwaltung für Jugend und Familie[512], die im ehemaligen „Afrika-Haus“, in unmittelbarer Nachbarschaft, Am Karlsbad 8–10 ansässig war.

Unangefochten von den äußeren Unruhen, die zur gleichen Zeit die studentischen Proteste auf Berlins Straßen auslösten, wurde 1968 aufwendig das 250-jährige Jubiläum der Versicherungsanstalt, mit Berliner Prominenz aus Politik und Wirtschaft, gefeiert. Die weitere wirtschaftliche Entwicklung des Unternehmens blieb untrennbar mit der West-Berlins verknüpft. Das 1970 in Kraft getretene Gesetz zur Förderung der Berliner Wirtschaft und die der Wirtschaft ab 1971 in Aussicht gestellte Berlinzulage sollte neue Unternehmen anziehen und verhindern, dass die Halbstadt nicht aller Industriebetriebe verlustig ging. Auch für die Feuersozietät verbanden sich damit attraktive Optionen, denn in der Regel waren die neu angesiedelten Betriebe Objekte mit besonderer Risikoeinstufung.

Das Angebot der Feuersozietät wurde immer breiter. 1961 wurden die Bauwesen-, die Kautions- und Garantie- sowie eine Film-Ausfall-Versicherung angeboten. Eine Neuheit war auch die im selben Jahr bereitgestellte Kernreaktorversicherung, für die Anteile bei der Deutschen Kernreaktorversicherungsgemeinschaft übernommen wurden.[513]

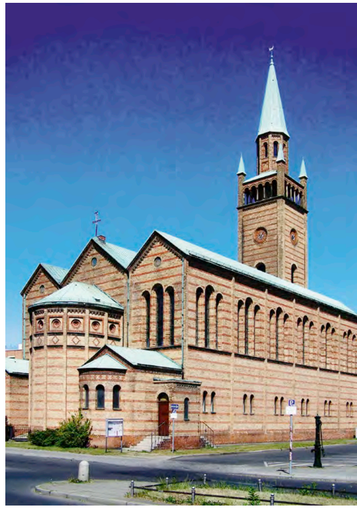
Geschäftsverlauf im Fünfjahresrhythmus[510]

Jahr	Anzahl der Versicherungsverträge	Versicherungssumme (brutto) DM
1948/49 od. 1950	109.678	6.925.871
1955	225.728	10.421.647
1960	296.483	15.559.868
1965	352.682	26.143.313
1970	428.327	38.271.082
1975	469.083	67.631.000
1980	469.747	96.890.440
1985*	278.290	131.725.192

* reduzierte Gesamtzahl durch Umwandlung bzw. Zusammenfassung von Einzelverträgen in Verbundene Versicherungen; Quelle: Festschrift 275 Jahre Feuersozietät, Berlin 1993, S. 35

Mit der sich verstärkenden Ost-West-Entspannungspolitik der 1970er-Jahre verlor der Mythos der „Frontstadt“ Berlin an Bedeutung. Es begann eine Umwertung in der Sicht auf die Berliner Realitäten: das Unfertige, Ungemachte, zuweilen Skandalös-Poltrige und ständig Werdende West-Berlins wurde nicht mehr als Ausdruck eines beharrlichen Kampfes und Bemühens um den Nimbus eines „Fensters des Westens“ gesehen, sondern nur noch als ein Phänomen von Nachlässigkeit, schlechten Umgangsformen und Subventionsmentalität und Filz aufgenommen.[514] Der zum Kulturforum erhöhte Bereich zwischen Kemperplatz und Reichpietschufer, unweit der Mauer, veranschaulichte das in besonderem Maße. Kunst und Literatur von Weltrang, drapiert um eine rührende, zugleich architektonisch bedeutende Stüler-Kirche, der die Gemeinde abhanden gekommen war – abgelegt in einer städtischen Brachlandschaft, die Signale von Nichtzuständigkeit aussandte und dazu noch von einer sechsspurigen Autostraße durchschnitten wurde. In diesem komplizierten Umfeld gelang es der Berliner Feuersozietät, das Fähnchen der Beständigkeit und Zuverlässigkeit hochzuhalten. Keine Skandale, kaum Prozesse mit Kunden. Sie erwarb sich, was gemeinhin ein „guter Ruf“ genannt wird. Sie war so konsequent klassisch in der Anmutung wie standhaft. Ihre gewisse Biederkeit sprach ihre Klientel offenbar an, sie war ein Versprechen, das nicht gebrochen werden durfte.

St.-Matthäus-Kirche



Fazit

Nach den Verwerfungen der ersten fünf Nachkriegsjahre richtete sich die Feuersozietät in West-Berlin wohl oder übel ein. Sie stabilisierte sich, behielt das Monopol im Feuerversicherungsbereich für die verbliebenen Bezirke Wedding, Kreuzberg und Tiergarten, konnte sich aber auch in den Bezirken des Wettbewerbsgebiets institutionalisieren.

Da kam 1989, für alle völlig überraschend die Öffnung der Mauer. Die Grenzen zwischen Ost und West, zwischen Bundesrepublik Deutschland und Deutscher Demokratischer Republik, zwischen zwei separaten Halbstädten wurden aufgelöst. Mehrere Dekaden ganz eigener Entwicklungswege brachen ab, eine ungeahnte politische und gesellschaftliche Dynamik setzte ein. Für die Berliner Feuersozietät begann damit wieder ein neuer Zeitabschnitt, denn ein Zurück zum Status quo vor der Teilung war nicht mehr möglich.

Berlin, Checkpoint Charlie,
Nacht des Mauerfalls 9./10. November 1989.

Terror in der Disko – die Explosion im La Belle

In der Nacht von Freitag auf Samstag, am 5. April 1986 gegen 1:45 Uhr, explodierte in der Diskothek La Belle in der Friedenauer Hauptstr. 78/79 eine Bombe. Zwei Gäste, der amerikanische Sergeant Kenneth Terence Ford (21) und die Berlinerin Nermin Hannay (28) waren sofort tot. Sergeant James E. Goins (25) erlag Monate später seinen Verletzungen. Die Diskothek La Belle, in der Funk und Soul gespielt wurde, beliebt bei US-amerikanischen Soldaten, die in Berlin stationiert waren, war es voll, weil an diesem Freitag der Sold ausgezahlt worden war.

Im Bericht der ZEIT kam eine Zeugin zu Wort: „Das reinste Inferno … Es knallte ganz fürchterlich, auf einen Schlag war es stockdunkel. Plötzlich konnte ich nicht mehr atmen. Ich dachte nur noch Luft, Luft, raus. Viele lagen auf dem Boden und schrien vor Schmerzen. Ich bin über Schwerverletzte ins Freie geschoben worden. Auf dem Mittelstreifen lagen Dutzende von Verletzten."[515] 28 Menschen wurden schwer verletzt, der Luftdruck zerriss 250 Menschen das Trommelfell. Zu den Opfern gehörten auch der Pächter der Diskothek, Enzo di Nunno, und seine Beschäftigten. Der Gutachter der Feuersozietät, der den Sachschaden aufnahm, hielt fest: Die Bombe „explodierte vor dem Bartresen" und riss ein Loch in die Kellerdecke, durch die Druckwelle wurde die „Schaufensteranlage auf die Straße gedrückt, der Innenausbau der Diskothek wurde zerstört", ebenso die Nachbarläden. „Der Mittelteil des Hofanbaues einsturzgefährdet aufgerissen …, die tragende Gebäudekonstruktion erschüttert."[516]

Der Mauerfall war nötig, um wichtiges Material aus der DDR zur Aufklärung des Vorgangs einzubeziehen. Ein erster Prozessanlauf in den 1990er-Jahren scheiterte. Ein neues Verfahren vor dem Landgericht kam 2001 zu einem Urteil, das 2004 vom Bundesgerichtshof überprüft wurde.[517] Die Involvierung internationaler Geheimdienste verkomplizierte den Fall.

Personen, die dem Libyschen Volksbüro (LVB), der in Ost-Berlin ansässigen libyschen Auslandsvertretung für die DDR, nahestanden, hatten den Anschlag als Vergeltung, möglicherweise auch zur weiteren Zuspitzung des seit 1986 schwelenden Konflikts zwischen Libyen und den USA, geplant. Die Attentäter waren demnach der Palästinenser Yasser C., technischer Mitarbeiter beim Libyschen Volksbüro (LVB), der Libyer Musbah E., Mitarbeiter des libyschen Propagandaministeriums, der in Berlin-Kreuzberg lebende Ali Ch., seit 1982 auch informeller Mitarbeiter (IM) der Staatssicherheit der DDR (Stasi), und Verena Ch., Ehefrau von Ali Ch., die aus der DDR stammend ebenfalls als IM der Stasi tätig war.

Mit 1,5 kg Plastiksprengstoff, den das Libysche Volksbüro (LVB) in Ost-Berlin beschafft und bereitgestellt hatte, wurde die Bombe in der Kreuzberger Wohnung von Verena Ch. fabriziert.[518] Am Freitagabend, 4. Mai 1986, zwischen 22 und 23 Uhr betraten Verena Ch. und ihre Schwester mit einer Tasche, die die Bombe enthielt, das La Belle. Beide Frauen verließen die Disko rasch wieder. Die Explosion traf die Besucher und Mitarbeiter völlig unvorbereitet.

Zehn Tage später, am 15. April 1986, veranlasste der US-amerikanische Präsident Ronald Reagan (1911 – 2004) als Vergeltung für den Anschlag im La Belle Luftangriffe auf Tripolis und Bengasi, unter der Bezeichnung „El Dorado Canyon".[519]

2004 erklärte sich die libysche Gaddafi-Stiftung nach langen Verhandlungen bereit, 35 Millionen Dollar als Entschädigung an die deutschen Opfer zu zahlen.

Das Gebäude Hauptstr. 78/79 war erheblich beschädigt worden. Wie ein dunkles Loch gähnte die Öffnung in der Fassade. Kurz vor dem Anschlag hatten Sanierungsarbeiten am Haus begonnen. Das Gebäude, ein vier- bzw. dreigeschossiger Stahlskelettbau im Stil der Neuen Sachlichkeit mit klarer horizontaler Betonung, galt als schützenswert.

1929 von Architekt Martin Punitzer (1889 – 1949)[520] entworfen, beherbergte es zunächst den Roxy-Palast, ein modernes Kino mit über 1.000 Sitzplätzen, sowie ein Ladengeschäft und Büros. In den 1980er-Jahren befand sich das Gebäude in schlechtem Zustand. Ein Tapetensupermarkt und vier Einzelgeschäfte waren eingezogen. Für die Diskothek La Belle war ein größerer Teil des Erdgeschosses umgebaut worden. In den Obergeschossen befanden sich Büros, ein Teil der Gewerbefläche stand leer. Mithilfe öffentlicher Mittel des Landeskonservators sollte das Haus restauriert werden. Dieser Umstand erschwerte die Ermittlung der zu erstattenden Kosten, denn als versichert galt nur der Zustand vor der Sanierung des Hauses, der aber nicht wiederhergestellt werden sollte. In gemeinsamer Abstimmung mit Eigentümer, Architekt, Sachverständigen und der Feuersozietät wurde Einvernehmen über die einzelnen ermittelten Posten erzielt. Insgesamt wurde bis 1988 ein Betrag in Höhe von netto 973.595 DM erstattet. Die Umbauten sowie die Innenausstattung der Diskothek waren nicht mitversichert.

Das Gebäude steht inzwischen unter Denkmalschutz. Eine bronzene Gedenktafel erinnert an den „verbrecherischen Bombenanschlag" vom 5. April 1986, es war der erste internationale Terrorakt in Berlin.

1989 bis 2018

ZUSAMMEN**LEBEN**

„Das tritt nach meiner Kenntnis – ist das sofort … – unverzüglich …“ Ein Satz, der einen nie gesehenen Freudentaumel auslöste: Mit dem Fall der Mauer waren die Möglichkeiten und Hoffnungen im Wortsinn schier grenzenlos. Auch für die Feuersozietät. Sie dehnte ihr Geschäftsgebiet von West-Berlin auf das ganze Stadtgebiet und das sich neu formierende Bundesland Brandenburg aus. Schnelles Wachstum, das allerdings schon bald abflachte. Ereignisse wie die Flutkatastrophe der Elbe und ihrer Nebenflüsse 2002, schwere Stürme, aber auch die Terroranschläge von 9/11 verursachten für die Feuersozietät erhebliche Schäden, die bezahlt werden mussten. Die Feuersozietät stand vor enormen Forderungen. Für die damalige Anstalt des öffentlichen Rechts hieß die Lösung entweder Abwicklung oder Veräußerung. Ein Konsortium unter Führung der öffentlich-rechtlichen Versicherungskammer Bayern kaufte die zwischenzeitlich als Aktiengesellschaft neu errichtete Feuersozietät. Unter diesem Dach blieb sie in öffentlicher Trägerschaft. In diesen 14 Jahren schaffte sie es gleichzeitig, ihren Regionalbezug zu erhalten und zu stärken: wie seit 300 Jahren. Und in Zukunft.

Feuersozietät und die deutsche Wiedervereinigung

Von der Wiedervereinigung bis zur Gegenwart
Als SED-Politbüromitglied und Sekretär des ZK Günter Schabowski am 9. November 1989 in einer Pressekonferenz auf die Frage, wann die neuen Reisebestimmungen der DDR in Kraft träten, die denkwürdige Äußerung fallen ließ: „Das tritt nach meiner Kenntnis – ist das sofort … – unverzüglich …“, konnte niemand die Folgen dieser Nachricht abschätzen, die sich wie im Flug verbreitete. Die Grenze zwischen den beiden deutschen Staaten und beiden Teilen Berlins war von diesem Tag an nicht mehr zu halten. Ein geografisch-politischer Zustand, der sich über 40 Jahre verfestigt hatte, war aufgebrochen. Die unentwegt Zuversichtlichen, die immer wieder die deutsche Einheit beschworen hatten und dafür verlacht worden waren, sahen sich ein knappes Jahr später, am 3. Oktober 1990, bestätigt. Welcher Wirtschaftsboom nun folgen und wie zugleich die Deindustrialisierung der DDR ganze Landstriche erfassen würde, ahnten allenfalls schon die fünf bundesdeutschen Wirtschaftsforschungsinstitute: Für 1990 hatten sie ihre Prognose des Wirtschaftswachstums auf 3,75 Prozent korrigiert, für 1991 legten sie sich sogar auf fast 4 Prozent fest.[521]

Ein in historischer wie juristischer Hinsicht beispielloser Transformationsprozess kam in Gang. Im Juni 1990 beschloss die Volkskammer der DDR das Gesetz zur Privatisierung und Reorganisation des volkseigenen Vermögens (Treuhandgesetz), nachdem bereits im März unter deutlich anderer Prämisse eine Institution ins Leben gerufen worden war, die diesen Prozess bereits ins Auge gefasst hatte. Die Treuhandanstalt unter Leitung von Detlev Rohwedder (1932–1991), als bundesunmittelbare Anstalt des öffentlichen Rechts errichtet, sollte die Sanierung und Privatisierung der volkseigenen Betriebe der DDR organisieren. Das betraf auch das Versicherungswesen in der DDR. Zum 1. Juli 1990 trat die Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion in Kraft. Doch die Versicherungen waren zu diesem Zeitpunkt, ganz nach dem Windhund-Prinzip, bereits umfassend reguliert: Die nahezu komplette Übernahme der Staatsversicherung, die nicht als öffentlich-rechtliche galt, durch die Allianz war im März 1990 per Vorvertrag vereinbart worden.[522] Damit gingen auch die ehemaligen Bestände der beiden Feuersozietäten im Ostteil Berlins und in Brandenburg an die Allianz. Ob sich die Erwartungen, die sich an diese schnelle Integration in ein westliches Unternehmen knüpften, erfüllen würden, war angesichts der notwendigen Investitionen noch nicht abzusehen.

Unternehmenswandel
Auch für die West-Berliner Feuersozietät Berlin-Öffentliche Leben begann nun eine stürmische Phase. Die alte Feuersozietät der Provinz Brandenburg war 1977 liquidiert worden, ihre Rechtsnachfolge hatte die Berliner Feuersozietät übernommen. Auf dieser Grundlage konnte sie nun ihr Geschäftsgebiet ausdehnen: von West-Berlin auf das ganze Stadtgebiet und darüber hinaus auf das sich neu formierende Bundesland Brandenburg. Innerhalb von kürzester Zeit eröffneten sich Chancen, die genutzt sein wollten. Ein flächendeckendes Vertriebssystem wurde aufgebaut. Mehr Mitarbeiter wurden eingestellt und geschult, neue Verträge in einem Umfang abgeschlossen, der deutlich über dem „marktüblichen Umfang“ lag.

Per App Gänsehaut bekommen.

Am Platz vor dem Brandenburger Tor begannen in der Nacht zum 22. Dezember 1989 die Bauarbeiten zur Eröffnung der Grenzübergangsstelle für Fußgänger.

Sekretärin beim Telefonieren mit einem Autotelefon AEG Olympia Telecar C, C-Netz der Deutschen Bundespost Telekom.

Die anvisierte Sanierung und Privatisierung der volkseigenen Betriebe der DDR betraf auch das Versicherungswesen.

Die praktischen Schwierigkeiten, die dabei zu bewältigen waren, erscheinen im Rückblick kurios. Kaum vorstellbar, dass es nicht einmal genügend Telefonverbindungen gab und man sich in manchen Landesteilen mit riesigen Funktelefonen behelfen musste, deren Betrieb zudem mit Mehrkosten verbunden war. 1989 hatte man in der Bundesrepublik mit dem System ISDN (Integrated Services Digital Network) gerade begonnen, das Festnetz von analoger auf digitale Leitung umzustellen. Der Ausbau nahm einige Zeit in Anspruch, insbesondere im sogenannten Beitrittsgebiet. Die bundesdeutsche Telekom, für die technische Umsetzung zuständig, wurde so zu einer maßgeblichen Schaltstelle in der technischen und – damit verbunden – wirtschaftlichen Entwicklung der nächsten Jahre. Bei der Feuersozietät konnte bis Ende 1992 in Brandenburg lediglich bei vier Geschäftsstellen, nämlich Potsdam, Cottbus, Frankfurt/Oder und Brandenburg, eine Direktverbindung mit der Großrechneranlage der Zentrale hergestellt werden.[523]

Nachdem die Jahre 1990 und 1991 von einem enormen Wachstum geprägt waren, konsolidierte sich der Geschäftsverlauf 1992 auf hohem Niveau. Im Vertrieb wurde die enge Verbindung, die bereits in Berlin mit der Berliner Sparkasse existierte, auf die neuen Sparkassen in Brandenburg ausgedehnt. Ab 1992 wurden diese zu einem zweiten wichtigen Vertriebskanal. Aber auch eigene Geschäftsstellen und Agenturen wurden weiter ausgebaut.

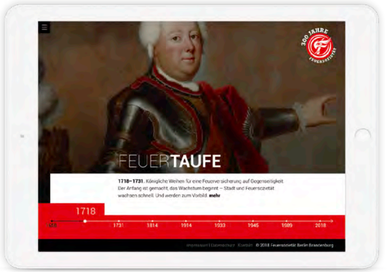
Technologischer Wandel – neue Kommunikationsformen
Bis Anfang der 1990er-Jahre wurde die elektronische Datenverarbeitung vor allem als technische Optimierungsmöglichkeit im Großrechnerbereich für die Verwaltung von Kundendaten erachtet. Mit der zunehmenden individuellen Nutzung von Rechnern und dem Aufkommen des Internets kam eine grundlegende technologische Umwälzung in Gang, die in kurzer Zeit auch im Versicherungsgeschäft die Kommunikationsstrukturen verändern sollte. War bis dahin der Zugang zu den Kunden neben dem persönlichen Kontakt und auf dem Postweg nur per Telefon und Fax möglich gewesen, eröffneten sich nun neue Informationskanäle für Service und Vertrieb. 1997 konnte die Feuersozietät Berlin Brandenburg erstmals auf den eigenen Auftritt im World Wide Web verweisen.[524]

Entwicklung der Feuersozietät 1988 bis 1992

	1988	1989	1990	1991	1992
Versicherungsbestand	257.188	263.103	285.923	393.936	440.398
Beiträge brutto Mio. DM	128	133	149	259	301
Versicherungsleistungen Mio. DM	104	103	116	195	270
Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb Mio. DM	32	34	41	66	76
Schadenverhütungsaufwendungen Mio. DM	4	5	5	5	6

Quelle Feuersozietät, Feuersozietät. Öffentliche Leben, Geschäftsbericht, Berlin 1993, S. 5

Per App oder unter www.feuersozietaet.de/300jahre die Webversion der Chronik öffnen.



Standorte der Agenturen in Berlin.

Standorte der Agenturen in Brandenburg.

Vertrieb und Mitarbeiterentwicklung
Gleich nach der Wiedervereinigung wurde ein dichtes Netz von Vertretungen in Berlin und Brandenburg aufgebaut. Allein in Berlin gab es nun drei Bezirksdirektionen – zwei im Westen der Stadt, eine im Osten.[525] Auch Brandenburg verfügte über mehrere Bezirksdirektionen (heute Gebietsdirektionen) – in Potsdam, Brandenburg und Cottbus. In Bad Freienwalde und Neuruppin wurden sogenannte Außenstellen eingerichtet. Die Belegschaft stieg bis 1994 auf 595 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an. Während die Versicherungswirtschaft in der DDR ein ausschließlich staatliches Unternehmen war mit entsprechender Einbindung seiner Angestellten, sahen nun auch Menschen, die aus anderen Branchen kamen, die Möglichkeit, sich in einer Versicherung, wie der Feuersozietät, eine neue berufliche Existenz aufzubauen. Allein zwischen 1992 und 1994 wurden hier 174 Vertriebspartnerinnen und Vertriebspartner ausgebildet, hinzu kamen zahlreiche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Innendienst, die ebenfalls geschult wurden.[526]

Die meisten der rund 130 Versicherungsagenturen der Feuersozietät arbeiten nach dem Ausschließlichkeits-Prinzip, d.h. sie vertreiben nur Produkte der Feuersozietät und des Schwesterunternehmens Öffentliche Lebensversicherung Berlin Brandenburg und verbundener Unternehmen wie bspw. der Union Krankenversicherung (UKV). Die Agenturinhaber sind nach § 84 HGB selbstständige Handelsvertreter. Darüber hinaus sind auch Mehrfachvertreter und freie Makler für die Feuersozietät tätig. Schließlich vertreiben auch nebenberufliche Vertreter – zum Teil langjährige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Ruhestand – Versicherungen der Feuersozietät. Daneben sind die elf Brandenburger Sparkassen und die Berliner Sparkasse ein weiterer zentraler und sehr wichtiger Vertriebsweg. Die Zusammenarbeit wurde insbesondere im Anschluss an die Privatisierung 2004 deutlich intensiviert und trägt wesentlich zur erfolgreichen Entwicklung der Feuersozietät in den letzten Jahren bei.

1999 führte die Feuersozietät eine große Strukturreform durch. Die ehemaligen Bezirksdirektionen wurden nun zu Filialdirektionen zusammengefasst, die Anzahl der Vertretungen wurde reduziert.

Heute sind 307 Beschäftigte für die Feuersozietät Berlin Brandenburg tätig, von denen 181 Vollzeit und 50 Teilzeit im Innendienst sowie 58 im Außendienst arbeiten. Zugleich engagiert sich das Unternehmen für den beruflichen Nachwuchs und bildet derzeit 18 junge Menschen aus.[527]

Die Übersichten links vermitteln einen Eindruck von dem Netz der Agenturen in Berlin und Brandenburg.

Hauptstadtbeschluss und die Region Berlin-Brandenburg
Am 20. Juni 1991 hatte der Bundestag nach heftiger Debatte mit einem knappen Abstimmungsergebnis beschlossen, das Parlament und die Regierung von Bonn nach Berlin zu verlegen (Berlin/Bonn-Gesetz). Der Umzug der Bundesbehörden wurde nach und nach vollzogen, 1999 war er weitgehend abgeschlossen. Viele der großen Wirtschaftsunternehmen sahen vorläufig keine Veranlassung, dem Schritt der Bundesregierung und ihrer Dienststellen zu folgen. Sie verblieben in ihren Zentralen in Frankfurt, Düsseldorf, München oder Stuttgart, einige eröffneten repräsentativ gestaltete Dependancen in Berlin, oftmals in Form einer Kulturstiftung. Derweil schossen die Berliner Grundstückspreise in die Höhe, die Geschäftserwartungen der Immobilienbranche waren enorm. Ein schneller Zuwachs der Berliner Bevölkerung wurde prognostiziert. Allerdings gab es für die wirtschaftliche Entwicklung Berlins und seines Umlands wenig konkrete Perspektiven. Wie sollte die neue Stadt der Einheit aussehen? Welche wirtschaftlichen Schwerpunkte waren zu setzen? Konnte das neue Berlin die Metropole der Kultur, Bildung und der Dienstleistungen werden, nachdem sich keine neuerliche Industrialisierung abzeichnete? Die Euphorie der ersten Jahre war bald verflogen, die Mühen der (märkischen) Ebene forderten erhebliche Anstrengungen. Es begannen langwierige Verhandlungen, beispielsweise über den Erhalt von drei Opernhäusern. Auch die Museen rangen um ihre Standortbestimmung. Die Berliner Universitäten versuchten Doppel- und Dreifachangebote abzubauen und entledigten sich einiger Spezialdisziplinen.

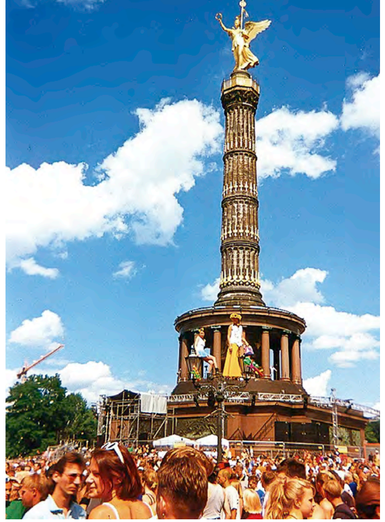
Staatsvertrag 1993 und Wegfall des Monopols
Während dieser Zeit der allgemeinen Neuordnung stärkte die Feuersozietät ihre regionale Position mit der institutionellen Absicherung durch die beiden Länder Berlin und Brandenburg. Der Staatsvertrag vom 16. Juni 1993, der später in einem feierlichen Festakt ratifiziert wurde, sah die Aufsicht über die Feuersozietät Berlin Brandenburg, wie sie nun firmierte, von beiden Ländern im zweijährigen Wechsel vor. Als Anstalt des öffentlichen Rechts stand sie nicht nur unter der gemeinsamen Fachaufsicht, sondern war auch finanziell durch beide Länder abgedeckt. Eine Vertreterversammlung von 18 Mitgliedern sollte sich laufend einen Überblick über die Arbeit des dreiköpfigen Vorstands verschaffen. Während der Staatsvertrag die Geschäftstätigkeit der Feuersozietät im Bereich der Erstversicherung regional auf die Bundesländer Berlin und Brandenburg begrenzte, gab er für den Bereich der Rückversicherung keine Beschränkung vor. Damit konnte die Feuersozietät auch Risiken übernehmen, die nicht an die Region gebunden waren.

34. Plenarsitzung des Deutschen Bundestages zum Umzug des Bundestages nach Berlin am 20. Juni 1991 (Hauptstadtbeschluss).

Bereits vor der offiziellen Errichtung der Feuersozietät Berlin Brandenburg war auf europäischer Ebene eine folgenreiche Regelung der EU verabschiedet worden: Auf der Grundlage des Beschlusses des Europäischen Rates wurden 1992 europaweit die Richtlinien für den Versicherungsmarkt (ohne Lebensversicherung)[528] geändert, später, zum 1. Juli 1994, auch für den Markt der Lebensversicherungen[529]. Ziel war die Gestaltung eines einheitlichen europäischen Binnenmarkts mit einer stärkeren Liberalisierung und Deregulierung. Für alle europäischen Versicherungsunternehmen hatte nun die Niederlassungsfreiheit zu gelten, allen Versicherungsnehmern wurde die Möglichkeit des Abschlusses von Verträgen in ganz Europa eingeräumt. Die Versicherungen bedurften nur einer nationalen Zulassung in ihrem Herkunftsland und waren auch nur dessen Finanzaufsicht unterworfen; damit konnte die möglicherweise strengere Aufsicht in dem Land, in dem sie sich betätigte, umgangen werden. Die EU-Richtlinie beinhaltete auch die Beendigung des Monopols, das in verschiedenen Regionen Deutschlands, auch in Berlin, noch für die Gebäudeversicherung galt.

Für die Feuersozietät Berlin Brandenburg zog die neue Rechtslage erhebliche Konsequenzen nach sich: War die Feuersozietät bis dahin zumindest im Gebäudebereich für das ausgewiesene Geschäftsgebiet Zwangs- und Pflichtpartner beim Abschluss eines Brandversicherungsvertrags gewesen, musste sie nun auch in diesem Versicherungszweig und in sämtlichen Regionen mit anderen Versicherungsgesellschaften konkurrieren. Die Sicherheit eines festen Kundenstamms fiel damit weg. Die Transformationsleistung, die die Feuersozietät zu bewältigen hatte, war enorm. Bislang reichte es für den Monopolbereich aus, auf der Grundlage des Jahresrückblicks die Gegenwart zu gestalten. Nun mussten unternehmerische Entscheidungen für die Zukunft gefällt werden, um im Wettbewerb zu bestehen.[530] Vorteilhaft für die Feuersozietät war, dass sie bereits eingeführt war und sich auf einen funktionierenden Apparat stützen konnte. In den konkreten Geschäftsergebnissen machten sich die Veränderungen wegen der längeren Befristung der einzelnen Verträge nicht sofort bemerkbar.

Der Versicherungsmarkt wird weitestgehend europäisiert.



Links: Liberalität wurde in den 1990er-Jahren zum Berliner Markenzeichen – auf dem Versicherungsmarkt wie bei der Love Parade.

Rechts: Zwei Lichtstrahlen, eine Erinnerung – an die beiden zerstörten WTC-Türme.

Per App den Wiederaufbau im Zeitraffer sehen.

Geschäftsverlauf 1993 bis 1997
Trotz der geänderten europaweiten Bestimmungen konnte die Feuersozietät bis 1997 die Zahl der Versicherungsverträge weiter steigern, verbunden mit einer Erhöhung der Beiträge insgesamt. Dem stand allerdings auch eine deutliche Zunahme der Schadenfälle gegenüber.

Entwicklung 1997 bis 2003
Schadenverläufe sind schwankend und nicht absolut präzise berechenbar. Mit der Bewertung der Risiken der Vergangenheit wird der Versuch einer Einschätzung für die Zukunft unternommen. Gestützt auf Kompetenz im Bereich der Schadenverhütung lassen sich bestimmte Entwicklungen aber durchaus kalkulieren. Die Feuersozietät verdoppelte die Aufwendungen für die Schadenverhütung von 6 Millionen DM im Jahr 1993 auf 12 Millionen DM im Jahr 1997.

Insgesamt konnte im Jahr 1997, trotz Wegfall des Monopols, noch das Niveau der Entwicklung in den frühen 1990er-Jahren übertroffen werden, danach stagnierten die Beiträge, obwohl die Zahl der Versicherungsverträge wuchs.

Doch insgesamt lief das technische Erstgeschäft bis 2001/2002 gut. Die Zahl der Verträge konnte weiter erhöht werden, wobei die Gesamtversicherungssumme leicht zurückging. Der Rückgang des Versicherungsbestands Anfang der 2000er-Jahre ist auf eine Sanierung des Bestands im Großkundengeschäft zurückzuführen. Bei den Aufwendungen für die Schadenverhütung wurde ab 1998 deutlich gespart. Allerdings fielen auch die Börsenkurse erheblich und beeinträchtigten den Wert der Kapitalanlagen.

Feuersozietät Berlin Brandenburg, Geschäftsverlauf 1998 bis 2003

	1998	1999	2000	2001	2002	2003
Versicherungsbestand	590.763	596.344	605.262	634.545	633.320	607.611
Beiträge brutto Mio. DM	435	433	436	255	244	177,7
Versicherungsleistungen Mio. DM	362	337	308	260	202	80,4
Kapitalanlagen Mio. DM	300	331	321	167	180	136
Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb Mio. DM	123	118	122	70	64	52
Schadenverhütungsaufwendungen Mio. DM	8	9	7	4	4	k.A.

Quelle: Geschäftsberichte der Feuersozietät Berlin Brandenburg

Das Leben ist eine Baustelle: die Hauptstadt in den 1990er-Jahren und das Neue Berlin der 2000er.

Damals wie heute mittendrin: der Sitz der Feuersozietät.

Vermutlich mit der Absicht, die Einbußen, die infolge der Liberalisierung des Versicherungsmarkts zu erwarten waren, auszugleichen, engagierte sich die Feuersozietät nun verstärkt im Rückversicherungsgeschäft. Eigentlich war sie dafür nicht groß genug, hatte nicht das Gewicht eines Global Players. Ihr Pfund war die staatliche Absicherung im Hintergrund, die sie verlässlich machte. Diese Rückversicherungsgeschäfte führten in Folge des Anschlags auf das World Trade Center (WTC) auch zu einer Beteiligung der Feuersozietät an den entstandenen Schäden und stellte eine große wirtschaftliche Belastung für das Unternehmen dar.

Im Sommer 2002 kam auch noch die Flutkatastrophe dazu, vor allem das Hochwasser von Mulde und Elbe, das erhebliche Schäden verursachte, die ausgeglichen werden mussten. Aber nicht nur das Hochwasser wurde zum Problem. Im Juli 2002 verursachte ein Sturm, Tornado „Anita“, zahlreiche weitere Schäden im Versicherungsgebiet.[531] All diesen Leistungsanforderungen war ohne die Unterstützung der beiden Länder Berlin und Brandenburg nicht mehr nachzukommen.

Galt früher allein die Schadenquote als Indikator für das Verhältnis von Aufwendungen für Schäden und gebuchten Beiträgen, gewann unter dem Begriff der kombinierten „Schaden-Kostenquote“, auch Combined Ratio genannt, nun die Quote an Bedeutung, die die Gesamtschäden (mit den zu leistenden Erstattungen) und alle betrieblichen Aufwendungen zu den eingenommenen Beiträgen in Relation setzt. Sie spiegelt das Ausmaß der Wirtschaftlichkeit des Unternehmens wider. Ziel sollte es sein, mit dieser Quote unter 100 Prozent zu bleiben. Nach den heftigen Schaden-Jahren 2001 und 2002 reduzierten sich für die Feuersozietät ab 2003 die durch Schäden verursachten Auszahlungsleistungen wieder merklich, was sowohl die Nettoschadenquote als auch die Schaden-Kostenquote belegen.

Privatisierung und Veräußerung

Schon bei den Turbulenzen der Bankgesellschaft Berlin, die in den 1990er-Jahren durch waghalsige Immobilienspekulationen ins Trudeln geraten war, hatte sich gezeigt, dass eine enge staatliche Anbindung wirtschaftlicher Unternehmen nicht unbedingt als Garant für Risikokontrolle, Transparenz und Beständigkeit angesehen werden kann. Im Fall der Bankgesellschaft waren unternehmerische Aktivitäten und der Aktionsradius einer Landesanstalt (mit entsprechender Absicherung) in Kollision geraten.

Ähnliche Ursachen werden für die Krise bei der Feuersozietät Berlin Brandenburg gesorgt haben. Sie hatte sich in eine so aussichtslose Lage manövriert, dass bei ihr nun vonseiten Berlins und Brandenburgs eine grundsätzliche Entscheidung zum weiteren Vorgehen anstand. Angesichts der erheblichen Kosten, die eine Abwicklung verursacht hätte, wurde die Feuersozietät 2002 zum Verkauf ausgeschrieben. Nachdem die Länder Berlin und Brandenburg im Rahmen der gesetzlichen Verpflichtung aus Gewährträgerhaftung und Anstaltslast im erheblichen Umfang mit Kapitalzuschüssen hatten einspringen müssen[532], war dieser Schritt nicht mehr vermeidbar. 2001/2002 – unter der rot-roten Koalition – war die schwierige Lage der Feuersozietät-Öffentliche Leben nicht mehr zu leugnen gewesen, der Verkauf musste realisiert werden. Ausgehend von der Überlegung, dass in der modernen Zeit eine Versicherung „kein zentraler Bestandteil der Daseinsvorsorge“ einer öffentlichen Verwaltung ist, war dies nur konsequent.[533] Immerhin gab es 81 Bewerber und das, obwohl Ende 2002 noch von einem völlig unrealistischen Kaufpreis ausgegangen wurde.[534] Eine norddeutsche Lösung kam nicht zustande, weil der entsprechende Interessent selbst in Schwierigkeiten geriet.[535] Um den Verkauf zu ermöglichen, musste zuvor die Herauslösung der Versicherung aus der staatlichen Einbindung bewerkstelligt werden, da eine Anstalt des öffentlichen Rechts nicht veräußert werden kann. In ungewöhnlich kurzer Zeit gelang es 2003, die Umwandlung in eine Aktiengesellschaft zu vollziehen.[536] Das Aktienkapital wurde zwischen den beiden Ländern aufgeteilt, bezogen auf die Feuersozietät übernahm das Land Berlin 68,69 Prozent, das Land Brandenburg 31,31 Prozent, bezogen auf die Öffentliche Lebensversicherung das Land Berlin 26,9 Prozent und das Land Brandenburg 73,1 Prozent. Hierzu wurde am 8. Oktober 2003 die Feuersozietät Berlin Brandenburg Versicherungsvermittlung AG gegründet, die am 31. Dezember 2003 in die (heutige) Feuersozietät Berlin Brandenburg Versicherung AG überging.[537] Hiermit wurde der wesentliche Schritt hin zur Veräußerung gemacht, die dann 2004 erfolgte. Ein Konsortium unter Führung der öffentlich-rechtlichen Versicherungskammer Bayern kaufte die nun neu errichtete Feuersozietät für rund 40 Millionen Euro.

Wenngleich sie jetzt eine Aktiengesellschaft war, blieb sie – unter dem Namen Feuersozietät Berlin Brandenburg Versicherung Aktiengesellschaft – weiterhin ein öffentlicher Versicherer, was darauf zurückzuführen ist, dass sich mittlerweile die Auffassung gewandelt hat, nach der nicht die Rechtsform maßgeblich für die Einordnung „öffentlich“ oder „privat“ ist, sondern allein die Trägerschaft.

Unter dem Dach des Konzerns Versicherungskammer, der 2012 auch die Anteile der SV Sparkassen-Versicherung und Sparkassen-Versicherung Sachsen übernahm, blieb die übernommene Feuersozietät in öffentlicher Trägerschaft.

König Maximilian I. Joseph von Bayern (1756 – 1825)

Die Versicherungskammer Bayern

Die Versicherungskammer Bayern

Die Gründung geht auf König Maximilian I. Joseph von Bayern (1756 – 1825) zurück, der 1806 im Bündnis mit Napoleon die Königswürde erwarb und Bayern einen erheblichen Gebietszuwachs einbrachte. Unter der Maßgabe „Es soll eine Anstalt für das gesamt Reich seyn“ gab er den Anstoß zur Bündelung der in Bayern bereits bestehenden öffentlichen Feuerversicherungen unter einem Dach.[538] Am 1. Oktober 1811 nahm diese allgemeine Bayerische Landesbrandversicherungsanstalt ihre Geschäfte auf.

Durch Erlass von König Ludwig II. von Bayern (1845 – 1886) wurde 1875 die Verwaltung der Landesbrandversicherungsanstalt einer zentralen Staatsbehörde übertragen, der nun sogenannten Königlichen Brandversicherungs-Kammer. Diese wurde von 1875 bis 1890 von Matthäus von Jodlbauer geleitet. Für ihre zentralen Geschäfte nutzte die Behörde 1877 das Gebäude der Bayerischen Landesbrandversicherungsanstalt in München. Vor Ort versahen königliche Brandversicherungsinspektoren ihren Dienst, sie schätzten die zu versichernden Gebäude beim Vertragsabschluss und bewerteten auch die Schäden im Brandfall, eine Praxis, die von 1852 bis 1910 galt. Später übernahmen die Brandversicherungsämter in den jeweiligen Gebieten Bayerns und der Pfalz diese Aufgabe. Von 1896 bis 1910 stand Dr. Heinrich Ritter von Haag der Anstalt vor.

Nach dem Ersten Weltkrieg, Bayerns Monarchie war abgeschafft und die Republik ausgerufen, dehnte die nun nicht mehr königliche Bayerische Versicherungskammer unter ihrem Dach die Versicherungsleistungen aus. Von der Bayerischen Landesbrandversicherung wurde nach wie vor die Feuerversicherung für Gebäude angeboten. 1921 erweiterte sie das Angebot auf andere Sachversicherungen und später auch auf Personenversicherungen. Hierfür wurden jeweils eigene Versicherungsanstalten gegründet, im selben Jahr der Bayerische Versicherungsverband und 1922 kam es unter Mitwirkung des Sparkassenverbands Bayern und des Genossenschaftsverbands Bayern zur Gründung einer Lebensversicherung, der Bayern-Versicherung (die seinerzeit aber nicht von der Bayerischen Versicherungskammer verwaltet wurde), in voller Bezeichnung: Bayern. Öffentliche Anstalt für Volks- und Lebensversicherung. Zur Gründung der Bayern wurde vom Verband der öffentlichen Lebensversicherer in Deutschland ein Zuschuss in Höhe von 40 Millionen RM

Der Unternehmenssitz der Versicherungskammer Bayern in München.

VERSICHERUNGS KAMMER

gewährt; dieser Betrag war im Zuge der Hyperinflation, die damals in Deutschland herrschte, vermutlich bald aufgezehrt.

Mit der Bayerischen Beamtenkrankenkasse kam 1926 auch noch eine private Krankenversicherung zum Versicherungsverbund hinzu. Der Münchner Hauptsitz der Verwaltung, Gewürzmühl- Ecke Sternstraße, musste angesichts der nunmehr angewachsenen Versicherungszweige erweitert werden. Als öffentlich-rechtliche Landesbrandversicherungsanstalt gehörte die Bayerische Landesbrandversicherungsanstalt dem reichsweiten Verband der öffentlich-rechtlichen Feuerversicherer an.[539] Für die Gebäude, die sich in ihrem Geschäftsgebiet, d.h. Bayern und die weiterhin zu Bayern gehörende Pfalz, befanden, besaß sie das Bannrecht in der Gebäudeversicherung. 1934 war sie die bei weitem größte öffentliche Feuerversicherungsanstalt in Deutschland, gefolgt von der Sächsischen Landesbrandversicherungsanstalt.[540]

Die langjährige, enge Verwaltungseinheit zwischen Bayern und der Pfalz wurde nach Ende des Zweiten Weltkriegs durch die von den Alliierten aufgeteilten Besatzungszonen obsolet. Im Versicherungswesen konnten die eingespielten Verwaltungsstrukturen allerdings aufrechterhalten werden und die Versicherungsanstalten der Versicherungskammer blieben auch in der Pfalz tätig.[541]

1975 konnte das 100-jährige Bestehen der seinerzeit von König Ludwig II. errichteten Brandversicherungskammer gefeiert werden. Kurz zuvor, 1972, hatte die Einweihung des neuen Münchner Verwaltungskomplexes Stern-, Maximilian- und Widenmayerstraße stattgefunden. Im Innenhof des Neubaus war ein kleines Gebäude belassen worden, das einige Jahre als Filmstudio genutzt wurde. Hier entstanden zahlreiche Folgen der beliebten Pumuckl-Serie – mit Gustl Bayrhammer als Meister Eder. 1985 wurde das Gebäude abgerissen.

Die Bayerische Versicherungskammer war ein in Deutschland einmaliges Konstrukt. Eine Behörde des Bayerischen Staatsministeriums des Innern, die als Geschäftsführungsorgan der Versicherungs- und Versorgungsanstalten fungierte. Die Versicherungskammer verwaltete elf Versorgungseinrichtungen, die zum Teil bundesweit tätig waren, sowie die Versicherungsanstalten, die heutigen Aktiengesellschaften der Versicherungskammer Bayern. Die unmittelbare staatliche Aufsicht und die Einbindung in eine staatliche Verwaltung garantierten sorgsamen Umgang mit den Geldern der Versicherten und Versorgungsempfänger. Die Bayerische Versicherungskammer konnte im Bewusstsein der bayerischen und pfälzischen Versicherungskundschaft breit verankert werden.

Mitte 1994 veränderten sich im Zuge der Schaffung eines einheitlichen EU-Binnenmarkts die Bedingungen für den Geschäftsbetrieb von Versicherungen. Das Monopol der öffentlichen Versicherer für Gebäudeversicherungen in territorial definierten Geschäftsgebieten fiel weg. Um absehbar negativen Folgen dieser Änderung vorzubeugen, wurde am 23. Juli 1994 das Gesetz zur Neuordnung der Rechtsverhältnisse der öffentlich-rechtlichen Versicherungsanstalten des Freistaates Bayern[542] erlassen. Es schuf die Voraussetzung für die Herauslösung der Versicherungsanstalten aus der staatlichen Verwaltung. Zugleich erfolgte die Entscheidung, die Versicherungsunternehmen nun als Aktiengesellschaften an die Sparkassenorganisation zu übertragen. Diese weitreichende Umstrukturierung war die strategische Antwort auf die europaweiten und globalen Anforderungen. Die Versicherungskammer Bayern, wie sie fortan hieß, vereinte als Holding ab 1995 unter ihrem Dach den Bayerischen Versicherungsverband AG, Bayerische Landesbrandversicherung AG und die Bayerische Beamtenkrankenkasse AG. Gleichzeitig wurde 1995 die Versicherungskammer Bayern als Versicherungsanstalt für das Kommunalgeschäft in der Trägerschaft der bayerischen und Pfälzer Sparkassenverbände errichtet. Der Konzern verblieb im Status einer öffentlich-rechtlichen Versicherung, in der die Aufgaben von Vertrieb, Personal und Informationstechnik nun stärker vernetzt wurden. Im Jahr 1997 kam mit der Neugründung der Versicherungskammer Bayern Konzern Rückversicherung AG ein weiteres Versicherungsunternehmen unter das Dach des Konzerns.

Schon 1999 wurde auch die immer noch bestehende Bayern-Versicherung in die Rechtsform der Aktiengesellschaft umgewandelt. Zu 75 Prozent wurden die Anteile des Sparkassenverbands Bayern in die Versicherungskammer Bayern eingebracht; die übrigen 25 Prozent hält nach wie vor der Genossenschaftsverband Bayern. Mit der Zusammenführung der Bayerischen Beamtenkrankenkasse AG und der Union Krankenversicherung AG wurde 2000 das Krankenversicherungsgeschäft unter der Bezeichnung CONSAL Beteiligungsgesellschaft AG bundesweit gebündelt. Ein Jahr später entstand die Union Reiseversicherung AG (URV), die als Reiseversicherer der öffentlichen Versicherungsunternehmen und Sparkassen die Risiken im Tourismussektor mit verschiedenen Angeboten abdeckt.

Auf dem Weg zum Versicherer der Regionen:
Im Zuge der Weiterentwicklung der Versicherungskammer Bayern kam es nun auch zu strategischen Beteiligungen an verschiedenen öffentlich-rechtlichen Versicherungsunternehmen. Zunächst wurde das Geschäftsgebiet mit der SAARLAND Feuerversicherung AG und der SAARLAND Lebensversicherung AG (2002) auf das Saarland erweitert, ein wenig später, im Jahr 2004, mit dem Erwerb der Feuersozietät Berlin Brandenburg AG und der Öffentliche Lebensversicherung Berlin Brandenburg AG (2004) im Rahmen eines Konsortiums unter Führung der Versicherungskammer Bayern auf die Hauptstadtregion Berlin und Brandenburg. 2012 übernahm die Versicherungskammer Bayern sämtliche Anteile an der Feuersozietät Berlin Brandenburg sowie der Öffentlichen Lebensversicherung Berlin Brandenburg.

Nach dem Kauf der 1991 gegründeten Ostdeutschen Versicherung AG (OVAG) im Jahr 2005 etablierte sich bereits drei Jahre später die Online-Marke BavariaDirekt. All diese Beispiele zeugen von einer hohen Integrationsfähigkeit des Konzerns Versicherungskammer. 2011 konnte das 200-jährige Jubiläum der ehemals königlichen Versicherungskammer Bayern gefeiert werden.

Aktuelle Entwicklungen:
Der Konzern Versicherungskammer kann auf erfolgreiche Geschäftsjahre zurückblicken. Im Jahr 2017 wurde erstmals ein Beitragsvolumen von über 8 Milliarden Euro erzielt. Die Umsatzsteigerung von 3,9 % gegenüber dem Vorjahr übertrifft nicht nur den Branchendurchschnitt, sondern ist auch ein Beleg dafür, dass mit klarer Kundenorientierung, mit der Vielfalt der Vertriebswege, einer großen und modernen Produktpalette sowie mit der starken regionalen Verankerung der Konzernunternehmen in den unterschiedlichen Geschäftsgebieten die Marktchancen genutzt werden konnten.

Als regionaler Versicherer rangiert die Versicherungskammer unter den ersten zehn Erstversicherern in Deutschland; innerhalb der Gruppe der öffentlich-rechtlichen Versicherer steht sie gemessen am Beitragsvolumen an erster Stelle.[543]

Die moderne Aufstellung des Konzerns Versicherungskammer spiegelt sich in der Umsetzung der an den Kunden ausgerichteten Digitalisierungsstrategie wider. Für die innovativen Projekte im Big Data-Bereich erhielt die Versicherungskammer bereits mehrere nationale und internationale Auszeichnungen. Durch die Kooperation mit Start-ups und die Gründung des InsurTech Hub München im Jahr 2017 profitiert der Konzern von neuen Impulsen, um die Digitalisierung in der Assekuranz voranzutreiben. Mit Vorhaben wie dem kognitiven System Watson, einem digitalen Sprach- und Texterkennungsprogramm, beschreitet sie gänzlich neue Wege in der Versicherungsbranche in Deutschland.

Das gesellschaftliche Engagement hat für die Versicherungskammer, als öffentlichem Versicherer, große Bedeutung und sie unterstützt insbesondere Projekte und Initiativen im Bereich von Prävention, Sicherheit und Sozialem, dabei stehen ihr seit einigen Jahren die Versicherungskammer-Stiftung und die Versicherungskammer-Kulturstiftung zur Seite.

Die Stärken des Konzerns prägen sich durch die funktionale Einbettung aller Konzernunternehmen in vielfältiger Weise in den Regionen aus und verhelfen mit den geschaffenen Voraussetzungen auch der Feuersozietät vor Ort zu einem breiten Produkt- und Serviceangebot mit einer nachhaltigen Leistungsfähigkeit.

Geschäftlicher Erfolg und kulturelles Engagement gehören zusammen: Seit zwei Jahrzehnten unterstützt die Feuersozietät den Choriner Musiksommer.

Geschäftsentwicklung Feuersozietät Berlin Brandenburg bis 2016

Über lange Jahre wurde das Gebäude in der Parochialstr. 1/3 – das Neue Stadthaus – in der Bilanz der Berliner Feuersozietät mit 1 RM, später mit 1 DM aufgeführt. Nach der Wiedervereinigung nutzte es der Senat weiter wie vorher der Magistrat, mittlerweile gehört es zum Sondervermögen des Senats von Berlin.[544] Die weitreichenden Pläne zur Umgestaltung des gesamten Quartiers um den Molkenmarkt und das Klosterviertel sind 2016 nach langen Diskussionsprozessen in einen Bebauungsplan gegossen worden.[545] Die „Keimzelle Alt-Berlins" soll absehbar städtebaulich und strukturell wieder in ihrer Bedeutung hervorgehoben und in einen zu schaffenden urbanen Raum integriert werden. Demnach wird auf der Rückseite des Neuen Stadthauses, dem Jüdenhof, ein Museum entstehen.

Nach der Übernahme durch den Konzern Versicherungskammer konnte 2006 ein Wachstum bei den Bruttobeiträgen um 5,2 Prozent erzielt werden, allerdings stieg gleichzeitig die Brutto-Geschäftsjahresschadenquote auf 76,5 (Vorjahr 75,1) Prozent.[546] Insgesamt war noch ein negatives Geschäftsergebnis zu verzeichnen – im Wesentlichen das Ergebnis der nachhaltigen Stärkung der Schadenreserven. Das änderte sich im Jahr 2008, als ein Ergebnis von 6,8 Millionen Euro erzielt werden konnte. In diesem Jahr, in dem auch die Reform des Versicherungsvertragsgesetzes anstand, stufte Standard & Poor's (S&P) die Feuersozietät als Kerngesellschaft der Versicherungskammer 2008 in der Bewertung von „A-" auf „A" (sehr gut) herauf. Die Einbindung in den Sparkassen-Finanzverbund und die weitergehende Integration in die Versicherungskammer im strategischen und operativen Bereich spielten hierbei eine entscheidende Rolle, zugleich wurde der fortgesetzte Bestand der eingeführten Marke als positiv für die Kundenbindung eingeschätzt.[547]

Die Leitung des Unternehmens wurde 2005 einem zweiköpfigen Vorstand übertragen, dem 2009 erstmals auch ein weibliches Vorstandsmitglied, Barbara Schick (ab Juni 2012 Mitglied im Konzernvorstand), angehörte. Mit der Übernahme durch die Versicherungskammer 2004 ist Dr. Frederic Roßbeck in den Vorstand der Gesellschaft eingetreten und führt sie seit 2006 als Vorstandsvorsitzender.

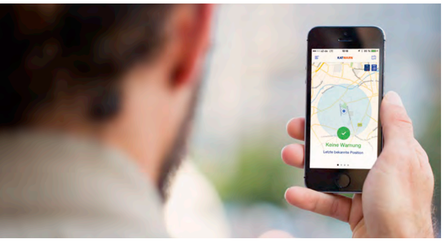
Die Finanzkrise seit dem Jahr 2007 hat sich ab 2010 auch bei der Feuersozietät bemerkbar gemacht. So wurden die Jahre 2010 und 2011 mit Verlusten abgeschlossen. Seitdem wurde aber eine positive Trendwende erreicht, die sowohl ein Wachstum bei der Anzahl der Versicherungsverträge als auch bei den Beitragseinnahmen verzeichnen ließ, bei einer gleichzeitigen Verminderung der gemeldeten Schäden. 2013 erfolgte gemeinsam mit dem Mutterkonzern eine konsequente strategische Ausrichtung der Feuersozietät auf das regionale Privat- und

Feuersozietät Berlin Brandenburg Versicherung AG, Ergebnisse 2004 bis 2016

Jahr	Anzahl der Verträge in Tsd.	Beitragseinnahmen brutto in Mio. €	Anzahl der gemeldeten Schäden in Tsd.	bilanzielle Brutto-Schadenquote (in % der verdienten Beiträge)	Kostenquote (brutto) (in % der gebuchten Beiträge)	Combined Ratio (brutto) in %	Jahresüberschuss Mio. €
2004	579,4	174,7	k.A.	73,1	29,5	k.A.	-25,2
2005	578,3	166,3	k.A.	74,4	31,1	k.A.	-14,5
2006	620,9	175,0	102,7	74,9	30,5	k.A.	-12,9
2007	655,4	189,4	144,1	81,6	29,3	k.A.	-8,5
2008	664,1	193,7	91,8	78,5	29,3	k.A.	7,0
2009	679,2	192,8	86,7	76,1	29,0	96	0,9
2010	689,0	170,9	91,5	75,5	31,3	97	-17,2
2011	684,7	166,5	85,9	72,2	33,0	99	-16,7
2012	673,6	160,1	77,7	75,9	31,4	109,7	0,1
2013	631,9	124,6	55,2	61,1	33,0	95,2	4,1
2014	641	125,2	46	63,1	33,2	98,9	1,0
2015	701	128,6	49	66,9	33,7	102,8	-1,6
2016	721	132,5	42	61,9	33,7	97,9	2,0

Quelle: Geschäftsberichte der Feuersozietät Berlin Brandenburg Versicherung AG, 2004 bis 2016

Unübersehbare Feuersozietät: Werbung am Wittenbergplatz – im U-Bahnhof und gegenüber vom KaDeWe.



Vom Pilotprojekt zum bundesweiten Warnsystem: die KATWARN-App.

Gewerbekundengeschäft. In diesen Kundensegmenten erzielte sie in den letzten Jahren einen Zuwachs bei den Beitragseinnahmen wie auch bei der Anzahl der Versicherungsverträge.

Die Orientierung an den Kundenbedürfnissen hatte immer schon eine hohe Priorität, dem dienen auch die technischen Möglichkeiten, wie Automatisierung und Digitalisierung.

So haben die Feuersozietät und die anderen öffentlichen Versicherer 2004 gemeinsam mit dem Fraunhofer-Institut FOKUS das Unwetter-Warnsystem WIND und in der Folge die Mehr-Wetter-App entwickelt, um Kunden rechtzeitig vor schweren Unwettern zu warnen. Dieses System wurde 2010 zu dem umfassenderen Katastrophenwarnsystem KATWARN weiterentwickelt und steht seitdem als App der Bevölkerung allgemein zur Verfügung.[548]

Gegenwart und Zukunft
Die zunehmende Digitalisierung der Gesellschaft, die auch in der Versicherungswirtschaft voranschreitet, steigende Kapitalanforderungen, eine verstärkte Regulierung auf europäischer Ebene sowie weitgehende Anforderungen an den Vertrieb stecken den Rahmen für die unternehmerische Tätigkeit des Versicherers ab.

Die Feuersozietät Berlin Brandenburg hat durch die Neuausrichtung und Integration in den Konzern Versicherungskammer als größten öffentlichen Versicherer einen wesentlichen Schritt in Richtung Zukunft unternommen. Dem Unternehmen gelingt es seit nunmehr 14 Jahren, als „Heimatversicherer" seinen Regionalbezug zu betonen und damit sein Image zu unterstreichen. Das regionale Profil, die leistungsfähigen Vertriebe und die Stärke des Konzerns schaffen beste Voraussetzungen, sich auch den Herausforderungen der kommenden Jahre zu stellen. Und in der Bewältigung von Risiken hat die Feuersozietät ja bereits 300 Jahre Erfahrung.

Der enge Bezug zur Region wird auch in Zukunft das Profil der Feuersozietät Berlin Brandenburg prägen.

Die Berliner Philharmonie

Brand der Philharmonie am 21. Mai 2008

Mittags um 13:57 Uhr Anruf bei der Feuerwehr: „Da kommt gelber Rauch aus einem gelben Haus..."[549] Der Anrufer wird aufgeregt gewesen sein, oder war er so kulturabstinent und wusste tatsächlich nicht, dass es sich bei dem „gelben" Gebäude um die Philharmonie handelte? Aber die Berliner Feuerwehr hatte verstanden, rückte schnell aus und war bis in den Nachmittag hinein mit Löschen beschäftigt.

Was war geschehen? Bei Dachdeckerarbeiten mit offenem Feuer an der Bitumenabdeckung am nördlichen Flachdach der Philharmonie war eine Holzverschalung in Brand geraten. Anfängliche Versuche der Handwerker, mit Handlöschgeräten zu löschen, scheiterten.

Die ausgeklügelte Dachkonstruktion, die nach Plänen von Hans Scharoun 1963 errichtet wurde, besteht aus einer dünnen, konkav gewölbten Betonschale in unterschiedlichen Stufen, Richtungen und Neigungsgraden. Steildachflächen gehen in einen großen Flachdachbereich über, der durch eine große vertiefte Rinne geteilt ist, die dem Ablauf von Regenwasser dient. Die oberste Dachhaut der Konstruktion war in Aluman-Blech ausgeführt, einem mit Mangan angereicherten Aluminium, das geschmeidiger und langlebiger ist als das übliche Zinkblech. Neben der leicht wirkenden Form ist eine umlaufende Attika (aus Beton) weithin sichtbar, die von einer Flügelskulptur gekrönt wird.

1985 war eine grundlegende Sanierung nötig geworden, nachdem sich ganze Teile der Blechverkleidung gelöst hatten. Ursache hierfür waren korrodierte Stahlnägel, die das Blech nicht mehr hielten. Bei dieser Gelegenheit wurde unter der Regie des Büros Edgar Wisniewski der Dachaufbau verändert, wobei das äußere Erscheinungsbild erhalten blieb. Nach innen wurde eine auf Sparren liegende Schalung mit Holzbrettern vorgenommen, wobei die Sparrenzwischenräume der Durchlüftung dienen sollten; gedämmt wurde mit Mineralwolle. Auch die Rinnenausbildung und die Attika-Abdeckung stützten sich auf eine hölzerne Unterkonstruktion.

Es war diese Hinterlüftung der Unterkonstruktion, die bei den Schweißarbeiten im Mai 2008 wie ein Kamin wirkte und für schnelle Ausbreitung des Brandes sorgte. Die Feuerwehr ging sehr behutsam vor, sodass sich im Innenbereich die Schäden durch Löschwasser in Grenzen hielten.

Die besorgten Musiker durften ihre wertvollen Instrumente, unter anderem auch echte Stradivaris, die sich im Gebäude befanden, herausholen. Große Instrumente wie Harfen und Kontrabass waren in gesicherten Räumen aufbewahrt und vor Brand geschützt gewesen.

Umgehend wurde ein Notdach über die beschädigten Dachflächen gezogen, bevor mit der grundlegenden Reparatur begonnen wurde. Bei der Berechnung des Schadens wurde der Neuwert angesetzt. An diesem Versicherungsfall war die Feuersozietät Berlin Brandenburg nur mit einem Anteil von 3,3 Prozent an einem Versicherungskonsortium beteiligt, sodass der Schaden für sie nur gering zu Buche schlug. Da anschließend Regressansprüche gegen die Dachdeckerfirma durchgesetzt werden konnten, blieben letztlich nur die Gutachterkosten zu erstatten.

Im Mai 2008 war jedoch erst einmal dafür zu sorgen, dass das Konzert der Berliner Philharmoniker unter Leitung von Claudio Abbado, das für drei Abende auf dem Programm stand und bereits ausverkauft war, einen Ersatzstandort fand. In einem Kraftakt gelang es in nur drei Tagen, die Waldbühne für das Konzert am 24. Mai 2008 bereitzustellen. Aufgeführt wurde das Te Deum von Hector Berlioz mit mehreren Chören, insgesamt 720 Teilnehmern. Im Publikum saßen auch Hunderte von Feuerwehrleuten, die zum Dank für ihren Löscheinsatz eingeladen worden waren.

Per App die Mutter aller modernen Konzertsäle bewundern.

Ein gutes Zeichen

Die Versicherungsschilder der Berliner Feuersozietät

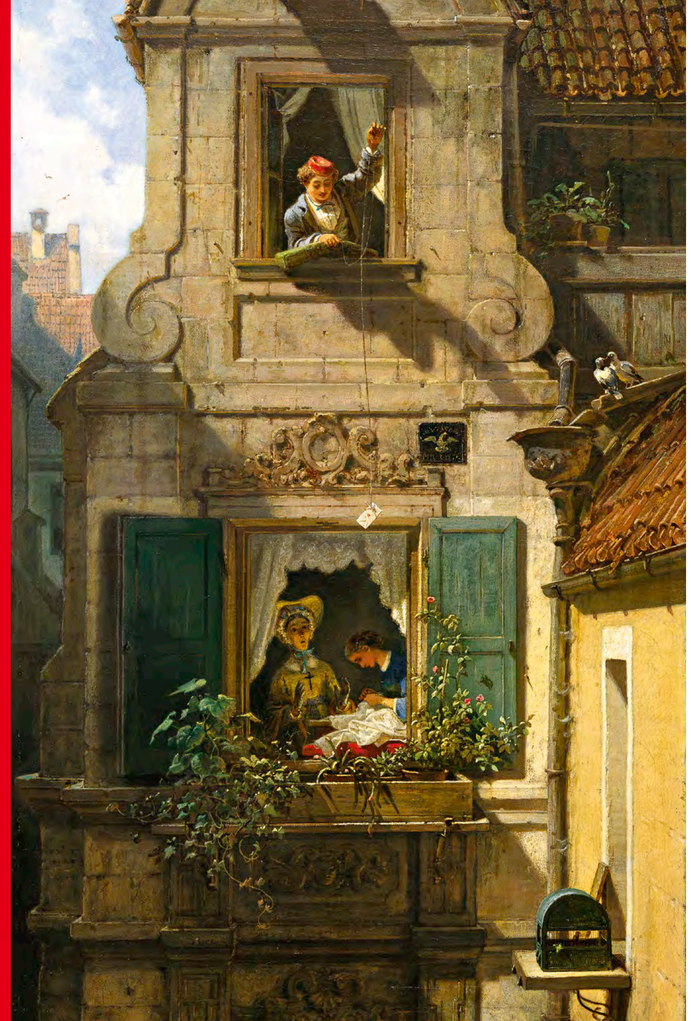
Sie hängen noch. Immer wieder sind sie im (West-)Berliner Stadtbild zu sehen: die kleinen Schilder der Feuersozietät mit dem Flammen-F. In unterschiedlichen Ausprägungen, meist in Emaille, zeugen sie von der Versicherung eines Hauses bei der Berliner Feuersozietät. Mittlerweile sind sie zu begehrten Sammlerobjekten avanciert.[550] Doch den wenigsten Menschen ist bewusst, wann sie entstanden sind.

Kurz ein Rückblick: In Großbritannien war nach dem großen Brand in London 1666 die unzureichende Brandbekämpfung offenkundig geworden. In der Folge etablierten sich private Feuerversicherungen, die zugleich Feuerwehren organisierten. Das Schild am Haus zeigte an, ob und bei welcher Gesellschaft das Gebäude versichert war. Es gibt keine Belege dafür, dass die angerückten Feuerwehren ein nicht bei ihnen versichertes Haus abbrennen ließen – völlig ausgeschlossen ist es aber auch nicht.

Nachdem sich verschiedene private britische Feuerversicherungsgesellschaften in Deutschland zu etablieren versuchten, vorwiegend für den Mobiliarbereich, wurde auch die Form des Versicherungsschildes übernommen – nun allerdings eher zu Reklamezwecken. In den Städten, in denen die Zwangsverpflichtung zur Gebäudefeuerversicherung bei einer öffentlich-rechtlichen Anstalt, wie in Alt-Berlin, bestand, war solch ein Schild überflüssig, denn alle Häuser waren bei ein und derselben abgesichert.

In den Berliner Vororten – dem sogenannten Wettbewerbsgebiet – gab es schon seit dem 19. Jahrhundert eine Konkurrenz verschiedener Unternehmen und Anstalten. Die Städtische Berliner Feuersozietät trat aber erst mit der Erweiterung des Geschäftsgebietes 1920 auf Groß-Berlin (ohne Alt-Berlin) in den Wettbewerb ein, somit bestand erst ab diesem Zeitpunkt die Notwendigkeit, sich mit Schildern gegenüber den Konkurrenten zu positionieren. Ab ca. 1924 müssen die ersten Schilder kreiert worden sein[551], die, ganz der Rolle als öffentlich-rechtlicher Anstalt entsprechend, den Bären im Stadtwappen auf schwarzem Grund darstellten – mal unter roter Stadtkrone, mal unter gelber. Mit der Veränderung des Stadtwappens im Jahr 1935 wandelte sich auch das Schild der Berliner Feuersozietät, nun wurde alles auf weißem Grund unter roter Stadtkrone abgebildet.

In den ersten Jahren nach 1945 wurden sicherlich keine neuen Schilder produziert. Erst mit der Ablösung der Vereinigten Grossberliner Versicherung für den Ostteil der Stadt und der intensivierten Tätigkeit im West-Berliner Wettbewerbsgebiet scheint auch die Werbung mit einem eigenen, neu gestalteten Schild verstärkt worden zu sein. Der Entwurf mit dem Flammen-F, der ca. 1948 entstanden sein muss, wurde für die gesamte Außenpräsentation, also zugleich für die Geschäftspost, übernommen. Wer mit der Gestaltung beauftragt wurde, lässt sich leider nicht mehr feststellen. Die Sonderform, bei dem das Stadtwappen in den Doppelring integriert war, scheint lediglich als Muster produziert worden zu sein.[552] In späteren Jahren wurde das Schild dann nicht mehr aufwendig in Emaille hergestellt, sondern auf Hartfaserplatte. Die Feuersozietät setzt die Tradition der Versicherungsschilder in der Gegenwart fort und bietet ihren Kunden einer Wohngebäudeversicherung so ein Schild mit Berliner Bär oder Brandenburger Adler an. Zum 300-jährigen Gründungsjubiläum hat die Feuersozietät eine Sonderedition der Schilder aufgelegt.



Carl Spitzweg: Der abgefangene Liebesbrief, um 1860.

Ein Student lässt an einer Schnur aus seinem Mansardenzimmer einen kleinen Brief zu seiner Angebeteten herab, die ihn jedoch nicht wahrnimmt – stattdessen reagiert die frömmelnde Tante (oder sonst eine Verwandte) mit Erstaunen. Eine idyllische Szene, die ganz nebenbei Material zum Thema Feuerversicherung liefert. So befindet sich etwas oberhalb des Briefchens, gleich neben dem Stuck, ein Schild, das darauf hinweist, dass das Haus bei der Phönix-Versicherung unter Vertrag steht.[553] Spitzweg muss dieses Schild sehr bewusst in die Darstellung integriert haben, denn eigentlich ist es viel zu hoch platziert. Üblicherweise wäre es ein Stockwerk niedriger, neben dem Hauseingang angeschraubt gewesen. Zur Entstehungszeit, um 1855, gab es in Bayern, wo Spitzweg lebte, bereits private Feuerversicherungen, wie die britische Phönix. Es ist nicht bekannt, welcher Anlass ihn dazu bewogen hat, das Phönix-Schild mit in das Gemälde hineinzunehmen. Sicher ist, dass es eine zentrale Rolle spielt: Die im Verhältnis etwas zu großen Tauben auf der rechten Seite nehmen eine übergeordnete Position zum Phönix ein. Ob sie turteln oder sich in Wahrheit über ihn, der in seiner aufsteigenden Haltung festgefroren ist, mokieren, bleibt offen.

Seit 300 Jahren.
Und in Zukunft.

Im Zeichen der Zukunft

Unsere neuen Emailleschilder markieren deutlich sichtbar, wofür unser 300. Jubiläum als Wegmarke steht: für den optimistischen Blick voraus mit dem großen Erfahrungsschatz im Rücken.

Sonderedition „300 Jahre Feuersozietät" der bekannten Emailleschilder.

Hier hat Sicherheit ihr Zuhause.
Seit 300 Jahren. Und in Zukunft.

Epilog

Dr. Frederic Roßbeck
Vorsitzender des Vorstandes

Frank A. Werner
Mitglied des Vorstands

Bereit für die Zukunft.

Wir haben nicht nur 300 Jahre Geschichte der Feuersozietät vor dem Hintergrund der Entwicklung Berlins und Brandenburgs Revue passieren lassen. Unser Blick voraus hat deutlich gemacht, dass die Herausforderungen für die Versicherungswirtschaft in den kommenden Jahren bedeutend sind. Die Feuersozietät hat diese Herausforderungen als Gesellschaft im Konzern Versicherungskammer angenommen. Wir werden unseren Kunden in Berlin und Brandenburg weiterhin ein verlässlicher Partner sein. Diese Erfolgsgeschichte wird wie in der Vergangenheit auch in Zukunft von denen geschrieben, die der Feuersozietät mit ihrem Einsatz, mit ihrer Leidenschaft und mit ihrer Nähe zu unseren Kundinnen und Kunden ein einzigartiges Profil geben. Das sind unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, unsere Vertriebspartnerinnen und Vertriebspartner, denen wir von Herzen für Geleistetes danken – zusammen sind wir bereit für die Zukunft.

Herzlichst

Dr. Frederic Roßbeck

Frank A. Werner

300 JAHRE FEUERSOZIETÄT

Aufsichtsräte der Feuersozietät Berlin Brandenburg Versicherung AG

seit 2004 in alphabetischer Nennung.

Helmut Baesecke

Ministerialdirigent im Ministerium der Finanzen Land Brandenburg
(bis 17. März 2004)

Gregor Böhmer

Geschäftsführender Präsident Sparkassen- und Giroverband Hessen-Thüringen
(ab 22. Mai 2006) bis 27. Mai 2009

Dr. Michael Ermrich

Geschäftsführender Präsident Ostdeutscher Sparkassenverband
(seit 19. Juli 2013) bis 31. Dezember 2014

Rainer Fürhaupter

Stellvertretender Vorsitzender
Mitglied des Vorstands Versicherungskammer Bayern Versicherungsanstalt des öffentlichen Rechts
(seit 16. Mai 2013) bis 11. Mai 2015

Heinrich Haasis

Präsident des Sparkassenverbands Baden-Württemberg
(ab 06. Dezember 2004)

Alois Hagl

Vorsitzender des Vorstands der Sparkasse im Ldkr. Schwandorf
(ab 25. Mai 2004) bis 12. Mai 2011

Dr. Robert Heene

Mitglied des Vorstands Versicherungskammer Bayern Versicherungsanstalt des öffentlichen Rechts
(seit 12. Mai 2016)

Claus Friedrich Holtmann

Geschäftsführender Präsident Ostdeutscher Sparkassenverband
(ab 27. Oktober 2011) bis 31. Mai 2013

Franz Kränzler

Hauptabteilungsleiter der Versicherungskammer Bayern
(ab 25. Mai 2004)

Dr. Franz Kühnel

Mitglied des Vorstands der Versicherungskammer Bayern
(ab 25. Mai 2004) bis 15. Mai 2014

Ulrich Lepsch

Vorsitzender des Vorstands Sparkasse Spree-Neiße
(ab 27. Oktober 2011)

Klaus G. Leyh

Mitglied des Vorstands Versicherungskammer Bayern Versicherungsanstalt des öffentlichen Rechts
(seit 15. Mai 2014) bis 12.Mai 2016

Bernd Michallik

Vorsitzender des Vorstands der Niederschlesischen Sparkassen
(ab 17. März 2004) bis 23. Juni 2007

Gerhard Müller

Vorsitzender des Vorstands Sparkassen-Versicherung Sachsen Allgemeine Versicherung AG
Sparkassen-Versicherung Sachsen Lebensversicherung AG
Mitglied des Vorstands
SV SpassenVersicherung Holding AG
(ab 15. Oktober 2007) bis 24. Oktober 2011

Dr. Gesine Obertreis-Koppelow*

Angestellte
(bis 17. März 2004)

Dr.-Ing. E.h. Heinz Prokop

bis 31. Dezember 2004:
Vorsitzender des Vorstands der Versicherungskammer Bayern Vorsitzender
(17. März 2004 – 11. März 2005)

Markus Rück

Vorsitzender des Vorstands Sparkasse Ostprignitz-Ruppin Anstalt des öffentlichen Rechts
(seit 11. Mai 2015)

Friedrich Schubring-Giese

ab 01. Januar 2005: Vorsitzender des Vorstands der Versicherungskammer Bayern
(ab 11. März 2005) Vorsitzender
(ab 30. März 2005) Mitglied bis 16. Mai 2013

Reinhard Schäfer

Vorsitzender des Vorstands der SV Sparkassen-Versicherung Lebensversicherung Baden-Württemberg AG
Stellvertretender Vorsitzender
(17. März 2004 – 06. Dezember 2004)

Thomas Schwarzbauer

Vorsitzender des Vorstands Kreis- und Stadtsparkasse Dillingen
(ab 12. Mai 2011)

Barbara Schick

Vorsitzende
Mitglied des Vorstands Versicherungskammer Bayern Versicherungsanstalt des öffentlichen Rechts
(seit 11. Mai 2015)

Georg Sellner

Vorsitzender des Vorstands Sparkasse Darmstadt
Landesobmann der Sparkassenvorstände Hessen-Thüringen
(ab 27. Mai 2009) bis 24. Oktober 2011

Helmut Späth

ab 01. Januar 2005:
Stellvertretender Vorsitzender des Vorstands der Versicherungskammer Bayern
(ab 25. Mai 2004) bis 16. Mai 2012

Dr. Stefan Spieleder

Mitglied des Vorstands Versicherungskammer Bayern
(ab 7. Mai 2008)

Dr. Frank Walthes

Vorsitzender des Vorstands Versicherungskammer Bayern Versicherungsanstalt des öffentlichen Rechts
Vorsitzender
(ab 16. Mai 2012) bis 11. Mai 2015,
stellvertretender Vorsitzender seit 11. Mai 2015

Johannes Werner

Vorsitzender des Vorstands Mittelbrandenburgische Sparkasse Potsdam
(ab 30. Januar 2012) bis 11. Mai 2015

Dr. Karl-Heinz Weinmann

Mitglied des Vorstands der Versicherungskammer Bayern
(ab 25. Mai 2004) bis 31. Dezember 2007

Dr. Anton Wiegers

Mitglied des Vorstands der SV Sparkassen-Versicherung Lebensversicherung Baden-Württemberg AG
(25. Mai 2004 – 06. Dezember 2004)

Harald Wolf

Senator für Wirtschaft, Arbeit und Frauen
Vorsitzender
(bis 17. März 2004)

Ulrich-Bernd Wolff von der Sahl

Vorsitzender des Vorstands der SV Sparkassen-Versicherung Holding AG
(ab 06. Dezember 2004)
Stellvertretender Vorsitzender
(ab 30. März 2005) bis 24. Oktober 2011

Wolfgang Zender

Verbandsgeschäftsführer Ostdeutscher Sparkassenverband
(seit 11. Mai 2015)

Sparkassenbeirat

der Feuersozietät Berlin Brandenburg und der Öffentliche Lebensversicherung Berlin Brandenburg.

Wolfgang Zender

Verbandsgeschäftsführer
Ostdeutscher Sparkassenverband
Vorsitzender

Ulrich Lepsch

Vorsitzender des Vorstands
Sparkasse Spree-Neiße
Stellvertretender Vorsitzender

Jürgen Dybowski

Mitglied des Vorstands
Stadtsparkasse Schwedt

Veit Kalinke

Vorsitzender des Vorstands
Sparkasse Oder-Spree
(ab 1. August 2014)

Wolfgang Janitschke

Vorsitzender des Vorstands
Sparkasse Uckermark

Reinhard Kampmann

Mitglied des Vorstands
Kreissparkasse Märkisch-Oderland

Ralf Osterberg

Mitglied des Vorstands (stellv.)
Sparkasse Ostprignitz-Ruppin

Lothar Piotrowski

Vorsitzender des Vorstands
Sparkasse Niederlausitz

Jürgen Riecke

Vorsitzender des Vorstands
Sparkasse Elbe-Elster

Uwe Riediger

Vorsitzender des Vorstands
Sparkasse Barnim

Andreas Schulz

Vorsitzender des Vorstands
Mittelbrandenburgische Sparkasse in Potsdam
(ab 1. Mai 2014)

André Wormstädt

Vorsitzender des Vorstands
Sparkasse Prignitz

ISV-F

Interessenvertretung der Selbständigen Versicherungsvermittler der Feuersozietät Öffentliche Leben e.V.

1. Vorsitzender:
Generalagentur **Jens Wanke**

2. Vorsitzender:
Generalagentur **Carsten Krebs**

Vorstandsmitglied und Schatzmeister:
Generalagentur **René Wiemann**

Vorstandsmitglied und Schriftführer:
Generalagentur **Dirk Goerigk**

Vorstandsmitglied:
Hauptvertretung **Bert Augustin**

Vorstandsmitglied:
Hauptvertretung **Mario Weber**

Wirtschaftsbeirat FSÖL

Barbara Schick

Vorstandsmitglied
Versicherungskammer Bayern

Dr. Ralph Seitz

Vorstandsmitglied Versicherungskammer Bayern

Wolfgang Blasig

Landrat
Landkreis Potsdam-Mittelmark

Klaus Böger

Präsident
Landessportbund Berlin

Prof. Dr. Karl Einhäupl

Vorstandsvorsitzender
Charité – Universitätsmedizin Berlin

Markus Gruhn

Erwin Gruhn Immobilien

Wolfgang Harth

Vorstandsmitglied
Weberbank AG

Dr. Paul-Peter Humpert

Geschäftsführendes
Vorstandsmitglied Landkreistag Brandenburg e.V.

Hans Jürgen Kulartz

Vorstandsmitglied
Berliner Sparkasse

Prof. Dr.-Ing. Dr. Dr. h.c. Sabine Kunst

Präsidentin der Humboldt-Universität zu Berlin

Jörg-Olaf Liebetrau

Geschäftsführer
LieMedica GmbH

Prof. Dr. Rolf-Dieter Mönning

Rechtsanwalt
Insolvenzverwalter Aachen/Cottbus

Walter Müller

Geschäftsführer a.D.
Niederlassung Berlin Daimler AG

Klaus Richter

Landrat a.D.
Landkreis Elbe-Elster

ständiger Gast:
Karl-Heinz Schröter

Minister des Innern und für Kommunales des Landes Brandenburg

Friedrich Schubring-Giese

Vorstandsvorsitzender a.D.
Versicherungskammer Bayern

Sabine Schumann

Stellv.
Landesvorsitzende
Landesverband Berlin und Bundesfrauenbeauftragte
Deutsche Polizeigewerkschaft im DBB

Dr. Lutz Steffen

Rechtsanwalt

Tillmann Stenger

Vorstandsvorsitzender
Investitionsbank des Landes Brandenburg

Manfred Zalenga

Landrat a.D.

Anmerkungen

1 Wentz, Gottfried: Geschichte der Feuersozietät Berlin/Brandenburg, TS o.J. (wahrscheinlich 1938/9 zum 220-jährigen Bestehen oder 1942/4 zum 225-jährigen Bestehen der Feuersozietät für die Provinz Brandenburg), Kap. 2, S. 2. – Gottfried Wentz (1894 – 1945) war Archivar des Preußischen Geheimen Staatsarchivs. Er kehrte 1936 von einer Abordnung an das Staatsarchiv Magdeburg an das Geheime Staatsarchiv zurück, wo er den Posten eines Abteilungsleiters bekleidete. Eine weitergehende Karriere während des Nationalsozialismus blieb ihm wohl verschlossen, weil er einer Freimaurerloge angehörte. Seine Ausarbeitung zur Feuersozietät Berlin/Brandenburg ist nur in Maßen durch die nationalsozialistische Ideologie und sprachliche Formeln geprägt, wenngleich er bei Leibniz ein „stark national-deutsches" Empfinden zu entdecken vermag, s. Abschn. 2, S. 2. Näheres zu Wentz, s. Henning, Eckart: Gottfried Wentz – „ein Stiefkind des Glücks"? Zu den Brandenburg-Bändern der Germania sacra, ihrem Bearbeiter und dem Kaiser-Wilhelm-Institut für Deutsche Geschichte, in: Dahlemer Archivgespräche, Bd. 12, Berlin 2007, S. 11 – 23. Nähere Ausführungen zum kurfürstlichen Entwurf finden sich bei Simon, Oskar: Die Entwicklung des Immobiliar-Feuerversicherungswesens in Preußen bis zum Jahr 1866, in: Hirts Annalen des Deutschen Reichs für Gesetzgebung, Bd. 21, Berlin, München 1888, S. 62 – 95, hier: S. 67 – 69.

2 Schaefer, Wilhelm: Urkundliche Beiträge und Forschungen zur Geschichte der Feuerversicherung in Deutschland, Bd. II, Hannover 1911, Anl. 1, S. 169/170.

3 Simon, Die Entwicklung des Immobiliar-Feuerversicherungswesens, aaO., S. 65.

4 Fälschungen dieser Brandbriefe wurden wiederum von Landstreichern genutzt, um sich Vorteile zu verschaffen, s. zu Brandbriefen: Simon, Die Entwicklung des Immobiliar-Feuerversicherungswesens, aaO., S. 66/67.

5 Hamburger Feuerkasse (Hg.): Es begann 1676. Hamburg | Geschichte | Katastrophen | Feuersbrünste | Hamburger Feuerkasse, Hamburg 2001.

6 Leibniz verfasste den an den Kaiser geschickten Vorschlag wahrscheinlich im Juli 1680, vgl. http://leibniz-potsdam.bbaw.de/bilder/IV3text.pdf#page=421 ff.

7 Übertragen: So wie es in natürlichen Gemeinschaften, bei Eltern und Kindern, Mann und Frau, Herr und Knecht, selbstverständlich ist, Liebe und Leid miteinander durchzustehen, so ist es nur gerecht, dass man sich in der Republik oder bürgerlichen Gemeinschaft, im Unglücksfall eines durch Gottesfügung Betroffenen annimmt und die Last tragen helfe, vgl. http://leibniz-potsdam.bbaw.de/bilder/IV3text.pdf#page=421, S. 424.

8 Casus fortuiti – Unglücksfall, auch von Gott veranlasst, s. Königlich Preußisch Allgemeines Processual-Lexikon, Halle 1749, S. 354, u.a.

9 Zwierlein, Cornel: Der gezähmte Prometheus. Feuer und Sicherheit zwischen Früher Neuzeit und Moderne, Göttingen 2011, S. 236 ff.

10 s. http://leibniz-potsdam.bbaw.de/bilder/IV3text.pdf#page=421, S. 428.

11 Materna, Ingo/Ribbe, Wolfgang: Berlin. Geschichte in Daten, Wiesbaden 2003, S. 58.

12 Zwierlein, Der gezähmte Prometheus, aaO., S. 268.

13 Schaefer, Urkundliche Beiträge und Forschungen, aaO., Anl. 2, S. 170 – 173.

14 Zwierlein, Der gezähmte Prometheus, aaO., S. 293.

15 Luckscheiter, Stefan: Leibniz' Kritik an der Royal Society im Licht seiner Vorschläge zur Einrichtung der Berliner Sozietät der Wissenschaften, in: Li, Wenchao (Hg.): Leibniz, Caroline und die Folgen der englischen Sukzession, Stuttgart 2016 (Sonderdruck), S. 91 – 114. hier: 108/109.

16 s. Luckscheiter, aaO., S. 102, FN 61.

17 Dem ging ein Versuch im Jahr 1701 voraus, eine Feuerordnung auf dem platten Land der „Chur- und Mark Brandenburg" zu erlassen. Doch blieb dieser Versuch in den Überlegungen stecken, s. Schaefer, Urkundliche Beiträge und Forschungen, aaO., S. 140 f.

18 Schickert, Georg: Ostpreußens Feuersozietäten im Wandel zweier Jahrhunderte, Königsberg/Pr. 1924, S. 11 ff.

19 Schickert, Ostpreußens Feuersozietäten, aaO., S. 15.

20 Heute: Krosno Odrzańskie

21 Die Darstellung bezieht sich hier auf Ralph Jaeckel: „daß so wohl der Regularität nach, und zum Zierath der Strassen, als vor Feuers-Gefahr sicher gebauet werde…". Die Erneuerung der Städte in Brandenburg-Preußen im Zeitalter des Absolutismus zwischen 1640 und 1806/1811 (Untersuchungen zu den städtebaulichen Retablissements und Etablissements in Städten der südlichen und östlichen Kurmark sowie der Neumark Brandenburg, Bd. 1 – Hauptteil – Teilband I.I), unveröffentl. Dissertation, Humboldt-Universität zu Berlin, Berlin 1999, S. 478 ff. Für den Hinweis und die Überlassung danke ich Herrn Prof. Dr. Cornel Zwierlein. Jaeckel stützt sich auf verschiedene Darstellungen, so u.a. Carl Ludwig Freiherr von Pöllnitz: Memoiren zur Lebens- und Regierungsgeschichte der vier letzten Regenten des Preußischen Staates, deutsch hg. von F.L. Brunn, Berlin 1791, I, S. 550 f. Diese Memoiren können nicht als verlässlich gelten.

22 Wentz, Geschichte der Feuersozietät Berlin/Brandenburg, aaO., Kap. 2, S. 16 a.

23 Maßgeblicher Urheber für diese Legendenbildung war Pöllnitz, s. Memoiren zur Lebens- und Regierungsgeschichte, aaO. Forschungen in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts förderten jedoch zutage, dass die Crossener Ansprüche befriedigt worden sind.

24 vgl. Schaefer, Urkundliche Beiträge und Forschungen, aaO., Anl. 26, 31 – 37.

25 Das Reglement, das in seiner ursprünglichen Form in der Sammlung von Gesetzen und Verordnungen von Christian Mylius aufgeführt ist, s. Corpus Constitutionem, Marchicarum, Bd. V, findet sich in übertragener Form bei Schaefer, Urkundliche Beiträge und Forschungen, aaO., Anl. 39, S. 232 – 238. Das unterschriebene Reglement entspricht weitgehend dem eingereichten Vorschlag Berlins.

26 Es dauerte jedoch noch einige Zeit, bis sich der Name etablierte. – Zur Geschichte der Feuersozietät liegen verschiedene Festschriften vor, deren umfangreichste unter dem Titel „Geschichte der Feuersozietät. Entstehung und Entwicklung der Berliner Feuersozietät" wahrscheinlich zum 225-jährigen Jubiläum 1943 von Georg Helmer verfasst wurde. Sie liegt als Typoskript vor und ist eines der wenigen historischen Dokumente, das bei der Feuersozietät Berlin-Brandenburg selbst überliefert ist. In welcher Funktion der Staatswissenschaftler Dr. Dr. Georg Helmer (1898 – 1987) für die Feuersozietät Berlin sonst noch tätig war außer als Chronist, ist nicht bekannt. Helmers Darstellung ist von nationalsozialistischer Denkweise und Terminologie durchdrungen, es ist bekannt, dass er schon im Mai 1933 Mitglied der NSDAP wurde. Auch vor 1933 hatte er sich schon mit Versicherungsgeschichte befasst. Hinsichtlich der allgemeinen Fakten scheint Helmers Arbeit zuverlässig zu sein.

27 Ein ganzes Kapitel seiner Überblicksdarstellung widmet Zwierlein dieser Entwicklungsphase, vgl. Zwierlein, Der gezähmte Prometheus, aaO., S. 198 – 261 („Epochenschwelle 1680 – 1700").

28 Ewald, François Robert: Der Vorsorgestaat. Frankfurt 1993 (franz. 1986), S. 212 f.

29 Grundlage war das „Rescript von der Kombinierung der rathäuslichen Kollegien" vom 18.1.1709, das zum 1.1.1710 in Kraft trat.

30 vgl. Helmer, Geschichte der Feuersozietät, aaO., S. 43 – 51. Die Auflistung muss auf einer älteren Zusammenstellung beruhen.

31 Helmer, Geschichte der Feuersozietät, aaO., S. 33.

32 In dieser Summe war auch die Entschädigung für einen weiteren Brandschaden in der Stralauer Straße enthalten, vgl. Helmer, Geschichte der Feuersozietät, aaO., S. 54/55.

33 vgl. Melisch, Claudia M./Wesner, Marina: St. Petri. Ein Rundgang durch das historische Cölln in Berlin, Berlin 2008, S. 54 f. Dieses bereits vergriffene Buch wurde mir freundlicherweise vom Berlin Story Verlag zur Verfügung gestellt, s. auch Peters, Günter: Kleine Berliner Baugeschichte. Von der Stadtgründung bis zur Bundeshauptstadt, Berlin 1995, S. 30/31.

34 Melisch/Wesner, St. Petri, aaO., S. 56.

35 Melisch/Wesner, St. Petri, aaO., S. 59.

36 Schwebel, Oskar: Aus Alt-Berlin. Stille Ecken und Winkel der Reichshauptstadt in kulturhistorischen Schilderungen, Berlin 1891, Nachdruck von 2001, Berlin, S. 313.

37 Schwebel, Aus Alt-Berlin, aaO., S. 313.

38 Bei neueren Ausgrabungen wurden dunkelgrün verfärbte Tierknochen gefunden, deren Farbe eventuell auf die Bronze zurückzuführen ist, s. Melisch/Wesner, St. Petri, aaO., S. 60/61.

39 Melisch/Wesner, St. Petri, aaO., S. 68, nach Klöden.

40 Schwebel, Aus Alt-Berlin, aaO., S. 320.

41 Melisch/Wesner, St. Petri, aaO., S. 75.

42 vgl. zum Entwurf die Darstellung der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt, http://www.stadtentwicklung.berlin.de/staedtebau/projekte/petriplatz_breitestr/download/Petriplatz_BreiteStrasse_Ausstellung.pdf

43 Sie ging später in der Feuersozietät der Provinz Brandenburg auf, vgl. Wentz, Geschichte der Feuersozietät, aaO., Abschn. 3, S. 2.

44 Stichwort: Feuerversicherung, bearb. von Ludwig Elster, in: Stengel, Karl Freiherr von (Hg.): Wörterbuch des Deutschen Verwaltungsrechts, Bd. 1, Freiburg i.B. 1899, S. 398 ff.

45 Schultz, Helga: Berlin 1650 – 1800. Sozialgeschichte einer Residenz, Berlin 1987, S. 98.

46 Schultz, Berlin 1650 – 1800, aaO., S. 102.

47 Brockhaus, Handbuch des Wissens, 4. Bd., Leipzig 1923, S. 581.

48 Als komprimierter Nachweis für die Verwaltungsstruktur lässt sich Clauswitz Darstellung heranziehen, s. Clauswitz, Paul: Zur Geschichte Berlins, in: Borrmann, Richard: Die Bau- und Kunstdenkmäler von Berlin, Berlin 1982, Faksimilé der Fassung von 1898, S. 3 – 98.

49 Nicolai, Friedrich: Beschreibung der königlichen Residenzstadt Berlin. Eine Auswahl, hg. von Gerlach, Karl-Heinz auf der Grundlage von Nicolais Beschreibung der Königlichen Residenzstädte Berlin und Potsdam, aller daselbst befindlicher Merkwürdigkeiten und der umliegenden Gegend, 3. Aufl. 1786, Berlin 1987, S. 241.

50 Clauswitz, Zur Geschichte Berlins, aaO., S. 80, s. auch Nicolai, S. 241.

51 Demps, Laurenz: Die Oranienburger Straße. Von der kurfürstlichen Meierei zum modernen Stadtraum, Berlin 1998, S. 46.

52 Demps, Die Oranienburger Straße, aaO., S. 46 – 49.

53 Friedel, Ernst: Zur Geschichte der Ziegelstraße in Berlin, in: Brandenburgica, 1913, S. 9 f., zit. nach Demps, Die Oranienburgerstraße, aaO., S. 48. Friedel war Stadtrat und Direktor des Märkischen Museums.

54 Borrmann, Richard: Die Bau- und Kunstdenkmäler von Berlin, Berlin 1982, Faksimilé der Fassung von 1898, S. 172 – 174.

55 Fürst und Kupferberg, Carl Joseph Maximilian von: Feuer-Societäts-Reglement für die hiesigen Residenzien (vom 1. Mai 1794), Berlin 1899, S. 17 – 19.

56 Consentius, Ernst: Alt-Berlin. Anno 1740, Berlin 1907, Faksimile Berlin 1980, S. 46.

57 Brockhaus, Handbuch des Wissens in vier Bänden, 6. Aufl., Leipzig 1923, Bd. 2, S, 578.

58 Stolleis, Michael: Geschichte des öffentlichen Rechts in Deutschland. Reichspublizistik und Policeywissenschaft, 1. Bd.: 1600 – 1800. München 1988, S. 374.

59 Kaufhold, Karl Heinrich: „Wirtschaftswissenschaften" und Wirtschaftspolitik in Preußen von 1650 bis 1800, in: Wirtschaft, Wissenschaft und Bildung in Preußen. Zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte Preußens vom 18. bis 20. Jahrhundert, Stuttgart 1998, S. 51 – 72, hier: S. 54.

60 Engelhardt, Ulrich: Zum Begriff der Glückseligkeit in der kameralistischen Staatslehre, in Zeitschrift für Historische Forschung, hg. u.a. von Kunisch, Johannes/Luig Peter, 8. Bd., Berlin 1981, S. 37 – 78, hier: S. 47 sowie S. 78.

61 Clauswitz, Zur Geschichte Berlins, aaO., S. 81 ff.

62 Königlich Preußische Feuer-Ordnung, Anno 1727: http://digitale.bibliothek.uni-halle.de/vd18/content/pageview/3665278, s.auch Kurtzer Auszug der Königlich Preuß. Feuer-Ordnung in denen Residentzien Berlin, 2. April 1727, s. http://digitale.bibliothek.uni-halle.de/vd18/content/structure/3651563.

63 Königlich Preußische Feuer-Ordnung, Anno 1727, aaO., Titulus 1 § 18, S. 4.

64 Königlich Preußische Feuer-Ordnung, Anno 1727, aaO., Tit. 2 § 2, S. 11.

65 Königlich Preußische Feuer-Ordnung, Anno 1727, aaO., Tit. 2 § 5, S. 12.

66 Königlich Preußische Feuer-Ordnung, Anno 1727, aaO., Tit. 2 § 10, S. 13.

67 Königlich Preußische Feuer-Ordnung, Anno 1727, aaO., Tit. 2 § 11, S. 14.

68 Königlich Preußische Feuer-Ordnung, Anno 1727, aaO., Tit. 3 § 4, S. 16.

69 Königlich Preußische Feuer-Ordnung, Anno 1727, aaO., Tit. 3, § 7, S. 17.

70 Königlich Preußische Feuer-Ordnung, Anno 1727, aaO., Tit. 3, § 8, S. 17 – 19. Die Aufteilung sah wie folgt aus: Berlin: Nicolai-Viertel, Heilig-Geist-Viertel, Marien-Viertel, Closter-Viertel; Cölln: Schloß-Viertel, Markt-Viertel; Friedrichswerder: Gertrauten-Viertel, Schleusen-Viertel; Dorotheen-Stadt: Neue Tor-Viertel, Tiergarten-Viertel; Friedrichstadt: Jerusalemsche Viertel, Leipziger Viertel, Potsdamsche Viertel; Vor dem Köpenicker Tor: Köpenicksche Viertel, Linden-Viertel; Vor dem Stralauer-, Königs und Spandauer Tor: Stralower Vorstadt, Königs Vorstadt, Spandowsche Vorstadt im Tiergarten.

71 Königlich Preußische Feuer-Ordnung, Anno 1727, aaO., Tit. 3 § 14, S. 21.

72 Königlich Preußische Feuer-Ordnung, Anno 1727, aaO., Tit. 3 § 15, S. 21.

73 Königlich Preußische Feuer-Ordnung, Anno 1727, aaO., Tit. 3 § 19, S. 23.

74 Königlich Preußische Feuer-Ordnung, Anno 1727, aaO., Tit. 3 § 21, S. 24.

75 Königlich Preußische Feuer-Ordnung, Anno 1727, aaO., Tit. 3 § 31, S. 28.

76 Königlich Preußische Feuer-Ordnung, Anno 1727, aaO., Tit. 4 § 9, S. 29.

77 Königlich Preußische Feuer-Ordnung, Anno 1727, aaO., Tit. 5 §§ 2, 3 u. 6.

78 Helmer, Geschichte der Feuersozietät, aaO., S. 51. – Um einen Vergleich zu haben: 1622 – 1775 entsprach 1 Reichstaler (im Durchschnitt) 32,50 – 43,20 DM im Jahr 1967, s. Verdenhalven, Fritz: Alte Maße, Münzen und Gewichte aus dem deutschen Sprachgebiet, Neustadt an der Aisch 1968, S. 7.

79 Während die Berliner Feuersozietät ganz klar als städtische Einrichtung angelegt war, waren die in der Provinz gegründeten Feuersozietäten für die Kurmark und die Neumark als ständische Institutionen angelegt. Ihre Geschichte sowie die der später errichteten für das platte Land unterschied sich daher grundsätzlich von der Berliner, s. hierzu Wentz, Geschichte der Feuersozietät Berlin/Brandenburg, aaO.

80 Consentius, Alt-Berlin, aaO., S. 46.

81 Clauswitz, Zur Geschichte Berlins, aaO., S. 82/83.

82 Clauswitz, Zur Geschichte Berlins, aaO., S. 96.

83 Clauswitz, Zur Geschichte Berlins, aaO., S. 96.

84 Clauswitz, Zur Geschichte Berlins, aaO., S. 96.

85 Helmer, Geschichte der Feuersozietät, aaO., S. 51.

86 Joseph, Dagobert: Zur Geschichte des Mühlendamms in Berlin, in: Mitthei-lungen des Vereins für die Geschichte Berlins, Berlin 1893, S. 84/85.

87 Helmer, Geschichte der Feuersozietät, aaO., S. 55.

88 Reimann, Eduard: Neuere Geschichte des preußischen Staates vom Hubertsburger Frieden bis zum Wiener Kongress, 2. Bd. Gotha 1887, S. 472.

89 Materna/Ribbe, Berlin, aaO., S. 81.

90 Geist, Johann Friedrich/Kürvers, Klaus: Das Berliner Mietshaus. Eine dokumentarische Geschichte der „von Wücknitzschen Familienhäuser" vor dem Hamburger Tor, Proletarisierung des Berliner Nordens und der Stadt im Übergang von der Residenz zur Metropole, Bd. 1, 1740 – 1862, Berlin 1980, S. 72.

91 Helmer, Geschichte der Feuersozietät, aaO., S. 67.

92 Bericht über die Verwaltung der Stadt Berlin in den Jahren 1829 bis incl. 1840, Berlin 1842, S. IV.

93 Als maßgebliche Quelle sei hier auf Fürst verwiesen, s. Feuer-Societäts-Reglement, aaO.

94 Fürst, Feuer-Societäts-Reglement, aaO., S. 28/29.

95 Fürst, Feuer-Societäts-Reglement, aaO., S. 16.

96 Bericht über die Verwaltung der Stadt Berlin in den Jahren 1829 bis incl. 1840, Berlin 1842, S. XLIV.

[97] Fürst, Feuer-Societäts-Reglement, aaO., S. 25 – 27.
[98] Fürst, Feuer-Societäts-Reglement, aaO., S. 53.
[99] Fürst, Feuer-Societäts-Reglement, aaO., S. 7
[100] Fürst, Feuer-Societäts-Reglement, aaO., S. 13 – 15 und 17 – 19.
[101] § 79 des Allgemeinen Preußischen Landrechts, s. auch Conrad, Hermann: Rechtsstaatliche Bestrebungen im Absolutismus Preußens und Österreichs am Ende des 18. Jahrhunderts, Köln 1961, S. 23.
[102] Bericht über die Verwaltung der Stadt Berlin in den Jahren 1829 bis incl. 1840, Berlin 1842, S. XLIV.
[103] Auch Theodor Fontane ging mit seiner 1880 veröffentlichten Novelle „Grete Minde“ auf dieses Thema ein. Er bezog sich auf einen fast 250 Jahre zurückliegenden Fall, den er allerdings in wesentlichen Punkten abwandelte, denn, anders als in Fontanes Darstellung, war Grete Minde in dem realen Fall unschuldig und hatte erst unter der Folter gestanden, 1617 Tangermünde in Brand gesteckt zu haben. Sie wurde 1619 auf dem Scheiterhaufen bei lebendigem Leibe qualvoll verbrannt.
[104] Die Darstellungen gehen hier auseinander, in der gerichtlichen Darstellung ist von dem Besuch eines Freudenhauses die Rede, doch der Dienstherr spricht davon, dass Höpner verliebt gewesen sei und heiraten wollte. Vermutlich wurde die unverheiratete Freundin vom Gericht vorschnell als „Freudenmädchen“ dargestellt, doch lässt sich das heute nicht mehr klären.
[105] Die Darstellung geht auf zwei Artikel des Staatsanwalts Dr. Ernst Rosenfeld zurück, s. Rosenfeld: Hochnotpeinliches Halsgericht und Feuertod in Berlin, in: Alt-Berlin, Mitteilungen des Vereins für die Geschichte Berlins, Berlin 1909, S. 10 – 14 u. S. 157 – 160.
[106] Rosenfeld, Hochnotpeinliches Halsgericht, aaO., S. 14.
[107] http://www.kleist-digital.de/berliner_abendblatt?id=ba_flyer/ba_10_01.xml#annotations [08.09.2017].
[108] Muschelknautz, Johanna/Zwaka, Petra: Steckbrieflich gesucht! Die wahre Geschichte einer Mordbrennerbande in Preußen. Eine Ausstellung des Jugend-Museums Schöneberg zum Preußenjahr, 21.05.2001 – 27.01.2001, in: Museumsjournal III, 2001, S. 30 – 32.
[109] Hermann, Heinrich Ludwig: Kurze Geschichte des Criminal-Prozesses wider den Brandstifter Johann Christoph Peter Horst, und dessen Geliebte, die unverehelichte Friederike Louise Christiane Delitz, Berlin 1818.
[110] Ellenberger, Gustav: Die Welt in Flammen. Eine Geschichte der großen und interessanten Brände aller Jahrhunderte, Hannover 1913, S. 89/90.
[111] Es geht auf den Rechtsgelehrten Georg Jellinek (1851 – 1911) zurück, der den Menschen in seinen Rechtsbeziehungen als geschichtlich-sozial wandelbares Wesen verstanden wissen wollte.
[112] Bericht über die Verwaltung der Stadt Berlin, 1829 bis 1840, Berlin 1842; Bericht über die Verwaltung der Stadt Berlin in den Jahren 1841 bis 1850, Berlin 1853; Bericht über die Verwaltung der Stadt Berlin in den Jahren 1851 bis incl. 1860, Berlin 1863; Bericht über die Gemeindeverwaltung der Stadt Berlin 1861 bis 1876, Berlin 1881; Bericht über die Gemeindeverwaltung der Stadt Berlin 1877 bis 1881, Berlin 1885; Bericht über die Gemeindeverwaltung der Stadt Berlin 1882 bis 1888, Berlin 1890; Bericht über die Gemeindeverwaltung der Stadt Berlin, Bericht über die Gemeindeverwaltung der Stadt Berlin 1889 bis 1895, Berlin 1899; Bericht über die Gemeindeverwaltung der Stadt Berlin 1895 bis 1900, Berlin, 1904; Bericht über die Gemeindeverwaltung der Stadt Berlin, 1906 bis 1910, Berlin 1912.
[113] Kieling, Uwe: Berliner Baubeamte und Staatsarchitekten im 19. Jahrhundert, Berlin 1986, S. 77 – 79.
[114] vgl. Goebel, Benedikt: Planung für eine im Kern moderne Stadt. Was die Berliner Stadtplanung aus der Geschichte des Stadtkerns lernen kann, in: Alte Mitte – Neue Mitte? Positionen zum historischen Zentrum von Berlin, hg. von der Historischen Kommission zu Berlin e.V. in Zusammenarbeit mit dem Landesarchiv Berlin, dem Landesdenkmalamt Berlin und der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt, Abt. Städtebau und Projekte, Berlin 2012, S. 141 – 156, hier S. 143.
[115] Bericht über die Verwaltung der Stadt Berlin, 1829 – 1840, Berlin 1842, S. 23/24 D.
[116] vgl. Begleitschreiben Direktor Kloeden, Leiter der Berliner Gewerbeschule, an den Magistrat zum Gutachten, LAB, A Rep. 180 Nr. 343, Bl. 3, 23.06.1823. Weiterhin musste die Feuersozietät nicht für Explosionsschäden aufkommen.
[117] vgl. Bodenschatz, Harald: „Der rote Kasten“ – zu Bedeutung, Wirkung und Zukunft von Schinkels Bauakademie, Berlin 1996.
[118] Strecke, Reinhart: Schinkel oder Die Ökonomie des Ästhetischen, Berlin 2017, S. 34/35.
[119] Spätere Industriebauten des 19. Jahrhunderts und frühen 20. Jahrhunderts weisen hier eine deutlich höhere Qualität auf, vgl. u.a. die Bauten von Hans Poelzig und Peter Behrens.
[120] Pearson, Robin: Ein Wachstumsrätsel: Feuerversicherung und die wirtschaftliche Entwicklung Großbritanniens 1700 – 1850, in: Zeitschrift für Unternehmensgeschichte, H. 2/1999, S. 218 – 234, hier S. 218 – 220.
[121] vgl. Pearson, Ein Wachstumsrätsel, aaO., S. 219 ff., wobei er allerdings auf britische Untersuchungen eingeht. Dass sich Pearson auf private Versicherungen bezieht, kann für seine grundsätzlich angestellten Überlegungen ausgeblendet werden.
[122] Für 1829 gibt es aus anderer Quelle die Zahl von 262.000. Die unterschiedlichen Angaben über die Bevölkerungszahl werden von Benedikt Goebel sehr differenziert dargestellt, vgl. ders., Der Umbau Alt-Berlins zum modernen Stadtzentum, Berlin 2003, aaO., S. 544/45.
[123] Dabei ist zu erwähnen, dass die Krankheit selbst eingeschleppt war. Bericht über die Verwaltung der Stadt Berlin in den Jahren 1829 bis incl. 1840, aaO., S. IV.
[124] Arnim, Bettina von: Dies Buch gehört dem König, Erstdruck, Berlin 1843, Berliner Ausgabe, North Charleston, USA, 2013. Das Werk wurde kommentiert und in umfassender Weise mit dokumentarischem Material unterfüttert, s. Geist, Johann Friedrich/Kürvers, Klaus: Das Berliner Mietshaus 1740 – 1862, Bd. 1, Eine dokumentarische Geschichte der „von Wülcknitzschen Familienhäuser“ vor dem Hamburger Tor, der Proletarisierung des Berliner Nordens und der Stadt im Übergang von der Residenz zur Metropole, München 1980.
[125] Arnim, Dies Buch gehört dem König, aaO., S. 231.
[126] Es scheinen keine Unterlagen oder Hinweise auf die Begleichung von konkreten Schäden, die die Feuersozietät zu erstatten hatte, überliefert zu sein.
[127] Goebel, Der Umbau Alt-Berlins, aaO., S. 545.
[128] Geist und Kürvers verweisen auf frühere ablehnende Bescheide aus feuerpolizeilichen Gründen, die in den Jahren 1822/23 zu verschiedenen Bauanträgen für ein Grundstück erteilt wurden; ihre endgültige Gestaltung lässt sich aus Akten der Feuersozietät, die im Landesarchiv überliefert sind, ermitteln, vgl. Geist/Kürvers, Das Berliner Mietshaus, aaO., S. 82 – 85, und LAB, A Rep 180, Feuersozietät Berlin, lfd. Nr. 271, Bl. 278.
[129] vgl. Grein, F.E.A.: Die Rechtsverhältnisse der Nachbarn in Bau-Angelegenheiten nach den Vorschriften des Allgemeinen Landrechts mit Hinweisung auf die nach der Bau-Ordnung vom 30. November 1641 und den Special-Bau-Observanzen in Berlin vorkommenden Abweichungen, Berlin 1842.
[130] Brockhaus, Handbuch des Wissens Bd. 1, 1921, aaO., S. 342.
[131] Baunetz Wissen, www.baunetzwissen.de/brandschutz/fachwissen/baustoffe-bauteile/brandwaende-i-3138979 [08.09.2017].
[132] Grass, Günter: Gedichte und Kurzprosa, Göttingen 2015, S. 57, erstmals veröffentlicht 1960 im Gedichtband „Gleisdreieck“.
[133] Zischler, Hanns: Brandmauern. Kleiner Nachruf auf eine große Sache, in: Berlin. Metropole, Kursbuch 137 (1999), S. 99 – 102.
[134] Strohmeyer, Klaus: James Hobrecht (1825 – 1902) und die Modernisierung der Stadt, Potsdam 2000.
[135] Geist/Kürvers, Das Berliner Mietshaus, aaO., S. 492.
[136] Zum Aspekt der Kanalisation, vgl. Goebel, Der Umbau Alt-Berlins, aaO., S. 70 – 74.
[137] Erst im 20. Jahrhundert wurden die Abtritte auf den Höfen restlos beseitigt.
[138] Bericht über die Gemeindeverwaltung der Stadt Berlin 1861 bis 1876, Berlin 1881, S. 83.
[139] Rutz, Harry: Die Entstehung der Berliner Wasserwerke und der Wasserleitung. Eine kulturhistorische Skizze, Stichwort Wasserwerke, in: Mitteilungen des Vereins für die Geschichte Berlins, 3/1969, https://www.diegeschichteberlins.de/geschichteberlins/berlin-abc/stichwortezu/569-wasserwerke.html [27.09.2017].
[140] vgl. die Seite der Berliner Feuerwehr, http://www.berliner-feuerwehr.de/ueber-uns/historie/leiter-der-berliner-feuerwehr/branddirekor-carl-ludwig-scabell-1851 – 1875/(22.09.2017).
[141] Lindenberg, Paul: Berlin in Wort und Bild, Berlin 1895, Faksimile, Leipzig 1987, S. 93 ff, hier: S. 98.
[142] Bericht über die Gemeindeverwaltung der Stadt Berlin 1861 bis 1876, Berlin 1881, 3. Theil, S. 86/87.
[143] Bericht über die Gemeindeverwaltung der Stadt Berlin 1861 bis 1876, aaO., S. 86 a (Einleger).
[144] Kafka, Franz: Briefe an Felice Bauer und andere Korrespondenzen aus der Verlobungszeit, hg. von Heller, Erich, Frankfurt a.M. 1988, 88. Brief an Felice Bauer, 17./18. Dezember 1912.
[145] Bericht über die Gemeindeverwaltung der Stadt Berlin 1861 bis 1876, aaO., S. 139.
[146] Bericht über die Gemeindeverwaltung der Stadt Berlin 1861 bis 1876, aaO., S. 139, vgl. auch Übersicht Versicherte Gebäude.

[147] Bericht über die Gemeinde-Verwaltung der Stadt Berlin in den Jahren 1877 bis 1881, Dritter Theil., Berlin 1885, S. 84, s. auch Bericht über die Gemeinde-Verwaltung der Stadt Berlin in den Jahren 1882 bis 1888, Dritter Theil, Berlin 1890, S. 81.
[148] Helmer, Geschichte, aaO., S. 166 basierend auf den Magistrats- bzw. Gemeindeberichten.
[149] Bericht über die Gemeindeverwaltung der Stadt Berlin 1861 bis 1876, aaO., S. 141.
[150] Bericht über die Verwaltung der Stadt Berlin 1851 bis 1860 incl., Berlin 1863, S. 60*.
[151] Bericht über die Gemeindeverwaltung der Stadt Berlin 1861 bis 1876, aaO., S. 141. Die abweichenden Zahlen zur Übersicht Versicherte Gebäude ergeben sich aus den unterschiedlichen Bezugsgrößen: einmal Kalenderjahr, zum anderen Geschäftsjahr.
[152] Anstelle des alten Kaiserhofs wurde ein moderner Hotelneubau Kaiserhof an der Mohrenstr. 1 – 5 errichtet, dessen Eröffnung ein gesellschaftliches Ereignis war, vgl. Koser, David: „Abbruch und Neubau“. Die Entstehung der Berliner City, Berlin 2017, S. 135.
[153] Berliner Stadt- und Gemeinde-Kalender und städtisches Jahrbuch für 1867, 1. Jg, Berlin 1868, S. 242. Dort fehlerhafte Tabelle hier korrigiert.
[154] Helmer, Geschichte, aaO., S. 166.
[155] Fürst, Feuersozietätsreglement, aaO., S. 45.
[156] Helmer, Geschichte, aaO., S. 83 ff.
[157] Fürst, Feuersozietätsreglement, aaO., S. 45.
[158] Helmer, Geschichte, aaO., S. 82/83.
[159] Stenographische Berichte über die öffentlichen Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung, Berlin 1885, hier: 11.12.1884, S. 523 – 525.
[160] Ebenda. Allerdings musste nach Abschluss des Jahres angesichts des konkreten Brandverlaufs dennoch ein höherer Umlagebetrag von 6 Pf auf 100 RM Versicherungssumme festgelegt werden, vgl. Helmer, Geschichte, aaO., S. 162.
[161] Helmer, Geschichte, aaO., S. 85/86. Anzunehmen ist, dass eine spezielle Verbuchung der Überschüsse erfolgte, denn die Feuersozietät durfte nach ihren Statuten keine Gewinne erzielen; als solche hätten die Überschüsse angesehen werden können.
[162] Bericht über die Gemeindeverwaltung der Stadt Berlin 1861 bis 1876, aaO., S. 137.
[163] Ebenda.
[164] Ebenda.
[165] Helmer, Geschichte, aaO., S. 80/81.
[166] Hierzu und zum Folgenden: Fürst, Sozietätsreglement, aaO., S. 53, Helmer, Geschichte, aaO., S. 94 f. sowie Bericht über die Gemeindeverwaltung der Stadt Berlin 1861 bis 1876, aaO., S. 138/39.
[167] Hierzu und zum Folgenden: Bericht über die Gemeindeverwaltung der Stadt Berlin 1861 bis 1876, aaO., S. 137.
[168] Adreß-Kalender für die Königliche Haupt- und Residenz-Städte Berlin und Potsdam auf das Jahr 1826, Reprint, Berlin 1989, s. S. 237/38.
[169] Helmer, Geschichte, aaO., S. 87.
[170] Richter, Lukas: Der Berliner Gassenhauer. Darstellung – Dokumente – Sammlung, Münster 2004, S. 101.
[171] Bericht über die Gemeinde-Verwaltung der Stadt Berlin, 1906 bis 1910, Berlin 1912, 3. Bd., S. 86 – 89, hier: S. 87. – Wie Peters, Günter: Kleine Berliner Baugeschichte. Von der Stadtgründung bis zur Bundeshauptstadt, Berlin 1995. Wie Peters für das Jahr 1919, also nach dem Weltkrieg, auf eine Zahl von 48.750 Gebäuden kommt, ist nicht nachvollziehbar, vgl. Peters, aaO., S. 148. Zwischen 1910 und 1920 stagnierte der Policenbestand der Feuersozietät, die immer noch die meisten Bauten im Stadtgebiet versicherte, nachweislich bei maximal 27.625 (1920), was die Angabe von Peters um 20.000 unterschreitet (s. beiliegende Übersicht über Versicherte Gebäude).
[172] Vorlage für die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Berlin, Berlin 1912, S. 38.
[173] Amtlicher Adreßkalender, Berlin 1915, S. 621, https://digital.zlb.de/viewer/image/16047987_1915/646/LOG_0009/[30.09.2017].
[174] vgl. Personalnachweisung der Berliner Gemeindeverwaltung, Berlin 1914, S. 119.
[175] Julius Posener, Ludwig Hoffmann. Die Architektur der Reform (1900 – 1924), in: Arch + 53, 1980, S. 8 – 15.
[176] Ludwig Hoffmann: Lebenserinnerungen eines Architekten, hg. von Wolfgang Schäche, Berlin 1983, S. 136.
[177] Hoffmann, Lebenserinnerungen eines Architekten, aaO., S. 145.
[178] Hoffmann, Lebenserinnerungen eines Architekten, aaO., S. 127.
[179] vgl. Stenographischer Bericht über die öffentliche Sitzung der Stadtverordneten vom 20.03.1902, S. 187, hier lobt er in klaren Worten die sachverständige, nebenberufliche Tätigkeit der Baubeamten, die seiner Ansicht nach die Leistungsfähigkeit der Bauverwaltung nicht beeinträchtige.
[180] Hoffmann, Lebenserinnerungen eines Architekten, aaO., S. 185.
[181] Hoffmann, Lebenserinnerungen eines Architekten, aaO., S. 213.
[182] RGBl. 1901. Bd. 18, S. 139 – 173.
[183] RGBl. 1908. Nr. 30, S. 263 – 305.
[184] vgl. Preußische Gesetzessammlung 1910, S. 241, der vollständige Gesetzestext: https://recht.nrw.de/lmi/owa/br_bes_text?anw_nr=2&gld_nr=7&ugl_nr=763&bes_id=5349&aufgehoben=J&menu=1&sg=[11.10.2017].
[185] vgl. § 1 des Gesetzes betr. die öffentlichen Feuerversicherungsanstalten.
[186] vgl. Helmer, Geschichte, aaO., S. 143.
[187] vgl. Helmer, Geschichte, aaO., S. 126.
[188] vgl. Goebel, Der Umbau Alt-Berlins, aaO., S. 246. Berlins Bevölkerungsstand war 1900 im Vergleich mit früheren Jahren und bezogen auf die bis dahin geltenden Stadtgrenzen der höchste vor Ende des Ersten Weltkriegs.
[189] Scheffler, Karl: Der junge Tobias. Eine Jugend und ihre Umwelt, zit. nach Zeising, Andreas: „Nur lieben kann man diese Stadt nicht“. Karl Scheffler und Berlin, in: Scheffler, Karl: Stilmeierei oder Neue Baukunst. Ein Panorama Berliner Architektur, hg. von Zeisig, Andreas, Berlin 2010, S. 113 – 129, hier. S. 113.
[190] Berliner Stadt- und Gemeinde-Kalender und städtisches Jahrbuch für 1867, 1. Jg, Berlin 1868, S. 241.
[191] Der Architekten- und Ingenieurverband schrieb 1906 diesen Wettbewerb aus, die Entwürfe waren bis zum Dezember 1909 einzureichen; die Entscheidung fiel im Frühjahr 1910, vgl. Näheres bei Posener, Julius, in Zusammenarbeit mit Becker, Christine/Jacob, Brigitte: 1888 – 1918. Die Zeit Wilhelms des Zweiten, in: Kleihues, Josef Paul (Hg.): 750 Jahre Architektur und Städtebau in Berlin. Die Internationale Bauausstellung im Kontext der Baugeschichte Berlins, Katalog, Berlin 1987, S. 125 – 152, hier: S. 130.
[192] Albert Erich Brinckmann, zitiert nach Harald Bodenschatz, Kolloquium zum Thema „Groß-Berlin gestalten!“, Architekten- und Ingenieurverein, Dezember 2010.
[193] Berliner Tageblatt, Nr. 353, Mittwoch, 01.08.1893, Morgenausgabe, S. 3.
[194] Der Zweckverband, auch Verband Groß-Berlin, war ein von 1912 bis 1920 bestehender Zusammenschluss Alt-Berlins und der angrenzenden Stadt- und Landgemeinden sowie zahlreicher Güter. Nach der Gründung von Groß-Berlin im Jahr 1920 wurde er aufgelöst; zu seiner Tätigkeit vgl. Verband Groß-Berlin: Verwaltungsbericht umfassend die Zeit vom 1. April 1912 bis 31. März 1916, Verkehr, Berlin 1917, sowie Verband Groß-Berlin: Verwaltungsbericht für die Zeit des Bestehens des Verbandes vom 1. April 1912 bis 30. September 1920, Berlin 1920.
[195] Materna/Ribbe: Berlin, aaO., S. 146.
[196] LAB, A Rep. 005 – 04 Deputation für die städtische Feuersozietät Nr. 33, Bureau-Acten des Feuer-Societäts-Bureaus, 1917 – 1918, Bl. 117 ff.
[197] LAB, A Rep. 005 – 04 Deputation für die städtische Feuersozietät Nr. 33, Bureau-Acten des Feuer-Societäts-Bureaus, 1917 – 1918, Bl. 114 f. vom 2. und 10. Okt. 1917.
[198] LAB, A Rep. 005 – 04 Deputation für die städtische Feuersozietät Nr. 23 Bureau-Acten des Feuer-Societäts-Bureaus, Bl. 250, 16.06.1915.
[199] Stenographische Berichte über die öffentlichen Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung der Haupt- und Residenzstadt 1917, Berlin 1918, S. 196 – 200.
[200] Stenographische Berichte über die öffentlichen Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung der Haupt- und Residenzstadt 1917, Berlin 1918, S. 196 – 200, S. 200.
[201] LAB, A Rep. 005 – 04 Deputation für die städtische Feuersozietät Nr. 33, Bureau-Acten des Feuer-Societäts-Bureaus, 1917 – 1918, Bl. 181, Schreiben der Städtischen Feuersozietät an die Stadträte Hirsekorn und Wagner, vom 6. Mai 1918.
[202] Stenographische Berichte über die öffentlichen Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung der Haupt- und Residenzstadt 1918, Berlin 1919, S. 309.
[203] Helmer, Geschichte, aaO., S. 163.
[204] LAB A Rep. 001 – 02 Mag. d. Stadt Bln. Nr. 319, AVB, vgl. Bl. 99 f.
[205] Diese Regelung wurde durch eine Änderung der AVB 1928 verändert.
[206] Helmer, Geschichte, aaO., S. 137.
[207] LAB A Rep. 001 – 02 Mag. d. Stadt Bln. Nr. 319, Bl. 68 RS, vgl. auch Verwaltungsbericht der Stadt Berlin 1924 – 1927, Berlin 1929, S. 125.
[208] Helmer, Geschichte, aaO., S. 139 – 141.
[209] Helmer, Geschichte, aaO., S. 139 – 141.

[210] Verwaltungsbericht des Magistrats der Stadt Berlin-Schöneberg über das Jahr 1919, Schöneberg 1920.

[211] Lt. § 36 des Gesetzes über die Bildung der neuen Stadtgemeinde Berlin (Groß-Berlin-Gesetz, 27.4.1920) kamen zu sechs Bezirken Alt-Berlins neu hinzu: Charlottenburg, Köpenick, Lichtenberg, Neukölln, Schöneberg, Spandau und Wilmersdorf sowie 59 Landgemeinden und 27 Gutsbezirke, gemeinsam bildeten sie nun 20 Bezirke.

[212] § 36 des Gesetzes über die Bildung der neuen Stadtgemeinde Berlin (Groß-Berlin-Gesetz), 27.04.1920; das Gesetz trat zum 1. Oktober 1920 in Kraft.

[213] Dies war ab 1928 mit Zahlungen von jährlich 100.000 RM der Fall, vgl. Stenographische Berichte über die öffentlichen Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Berlin für das Jahr 1930, Berlin 1931, vom 23.09.1930, Drucksache 622, S. 883.

[214] Festschrift zum 250-jährigen Jubiläum der Feuersozietät Berlin, Berlin 1968, S. 29.

[215] Für die Jahre 1923 und 1924 werden keine Umlagebeträge angegeben.

[216] Verwaltungsbericht der Stadt Berlin 1924 – 1927 (1.4.1924 bis 31.3.1928), Berlin 1929, S. 124 f.; vgl. auch zustimmender Beschluss des Magistrats, Sitzung vom 6.6.1923, LAB A Rep. 001 – 02 Mag. d. Stadt Bln. Nr. 319, Bl. 26; auch Helmer, Geschichte, aaO., S. 146.

[217] Helmer, Geschichte, aaO., S. 148/149.

[218] Helmer, Geschichte, aaO., S. 149.

[219] Stenographische Berichte über die öffentlichen Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Berlin für das Jahr 1930, Berlin 1931, Sitzung vom 06.02.1930, S. 165 ff.

[220] Stenographische Berichte über die öffentlichen Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Berlin für das Jahr 1929, Berlin 1930, Sitzung vom 24.10.1929, S. 961 ff.

[221] Verein Aktives Museum e.V. (Hg.): Vor die Tür gesetzt. Im Nationalsozialismus verfolgte Berliner Stadtverordnete und Magistratsmitglieder 1933 – 1943, Berlin 2006, S. 43.

[222] Stenographische Berichte über die öffentlichen Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Berlin für das Jahr 1930, Berlin 1931, Sitzung vom 27.11.1930, S. 1204.

[223] Verwaltungsbericht der Stadt Berlin, 1924 – 1927, Berlin 1928, S. 125.

[224] Vorlagen für die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Berlin, Berlin 1928, S. 352/353.

[225] Zu den nachfolgenden Ausführungen s. Akademie der Künste (Hg.): Martin Wagner 1885 –1957. Wohnungsbau und Weltstadtplanung. Die Rationalisierung des Glücks, Berlin 1985 (Ausstellungskatalog).

[226] zum Zweckverband s.o.

[227] Posener, Hoffmann, aaO., S. 8 – 15.

[228] Wagner, Martin: Zivilisation, Kultur, Kunst, in: Wohnungswirtschaft, 3. Jg., 1926, H. 20/21, S. 165 – 168, zit. nach Scarpa, Ludovica: Martin Wagner oder die Rationalisierung des Glücks, in: Akademie der Künste (Hg.): Martin Wagner, aaO., S. 8 – 23, hier: S. 19.

[229] Liste der aus der Akademie der Künste von 1933 – 1938 ausgeschlossenen und ausgetretenen Mitglieder, vgl. https://www.adk.de/de/aktuell/doku_blog_news/2013/newsdok_130218_Liste_Ausschluesse_2.pdf?m=1518450984& [20.02.2018].

[230] Bodenschatz, Harald mit Engstfeld, Hans-Joachim und Seifert, Carsten: Berlin. Auf der Suche nach dem verlorenen Zentrum, hg. von der Architektenkammer Berlin, Hamburg 1995, S. 23.

[231] Scarpa, Ludovica: Martin Wagner und Berlin, Braunschweig/Wiesbaden 1986, S. 150/151.

[232] Stenographische Berichte über die öffentlichen Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung für das Jahr 1931, Sitzung vom 14.04.1931, S. 423.

[233] Zentralblatt der Bauverwaltung, 51. Jg., Nr. 49/50, vom 25.11.1931, S. 725 – 748.

[234] Verwaltungsbericht der Städtischen Feuersozietät von Berlin für die Zeit vom 1.10.1931 bis zum 30.9.1936, Berlin 1938, S. 70.

[235] Verwaltungsbericht der Städtischen Feuersozietät von Berlin für die Zeit vom 1.10.1931 bis zum 30.9.1936, Berlin 1938, S. 73 – 75.

[236] Vossische Zeitung, 31.01.1029, Abendausgabe, S. 1.

[237] Döblin, Alfred: Berlin Alexanderplatz. Olten 1961, S. 131.

[238] Verband der öffentlichen Feuerversicherungsanstalten in Deutschland: Deutsche öffentlich-rechtliche Feuerversicherungsanstalten, Berlin 1935.

[239] Verband, Deutsche öffentlich-rechtliche Feuerversicherungsanstalten, aaO., S. 6/7.

[240] Architekten- und Ingenieur-Verein (Hg.): Berlin und seine Bauten, Industriebauten und Bürohäuser, Teil IX, Berlin/München/Düsseldorf 1971, S. 198.

[241] Stenographische Berichte über die öffentlichen Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung für das Jahr 1929, Berlin 1930, Sitzung vom 24.10.1929, S. 962.

[242] Beispielsweise: Verband öffentlicher Feuerversicherungsanstalten in Deutschland: Deutsche öffentlich-rechtliche Feuerversicherungsanstalten, Aufklärungsschrift 14, Berlin o.J.

[243] Neue Deutsche Biographie, Riebesell, https://www.deutsche-biographie.de/gnd116532467.html#ndbcontent [28.10.2017].

[244] vgl. Widerra, Rosemarie: Berliner Porzellan vom 18. bis zum 20. Jahrhundert, in: Märkisches Museum (Hg.): Berliner Kunsthandwerk und Kunstgewerbe vom 17. bis zum 20. Jahrhundert, Berlin 1987, S. 33 – 47.

[245] Vorlagen für die Stadtverordnetenversammlung, 1932, Nr. 188 vom 23.04.1932, S. 260.

[246] Vorlagen für die Stadtverordnetenversammlung, 1932, Nr. 188 vom 23.04.1932, S. 260/261.

[247] Leider liegen keine Unterlagen vor, die näheren Aufschluss über die Organisationsstruktur liefern.

[248] In den Verwaltungs- oder Gemeindeberichten sowie in den Darstellungen zu den Institutionen wurde nie der Vorname aufgeführt.

[249] Zwischenzeitlich, bis 1925, muss auch Stadtamtmann Mielert für die Geschäfte zuständig gewesen sein, vgl. Stenographische Berichte über die öffentlichen Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Berlin für das Jahr 1930, Berlin 1931, Sitzung vom 06.02.1930, S. 165 ff.

[250] Berliner Adressbuch 1931, Berlin 1931, S. 38.

[251] Helmer, Geschichte, aaO., S. 133.

[252] Dennoch erscheint der Vorsitzende in vielen Eintragungen der Städtischen Feuersozietät, so beispielsweise im Berliner Adressbuch, nicht.

[253] Da in amtlichen Angaben zur Feuersozietät nur die Bürovorsteher genannt sind, ist der jeweilige Leiter nur aus den Übersichten zu den Stadtverordnetenversammlungen zu erschließen, wo die Person namentlich erwähnt, ihr Tätigkeitsbereich jedoch nicht gesondert beschrieben wird.

[254] Biographische Angaben, vgl. Bundesarchiv http://www.bundesarchiv.de/aktenreichskanzlei/1919 – 1933/10a/adr/adrhl/kap1_3/para2_61.html [08.11.2017].

[255] Stenographische Berichte über die öffentlichen Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung, Sitzung vom 26.01.1933, Drucksache 344.

[256] Stenographischer Verhandlungsbericht über die Beratung der Ratsherren der Hauptstadt Berlin am 26. Juli 1934, 1. Sitzung, S. 1.

[257] Dieses Gremium existierte formal schon länger, war aber nicht als Ersatz der demokratisch gebildeten Stadtverordnetenversammlung konzipiert.

[258] vgl. Einzeldarstellungen dieses Prozesses zu der Berliner Verkehrsbetriebe A.G. (BVG): Dirks, Christian/Pache, Jörg/Beck, Thorsten: Aus Rot wird Braun. Die BVG 1929 – 1945, hg. von den Berliner Verkehrsbetrieben (BVG), Halle (Saale) 2015; für die Berliner Stadtreinigung (BSR) vgl. Hofmeister-Lemke, Karl-Heinz: Geschichte der Berliner Stadtreinigung. Straßenreinigung und Müllabfuhr in Berlin von der Stadtgründung bis zur Gegenwart, Berlin 1990 (unveröffentl. Manuskript); für das Strandbad Wannsee vgl. Oloew, Matthias: 100 Jahre Strandbad Wannsee, Berlin 2007, s. auch: Herker, Aylin: Antisemitismus im Strandbad Wannsee 1930 – 1938, in Berlin in Geschichte und Gegenwart. Jahrbuch des Landesarchivs Berlin, Berlin 2015, S. 125 – 133. – Der ab 1926 tätige Geschäftsführer des Strandbads Wannsee und Stadtverordnete der SPD, Hermann Clajus (1881 – 1933), beging angesichts der drohenden Verhaftung und bevorstehender Entlassung im März 1933 Suizid. – Allgemein zur NS-Verfolgung aus kommunaler Perspektive vgl. Gruner, Wolf: Die NS-Judenverfolgung und die Kommunen. Zur wechselseitigen Dynamisierung von zentraler und lokaler Politik 1933 – 1941, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 48, München 2000, H. 1, S. 75 – 126. – Konkrete Fälle vgl. die Ausstellung und den begleitenden Katalog von Dirks, Christian/Simon, Hermann (Hg.): … auf dem Dienstweg, Berlin 2010. Einige historische Rückblicke zur Geschichte von Berliner Eigenbetrieben sparen das Thema der rassistischen und politischen Berufsverbote in der Zeit des Nationalsozialismus allerdings ganz aus. Eine Studie zu den Berliner Stadtreinigungsbetrieben (BSR) ist aktuell in Auftrag gegeben.

[259] Die personenbezogenen Angaben folgen dem Verzeichnis zur Stadtverordnetenversammlung der Stadt Berlin 1931, Berlin 1931. Es war das letzte Stadtverordnetenverzeichnis mit ausführlichen Informationen zu einzelnen Personen. Die Zusammensetzung der Deputation ist 1933 noch im Vorläufigen Verzeichnis der Stadtverordnetenversammlung, Berlin 1933, S. 48, aufgeführt.

[260] Zu Kinscher liegen keine weiteren Berufsangaben vor, im Stadtverordnetenverzeichnis 1931 ist er nicht genannt.

[261] Zu Kimbel liegen verschiedene Darstellungen vor, die sich in drei Punkten einig sind: Kimbel hat als Zeichner und Innenarchitekt u.a. für Kaiser Wilhelm II., aber auch für das Hotel Adlon, verschiedene Entwürfe für Innenausstattungen erstellt, er musste 1931 Konkurs anmelden und zog sich 1933 nach Zehdenick, Brandenburg zurück; vgl. http://www.kunstfreunde-zehdenick.de/index.php?s=3_wilhelm-kimbel [27.10.2017]. Es ist nicht auszuschließen, dass Wilhelm Kimbel aus der Deputation ausscheiden musste, weil er 1931 mit seiner Firma in Konkurs ging und von 1931 bis 1933 bei einem Freund wohnte, deshalb vermutlich nicht mehr über Eigentum verfügte. In der letzten Aufstellung der Deputation der Feuersozietät wird er noch genannt.

[262] Paul Schwarz hatte als Ingenieur eine kleine Fabrik für Haushaltsgeräte (u.a. Gaskocher) aufgebaut. Er beschäftigte fünf Mitarbeiter. Neben seinem Mandat als Stadtverordneter der DVP war er Vorsteher der Bezirksverordnetenversammlung Steglitz. Aufgrund seiner politisch konservativen Haltung wahrte er nach 1933 Distanz zu nationalsozialistischen Organisationen und Überzeugungen. Nach der Befreiung wurde er am 8. Mai 1945 von den sowjetischen Militärbehörden als Steglitzer Bezirksbürgermeister eingesetzt, aber bereits am 30. Juni 1945 verhaftet und ins Gefängnis Hohenschönhausen gebracht, von dort in das Speziallager des NKWD nach Sachsenhausen überstellt. Am 16. Februar 1950 übernahmen die Behörden der DDR seinen Fall und überstellten ihn in das Zuchthaus Waldheim. Dort erging nach einem nicht rechtsstaatlichen Prozess ein Urteil von acht Jahren Haft, in der er am 4. Oktober 1951 im Alter von 73 Jahren starb. Seine Angehörigen wurden nicht über seinen Tod informiert. Vgl. Steglitzer Heimat, Mitteilungsblatt des Steglitzer Heimatvereins e.V., Nr. 2/2005, S. 4 – 10.

[263] Fritsch, Werner: Reichspartei des deutschen Mittelstandes (Wirtschaftspartei) [WP] 1920 –1933, (1920 –1925 Wirtschaftspartei des deutschen Mittelstandes), in: Fricke, Dieter u.a. (Hg.): Lexikon zur Parteiengeschichte. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland 1789 –1945. Band 3: Gesamtverband deutscher Angestelltengewerkschaften – Reichs- und freikonservative Partei. Bibliographisches Institut, Leipzig u.a. 1985, S. 722 – 738.

[264] Stenographische Berichte über die öffentlichen Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Berlin für das Jahr 1927, Berlin 1928, Sitzung vom 23.06.1927, S. 515, Kinscher hatte sich damit einem Antrag der Deutschen Volkspartei angeschlossen.

[265] Die nachfolgenden Angaben beruhen weitgehend auf der Darstellung zu Wilhelm Ahrens in: Verein Aktives Museum, Vor die Tür gesetzt, aaO., S. 138/139. Auch die SPD Berlin widmet Ahrens inzwischen eine Kurzbiographie, s. Hübner, Holger, 2003, https://www.spd.berlin/partei/unsere-geschichte/personen/a-k/ahrens-wilhelm/ [12.01.2018].

[266] Noch aufgeführt im Vorläufigen Verzeichnis der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Berlin 1933, S. 21.

[267] Die nachfolgenden Angaben basieren u.a. auf den Recherchen des Aktiven Museums, vgl. Aktives Museum, Vor die Tür gesetzt, aaO., S. 146/147, sowie Erkenntnissen zur Geschichte der Charité, vgl. Verfolgte Ärztinnen und Ärzte des Berliner Städtischen Gesundheitswesens (1933 – 1945), hier zu Bamberg, Karl, sowie https://geschichte.charite.de/verfolgte-aerzte/biografie.php?&ID=22 [27.11.2017].

[268] Die noch vorhandenen Akten der Deutschen Girozentrale wurden vom Bundesarchiv an die DekaBank Deutsche Girozentrale, Frankfurt a.M. abgegeben.

[269] Weder im Verwaltungsbericht 1931 bis 1936 noch in der Darstellung von Helmer, Geschichte, wird ein genaues Datum genannt.

[270] Bundesarchiv, NS-Datei: Mitgliedsnummer 17167.

[271] Am 10. 10.1934 wurde er dann ordentlicher Stadtrat.

[272] Neumann, Carl (Hg.): Neumanns Jahrbuch der privaten und öffentlich-rechtlichen Versicherung im Deutschen Reich 1936, Berlin 1935, S. 623 ff.

[273] Wolfermann (geb. 1902) gehörte 1933 als Stadtverordneter der NSDAP-Fraktion an, vgl. Vorläufiges Verzeichnis der Stadtverordnetenversammlung 1933, aaO., S. 64. Er war seit 1926 Mitglied der NSDAP, s. BA, NSDAP Gaukartei.

[274] Amtliches Fernsprechbuch für den Bezirk der Reichspostdirektion Berlin, Berlin 1938, S. 290.

[275] Balzer, geb. 1893, trat erst 1940 der NSDAP bei, s. BA, NSDAP Gaukartei.

[276] Für alle Angaben vgl. Neumanns Jahrbuch der privaten und öffentlich-rechtlichen Versicherung, 1936, aaO. sowie Neumann, C. (Hg.): Neumanns Jahrbuch der privaten und öffentlich-rechtlichen Versicherung im Deutschen Reich 1940, Berlin 1939, S. 605/606.

[277] Hierbei handelt es sich um Akten, die im Landesarchiv Berlin überliefert sind. Die Feuersozietät Berlin-Brandenburg selbst verfügt über keinerlei Personalunterlagen aus der Zeit.

[278] Weitere Informationen liegen nicht vor, nicht einmal der Vorname des Betroffenen ist bekannt, vgl. LAB, A Rep. 001 – 02 Magistrat der Stadt Berlin, Generalbüro Nr. 319 Deputation für die Städtische Feuersozietät, Nr. 319/MF B 3041, 1921-1933, Bl. 119, Vorgang vom 26.07.1933.

[279] Helmer, Geschichte, aaO., S. 156, diese und andere „kompromittierende" Passagen sind in einer wohl nach 1945 erfolgten Überarbeitung des Helmerschen Typoskripts handschriftlich durchgestrichen.

[280] Deutschland-Berichte der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Sopade), 1934 –1940, 1937, Nachdruck Nördlingen 1980, S. 820.

[281] Helmer, Geschichte, aaO., S. 157.

[282] Ebenda.

[283] Ebenda. Leider liegen die Prüfberichte der DAF für die Feuersozietät nicht vor.

[284] Mommsen, Hans/Grieger, Manfred: Das Volkswagenwerk und seine Arbeiter im Dritten Reich, Düsseldorf 1996.

[285] Hachtmann, Rüdiger: Das Wirtschaftsimperium der Deutschen Arbeitsfront 1933 –1945, Göttingen 2012.

[286] Helmer, Geschichte, aaO., S. 139.

[287] In den Unterlagen wird für 1920 ein Betrag von 5.469.280.800 M ausgewiesen und für 1930 ein Betrag von 10.579.818.400 RM; allerdings ist die Vergleichbarkeit der beiden Summen durch die Währungsumstellung von Mark auf Reichsmark, mit dem Zwischenschritt Rentenmark, nur wenig verlässlich.

[288] Helmer, Geschichte, aaO., Anhang, S. 2.

[289] Helmer, Geschichte, aaO., S. 132.

[290] Helmer, Geschichte, aaO., S. 163.

[291] Helmer, Geschichte, aaO., S. 153.

[292] Helmer, Geschichte, aaO., S. 132.

[293] Neumann, C. (Hg.): Neumanns Jahrbuch der privaten und öffentlich-rechtlichen Versicherung im Deutschen Reich 1936, aaO., S. 870.

[294] vgl. Statistik Versicherung 1925 –1944, hier im Zeitraum von 1934/35 bis 1940/41.

[295] LAB A Rep 003-04-01, lfd. Nr. 227 Städtische Heil- und Pflegeanstalt Buch.

[296] Helmer, Geschichte, aaO., S. 133.

[297] Sein grafischer Nachlass findet sich im Deutschen Technikmuseum Berlin (DTMB).

[298] Zum Verhältnis zwischen öffentlich-rechtlichen und privaten Versicherungen, vgl. insbesondere: Hirsch, Eike Christian: Versicherer im Führerstaat. Hannovers Brandkasse und Provinzial 1933 – 1945, Göttingen 2012, S. 375 ff.; ähnlich: Surminski, Arno: Versicherung unter dem Hakenkreuz, Berlin 1999, S. 89 ff.; Ehler, Hans-Jörg: Der Reichsverband der Privatversicherung. Eine Chronik der Ereignisse und Entwicklungen, Karlsruhe 2009, S. 90/91 sowie S. 108 – 121.

[299] Ehler, Der Reichsverband der Privatversicherung, aaO., S. 91 und S. 109.

[300] 1934/35 und 1935/36 in Höhe von 81.800 RM, in Höhe von 76.625 RM (1936/37) bzw. 75.050 RM (1937/38) sowie 18.775 RM im Geschäftsjahr 1938/39, vgl. Helmer, Geschichte, aaO., S. 155.

[301] Gelbe Blätter 4/1937, Aprilausgabe, S. 15, zit. nach Hirsch, Versicherer im Führerstaat, aaO., S. 378.

[302] Hirsch, Versicherer im Führerstaat, aaO., S. 377.

[303] 1941 waren hier ansässig: Deutsche öffentlich-rechtliche Versicherung, Deutsche Rückversicherungs-Gemeinschaft A.G., Öffentlich-rechtlicher Hagelversicherungs-Verband für Deutschland, Verband öffentlicher Feuerversicherungs-Anstalten in Deutschland, Verband öffentlicher Unfall- und Haftpflichtversicherungsanstalten für Deutschland, Wirtschaftskammer Pommern, Berliner Vertretung; Eigentümer des Gebäudes war vermutlich der Verband öffentlicher Lebensversicherungs-Anstalten in Deutschland, vgl. Berl. Adressbuch, Ausgabe 1941, S. 751.

[304] Verband öffentlicher Versicherer (Hg.): Bewegende Eindrücke. 100 Jahre Verband öffentlicher Versicherer, bearbeitet von Surminski, Marc, Düsseldorf 2011, S. 24.

[305] Helmer, Geschichte, aaO., S. 145 – 147. – Auch bei diesem Wechsel mögen übergeordnete politische Überlegungen eine Rolle gespielt haben, allerdings liegen hierüber keine Unterlagen vor.

[306] Helmer, Geschichte, aaO., S. 147.

[307] Hierüber liegen keine Unterlagen seitens der Feuersozietät vor.

[308] Heute lässt sich die räumliche Nähe dieser beiden Rathäuser kaum mehr nachvollziehen, weil die Grunerstraße, die in der DDR in ihrer jetzigen Dimension angelegt wurde, alles dominiert.

[309] Seit 2002 befindet sich eine bronzene Gedenktafel am Neuen Stadthaus, die an den Pazifisten Ernst Friedrich erinnert. Auf ihr ist ein von ihm entworfenes Friedensemblem angebracht – es zeigt Hände, die ein Gewehr zerbrechen.

[310] Goebel, Der Umbau Alt-Berlins, aaO., Übersicht grundstücksbezogen, Parochialstr. 29.

[311] Goebel, Abbruch Alt-Berlins, aaO., Übersicht, s. Parochialstr. 19 – 34, Kronengasse 14/15, diese Verbindung zwischen Jüdenstraße und Klosterstraße wurde aufgegeben, Jüdenstr. 43 – 46, Klosterstr. 46.

[312] Die bis dahin vertretenen Thesen zu diesem Bereich hat Dieter Hoffmann-Axthelm ausführlich dargestellt, s. Hoffmann-Axthelm: Der Große Jüdenhof. Ein Berliner Ort und das Verhältnis von Juden und Christen in der deutschen Stadt des Mittelalters, Berlin, 2005.

[313] Zur näheren Klärung der historischen Nutzungen wurde 2011/2012 mit archäologischen Grabungen begonnen.

[314] Starck, Kurt: Verwaltungsgebäude der Städtischen Feuersozietät von Berlin, in: Baugilde 1938, Heft 29, S. 987 – 1002, hier: S. 987.

[315] Berliner Adressbuch 1933 (Redaktionsschluss November 1932), Berlin, S. 627.

[316] Vorlagen für die Ratsherren der Hauptstadt Berlin, Nr. 1 (1-36), Berlin 1936, 31. Vorlage (GRD. 2 I/497), S. 44, an die Ratsherren über den Verkauf von 12 Grundstücken an die Städtische Feuersozietät, vom 20. Januar 1936, unterschrieben vom Vertreter des Oberbürgermeisters Dr. Maretzky, vorgelegt von dem Beigeordneten, Stadtrat Adalbert Pfeil, und dem Mitbeigeordneten, Stadtrat Philipp Schlicht, zugleich Leiter der Städtischen Feuersozietät.

[317] Adalbert Pfeil, geb. 9.3.1886, hatte 1918 die Staatliche Prüfung zum Regierungsbauführer (Hochbau) bestanden, s. Zentralblatt der Bauverwaltung, hg. im Ministerium der öffentlichen Arbeiten, Nr. 85, 19.10.1918, S. 424; er wurde später Stadtbaudirektor mit dem markanten Vorgänger Martin Wagner und dem ebenso wirkmächtigen Hans Scharoun, vgl. auch Bernhardt, Christoph: Wohnungspolitik und Bauwirtschaft, in: Wildt, Michael / Kreutzmüller, Christoph: Berlin 1933 – 1945, München 2013, S. 177 – 192, hier: S. 180, demnach war Pfeil seit 1932 NSDAP-Mitglied. Angaben zu Philipp Schlicht s.o. im Text.

[318] Lt. Auskunft des Bundesamtes für zentrale Dienste und Vermögensfragen (BADV) vom 20.12.2017, wurde dem Eigentümer, Siegfried Simon/Shimon Freudenheim, Berlin-Neutempelhof, das Grundstück 1935 entzogen, „arisiert". Der Preußische Staat (Allgemeine Finanzverwaltung) wurde am 16.11.1935 im Grundbuch eingetragen. Am 31.3.1936 wurde es auf die Städtische Feuersozietät umgeschrieben. – Freudenheim konnte mit seiner Ehefrau Miriam (Margot) geb. Zacharias nach Palästina emigrieren. Freudenheim starb dort 1962.

[319] Dieses Grundstück wurde nicht von der Städtischen Feuersozietät übernommen, sondern am 01.06.1938 durch den Polizeipräsidenten von Berlin beschlagnahmt zugunsten der Stadt Berlin, die am 1.9.1939 als Eigentümerin im Grundbuch eingetragen wurde. Die Verwaltung des Vermögens des vorhergehenden Eigentümers, dem alleinigen Gesellschafter der Baugesellschaft Klosterstr. 44/45 GmbH, Moritz Rosenthal, der am 16.4.1883 geboren wurde, hatte bereits 1934 ein Treuhänder übernommen. 1937 wurde das Konkursverfahren über das gesamte Vermögen eröffnet. Zu diesem Zeitpunkt lebte Rosenthal bereits in Amsterdam, von dort wurde er in das KZ Auschwitz verschleppt und gemeinsam mit seiner Ehefrau ermordet. Auskunft des BADV vom 20.12.2017.

[320] 31. Vorlage für die Ratsherrensitzung, 1936, aaO.

[321] LAB A Pr.Br.Rep. 030-08 Nr. 23902, Enteignung Parochialstr. 3.

[322] Johann Otto Paul Hassel (1838 – 1906), Archivar, wurde auf dem St. Matthäi-Kirchhof beigesetzt. Im Zuge der vorbereitenden Maßnahmen für die Errichtung von „Germania", hier die Nord-Süd-Achse, wurden seine sterblichen Reste bereits auf den Süd-West-Kirchhof Stahnsdorf umgebettet, s. Eintrag Paul Hassel, https://de.wikipedia.org/wiki/Paul_Hassel sowie Alter St. Matthäus Kirchhof, http://www.grabpatenschaften-berlin.de/?s=Hassel&submit=Finden [28.12.2017].

[323] Auskunft des BADV vom 20.12.2017.

[324] 31. Vorlage für die Ratsherrensitzung, aaO.

[325] Helmer, Geschichte, aaO., S. 156.

[326] Stenographischer Verhandlungsbericht über die Beratung der Ratsherren der Reichshauptstadt Berlin, Jg. 1936, Sitzung vom 28.01.1936, S. 11.

[327] Den jeweiligen Geschäftsberichten ist hierüber keine detaillierte Information zu entnehmen.

[328] vgl. Denkmalliste – neu – Senat: 09011263 Parochialstraße 1/3, Geschäftshaus der Feuersozietät sowie 09031279 Parochialstraße 1/3 Hofstruktur, https://www.berlin.de/landesdenkmalamt/denkmale/liste-kartedatenbank/denkmalliste/ [10.01.2018].

[329] Die entsprechenden Geschäftsberichte geben keinen Aufschluss über Baukosten und Bauerwerbs- bzw. Baunebenkosten. Es wird zwischen 1935 und 1938 lediglich ein steigender Wert des Grundbesitzes ausgewiesen.

[330] Im Geschäftsbericht der Städtischen Feuersozietät für das Geschäftsjahr 1937/38, S. 8, werden Mieteinnahmen in Höhe von 23.042,93 RM ausgewiesen. Dagegen werden die Erwerbskosten nicht aufgeführt.

[331] Auch heute noch finden die Trauungen des Standesamts Mitte an diesem Ort statt.

[332] Mit „Weihetrauungen" sind wahrscheinlich SS-Trauungen gemeint, die mit großem personellem Aufgebot und besonderem Zeremoniell, unter Ablehnung jeglicher christlichen Elemente, stattfanden.

[333] Aus der Ordensburg Vogelsang liegen Berichte vor, dass bei derartigen Trauungen auch mit offenem Feuer in Feuerschalen hantiert wurde, vgl. Arntz, Hans-Dieter: Ordensburg Vogelsang 1934 – 1945. Erziehung zur politischen Führung im Dritten Reich, erw. Aufl. Aachen 2010, Kapitel 14 über „Braune Hochzeiten". Es wäre interessant zu erfahren, ob derartige rituelle Formen auch in Berlin und dann noch im Gebäude der Feuersozietät praktiziert wurden.

[334] Angaben zu Feuerwehr, vgl. Amtliches Fernsprechbuch für den Bezirk der Reichspostdirektion Berlin, 1938, S. 290/291.

[335] Feldman, Gerald D.: Die Allianz und die deutsche Versicherungswirtschaft 1933 – 1945, München 2001, S. 233/34.

[336] Eine nähere Darstellung zu dieser bedeutenden Synagoge, die 1912 eingeweiht wurde, findet sich in der Darstellung: Berlin Museum (Hg.): Synagogen in Berlin. Zur Geschichte einer zerstörten Architektur, Teil 1, Ausstellungskatalog, Berlin 1983, S. 129 – 138. – Im Gutachten des unabhängigen Sachverständigen zum Gebäudewert wird sogar eine Zahl von 2.079 Plätzen angegeben, vgl. CJA, 5 A 1, Nr. 1242 (Bd. 2/2), Fasanenstr. 78/80, Gutachten Siegfried Lublinski vom 20.11.1963, Bl. 118. Auf diese Quelle beziehen sich auch die Angaben zum Gebäudewert.

[337] Kreutzmüller, Christoph/Weigel, Bjoern: Kristallnacht? Bilder der Novemberpogrome 1938 in Berlin, hg. von Kulturprojekte Berlin GmbH, Berlin 2013, S. 5.

[338] In einer 32-bändigen Gesamtausgabe sind die Tagebücher Goebbels' sorgfältig editiert veröffentlicht, vgl. Die Tagebücher von Joseph Goebbels. Im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte und mit Unterstützung des Staatlichen Archivdienstes Russlands, hg. von Fröhlich, Elke: Teil I: Aufzeichnungen 1923 – 1941, 9 Bde. in 14 Teilbänden, Teil II: Diktate 1941 – 1945, 15 Bde., München 1993 – 2006, Teil III: Register 1923 – 1945, 3 Bde., München 2007, Eintrag zum 10. November 1938.

[339] Ebenda. Vgl. auch Hermann, Anja: Hitler und sein Stoßtrupp in der „Reichskristallnacht", in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 56. Jg. 2008, Heft 4, S. 603 – 619, hier: S. 608.

[340] Heute lässt sich allerdings nicht mehr klären, ob die Synagoge Fasanenstraße bei der Städtischen Feuersozietät versichert war. Weder bei der Feuersozietät Berlin-Brandenburg noch im Archiv der Stiftung Neue Synagoge – Centrum Judaicum, in dem die Archivalien der Jüdischen Gemeinde zu Berlin überliefert sind, existieren Unterlagen aus dieser Zeit. Da die Verwaltung der Jüdischen Gemeinde in der Oranienburger Straße, also in Alt-Berlin ansässig war, ist aber davon auszugehen, dass die Gemeindesynagogen zentral bei der Städtischen Feuersozietät versichert waren.

[341] Diese einschneidenden Ereignisse und ihre Bearbeitung durch die Versicherungswirtschaft sind mittlerweile breit bearbeitet, wobei die Arbeit Feldmans zur Allianz, s.o., wegweisend war. Als weitere Titel: Frei, Norbert/Schanetzky, Tim: Unternehmen im Nationalsozialismus. Zur Historisierung einer Forschungskonjunktur, Göttingen 2010; Botur, Andre: Privatversicherung im Dritten Reich. Zur Schadensabwicklung nach der Reichskristallnacht unter dem Einfluß nationalsozialistischer Rassen- und Vernichtungspolitik, Berlin 1994 (Berliner Juristische Universitätsschriften, Reihe Zivilrecht, Bd. 6); DEVK Versicherungen (Hg.): Verstehen, was Menschen bewegt. 125 Jahre DEVK Lebensversicherungsverein a.G., Köln 2011; Ehler, Der Reichsverband der Privatversicherung, aaO., hier: S. 121 – 135; Günther, Barbara: Die Hamburger Feuerkasse im Nationalsozialismus, Hamburg 2001; Hirsch, Versicherer im Führerstaat, aaO.; Surminski, Versicherung unter dem Hakenkreuz, aaO.; Verband öffentl. Versicherer (Hg.): Bewegende Eindrücke, aaO.

[342] Goebbels-Tagebücher, aaO., Eintrag zum 10. November 1938.

[343] vgl. Stenographische Niederschrift (Teilprotokoll) der Besprechung über die Judenfrage im Reichsluftfahrtministerium, 12.11.1938, in: IMG, Bd. 28, Dok. 1816-PS, S. 500 u. S. 511 – 521. Sehr umfassend dargestellt von Feldman, Die Allianz, aaO., S. 233 – 284.

[344] vgl. Botur, Privatversicherung, aaO., S. 164.

[345] vgl. Feldman, Die Allianz, aaO., u.a. S. 255.

[346] Zitiert nach Feldman, Die Allianz, aaO., S. 246. Dieses Zitat wird von einigen Autoren als Beleg für die „unerschütterliche charakterliche und weltanschauliche Standhaftigkeit" Hilgards angeführt, vgl. Koch, Peter: Geschichte der Versicherungswirtschaft in Deutschland, Karlsruhe 2012, S. 285. Allerdings werden bei einer derartigen Bewertung Hilgards weitere Auslassungen und Handlungen übersehen, wie sie sich ausführlich bei Feldman nachlesen lassen.

[347] Feldman, Die Allianz, aaO., S. 249.

[348] IMG, 86. Verhandlungstag, 20.03.1946 vormittags, zit. aus dem stenographischen Teilprotokoll der Sitzung vom 12.11.1938, aaO. – Es wurden mindestens 91 Menschen getötet.

[349] Verordnung zur Wiederherstellung des Straßenbildes bei jüdischen Gewerbebetrieben, 12.11.1938, Nr. 189, in: RGBl. 1938, Teil I, S. 1581.

[350] vgl. RGBl. 1938, Teil I, S. 1579.

[351] Ein weiterer staatlich organisierter Übergriff war die Verhaftung – ohne juristische Begründung – jüdischer Männer im gesamten Reich. In Berlin wurden zwischen 3.000 und 4.000 Männer verhaftet und ins Konzentrationslager der Hauptstadt, nach Sachsenhausen verschleppt.

[352] vgl. Botur, Privatversicherung, aaO., S. 219 ff.

[353] Städtische Feuersozietät, Geschäftsbericht 1. Oktober 1938 – 30. September 1939, S. 7.

[354] Zur Stellung der Städtischen Feuersozietät als öffentlich-rechtlicher Versicherung im Verband der öffentlich-rechtlichen Versicherungen und deren Verhältnis zur privaten Versicherungswirtschaft bedürfte es einer tiefer gehenden Untersuchung; so lagen beispielsweise die Rundschreiben des Reichsverbands der öffentlich-rechtlichen Versicherung, Fachgruppe Feuerversicherung, nicht vor und konnten entsprechend nicht ausgewertet werden. – Ganz allgemein wird an dieser Stelle der tiefgreifende Konflikt zwischen den privaten und den öffentlich-rechtlichen Versicherungen ausgeblendet, der eingehend von Eike Christian Hirsch dargestellt wird, vgl. ders.: Versicherer im Führerstaat. Hannovers Brandkasse und Provinzial 1933 – 1945, Göttingen 2012, vor allem S. 173 ff.

[355] Feldman, Die Allianz, aaO., S. 257.

[356] Botur, Privatversicherung im Dritten Reich, aaO., S. 155, hier findet sich der Nachweis, dass per Rundverfügung jegliche Aufbauarbeiten, sofern das möglich war, unterbunden werden sollten; vgl. auch Böhle, Ingo: „Juden können nicht Mitglieder der Kasse sein" – Versicherungswirtschaft und die jüdischen Versicherten im Nationalsozialismus am Beispiel Hamburg, hg. von der Landeszentrale für politische Bildung, Hamburg 2003, S. 8.

[357] vgl. Allgemeine Geschäftsbedingungen der Städtischen Feuersozietät Berlin von 1927, § 12.

[358] Feldman, Die Allianz, aaO., S. 269.

[359] Ehler, Hans-Jörg: Der Reichsverband der Privatversicherung. Eine Chronik der Ereignisse und Entwicklungen, Karlsruhe 2009, S. 150 u. 152.

[360] Feldman, Die Allianz, aaO., S. 255.

[361] Feldman, Die Allianz, aaO., S. 275.

[362] Botur, Privatversicherung im Dritten Reich, aaO., S. 206 ff.; vgl. auch Hirsch, Versicherer im Führerstaat, aaO., S. 138/139.

[363] Feldman, Die Allianz, aaO., S. 276.

[364] Städtische Feuersozietät, Geschäftsbericht 1. Okt. 1938 – 30. Sept. 1939, S. 6.

[365] Surminski, Arno: Versicherung unter dem Hakenkreuz, Berlin 1999, S. 167.

[366] Archiv der Stiftung Neue Synagoge – Centrum Judaicum, CJA, 5 A 1, Nr. 1242 (Bd. 1/2) – Fasanenstr. 78/80, Bl. 88, Auszug aus dem Grundbuch, Eintragung Deutsche Reichspost 22.11.1940.

[367] Diese Schätzungen wurden 1963 von unabhängigen Sachverständigen vorgenommen, vgl. CJA, 5 A 1, Nr. 1242 (Bd. 1/2) – Fasanenstr. 78/80, Bl. 113 – 12 und Bl. 123.

[368] Wentz, Geschichte der Feuersozietät Berlin/Brandenburg, aaO., Abschnitt 7.

[369] Gutachten Prof. Dr. Liebig, LAB, A Rep. 001-02 Magistrat der Stadt Berlin, Generalbüro, Deputation für die Städtische Feuersozietät, Nr. 319/MF B 3041, 1921 – 1933, Bl. 61 – 90.

[370] LAB, A Rep. 001-02, Nr. 319, Generalbüro, Magistrat der Stadt Berlin, Deputation für die Städtische Feuersozietät, Nr. 319/MF B 3041, 1921 – 1933, Bl. 28 – 31.

[371] Möller, Horst: Die preußischen Oberpräsidenten der Weimarer Republik als Verwaltungselite, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 30. Jg. 1982, S. 1 – 26.

[372] Möller, Die preußischen Oberpräsidenten, aaO., S. 26.

[373] Bundesarchiv, NSDAP Gaukartei, 18.12.1939.

[374] Eintrag zu Peter Friedrich Mengel auf Wikipedia; Nachweise für eine Nähe zum Kreis der Hitler-Attentäter um den 20. Juli 1944 liegen nicht vor, vgl. https://de.wikipedia.org/wiki/Peter_Friedrich_Mengel [24.11.2017].

[375] Mit diesem Standort am Rande des Alten Tiergartens, der schon seit 1912 bestand, befanden sich die Geschäftsräume der Brandenburgischen Feuersozietät im Zwangsgebiet der Städtischen Feuersozietät Berlin, müssen demnach auch bei ihr versichert gewesen sein.

[376] Die DAG, die als Rechtsnachfolgerin der Gemeinschaft Deutscher Angestellter (GDA) gilt, erhob 1951 gemeinsam mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund Anspruch auf Wiedergutmachung, s. nachfolgenden Abschnitt.

[377] BA, Datei Volkszählung 1939, hier wird die rassistische Kategorisierung schlicht durch die Zuordnung der vier Großelternteile dargestellt: „J" für Jude, „N" für Nichtjude; bei Werner Magnus steht: „JJJJ".

[378] Berl. Adressbuch 1935, 1. Bd., S. 1616; wahrscheinlich lebte er hier mit einem Verwandten namens Winfried Magnus, der Referendar war.

[379] Bundesarchiv, Gedenkbuch – Opfer der Verfolgung der Juden unter der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft in Deutschland 1933 – 1945, http://www.bundesarchiv.de/gedenkbuch/directory.html.de?result#frm-Results (28.11.2017).

[380] Mebes, Paul/Emmerich, Paul: Verwaltungsgebäude der Feuersozietät der Provinz Brandenburg, Baugilde, Sonderdruck, ca. 1936, S. 1, vgl. auch Berlin und seine Bauten, hg. vom Architekten- und Ingenieurverein zu Berlin, Teil IX, Industriebauten und Bürohäuser, Berlin/München/Düsseldorf 1971, S. 161. Auf diese Quelle stützen sich auch die folgenden Angaben zur baulichen Gestaltung, vgl. zusätzlich S. 160 und S. 205.

[381] Mebes/Emmerich, Verwaltungsgebäude der Feuersozietät, aaO., S. 5.

[382] Mebes/Emmerich, Verwaltungsgebäude der Feuersozietät, aaO., S. 9 und 32.

[383] LAB A Rep. 005-03-01 Magistrat von Berlin, Finanz- und Steuerdeputation, Hauptfinanzverwaltung, Selbstversicherung, Nr. 1406, 1939 – 1943, Bl. 200 – 209.

[384] LAB A Rep. 005-03-01 Magistrat von Berlin, Finanz- und Steuerdeputation, Hauptfinanzverwaltung, Selbstversicherung, Nr. 1406, 1939 – 1943, Bl. 206.

[385] LAB A Rep. 005-03-01 Magistrat von Berlin, Finanz- und Steuerdeputation, Hauptfinanzverwaltung, Selbstversicherung, Nr. 1406, 1939 – 1943, Bl. 208.

[386] Initiative zum Zwangsarbeiterlager Pankow-Blankenfelde, Recherche Dr. Bernhard Bremberger sowie Christine Raiser-Süchting (Stadtgut Blankenfelde).

[387] vgl. https://zwangsarbeiterlagerbn.wordpress.com/erste-aufarbeitungen/ – s. auch Filmische Spurensuche: Das vergessene ´Krankenlager für Ostarbeiter´ Blankenfelde, https://www.youtube.com/watch?v=RYYLTR4Y2pA; ergänzend: https://www.youtube.com/watch?v=xFhCIE4x-BY, Film von Schülerinnen und Schülern des Max-Delbrück-Gymnasiums, 2010. [27.09.2017]

[388] Ebenda.

[389] Mebes, Paul: Um 1800, 2. Aufl. München 1918, S. XI.

[390] Jaeggi, Annemarie: Traditionell und modern zugleich. Das Werk des Berliner Architekten Paul Mebes (1872 – 1938) als Fallbeispiel für eine „andere Moderne", in: Marburger Jahrbuch für Kunstwissenschaft, 26. Bd. 1999, S. 227 – 241, hier: S. 232.

[391] Untere Denkmalschutzbehörde Steglitz-Zehlendorf von Berlin (Hg.): Siedlung Am Heidehof, bearbeitet von Susanne Willen, Berlin 2011.

[392] Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz (Hg.): 100 Jahre Nordsternhaus, Berlin 2014, https://www.berlin.de/100-jahre-nordsternhaus/bautechnische-besonderheiten/ [21.02.2018].

[393] Jaeggi, Traditionell und modern zugleich, aaO., S. 235.

[394] Liste der aus der Akademie der Künste von 1933 – 1938 ausgeschlossenen und ausgetretenen Mitglieder, vgl. https://www.adk.de/de/aktuell/doku_blog_news/2013/newsdok_130218_Liste_Ausschluesse_2.pdf?m=1518450984& [19.02.2018].

[395] Die Karte mit der Abbildung der Innengestaltung der Feuersozietät der Provinz Brandenburg liegt bei der Feuersozietät Berlin Brandenburg vor.

[396] Lt. dem Protokoll einer Besprechung bei Hitler am 28. Juni 1935 mit Generaldirektor der Reichsbahn Julius Dorpmüller, dessen Stellvertreter Dr. Wilhelm Kleinmann, Staatskommissar Dr. Lippert, Oberbürgermeister Dr. Sahm hielt Hitler den zum Zeitpunkt bereits verstorbenen Paul Ludwig Troost für den Geeignetsten, in Bezug auf Albert Speer war er unschlüssig, vgl. BA Lichterfelde R 43 Nr. 1181. – Näheres zum Werdegang von Albert Speer, vgl. Brechtken, Magnus: Albert Speer. Eine deutsche Karriere, München 2017. Die hier besonders interessierende Zeitabschnitt wird im Kapitel „Pläne für den >Endsieg<", S. 137 – 152, behandelt.

[397] Reichhardt, Hans J./Schäche, Wolfgang: Von Berlin nach Germania. Über die Zerstörungen der „Reichshauptstadt" durch Albert Speers Neugestaltungsplanungen, 2. Aufl. Berlin 2001, S. 95.

[398] Allein der Triumphbogen war auf eine Breite von 170 m und eine Höhe von

117 m hin konzipiert. Für das Projekt wurde der sandige märkische Boden mit einem Testbau, der als sogenannter Schwerbelastungskörper diente, eigens auf Standfestigkeit geprüft. Der sollte später in einen Fuß des Triumphbogens integriert werden. Er ist noch erhalten und befindet sich oberhalb der S-Bahn- und Eisenbahntrasse an der General-Pape-Str. 34 a.

399 Friedrich, Karl-Heinz, Bundesarchiv Lichterfelde, Beschreibung des Bestandes Generalbauinspektor, (2009).

400 BA Lichterfelde R 4606 Nr. 2202, Akten des Generalbauinspektors, Korrespondenz.

401 BA Lichterfelde R 4606 Nr. 2202, Aktennotiz Wolters, 05.04.1938.

402 BA Lichterfelde R 4606 Nr. 2202, Aktennotiz Wolters, 05.08.1938.

403 BA Lichterfelde R 4606 Nr. 2202, Eingang der Skizzen, 06.12.1938.

404 BA Lichterfelde R 4606 Nr. 2202, Schreiben 19.05.1938 und 25.06.1938.

405 vgl. zu all diesen Angaben: Czech, Hans-Jörg/Hirsch, Vanessa/Schwarz, Ulrich (Hg.): Cäsar Pinnau. Zum Werk eines umstrittenen Architekten, Hamburg 2016, Begleitband zur gleichlautenden Ausstellung im Altonaer Museum, S. 308.

406 Schönberger, Angela: Cäsar Pinnau im Planungsstab Speer, in: Czech, Hans-Jörg u.a., Cäsar Pinnau, aaO., S. 88 – 101, vgl. hier auch Abb. S. 92, vgl. Abb. S. 151.

407 vgl. Nüßlein, Timo: Paul Ludwig Troost (1878 – 1934), in der Reihe: Hitlers Architekten. Historisch-kritische Monografien zur Regimearchitektur im Nationalsozialismus, hg. von Rosenberg, Rainer/Nerdinger, Winfried, Wien u.a. 2012.

408 BA Lichterfelde R 4606 Nr. 4347 (unpaginierter Bestand), Schluss-Anzahlungsanordnung d. Hauptamts Verwaltung und Wirtschaft an Architekt Cäsar F. Pinnau mit einer Übersicht der bereits geleisteten Beträge.

409 vgl. Brechtken, Albert Speer, aaO., S. 134 – 136.

410 vgl. Brechtken, Albert Speer, aaO., S. 136.

411 Genaue Beispiele für den dramatischen Rohstoffmangel sind in den im Ausland gesammelten Sopade-Berichten aufgeführt, diese durften natürlich nicht in Deutschland verbreitet werden, vgl. Deutschland-Bericht der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Sopade), 1938, Nachdruck Frankfurt a.M. 1980, S. 1212 ff.

412 BA Lichterfelde R 4606 Nr. 4410, Rechnung Modellbau Gebrüder Stegemann vom 20.10.1941 und vom 17.04.1942.

413 Cäsar Pinnau erhielt nach Kriegsende wegen seines Engagements in Verbindung mit der Planung für Germania zwar keine öffentlichen Aufträge mehr, doch entwickelte er sich bald zu einem gefragten Architekten der gehobenen Hamburger Bürgerschaft, auch August Oetker gehörte zu seinen Kunden. Neben der Planungsarbeit für Gebäude übernahm Pinnau auch bedeutende Gestaltungen für Schiffe, so unter anderem für den Reeder Aristoteles Onassis, vgl. Czech, Hans-Jörg u.a., Cäsar Pinnau, aaO.

414 BA Lichterfelde R 4606 Nr. 4410.

415 Schäche, Wolfgang: 1933 – 1945 Bauen im Nationalsozialismus. Dekoration der Gewalt, in: Kleihues, Josef Paul (Hg.): 750 Jahre Architektur und Städtebau in Berlin. Die Internationale Bauausstellung im Kontext der Baugeschichte Berlins, Katalog, Berlin 1987, S. 183 – 212, hier: S. 208.

416 Helmer, Geschichte, aaO., Anhang S. 2.

417 Berl. Adressbuch 1941, Berlin, S. 655.

418 Berl. Adressbuch 1943, Berlin, S. 652.

419 Helmer, Geschichte, aaO., Anhang S. 2.

420 Helmer, Geschichte, aaO., Anhang S. 1.

421 Findbuchbeschreibung des Bestandes im Bundesarchiv Lichterfelde, R 5003, Online-Findbuch (2005), vgl. https://portal.ehri-project.eu/units/de-002429-r_5003 (16.11.2017).

422 Helmer, Geschichte, aaO., S.155.

423 Hier sind die Angaben bei Helmer widersprüchlich, S. 163 führt er die Zahl, die sich in der Tabelle Geschäftszahlen wiederfindet, auf, während er auf S. 2 des Anhangs von 13,35 Milliarden RM anführt.

424 vgl. Berlin in Zahlen 1945, Berlin 1947, S. 139.

425 rbb 24, 70 Jahre Kriegsende: https://www.rbb24.de/politik/thema/2015/70-jahre-kriegsende/beitraege/kriegsschaeden-berlin-2--weltkrieg.html [28.11.2017].

426 Reichhardt, Hans Joachim: Chronik, in: Lampe, Albrecht (Gesamtleitung): Berlin. Kampf um Freiheit und Selbstbehauptung, hg. vom Landesarchiv Berlin, 2. Aufl. Berlin 1961, zum 28.04.1945, S. 47.

427 vgl. Tägliche Rundschau, Nr. 4 vom 18. Mai 1945; Berliner Zeitung Nr. 1 vom 21. Mai 1945; Verordnungsblatt für Groß-Berlin (VOBl.) 1945, S. 4.

428 Zur Vermeidung von Verwechslungen wurde ab 20.11.1945 das frühere Gebäude der Städtischen Feuersozietät, Parochialstr. 1 /3, nun als Dienstgebäude des Magistrats unter der Bezeichnung „Neues Stadthaus“ geführt, vgl. Berlin-Chronik, Online-Version, hg. vom Landesarchiv Berlin – http://www.berlin-chronik.de zum 20.11.1945 [18.12.2017].

429 Befehl Nr. 1 der Interalliierten Militärkommandantur der Stadt Berlin vom 11.07.1945 (VOBl. d. Stadt Berlin, Nr. 4, S. 45)

430 Reichhardt, Chronik, aaO., zum 20.05.1945, S. 61.

431 So die Darstellung des späteren stellvertretenden Vorstandsmitglieds Reinhold Wilke in einem Bericht über die Städtische Feuersozietät von Berlin vom 24.07.1945, vgl. Feuersozietät, Ordner Städtische Feuersozietät Berlin. Wilke war vermutlich bereits vorher in irgendeiner Weise dem Unternehmen verbunden. – Auch der Firmenchronist Dr. Dr. Helmer bezieht sich auf diesen Bericht, allerdings ohne den Verfasser zu nennen, vgl. ders., Geschichte, aaO., Anhang, S. 4. – Eine Überprüfung der Mitgliedschaften in der NSDAP-Datei im Bundesarchiv Lichterfelde bestätigte dies für Philipp Schlicht (Eintritt 1925), Alfred Wolfermann (Eintritt 1926), Richard Balzer (Eintritt 1940) sowie Ernst Laasch (Eintritt 1937). Über Philipp Schlicht konnten keine Angaben zu seinem weiteren Verbleib ermittelt werden. Alfred Wolfermann fand 3 Tage vor seinem 43. Geburtstag, am 18.06.1945, den Tod, vgl. Weißbecker, Manfred/Kühnl, Reinhard: Rassismus, Faschismus, Antifaschismus. Forschungen und Betrachtungen gewidmet Kurt Pätzold zum 70. Geburtstag, Köln 2000, S. 196 – 197. – Auch der Chronist der Feuersozietät, Dr. Dr. Georg Helmer, hatte seit 1933 der NSDAP angehört. Offensichtlich hatte er noch geraume Zeit nach dem 08.05.1945 Zugang zu den unversehrt gebliebenen Akten der Städtischen Feuersozietät Berlin. Die militärische Niederlage Deutschlands und die Zerschlagung der NSDAP löste bei ihm offenbar keinerlei Gesinnungswandel aus. Im Gegenteil: Er verdrehte die Angaben in Wilkes Bericht in tendenziöser Weise so, dass er die nationalsozialistische Führung der Städtischen Feuersozietät, ja des gesamten deutschen Staats im Nachhinein damit zu exkulpieren glaubte. Nach 1945 wurde ihm bei der Feuerversicherung in Berlin kein Amt mehr übertragen. Trotz seiner eindeutigen Haltung gelang es ihm, als Versicherungshistoriker und -wissenschaftler in der Bundesrepublik Anerkennung zu erlangen.

432 Dies konnte für die Kaufleute Karl Belling und Konrad Bensch sowie Dr.-Ing. Karl Birk ermittelt werden.

433 Bericht Wilke vom 24.07.1945.

434 Bericht Wilke vom 24.07.1945, S. 4

435 Feuersozietät, Ordner Städtische Feuersozietät, Rohbilanz 1945, o.D.

436 Feuersozietät, Box 1.12, 2 v. 4 Geschäftsberichte, Deutsche Treuhand-Gesellschaft, Berlin, 18. Januar/10. Juli 1950: Feuersozietät Groß-Berlin – Prüfbericht (Abschlußprüfung 1947), (nachfolgend Abschlussprüfbericht 1947). Im Reichsmarkabschluß vom 24. Juni 1948 (Anhang) finden sich allerdings noch einmal abweichende Angaben, die die Summe von 13,9 Millionen RM ausweisen, s. Feuersozietät, Box Januar 1.12, 2 v. 4 Geschäftsberichte, Deutsche Treuhand-Gesellschaft, Berlin, (Anhang), 1950, Anl. 2. Die Bilanz selbst lag nicht vor.

437 Eggenkämper, Barbara/Modert, Gerd/Pretzlik, Stefan: Die Allianz. Geschichte des Unternehmens 1890 – 2015, München 2015, S. 201. So aufschlussreich diese Angaben sind, so vermisst man an dieser Stelle weitere Informationen über das überdurchschnittliche Engagement der Allianz und der Allianz Leben für die Aufrüstung, wie sie Feldman für 1935 und 1936 (nicht für die späteren Jahre) herausgearbeitet hat, vgl. Feldman, Die Allianz, aaO., S. 196/97. Während die öffentlichen Versicherer 1935 und 1936 jeweils knapp 18 Prozent der Reichsanleihen zeichneten, hatten sich die privaten Versicherungsunternehmen entsprechend mit 82 Prozent engagiert.

438 1936 und 1937 hatte sie vermutlich wegen der Aufwendungen für den Neubau zu wenig liquide Mittel zur Verfügung, um Reichsanleihen zu zeichnen, erst ab 1938 tat sie das verstärkt, vgl. Feuersozietät, Box 1.12, 2 v. 4 Geschäftsberichte, Deutsche Treuhand-Gesellschaft, Berlin 1950, Feuersozietät Groß-Berlin, Reichsmarkabschluß zum 24. Juni 1948, Anhang, Anl. 2.

439 Deutsche Treuhand-Gesellschaft, aaO., Reichsmarkabschluß zum 24. Juni 1948, Anh., Anl. 2.

440 An diesem Punkt erscheint es geradezu zynisch, dass der Chronist der Feuersozietät, Dr. Dr. Helmer, es nicht versäumt, auf das Gesetz für die preußischen Feuersozietäten zu verweisen, das in § 19 „strenge Vorschriften“ formulierte, nach denen das „Vermögen mündelsicher anzulegen“ war, vgl. Helmer, Geschichte, aaO., S. 151. Auch in später überarbeiteten Textfassungen korrigierte er diese Passage nicht.

441 Feuersozietät, Box 1.12, 2 v. 4 Geschäftsberichte, Deutsche Treuhand-Gesellschaft, Berlin, 18. Januar/10. Juli 1950: Feuersozietät Groß-Berlin – Prüfbericht (Abschlußprüfung 1947), Anl. 1. – Sie wurden später als Wertausgleichsposten aufgeführt.

442 Feuersozietät, Ordner Städt. Feuersozietät, Rohbilanz, Dokument, datiert: Ende April 1945.

443 Diese Zahl ergibt sich aus dem Abschlussprüfbericht 1947 der Deutschen Treuhand-Gesellschaft, aaO., S. 27.

444 Bericht Wilke vom 24.07.1945, S. 5.

445 vgl. Reichhardt, Chronik, aaO., zum 20.08.1945, S. 148/149. Vgl. auch Helmer, Geschichte, aaO., S. 6.

446 Kontrollratsgesetz Nr. 2, Auflösung und Liquidierung der Naziorganisation vom 10.10.1945, vgl. Amtsblatt des Kontrollrats in Deutschland S. 19, ber. S. 241.

447 vgl. Verweis im Beschluss des Magistrats vom 05.07.1948 (Nr. 912).

448 Der Zeitabschnitt vom 08.05.1945 bis zum 29.09.1945, in dem es zu Schäden gekommen war, blieb dabei völlig unberücksichtigt.

449 Diese Wissenschaftler kamen zumeist aus dem sozialdemokratischen Umfeld und erörterten durchaus grundlegende Fragen der Verstaatlichung von Unternehmen, Institutionen und Anstalten, die das nationalsozialistische Regime willfährig unterstützt hatten. Zum Team gehörten u.a. Hedwig Wachenheim und Ernst Fraenkel, aber auch Magdalene Schoch, habilitierte Juristin, vgl. Ladwig-Winters, Simone: Ernst Fraenkel – ein politisches Leben, Frankfurt a.M. 2010.

450 So kritisierte beispielsweise Bürgermeister Karl Maron (KPD) das Vorgehen der Offiziere der Alliierten, immer wieder Vorschläge in die Sitzung des Magistrats einzubringen und umgehend eine Entscheidung zu erwarten, vgl. Reichhardt, Hans Joachim: Chronik, zum 20.08.1945, aaO., S. 148.

451 Böhme, Ute: Die Enteignung von Großbetrieben und der Aufbau einer sozialistischen Planwirtschaft in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ), 1945 bis 1949, am Beispiel der Firma Siemens, Dissertation Nürnberg-Erlangen, 2006, S. 51, bezugnehmend auf einen Aufruf des Zentralausschusses der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zum Aufbau eines antifaschistisch-demokratischen Deutschlands (15. Juni 1945). In: Um ein antifaschistisch-demokratisches Deutschland. Dokumente aus den Jahren 1945 – 1949, hg. vom Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der DDR und dem Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR. Berlin, DDR, 1968.

452 Reichhardt, Chronik, zum 27.08.1945, aaO., S. 158.

453 Ebenda.

454 Der Bericht der „Abschlußprüfung 1947“, den die Deutsche Treuhandgesellschaft erstellte, wurde erst 1950 vorgelegt. Vorher scheinen lediglich Rohbilanzen, die aber wegen zu vieler und großer Unwägbarkeiten keine Reliabilität besaßen, zusammengestellt worden sein.

455 Reichhardt, Chronik, zum 10.09.1945, aaO., S. 174.

456 BK/O (45) 14, vgl. Reichhardt, Chronik, zum 29.09.1945, aaO., S. 205.

457 Beschluss des Magistrats vom 03.12.1945 mit rückwirkender Wirkung zum 30.09.1945.

458 lt. Magistratsbeschluss vom 20.08.1945.

459 Dieses Datum ergab sich aus dem Geschäftsjahr der Städtischen Feuersozietät Berlin, das sich vom 1. Oktober bis zum 30. September eines Jahres erstreckte.

460 Reichhardt, Chronik, aaO., S. 501, zum 12.08.1946.

461 vgl. Rimbach, Karl Ernst: 250 Jahre Feuersozietät Berlin, Festschrift, Berlin 1968, S. 30. – Mit der Feuersozietät der Provinz Brandenburg, die ihren Sitz in Potsdam nehmen sollte, war ein Vertrag über 12 Jahre geschlossen worden, vgl. Helmer, Geschichte, aaO., Anhang, S. 7. Die vormals streng einzuhaltende Vorgabe, dass sich der Sitz der Berliner Sozietät in Berlin-Mitte befinden musste, galt in dieser Phase nicht.

462 Die Formulierung schließt im Folgenden weibliche Personen mit ein.

463 Box 1.1.3 Verw.Rat FS/Ö, Zwischenberichte, Geschäftsbericht der Städt. Feuerversicherungsanstalt von Berlin 1.10.1945 – 31.12.1946.

464 Keine näheren Angaben; er war bis 1948 tätig und wurde durch Gerhard Loch abgelöst. Otto Thäle, geb.1890 (wahrscheinlich).

465 Zum 4. September 1945 wurde mit der Feuersozietät der Provinz Brandenburg i.L. ein Vertrag über den Versicherungsbestand innerhalb des Wettbewerbsgebiets in Berlin abgeschlossen; vgl. Helmer, Geschichte …, aaO., Anhang, S. 9.

466 vgl. Berlin in Zahlen, 1947, hg. vom Hauptamt für Statistik, Berlin 1947, S. 254. Die Zahlen, die die Städtische Feuersozietät selbst übermittelt hatte, decken sich allerdings nicht vollständig mit den Angaben in der Abschlussprüfung 1947, in einzelnen Positionen weichen sie deutlich voneinander ab. Es ist anzunehmen, dass für den Abschlussprüfbericht 1947, der erst 1950 vorgelegt wurde, präzisere Ergebnisse ermittelt werden konnten. Allerdings lieferte er keine so anschauliche Darstellung wie die offizielle Statistik von 1947, er beschrieb nur die Überschussergebnisse, sodass hier auf die Informationen in „Berlin in Zahlen“ zurückgegriffen wird.

467 Leider fehlt eine Erläuterung, warum keine entsprechenden Summen bei den Verträgen für Unfall, Haftpflicht- und Kraftfahrtversicherung, allgemein unter HUK gefasst, eingetragen sind, vgl. https://digital.zlb.de/viewer/image/16320524_1947/268/.

468 Feldman, Die Allianz, aaO., S. 181. – An anderer Stelle wurde er als „Schreibtischtäter“ bezeichnet, demnach kaufte er „bis 1944 … als Grundstücksdezernent der Stadt Berlin im Auftrag des Generalbauinspektors Grundstücke im Wert von fast zehn Millionen Reichsmark… Ab 1941 wurden die verbliebenen jüdischen Mieter und Eigentümer deportiert und damit zugleich – ohne weiteren Verwaltungsakt enteignet …“, vgl. Geraubte Mitte. Die Arisierung des jüdischen Grundeigentums im Berliner Stadtkern 1933 – 1945, Kleiner Katalog zur Ausstellung der Stiftung Stadtmuseum Berlin/Ephraim-Palais, September 2013 bis Januar 2014, hg. von der Stiftung Stadtmuseum Berlin, Franziska Nentwig, Wissenschaftliche Bearbeitung: Benedikt Goebel, Lutz Mauersberger, Auszug, S. 8. – Das Problem, wie man zu einer angemessenen Bewertung des Verhaltens eines Menschen in der NS-Zeit findet, wird in seiner Vielschichtigkeit vom niederländischen Schriftsteller Harry Mulisch in seinem 1982 veröffentlichten Roman De Aanslag, dt. Das Attentat, eindrücklich dargestellt.

469 Wie das politische und persönliche Verhalten in der Zeit von 1933 bis 1945 nachträglich aufgebessert wurde, zeigt das Beispiel von Karl M. Hettlage, ehemals Mitarbeiter des Generalbauinspektors; 1945 konnte er diesbezügliche Irritationen schnell ausräumen und wurde Professor für Öffentliches Recht und Staatssekretär im Bundesfinanzministerium, vgl. Schrafstetter, Susanna: Verfolgung und Wiedergutmachung. Karl M. Hettlage: Mitarbeiter von Albert Speer und Staatssekretär im Bundesfinanzministerium, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, hg. vom Institut für Zeitgeschichte, 56. Jg., H. 3/2008, S. 431 – 466.

470 vgl. Lampe, Albrecht: Berlin – Kampf um Freiheit und Selbstverwaltung 1945 – 1946, hg. vom Landesarchiv von Berlin im Auftrag des Senats von Berlin, 2. Aufl. Berlin 1961, S. 74.

471 vgl. Lampe, Berlin, aaO., S. 83/84.

472 Diese Angabe stützt sich auf Informationen der Familie Müller-Wieland.

473 Diese Angaben beziehen sich auf das Jahr 1957/58, vgl. Das Spezialarchiv der Deutschen Wirtschaft: Leitende Männer der Wirtschaft, 6. Aufl. Berlin 1957/58, S. 623.

474 Der Regierende Bürgermeister Ernst Reuter war im November 1946 aus dem türkischen Exil nach Berlin zurückgekehrt.

475 Ernst Reuter: Bericht, Banken und Versicherungen, o.D. (ca. 1950), S. 115/116.

476 Reuter, Bericht, aaO.

477 Manes, Alfred: Versicherungs-Lexikon. 2. Aufl. Berlin 1924, Stichwort Lebensversicherung, Historisches, S. 846 – 854.

478 Helmer, Geschichte, aaO., Anhang S. 3, gestützt auf den internen Situationsbericht von Reinhold Wilke vom 24.07.1945.

479 Interner Situationsbericht von Reinhold Wilke vom 24.07.1945.

480 Ob das Lokal bei der Feuersozietät versichert war, lässt sich nicht mehr eruieren. Der Brandfall illustriert in markanter Weise die Verhältnisse der unmittelbaren Nachkriegszeit. Die Angaben über die Zahl der Opfer weichen in den verschiedenen Berichten voneinander ab, vgl. Bericht der Berliner Feuerwehr, http://www.berliner-feuerwehr.de/ueber-uns/historie/historische-einsaetze/1947-fuer-den-mantel-das-leben-verloren/[04.02.2018]; Der Spiegel: Spandauer Totentanz, Ausgabe vom 15.02.1947, http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-41121098.html [04.02.2018] sowie Berliner Zeitung, Andreas Gerlof: „Dann stürzte das Dach ein – es war grauenhaft“ – Vor 50 Jahren kamen bei einer Feuerkatastrophe in Hakenfelde 80 Menschen ums Leben/Zeitzeuge Erwin Rostek erinnert sich, https://www.berliner-zeitung.de/vor-50-jahren-kamen-bei-feuerkatastrophe-in-hakenfelde-80-menschen-ums-leben--zeitzeuge-erwin-rostek-erinnert-sich--dann-stuerzte-das-dach-ein---es-war-grauenhaft--16591792.

481 Drucksache Nr. 112, Vorlage Nr. 798 für die Stadtverordnetenversammlung von Groß-Berlin, ausgegeben am 8. Mai 1948 für die (67. und 68.) Ordentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung von Groß-Berlin am 11. und 13. Mai 1948.

482 Es findet sich erste Korrespondenz mit dem neuen Signet aus dem Jahr 1947. Zur Entstehung des Logos gibt es keine Unterlagen, weder zum/zur Gestalter/in noch zu den konkreten Vorgaben und Aufwendungen.

483 Zschaler, Frank: Die wirtschaftliche Spaltung Berlins. Zu Unterschieden in der Wirtschafts- und Finanzpolitik zwischen den Westsektoren und dem Sowjetsektor (Ende der vierziger, Anfang der fünfziger Jahre), in: Fischer, Wolfram/Bähr, Johannes: Wirtschaft im geteilten Berlin 1945 – 1990, Forschungsansätze und Zeitzeugen, München u.a. 1994, hier: S. 47 – 75.

484 Zschaler, Die wirtschaftliche Spaltung Berlins, aaO., S. 54.

485 Feuersozietät Groß-Berlin, Verwaltungsratssitzung, 24.08.1950, Ausfüh-

rung Generaldirektor Müller-Wieland, S. 3.

[486] Die Feuersozietät Groß-Berlin hatte an den Rückversicherer Ost 10 Prozent zu überweisen, die Anteile der anderen Provinzial- und Landesversicherungsanstalten variierten in unterschiedlicher Höhe: Dresden 25 Prozent, Halle 25 Prozent, Erfurt 20 Prozent, Potsdam 15 Prozent und Rostock 5 Prozent, vgl. Feuersozietät, Box 1.12, 2 v. 4 Geschäftsberichte, Deutsche Treuhand-Gesellschaft, Berlin, 18. Januar/10. Juli 1950: Feuersozietät Groß-Berlin – Prüfbericht (Abschlußprüfung 1947), S. 2.

[487] Zeitungsartikel in den Akten der Feuersozietät Berlin Brandenburg, Berliner Zeitung, Nr. 103, o.D. (ca. Mai 1949), Stadtrat Hans Bullerjahn: Berliner Magistrat zog einen Schlußstrich. Zur Enteignung der Privatbanken und Versicherungen.

[488] Deutsche Treuhand-Gesellschaft, aaO., Reichsmarkabschluß zum 24. Juni 1948, S. 7/8.

[489] Eggenkämper, Barbara/Modert, Gerd/Pretzlik, Stefan: Die Staatliche Versicherung der DDR. Von der Gründung bis zur Integration in die Allianz, München 2010, S. 38 (bearbeitet von Modert, Gerd).

[490] LAB, C Rep. 105 – Magistrat von Berlin, Abteilung Finanzen, lfd. Nr.: 4236, Schreiben Feuersozietät Gross-Berlin an Stadtrat Bullerjahn, 10.12.1948 und 12.01.1949.

[491] Geschäftsberichte der Feuersozietät Berlin, Körperschaft des öffentlichen Rechts, mit DM-Eröffnungsbilanz zum 25.06.1948 und den Rechnungsabschlüssen für die Zeit vom 25.06.1948 bis 31.12.1949 sowie für die Geschäftsjahre 1950, 1951, 1952, 1953, 1954, Berlin 1956, S. 12.

[492] LAB, C Rep. 105 – Magistrat von Berlin, Abteilung Finanzen, lfd. Nr.: 4236, Korrespondenz zwischen Feuersozietät und der Vereinigten.

[493] Box 1.1.4, Verwaltungsrat Feuersozietät und Öffentliche Leben, Zwischenberichte 1959 – 1974, tatsächlich 1945 – 1974, Protokoll 24.08.1950.

[494] Geschäftsberichte der Feuersozietät Berlin bis 1954, mit DM-Eröffnungsbilanz, aaO., S. 14.

[495] Geschäftsbericht der Feuersozietät Berlin, Körperschaft des öffentlichen Rechts über das Geschäftsjahr 1955, Berlin 1956, S. 7.

[496] Amtliches Fernsprechbuch für den Bezirk der Landespostdirektion Berlin 1961/62, S. 160.

[497] International Institute of Social History, Amsterdam NL, Paul Hertz Papers, http://hdl.handle.net/10622/ARCH00563 [12.02.2018]. Hierauf stützen sich auch die weiteren Angaben. Vgl. auch: Escher, Felix: Paul Hertz und die Übernahme der Initiative in der Berliner Wirtschaftspolitik der Nachkriegszeit durch die SPD, in: Jahrbuch für die Geschichte Mittel- und Ostdeutschlands, Bd. 40, Sonderdruck 1991.

[498] Schumacher, Martin (Hg.): M.d.R. Die Reichstagsabgeordneten der Weimarer Republik in der Zeit des Nationalsozialismus. Politische Verfolgung, Emigration und Ausbürgerung, 1933…1945. Eine biographische Dokumentation, 3. erw. u. überarb. Aufl. Düsseldorf 1994. Hierauf stützen sich auch die weiteren Angaben.

[499] vgl. Senat unter Ernst Reuter: https://www.berlin.de/rbmskzl/regierender-buergermeister/senat/senatsgalerie/artikel.16810.php [12.02.2018].

[500] LAB Rep. 025-02 Wiedergutmachungsämter von Berlin Nr. 1785/51 (= 21 WGA 1411/51), Verfahren Gemeinschaft Deutscher Angestellter (GDA) gegen Feuersozietät der Provinz Brandenburg bzw. Feuersozietät Berlin.

[501] Dr. Julius Fliess (1876 – 1955) durfte nach dem generellen Berufsverbot für alle jüdischen Rechtsanwälte 1938 noch bis zu seiner Flucht im Jahr 1942 als Konsulent weiterarbeiten. Wer den Fall der Feuersozietät nach seinem Tod übernahm, ist nicht bekannt; vgl. Ladwig-Winters, Simone: Anwalt ohne Recht. Das Schicksal jüdischer Rechtsanwälte in Berlin nach 1933, 2. Aufl. Berlin 2007, S. 151.

[502] CJA, 5 A 1, Nr. 136 Feuersozietät, ab 1947.

[503] Zum Thema Entnazifizierung: Ahrens, Ralf: Von der „Säuberung“ zum Generalpardon: Die Entnazifizierung der westdeutschen Wirtschaft, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte, 2/2010; S. 25 – 45, dieser Artikel bezieht sich allerdings explizit nicht auf Berlin, sondern auf die Westzonen; Bauerkämper, Arnd: Das umstrittene Gedächtnis: Die Erinnerung an Nationalsozialismus, Faschismus und Krieg in Europa nach 1945, Paderborn 2012; Borgstedt, Angela: Die kompromittierte Gesellschaft. Entnazifizierung und Integration, in: Reichel, Peter/Schmid, Harald/Steinbach, Peter (Hg.): Der Nationalsozialismus – Die zweite Geschichte. Überwindung – Deutung – Erinnerung, Bonn 2009, S. 85 – 104; Vollnhals, Clemens: Entnazifizierung. Politische Säuberung unter alliierter Herrschaft, in: Volkmann, Hans-Erich (Hg.): Ende des Dritten Reichs – Ende des Zweiten Weltkriegs. Eine perspektivische Rückschau, München 1995, S. 369 – 392.

[504] An dieser Stelle sei Herrn Prof. Johannes Bähr, Frankfurt, für seine wertvollen Hinweise gedankt.

[505] Die Überlieferung im Landesarchiv Berlin weist nur drei konkrete Fälle von direkt Betroffenen oder deren Angehörige auf, vgl. LAB, B Rep. 080 Landesverwaltungsamt Berlin Nr. 3291, Versorgungsliste für ehemalige Angestellte öffentlich-rechtlicher Lebensversicherungsanstalten, Feuersozietäten und öffentlich-rechtlicher Kreditinstitute in Verbindung mit dem G 131, 1952, Bl. 2 – 4. – In den Bilanzen – 1948/49 bis 1954 wurden immerhin 100.000 DM für die Begleichung dieser Ansprüche eingestellt. Dieser Betrag wuchs weiter an, so wurden allein im Jahr 1959 an „Verpflichtungen nach dem Gesetz zu Art. 131 GG“ immerhin 109.673 DM aufgewendet, vgl. Geschäftsbericht 1959, Berlin 1960, Gewinn- und Verlustrechnung, S. 19, vgl. Geschäftsberichte der Feuersozietät Berlin bis 1954, mit DM-Eröffnungsbilanz, aaO., S. 47.

[506] Feuersozietät Box 1.1.2 , 1 v. 23, Ordner bis 1956, Verwaltungsratssitzung, 15.12.1956, S. 8.

[507] Bodenschatz, Harald u.a.: Nach 1945: Wiederaufbau, zweite Zerstörung und neue Tendenzen, in: Kleihues, Josef Paul (Hg.): 750 Jahre Architektur und Städtebau in Berlin, aaO., S. 213 – 241, hier: S. 214.

[508] Feuersozietät Box 1.1.2, 1 v. 23 Verw.Rat 8/50-12/56, Ordner 1, Verwaltungsratssitzung vom 09.05.1956.

[509] Geschäftsberichte der Feuersozietät Berlin bis 1954, mit DM-Eröffnungsbilanz, aaO., S. 14.

[510] Zusammenstellung aus: FS, DM Eröffnungsbilanz und Rechnungsabschlüsse 1948/49 bis 1954, Berlin 1955, S. 46; FS, Überblick über die Entwicklung der Feuersozietät Berlin in den ersten zehn Jahren nach 1945, Berlin IX/55; FS: Unser Blick geht nach vorn – aus Tradition der Gegenwart und Zukunft verpflichtet, [275 Jahre Feuersozietät], Berlin 1993, S. 35.

[511] Bodenschatz, Nach 1945, aaO., S. 218.

[512] Noch nach der Wende hatte die Senatsverwaltung für Jugend und Familie, mit Senator Thomas Krüger, hier ihren Sitz.

[513] Feuersozietät Berlin, Geschäftsbericht und Rechnungsabschluß über das Geschäftsjahr 1961, Berlin 1962, S. 10.

[514] vgl. Eisenhuth, Stefanie/Sabrow, Martin: »West-Berlin«. Eine historiographische Herausforderung, in: Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History, Online-Ausgabe, 11 (2014), Heft 2, URL: http://www.zeithistorische-forschungen.de/2-2014/id=5090.

[515] DIE ZEIT, Michael Sontheimer: Tod auf dem Tanzboden, 11.04.1986.

[516] Feuersozietät Berlin Brandenburg, Schadenakte Hauptstr. 78/79, Gutachten Dr.-Ing. Hans-Harry Ricking, Berlin, 19.02.1988.

[517] BGH, Urteil vom 24.06.2004, LG Berlin, 5 StR 306/03. Die nachfolgenden Informationen stützen sich auf die Darstellung des Sachverhalts durch den BGH.

[518] BGH, Urteil vom 24.06.2004, LG Berlin, 5 StR 306/03, S. 8.

[519] Der Spiegel, Nasse Füße. Die amerikanischen Luftangriffe auf Tripolis und Bengasi verliefen nicht ohne Pannen, 28.04.1986.

[520] Martin Punitzer (1889 – 1949) wurde nach praktischer und akademischer Ausbildung 1912 Mitglied im Architekten- und Ingenieurverein zu Berlin. Er machte sich, nachdem er für die gesamte Dauer des Krieges (von 1914 – 18) als Soldat gedient hatte, in Berlin selbstständig. Er entwarf Wohn-, Geschäfts- und Industriebauten, die sich durch den bewussten Umgang mit Licht in Innenräumen und einem ausgewogenen Verhältnis von Innen und Außen auszeichneten. Punitzer wurde nach 1933 als Jude nicht in die Reichskammer der bildenden Künste aufgenommen. In der Folge der Pogromnacht 1938 wurde er nach Sachsenhausen verschleppt. Nachdem er wieder freigekommen war, konnte er mit seiner kranken Ehefrau und seinem Sohn nach Chile flüchten. Dort erhielt er keine Arbeitserlaubnis, hatte Probleme, die Sprache zu erlernen. Punitzer starb 1949 im Alter von 60 Jahren in Santiago de Chile an einem Herzleiden, vgl. Warhaftig, Myra: Deutsche jüdische Architekten vor und nach 1933 – Das Lexikon. 500 Biographien, Berlin 2005, S. 392 – 395.

[521] Görtemaker, Manfred: Gestaltung der Wiedervereinigung, hg. Bundeszentrale für Politische Bildung, Informationen zur Politischen Bildung, Nr. 250/2015.

[522] Aus dem Blickwinkel der Allianz, vgl. Eggenkämper, Barbara: Die Staatliche Versicherung der DDR, aaO., S. 174 – 190. Die Frage der Übernahme des Monopols in einzelnen Regionen durch eine private Versicherung wird hier beispielsweise nicht problematisiert.

[523] Feuersozietät, Feuersozietät. Öffentliche Leben, Geschäftsbericht, Berlin 1993, S. 19.

[524] Feuersozietät, Feuersozietät. Öffentliche Leben, Geschäftsbericht, Berlin 1997, S. 22/23.

[525] Für die nachfolgenden Angaben danke ich, wenn nicht anders angegeben, Frau Dr. Renate Zschockelt, Feuersozietät Berlin Brandenburg.

[526] Feuersozietät Berlin Brandenburg, Geschäftsbericht 1994, Berlin 1995, S. 21.

[527] Diese Angaben beziehen sich auf das Jahr 2016, vgl. Geschäftsbericht Feuersozietät Berlin Brandenburg 2016, S. 49.

[528] Richtlinie 92/49/EWG des Rates vom 18. Juni 1992 zur Koordinierung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften für die Direktversicherung (mit Ausnahme der Lebensversicherung) sowie zur Änderung der Richtlinien 73/239/EWG und 88/357/EWG (Dritte Richtlinie Schadenversicherung) (ABl. Nr. L 228 S. 1). Die Richtlinie wurde inzwischen mit Wirkung vom 01.01.2016 durch Art. 310 Abs. 1 RL v. 25.11.2009 (ABL. Nr. L 335 S. 1, geänd. 12, L/249/1, geänd. 13, L/34/1, aufgehoben. Von diesem Moment ab galt die Solvabilität II-Richtlinie.

[529] Richtlinie 92/96/EWG des Rates vom 10. November 1992 zur Koordinierung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften für die Direktversicherung (Lebensversicherung) sowie zur Änderung der Richtlinien 79/267/EWG und 90/619/EWG (Dritte Richtlinie Lebensversicherung) (ABl. Nr. L 360 S. 1). Die Regelung wurde inzwischen durch RL 2002/83/EG vom 05.11.2002 (ABl. Nr. L 345 S. 1) aufgehoben.

[530] Eine sehr erhellende Darstellung zu unternehmerischen Entscheidungen in krisenhaften Entwicklungsphasen liefert Werner Plumpe, vgl. ders.: Die Unwahrscheinlichkeit des Jubiläums, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte, H. 1, 2003, S. 143 – 156, bes. S. 151/152. – Die realistische Bewertung der Folgen für die Versicherungsnehmer auf einem liberalisierten Versicherungsmarkt liegt bislang nicht vor. Nach Einschätzungen von Fachleuten haben sich aber die Versicherungsbedingungen mit der Öffnung des Marktes eher verschlechtert, bis hin zu höheren Kosten.

[531] Feuersozietät, Geschäftsbericht Feuersozietät.Öffentliche Leben 2002, Berlin 2003, S. 13.

[532] Feuersozietät, Geschäftsbericht Feuersozietät.Öffentliche Leben 2002, Berlin 2003, S. 43. Vgl. auch Presseerklärung des Finanzministeriums Brandenburg vom 07.11.2002, http://www.mdf.brandenburg.de/cms/detail.php/lbm1.c.339836.de.

[533] Wolf, Harald: Rot-Rot in Berlin. 2002 bis 2011: eine (selbst)kritische Bilanz, Hamburg 2016, S. 234.

[534] So wurde ein Kaufpreis von 130 Mio. € in den Raum gestellt, vgl. Länder stützen Feuersozietät, Berliner Morgenpost, 15.11.2002, Marie-Th. Nercessian, https://www.morgenpost.de/printarchiv/wirtschaft/article102878918/Laender-stuetzen-Feuersozietaet.html [24.02.2018].

[535] Interview Wolf-Rainer Hermel, 08.03.2017.

[536] Die Bestandsübertragung erfolgte zum wirtschaftlichen Zeitpunkt 01.10.2003, vgl. Senat von Berlin: Lagebericht 2004, Bd. 2, Beteiligungsbericht 2004, S. 254. Lediglich das Rückversicherungsgeschäft erfolgte noch unter der Beteiligung vom Senat von Berlin, vgl. Senat von Berlin: Lagebericht 2005, Bd. 2, Beteiligungsbericht 2005, S. 385 ff.

[537] vgl. Presseerklärung Senatskanzlei 06.01.2004, https://www.berlin.de/rbmskzl/aktuelles/pressemitteilungen/2004/pressemitteilung.48337.php [12.02.2018]. Die Auflösung der letzten verbliebenen Teile der Feuersozietät Berlin Brandenburg als staatlicher Anstalt wurde mit Staatsvertrag vom 28.03.2006 geregelt, vgl. https://bravors.brandenburg.de/de/vertraege-237707 [23.02.2018].

[538] vgl. https://www.vkb.de/content/ueber-uns/unternehmen/geschichte/ [12.02.2018]. An druckschriftlichen Darstellungen zur Geschichte der VKB sei verwiesen auf Schmitt-Lermann, Hans: Hundert Jahre Bayerische Versicherungskammer, hg. von der Bayerischen Versicherungskammer, 3. neubearb. Aufl. unter dem Titel: Die Bayerische Versicherungskammer in Vergangenheit und Gegenwart, München 1975, sowie Wilhelm, Klaus: Vom Vorgestern zum Gestern. 120 Jahre Bayerische Versicherungskammer. Ihre Geschichte – ihre Geschichten – ihre Präsidenten, München 2000.

[539] Verband, Deutsche öffentlich-rechtliche Feuerversicherungsanstalten, aaO., S. 6.

[540] Neumann, Neumanns Jahrbuch der privaten und öffentlich-rechtlichen Versicherung, aaO., S. 870.

[541] Schmitt-Lermann, Hundert Jahre Bayerische Versicherungskammer, S. 44/45.

[542] GVBl. S. 603, BayRS 763-15-I.

[543] Die Geschäftsberichte werden regelmäßig in Lang- und Kurzfassungen veröffentlicht, vgl. u.a. https://www.vkb.de/export/sites/vkb/_resources/pdf/ueber-uns/unternehmen/geschaeftsberichte/geschaeftsberichte-2016/VKB16022_GB16_Kurzportrait_de.pdf.

[544] GVBl. 71. Jahrgang, Nr. 27, 16.12.2015, S. 458 ff, hier: S. 461.

[545] Bebauungsplan 1-14 im Bezirk Mitte, vom 14.09.2016, vgl. https://www.parlament-berlin.de/ados/18/IIIPlen/vorgang/verordnungen/vo18-010.pdf.

[546] Feuersozietät Berlin Brandenburg Versicherung Aktiengesellschaft, Jahresabschluss zum 31.12.2006, https://www.bundesanzeiger.de/ebanzwww/wexsservlet [23.02.2018].

[547] Versicherungsmagazin, 15.04.2008, https://www.versicherungsmagazin.de/rubriken/branche/feuersozietaet-und-oeffentliche-leben-von-s-p-auf-a-hochgestuft-1883527.html [12.03.2018].

[548] Geschäftsbericht Feuersozietät Berlin Brandenburg 2010, S. 12/13

[549] „Gelber Rauch aus gelbem Gebäude“, Berliner Morgenpost, 21.05.2008, Stefanie Schneider, S. 13.

[550] Das grundlegende Werk zu Feuerversicherungsschildern in Deutschland und ihrer Entstehungsgeschichte wurde vorgelegt von Evenden, William L.: Deutsche Feuerversicherungs-Schilder – German Fire Marks, Karlsruhe 1989.

[551] Zur Entstehung und Ausführung konnten bislang keine Unterlagen gefunden werden.

[552] Evenden meint zu wissen, dass dieses Exemplar lediglich dreimal existiert.

[553] Auch der Hinweis zu Spitzwegs Darstellung findet sich bei William L. Evenden: Deutsche Feuerversicherungs-Schilder – German Fire Marks, Karlsruhe 1989.

Bildnachweise

Banderole: GettyImages / carlosalvarez, Kim Dumayne / EyeEm; iStockphoto / FooTToo;
S. 8: © Jens Jeske;
S. 14, 21: © Stiftung Stadtmuseum Berlin;
S. 14, 30 – 31: bpk / Stiftung Preussische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg / Jörg P. Anders;
S. 14, 48 – 49: Landesarchiv Berlin, F Rep 250-01, Nr. Ü 003 / Johann Georg Rosenberg;
S. 14, 54: Wikimedia / L. M. N. Sohn after Berger;
S. 15, 79: Wikimedia / Otto Hupp;
S. 15, 100: Stiftung Deutsches Technikmuseum Berlin / NL Karl August Tramm;
S. 15, 132 – 133: Berlin nach dem Krieg / Jewgenij Chaldej;
S. 18: Wikimedia; Fotolia / Elena; Getty Images
S. 19: Wikimedia / Hermann Junghans;
S. 20: Getty Images, Sky News / Film Image Partner
S. 22: World History Archive / Alamy Stock Foto;
S. 23: Hannover Gottfried Wilhelm Leibniz Bibliothek / Niedersächsische Landesbibliothek LH XXXVIII Bl. 152;
S. 23: GStA PK, XIII. HA, A – Aufnahmenarchiv, Nr. 891, 31
S. 24 – 25: bpk / Stiftung Preussische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg / Daniel Lindner;
S. 26 – 27: Wikimedia / de: Jacob Paul von Gundling (Kartenzeichner), Georg Paul Busch (Stecher);
S. 31: Getty Images
S. 32: Wikimedia / C. Delius;
S. 33: GStA PK, XIII. HA, A – Aufnahmenarchiv, Nr. 891, 31;
S. 34 – 35: Ellenberger, Die Welt in Flammen, (S. 695);
S. 35: Wikimedia;
S. 38: Feuer-Societäts-Reglement, 1794;
S. 39: Wikimedia / Thomas Lediard (1685 – 1743);
S. 40: Wikimedia / anagoria;
S. 41: © Stiftung Stadtmuseum Berlin, Reproduktion: Michael Setzpfandt, Berlin;
S. 42: Getty Images; Justi, Johann Heinrich Gottlob von: Vollständige Abhandlung von denen Manufacuren und Fabriken. Bd. 1. Kopenhagen, 1758, S. 5. In: Deutsches Textarchiv;
S. 43: Wikimedia / Van Ham Kunstauktionen;
S. 44: © Stiftung Stadtmuseum Berlin, Reproduktion: Christel Lehmann, Berlin;
S. 45: Zentrales Grundbucharchiv Berlin, GB Königstadt Bd. 43, Vol. 2639, Bd. 1, S. 143; Getty Images;
S. 46: Johann Friedrich Schleuen, © Stiftung Stadtmuseum Berlin;
S. 46 – 47: Landesarchiv Berlin, F Rep 250-01, Nr. 064 / Johann Georg Rosenberg;
S. 50: Ellenberger, Die Welt in Flammen (S. 91);
S. 51: Deutsches Dokumentationszentrum für Kunstgeschichte – Bildarchiv Foto Marburg;
S. 54 – 55: Wikimedia / F. Albert Schwartz;
S. 56: Wikimedia / Muesse;
S. 56 – 57: Wikimedia / Derek E. Ostergard;
S. 57: Wikimedia / Bildarchiv Preußischer Kulturbesitz / Ludwig Emil Grimm;
S. 58: Wikimedia / Digitale Sammlungen der Zentral- und Landesbibliothek Berlin / Sineck, T.;
S. 59: :Transit Buchverlag, Karl Scheffler, Stilmeierei oder Neue Baukunst, 2010 (S. 105), „Arbeiter-Illustrierte Zeitung", 1. Mai 1929.
S. 60: Wikimedia;
S. 61: bpk / Carl Wildt;
S. 62: Berlin und seine Bauten, 1976 (Abb. 6, S. 3), Bildstelle der Berliner Feuerwehr;
S. 63: Wikimedia / Eckhardju;
S. 64: Wikimedia;
S. 65: Wikimedia / Friedrich Albert Schwartz;
S. 66 – 67: Postkarte, S. & G. S. i. B., Nr. 120/21;
S. 67: © Stiftung Stadtmuseum Berlin;
S. 68: :Transit Buchverlag, Ludwig Hoffmann in Berlin, 1987 (S. 2);
S. 68 – 69: :Transit Buchverlag, Ludwig Hoffmann in Berlin, 1987 (S. 24);
S. 69: :Transit Buchverlag, Ludwig Hoffmann in Berlin, 1987 (S. 72).
S. 70 – 71: bpk;
S. 71: Wikimedia;
S. 72 – 73: Getty Images;
S. 73: Wikimedia / Jörg Zägel;
S. 76: bpk / Friedrich Seidenstücker;
S. 77: Wikimedia / Norbert Radtke (Dramburg);
S. 78: Bundesarchiv, Bild 183-R38586;
S. 78 – 79: Wikimedia / Dr. Cornelius Löwe, Pharus-Verlag;
S. 79: Wikimedia / Otto Hupp;
S. 80: Postkarte, ARBT Nr. 116; Bundesarchiv, Bild 102-07256 / Georg Pahl, Januar 1929;
S. 81: bpk;
S. 82 – 83: Landesarchiv Berlin;
S. 84: Aktives Museum e.V., Haymatloz, Berlin 2000, S. 94;
S. 85: bpk;
S. 86: Ansichtskarte;
S. 86 – 87: Landesarchiv Berlin;
S. 87: Wikimedia / torinberl;
S. 88: Feuersozietät Berlin 1718 – 1968, Festschrift, 1968 (S. 8 a); Städtische Feuersozietät von Berlin, Geschäftsbericht 1932/33 / Emil Leitner
S. 89: Wikimedia;
S. 92 – 93: Bundesarchiv, Bild 183-R99859;
S. 94: zu Ahrens. Landesarchiv Berlin, LAB C Rep. 118-01 VdN A 14075; Landesarchiv Berlin; Landesamt für Bürger- u. Ordnungsangelegenheiten, Abt. 1, Entschädigungsbehörde, BEG-Akte Reg.-Nr. 123 456;
S. 96: bpk / Geheimes Staatsarchiv, SPK / Bildstelle GStA PK;
S. 97: Wikimedia / Obersachse;
S. 98 – 99: Wikimedia / WolfgangS;
S. 100: Stiftung Deutsches Technikmuseum Berlin, Foto: Historisches Archiv; iStockphoto / DrPAS; Getty Images
S. 100 – 101: bpk;
S. 102: Deutsche öffentlich-rechtliche Feuerversicherungsanstalten (S. 4); Wikimedia / Lotse;
S. 102 – 103: Bundesarchiv, B 145 Bild-P063078 / Köhler;
S. 104: Ansichtskarte;
S. 105: Skizzen, Ladwig-Winters;
S. 106 – 107: Baugilde 1938, Heft 29, S. 987;
S. 108: Baugilde 1938, Heft 29, S. 998;
S. 109: Städtische Feuersozietät von Berlin, Geschäftsbericht 1937 / 38, Emil Leitner;
S. 110: Wikimedia / Roll-Stone;
S. 111: Wikimedia / Nick Gay, Berlin Then & Now, San Diego 2005, p. 130 / Waldemar Titzenthaler; Center for Jewish History, NYC;
S. 112: Städtische Feuersozietät von Berlin, Geschäftsbericht 1937/38;
S. 113: Firmenhistorisches Archiv der Allianz
S. 114 – 115: Stiftung Deutsches Technikmuseum Berlin, Foto: Historisches Archiv;
S. 116 – 117: Werbe-Postkarte;
S. 117: Verwaltungsgebäude der Feuersozietät der Provinz Brandenburg, Sonderdruck, um 1935 (Titel);
S. 118 – 119: Verwaltungsgebäude der Feuersozietät der Provinz Brandenburg, Sonderdruck, um 1935 (S. 1);
S. 119: Baugilde 1938, Heft 29 (S. 21);
S. 120: Paul Mebes, Gemälde von Karl Rickelt, 1924, Heimatverein Zehlendorf; Bundesarchiv, Bild 102-10689;
S. 121: Wikimedia / Kvikk;
S. 122: Wikimedia / KaterBegemot;

S. 122 – 123: Hamburgisches Architekturarchiv (HHA), NL Cäsar Pinnau;
S. 124: Tramm, Stiftung Deutsches Technikmuseum Berlin, Foto: Historisches Archiv;
S. 125: Stiftung Deutsches Technikmuseum Berlin / NL Karl August Tramm;
S. 126: Deutsche Feuerversicherungs-Schilder (S. 98);
S. 127: War Archive / Alamy Stock Photo;
S. 130: bpk / Museum Berlin-Karlshorst / Timofej Melnik;
© Stiftung Stadtmuseum Berlin;
S. 131: © Stiftung Stadtmuseum Berlin, Reproduktion: Friedhelm Hoffmann, Berlin;
S. 132: © Stiftung Stadtmuseum Berlin;
S. 134 – 135: Festschrift;
S. 137: Familienbesitz;
S. 139: Feuerschutzmuseum der Feuersozietät Berlin;
S. 140: Briefkopf;
S. 140 – 141: Wikimedia / U.S. Air Force;
S. 141: Wikimedia / National Numismatic Collection, National Museum of American History; Bundesarchiv, B 145 Bild-P061246;
S. 142: Büro Müller-Rieger, Ausstellungen und Medien, München; Firmenhistorisches Archiv der Allianz, München;
S. 143: bpk / Benno Wundshammer;
S. 144: VBKI, Ehrengalerie;
S. 145: @ Westermann Gruppe;
S. 146: Kita Jüterborg, Foto: Feuersozietät;
S. 147: Wikimedia / Uwe Thobae / I, Muritatis;
S. 148: Bundesarchiv, Bild 183-1989-1110-018 / Oberst, Klaus;
S. 149: picture alliance / dpa / Chris Hoffmann; picture-alliance / dpa / Roland Holschneider ©dpa – Report;
S. 152: Bundesarchiv, Bild 183-1989-1222-016 / Grimm, Peer;
S. 153: Museumsstiftung Post und Telekommunikation;
S. 154: Feuersozietät Berlin Brandenburg, Stand 2017;
S. 155: © Deutscher Bundestag / Presse-Service Steponaitis;
S. 156: © Arne Müseler / arne-mueseler.de / CC-BY-SA-3.0 / https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/de/deed.de; Getty Images;
S. 157: Getty Images;
S. 158 – 159: Wikimedia / Joachim Specht / Moritz Kellerhoven;
S. 162: Foto: Hans-Jürgen Siebert;
S. 163: Wikimedia / IngolfBLN; Foto: alengpeng
S. 164: © Matthias Heyde / Fraunhofer FOKUS;
S. 164 – 165: Shutterstock / Wilhelm Chang,
S. 165: Alamy Stock Foto / imageBROKER;
S. 167: bpk / Museum Georg Schäfer Schweinfurt;
S. 168 – 169: Evenden, William L.: Deutsche Feuerversicherungs-Schilder, Verlag Versicherungswirtschaft (VVW GmbH), Karlsruhe 1989;

Sollte es uns trotz intensiver Recherche nicht gelungen sein,
die korrekten Rechteinhaber zu ermitteln, bitten wir diese um eine Nachricht.
Vielen Dank.

Literatur und Quellen

Februar 2018

Literatur

- Ahrens, Ralf: Von der „Säuberung“ zum Generalpardon: Die Entnazifizierung der westdeutschen Wirtschaft, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte, 2/2010; S. 25–45.
- Akademie der Künste (Hg.): Martin Wagner 1885–1957. Wohnungsbau und Weltstadtplanung. Die Rationalisierung des Glücks, Berlin 1985 (Ausstellungskatalog).
- Alte Mitte – Neue Mitte? Positionen zum historischen Zentrum von Berlin, hg. von der Historischen Kommission zu Berlin e.V. in Zusammenarbeit mit dem Landesarchiv Berlin, dem Landesdenkmalamt Berlin und der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt, Abt. Städtebau und Projekte, Berlin 2012.
- Architekten- und Ingenieur-Verein (Hg.): Berlin und seine Bauten, Industriebauten und Bürohäuser, Teil IX, Berlin/München/Düsseldorf 1971.
- Arendts, Franz J.: Einwirkungen der Wirtschaftskrise der letzten Jahre auf die deutsche private Feuerversicherung/vorgelegt von Franz Joseph Arendts, 1934.
- Arnim, Bettina von: Dies Buch gehört dem König, Erstdruck, Berlin 1843.
- Arntz, Hans-Dieter: Ordensburg Vogelsang 1934–1945. Erziehung zur politischen Führung im Dritten Reich, erw. Aufl. Aachen 2010.
- Arps, Ludwig: Auf sicheren Pfaden, Deutsche Versicherungswirtschaft vor 1914, Göttingen 1965.
- Arps, Ludwig: Durch unruhige Zeiten, Deutsche Versicherungswirtschaft seit 1914, I. Teil: Erster Weltkrieg und Inflation, Karlsruhe 1970.
- Arps, Ludwig: Durch unruhige Zeiten, II. Teil: Von den zwanziger Jahren zum Zweiten Weltkrieg, Karlsruhe 1976.
- Arps, Ludwig: Württembergische Feuerversicherung AG, Stuttgart: 125 Jahre Württembergische Feuerversicherung A.G. in Stuttgart – ein Kapitel deutscher Versicherungsgeschichte, 1828–1953, Stuttgart 1953.
- Bähr, Johannes/Kopper, Christopher: Munich Re: Die Geschichte der Münchener Rück 1880–1990, München 2015.
- Bauerkämper, Arnd: Das umstrittene Gedächtnis: Die Erinnerung an Nationalsozialismus, Faschismus und Krieg in Europa nach 1945, Paderborn 2012.
- Beiderbeck, Friedrich/Dingel, Irene/Wenchao Li (Hg.): Umwelt und Weltgestaltung. Leibniz' politisches Denken in seiner Zeit, Göttingen 2015.
- Berlin Museum (Hg.): Synagogen in Berlin. Zur Geschichte einer zerstörten Architektur, Teil 1 u. 2, Ausstellungskatalog, Berlin 1983.
- Berlin und seine Bauten, hg. vom Architekten- und Ingenieurverein zu Berlin, Teil IX, Industriebauten und Bürohäuser, Berlin/München/Düsseldorf 1971.
- Berliner Schicksal 1945–1952. Amtliche Berichte und Dokumente, zusammengestellt im Auftrag des Senats von Berlin vom Büro für Gesamtdeutsche Fragen, Berlin 1952.
- Bernhardt, Christoph: Wohnungspolitik und Bauwirtschaft, in: Wildt, Michael/Kreutzmüller, Christoph: Berlin 1933–1945, München 2013, S. 177–192.
- Bodenschatz, Harald u.a.: Nach 1945: Wiederaufbau, zweite Zerstörung und neue Tendenzen, in: Kleihues, Josef Paul (Hg.): 750 Jahre Architektur und Städtebau in Berlin. Die Internationale Bauausstellung im Kontext der Baugeschichte Berlins, Katalog, Berlin 1987, S. 213–241.
- Bodenschatz, Harald mit Engstfeld, Hans-Joachim und Seifert, Carsten: Berlin. Auf der Suche nach dem verlorenen Zentrum, hg. von der Architektenkammer Berlin, Hamburg 1995.
- Bodenschatz, Harald: „Der rote Kasten“ – zu Bedeutung, Wirkung und Zukunft von Schinkels Bauakademie, Berlin 1996.
- Böhle, Ingo: „Juden können nicht Mitglieder der Kasse sein“ – Versicherungswirtschaft und die jüdischen Versicherten im Nationalsozialismus am Beispiel Hamburg, hg. von der Landeszentrale für politische Bildung, Hamburg 2003.
- Böhme, Ute: Die Enteignung von Großbetrieben und der Aufbau einer sozialistischen Planwirtschaft in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ), 1945 bis 1949, am Beispiel der Firma Siemens, Dissertation (digital), Nürnberg-Erlangen 2006.
- Boldt, Hans: Die Feuerversicherung: Erläuterungen und Hinweise, 7. neubearb. und erw. Aufl. Karlsruhe 1995.
- Borgstedt, Angela: Die kompromittierte Gesellschaft. Entnazifizierung und Integration, in: Reichel, Peter/Schmid, Harald/Steinbach, Peter (Hg.): Der Nationalsozialismus – Die zweite Geschichte. Überwindung – Deutung – Erinnerung, Bonn 2009, S. 85–104.
- Borrmann, Richard: Die Bau- und Kunstdenkmäler von Berlin, Berlin 1982, Faksimile der Ausgabe von 1898.
- Borscheid, Peter: Feuerversicherung und Kameralismus, in: Zeitschrift für Unternehmensgeschichte/Journal of Business History, 1/1/1985, Vol. 30, Issue 2, p. 96–117.
- Botur, Andre: Privatversicherung im Dritten Reich. Zur Schadensabwicklung nach der Reichskristallnacht unter dem Einfluß nationalsozialistischer Rassen- und Vernichtungspolitik, Berlin 1994 (Berliner Juristische Universitätsschriften, Reihe Zivilrecht, Bd. 6).
- Brechtken, Magnus: Albert Speer. Eine deutsche Karriere, München 2017.
- Breunig, Werner: Verfassungsgebung in Berlin 1945–1950, (Diss.) Berlin 1990.
- Clauswitz, Paul: Die Pläne von Berlin und die Entwicklung des Weichbildes, Berlin 1906.
- Clauswitz, Paul: Zur Geschichte Berlins, in: Borrmann, Richard: Die Bau- und Kunstdenkmäler von Berlin, Berlin 1982, Faksimile der Ausgabe von 1898, S. 3–98.
- Conrad, Hermann: Rechtsstaatliche Bestrebungen im Absolutismus Preußens und Österreichs am Ende des 18. Jahrhunderts, Köln 1961.
- Consentius, Ernst: Alt-Berlin. Anno 1740, Berlin 1907, Faksimile Berlin 1980.
- Czech, Hans-Jörg/Hirsch, Vanessa/Schwarz, Ulrich (Hg.): Cäsar Pinnau. Zum Werk eines umstrittenen Architekten, Hamburg 2016.
- Das deutsche Feuerversicherungswesen. Festschrift zum 25-jährigen Regierungsjubiläum Sr.M. Kaiser Wilhelms II. am 15. Juni 1913, unter Mitw. von Fedor Biedermann, hg. v. der Gesellschaft f. feuerversicherungsgeschichtl. Forschung e.V., Hannover 1913.
- Dehmel, Richard: Eine Prüfung der Gründe für den ausschließlich öffentlichen Betrieb der Feuerversicherung, Inaug. Diss. d. Univ. Leipzig. Berlin 1886.
- Demps, Laurenz: Die Oranienburger Straße. Von der kurfürstlichen Meierei zum modernen Stadtraum, Berlin 1998.
- DEVK Versicherungen (Hg.): Verstehen, was Menschen bewegt. 125 Jahre DEVK Lebensversicherungsverein a.G., Köln 2011.
- Dirks, Christian/Simon, Hermann (Hg.): … auf dem Dienstweg, Berlin 2010.
- Dirks, Christian/Pache, Jörg/Beck, Thorsten: Aus Rot wird Braun. Die BVG 1929–1945, hg. von den Berliner Verkehrsbetrieben (BVG), Halle (Saale) 2015.
- Döblin, Alfred: Berlin Alexanderplatz. Olten 1961.
- Doehring, W.: Handbuch des Feuerlösch- und Rettungswesen. Ergänzungsband des Feuerlöschwesen Berlins mit 22 Tafeln. Berlin 1881.
- Domizlaff, Karl: Überblick über die landesrechtlichen, die Feuerversicherung betreffenden Vorschriften, die nach dem Inkrafttreten der Reichsgesetze über die privaten Versicherungsunternehmen und über den Versicherungsvertrag weitere Geltung behalten, Berlin 1907.
- Domizlaff, Karl: Feuerversicherung. 2. völlig veränd. Aufl. Berlin 1923.
- Donath, Matthias: Architektur in Berlin 1933–1945. Ein Stadtführer, hg. vom Landesdenkmalamt Berlin, Berlin 2004.
- Ebel, Wilhelm, 1908–1980: Die Hamburger Feuerkontrakte und die Anfänge des deutschen Feuerversicherungsrechts, Weimar 1936.
- Eckhardt, Ernst: Das Problem der Verstaatlichung und der Abgrenzung des staatlichen Einflusses in der Feuerversicherung, Berlin 1936.
- Eggenkämper, Barbara/Modert, Gerd/Pretzlik, Stefan: Die Allianz. Geschichte des Unternehmens 1890–2015, München 2015.

- Eggenkämper, Barbara/Modert, Gerd/Pretzlik, Stefan: Die Staatliche Versicherung der DDR. Von der Gründung bis zur Integration in die Allianz, München 2010.
- Ehler, Hans-Jörg: Der Reichsverband der Privatversicherung. Eine Chronik der Ereignisse und Entwicklungen, Karlsruhe 2009.
- Ehrler, S. A.: Adler-Feuerversicherung auf Gegenseitigkeit, Berlin, West: 50 Jahre Adler: 1906–1956, Berlin 1956.
- Eibich, Stephan M.: Polizei, „Gemeinwohl“ und Reaktion. Über Wohlfahrtspolizei als Sicherheitspolizei unter Carl Ludwig Friedrich von Hinckeldey, Berliner Polizeipräsident von 1848 bis 1856, Berlin 2004.
- Ellenberger, Gustav: Die Welt in Flammen. Eine Geschichte der großen und interessanten Brände aller Jahrhunderte, Hannover 1913.
- Engelhardt, Ulrich: Zum Begriff der Glückseligkeit in der kameralistischen Staatslehre, in: Zeitschrift für Historische Forschung, hg. u.a. von Kunisch, Johannes/Luig, Peter, 8. Bd., Berlin 1981, S. 37–78.
- Engels, Paul: Feuerversicherung von A bis Z für die betriebliche Praxis, Freiburg im Breisgau 1976.
- Ewald, François: Der Vorsorgestaat, Frankfurt a.M. 1986.
- Elster, Ludwig: Feuerversicherung (Stichwort), in: Stengel, Karl Freiherr von (Hg.): Wörterbuch des Deutschen Verwaltungsrechts, Freiburg i. Br. 1890, S. 398–401.
- Falckenberg, Harald: Die Gefahrendeckung der privaten Feuerversicherung in Deutschland, Österreich, der Schweiz und den Niederlanden, Karlsruhe 1973.
- Farny, Dieter/Helten, Elmar/Koch, Peter/Schmidt, Reimer (Hg.): Handwörterbuch der Versicherung, Karlsruhe 1988.
- Feldman, Gerald D.: Die Allianz und die deutsche Versicherungswirtschaft 1933–1945, München 2001.
- Foitzek, Jan: Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD). Struktur und Funktion, Berlin 1999.
- Fontane, Theodor: Grete Minde. Nach einer altmärkischen Chronik. Berlin 1880.
- François, Etienne/Schulze, Hagen: Deutsche Erinnerungsorte II, 2. Aufl. München 2002.
- Frei, Norbert/Schanetzky, Tim: Unternehmen im Nationalsozialismus. Zur Historisierung einer Forschungskonjunktur, Göttingen 2010.
- Fürst und Kupferberg, Carl Joseph Maximilian von: Feuer-Societäts-Reglement für die hiesigen Residenzien (vom 1. Mai 1794), Berlin 1899.
- Gesellschaft für feuerversicherungsgeschichtliche Forschung e.V. zu Halle (Saale) (Hg.): Das Deutsche Feuerversicherungswesen, 1. Bd., Hannover 1913.
- Geppert, Carl Eduard: Chronik von Berlin. Berlin unter König Friedrich Wilhelm dem Ersten, Bd. 2, Berlin 1840.
- Geist, Johann Friedrich/Kürvers, Klaus: Das Berliner Mietshaus 1740–1862, Bd. 1, eine dokumentarische Geschichte der „von Wülcknitzschen Familienhäuser“ vor dem Hamburger Tor, der Proletarisierung des Berliner Nordens und der Stadt im Übergang von der Residenz zur Metropole, München 1980.
- Geraubte Mitte. Die Arisierung des jüdischen Grundeigentums im Berliner Stadtkern 1933–1945, Kleiner Katalog zur Ausstellung der Stiftung Stadtmuseum Berlin/Ephraim-Palais, September 2013 bis Januar 2014, hg. von der Stiftung Stadtmuseum Berlin, Franziska Nentwig; Wissenschaftliche Bearbeitung: Benedikt Goebel, Lutz Mauersberger.
- Gierke, Otto von: Das deutsche Genossenschaftsrecht, 1. Bd., Berlin 1886 (Neudruck 1954).
- Gilow, Hermann: Vom Köllnischen Gymnasium. Neues aus den altes Leges und Programmen des 17. Jahrhunderts, in: Verein für die Geschichte Berlins: Erforschtes und Erlebtes aus dem alten Berlin, Festschrift zum 50jährigen Jubiläum des Vereins für die Geschichte Berlins, H. 50. Berlin 1917, S. 394–411.
- Goebbels, Joseph: Die Tagebücher von Joseph Goebbels. Im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte und mit Unterstützung des Staatlichen Archivdienstes Russlands, hg. von Fröhlich, Elke: Teil I: Aufzeichnungen 1923–1941, 9 Bde. in 14 Teilbänden, Teil II: Diktate 1941–1945, 15 Bde., München 1993–2006, Teil III: Register 1923–1945, 3 Bde., München 2007.
- Goebel, Benedikt: Der Umbau Alt-Berlins zum modernen Stadtzentrum, Berlin 2003.
- Goebel, Benedikt: Planung für eine im Kern moderne Stadt. Was die Berliner Stadtplanung aus der Geschichte des Stadtkerns lernen kann, in: Alte Mitte – Neue Mitte? Positionen zum historischen Zentrum von Berlin, hg. von der Historischen Kommission zu Berlin e.V. in Zusammenarbeit mit dem Landesarchiv Berlin, dem Landesdenkmalamt Berlin und der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt, Abt. Städtebau und Projekte, Berlin 2012, S. 141–156.
- Görtemaker, Manfred: Gestaltung der Wiedervereinigung, hg. Bundeszentrale für Politische Bildung, Informationen zur Politischen Bildung, Nr. 250/2015.
- Goldschmidt, Levin, Universalgeschichte des Handelsrechts, 3. Aufl. Stuttgart 1891 (Neudruck 1957).
- Grass, Günter: Gedichte und Kurzprosa, Göttingen 2015, erstmals veröffentlicht 1960 im Gedichtband „Gleisdreieck“.
- Grein, F.E.A.: Die Rechtsverhältnisse der Nachbarn in Bau-Angelegenheiten nach den Vorschriften des Allgemeinen Landrechts mit Hinweisung auf die nach der Bau-Ordnung vom 30. November 1641 und den Special-Bau-Observanzen in Berlin vorkommenden Abweichungen, Berlin 1842.
- Grothe, Anja: Auf den zweiten Blick. Mittelalterliches im Hinterhof der Jüdenstraße, Berlin-Mitte, in: Archäologische Gesellschaft in Berlin und Brandenburg e.V. (Hg.): Archäologie in Berlin und Brandenburg, Berlin 2013, S. 106–110.
- Gruner, Wolf: Die NS-Judenverfolgung und die Kommunen. Zur wechselseitigen Dynamisierung von zentraler und lokaler Politik 1933–1941, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 48, München 2000, H. 1, S. 75–126.
- Günther, Barbara: Die Hamburger Feuerkasse im Nationalsozialismus, Hamburg 2001.
- Hachtmann, Rüdiger: Das Wirtschaftsimperium der Deutschen Arbeitsfront 1933–1945, Göttingen 2012.
- Hahn, Gustaf: Die Entwicklung des öffentlichen Feuerversicherungswesens im Gebiet des jetzigen Königreichs Preußen, in: Gesellschaft für feuerversicherungsgeschichtliche Forschung e.V. zu Halle (Saale) (Hg.): Das Deutsche Feuerversicherungswesen, 1. Bd., Hannover 1913; S. 49–139.
- Hamburger Feuerkasse: 300 Jahre Hamburger Feuerkasse, Karlsruhe 1976.
- Hamburger Feuerkasse (Hg.): Es begann 1676. Hamburg | Geschichte | Katastrophen | Feuersbrünste | Hamburger Feuerkasse, Hamburg 2001.
- Hansestadt Hamburg, Sammlung von Materialien, betreffend die Entwicklung der Gesetzgebung über die Versicherung des verbrennlichen unbeweglichen Eigenthums in Hamburg, zusammengestellt in Gemäßheit des Beschlusses der Feuercasse-Deputation, Hamburg 1897.
- Heilmann, Sylvia: Entwicklung des Brandschutzes in Deutschland vom Späten Mittelalter bis zur Moderne (13. bis 20. Jahrhundert), Diss., Dresden 2015.
- Helmer, Georg: Die Genossenschaftsgeschichte der Brandgenossenschaften. Geschichte der privaten Feuerversicherung in den Herzogtümern Schleswig und Holstein, insbesondere d. Geschichte d. Entstehung u. Entwicklung d. Brandgenossenschaften oder „Brandgilden“ in Schleswig-Holstein, Berlin 1925.
- Helmer, Georg: Entstehung und Entwicklung der öffentlich-rechtlichen Brandversicherungsanstalten in Deutschland, Jena 1936.
- Henning, Eckart: Gottfried Wentz – „ein Stiefkind des Glücks“? Zu den Brandenburg-Bänden der Germania sacra, ihrem Bearbeiter und dem Kaiser-Wilhelm-Institut für Deutsche Geschichte, in: Dahlemer Archivgespräche, Bd. 12, Berlin 2007, S. 11–23.
- Herker, Aylin: Antisemitismus im Strandbad Wannsee 1930–1938, in: Berlin in Geschichte und Gegenwart. Jahrbuch des Landesarchivs Berlin, Berlin 2015, S. 125–133.

- Hermann, Anja: Hitler und sein Stoßtrupp in der „Reichskristallnacht“, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 56. Jg. 2008, H. 4, S. 603–619.
- Hermann, Heinrich Ludwig: Kurze Geschichte des Criminal-Prozesses wider den Brandstifter Johann Christoph Peter Horst, und dessen Geliebte, die unverehelichte Friederike Louise Christiane Delitz, Berlin 1818.
- Herrfurth, Ludwig: Die kommunale Besteuerung der Feuerversicherungs-Policen und die Heranziehung der Feuerversicherungs-Anstalten zu den Feuerlöschkassen in Preußen, Berlin 1895.
- Hirsch, Eike Christian: Versicherer im Führerstaat. Hannovers Brandkasse und Provinzial 1933–1945, Göttingen 2012.
- Hoffmann, Ludwig: Lebenserinnerungen eines Architekten, hg. von Schäche, Wolfgang, Berlin 1983.
- Hoffmann-Axthelm, Dieter: Der Große Jüdenhof. Ein Berliner Ort und das Verhältnis von Juden und Christen in der deutschen Stadt des Mittelalters, Berlin 2005.
- Jahrbuch für die öffentlichen Feuerversicherungs-Anstalten in Deutschland, hg. vom Bureau des Verbandes Öffentlicher Feuerversicherungs-anstalten in Deutschland, Kiel u.a. 1906–1923.
- Joseph, Dagobert: Zur Geschichte des Mühlendamms in Berlin, in: Mittheilungen des Vereins für die Geschichte Berlins, Berlin 1893, S. 84/85.
- Kafka, Franz: Briefe an Felice Bauer und andere Korrespondenzen aus der Verlobungszeit, hg. von Heller, Erich, Frankfurt a.M. 1988.
- Kaufhold, Karl Heinrich: „Wirtschaftswissenschaften“ und Wirtschaftspolitik in Preußen von 1650 bis 1800, in: Wirtschaft, Wissenschaft und Bildung in Preußen. Zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte Preußens vom 18. bis 20. Jahrhundert, Stuttgart 1998, S. 51–72.
- Kieling, Uwe: Berliner Baubeamte und Staatsarchitekten im 19. Jahrhundert, Berlin 1986.
- Kleihues, Josef Paul (Hg.): 750 Jahre Architektur und Städtebau in Berlin. Die Internationale Bauausstellung im Kontext der Baugeschichte Berlins, Katalog, Berlin 1987.
- Koch, Peter: Pioniere des Versicherungsgedankens: 300 Jahre Versicherungsgeschichte in Lebensbildern (1550–1850), Wiesbaden 1968.
- Koch, Peter: Geschichte der Versicherungswirtschaft in Deutschland, Karlsruhe 2012.
- Kopetzky, Steffen: Risiko, Stuttgart 2015.
- Koser, David: „Abbruch und Neubau“. Die Entstehung der Berliner City, Berlin 2017.
- Kreutzmüller, Christoph/Weigel, Bjoern: Kristallnacht? Bilder der Novemberpogrome 1938 in Berlin, hg. von Kulturprojekte Berlin GmbH, Berlin 2013.
- Ladwig-Winters, Simone: Anwalt ohne Recht. Das Schicksal jüdischer Rechtsanwälte in Berlin nach 1933, 2. Aufl. Berlin 2007.
- Ladwig-Winters, Simone: Ernst Fraenkel – ein politisches Leben, Frankfurt a.M. 2010.
- Lampe, Albrecht: Chronik für die Jahre 1945/46, in: Berlin – Kampf um Freiheit und Selbstverwaltung, hg. vom Landesarchiv von Berlin im Auftrag des Senats von Berlin, 2. Aufl. Berlin 1961.
- Lampe, Albrecht (Gesamtleitung): Berlin. Kampf um Freiheit und Selbstbehauptung, hg. vom Landesarchiv Berlin, 2. Aufl. Berlin 1961.
- Landschaftliche Brandkasse Hannover: 200 Jahre Landwirtschaftliche Brandkasse Hannover (1750–1950), Hannover 1950.
- Laube, Stefan: Hilfskasse statt Versicherung. Die NSDAP und das Wagnis „Machtergreifung“, in: Zeitschrift für Unternehmensgeschichte, Jg. 44, H. 2/1999, S. 196–217.
- Laube, Stefan: Die Versicherung, in: François, Etienne/Schulze, Hagen: Deutsche Erinnerungsorte II, 2. Aufl. München 2002, S. 502–518.
- Li, Wenchao (Hg.): Leibniz, Caroline und die Folgen der englischen Sukzession, Stuttgart 2016 (Sonderdruck).
- Liebig, Eugen Freiherr von: Das deutsche Feuerversicherungswesen, Berlin 1911.
- Lindenberg, Paul. Berlin in Wort und Bild, Berlin 1895, Faksimile, Leipzig 1987.
- Luckscheiter, Stefan: Leibniz' Kritik an der Royal Society im Licht seiner Vorschläge zur Einrichtung der Berliner Sozietät der Wissenschaften, in: Li, Wenchao (Hg.): Leibniz, Caroline und die Folgen der englischen Sukzession, Stuttgart 2016 (Sonderdruck), S. 91–114.
- Lübecker Brandkasse: 200 Jahre Lübecker Brandkasse, 200 Jahre Vertrauen: zur Geschichte der Lübecker Brandkasse; Ansprachen anlässlich der Festsitzung zur 200. Wiederkehr des Gründungstages der Lübecker Brandkasse im Bürgerschaftssaal des Lübecker Rathauses am Montag 10. Mai 1965, Lübeck 1965.
- Maas, Ludwig: Die Brandgilden insbesondere in Schleswig-Holstein. Stuttgart 1910.
- Märkisches Museum (Hg.): Berliner Kunsthandwerk und Kunstgewerbe vom 17. bis zum 20. Jahrhundert, Berlin 1987.
- Manes, Alfred: Neue Schriften zur Feuerversicherung, in: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, 1/1/1912, Vol. 43, Bd. 5, S. 670–675.
- Manes, Alfred: Versicherungs-Lexikon, 2. Aufl. Berlin 1924.
- Mangold, Hans: Hessische Brandversicherungsanstalt: Ins dritte Jahrhundert: 200 Jahre Hessische Brandversicherungsanstalt ; 27. April 1767–27. April 1967, hg. von der Hessischen Brandversicherungsanstalt, Kassel, Melsungen 1967.
- Materna, Ingo/Ribbe, Wolfgang: Berlin. Geschichte in Daten, Wiesbaden 2003.
- Mebes, Paul/Emmerich, Paul: Verwaltungsgebäude der Feuersozietät der Provinz Brandenburg, Baugilde, Sonderdruck, ca. 1936.
- Melisch, Claudia M./Wesner, Marina: St. Petri. Ein Rundgang durch das historische Cölln in Berlin, Berlin 2008.
- Michel, Alexander: Von der Fabrikzeitung zum Führungsmittel. Werkzeitschriften industrieller Großunternehmen von 1890 bis 1945, Stuttgart 1997, Beiträge zur Unternehmensgeschichte, Bd. 96.
- Möller, Horst: Die preußischen Oberpräsidenten der Weimarer Republik als Verwaltungselite, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, 30. Jg. 1982, S. 1–26.
- Mommsen, Hans/Grieger, Manfred: Das Volkswagenwerk und seine Arbeiter im Dritten Reich, Düsseldorf 1996.
- Morgenstern, Peggy: Jüdisches Leben im mittelalterlichen Berlin aus archäozoologischer Perspektive, in: von Flohr, Stefan, Gesellschaft für Archäozoologie und Prähistorische Anthropologie e.V., Langenweißbach 2015, S. 107–122. Sonderdruck aus Beiträge zur Archäozoologie und Prähistorischen Anthropologie, Band X, hg. von Flohr, Stefan, Gesellschaft für Archäozoologie und Prähistorische Anthropologie e.V., Langenweißbach 2015, S. 107–122.
- Muschelknautz, Johanna/Zwaka, Petra: Steckbrieflich gesucht! Die wahre Geschichte einer Mordbrennerbande in Preußen. Eine Ausstellung des Jugend-Museums Schöneberg zum Preußenjahr, 21.05.2001–27.01.2001, in: Museumsjournal III, 2001, S. 30–32.
- Mylius, Christian Otto: Corpus Constitutionum Marchicarum, oder Königliche Preußische und Churfürstliche Brandenburgische in der Chur- und Marck Brandenburg, auch incorporirten Landen publicirte und ergangene Ordnungen, Edicta, Mandata, Rescripta, von Zeiten Friedrichs I. Churfürsten zu Brandenburg biß ietzo unter der Regierung Fridrich Wilhelms, Königs in Preussen ad annum 1736, Berlin/Halle (Saale) 1755.
- Neumann, Hellmuth: Die Geschichte Berlins, Berlin 1927.
- Nicolai, Friedrich: Beschreibung der königlichen Residenzstadt Berlin. Eine Auswahl, hg. von Karl-Heinz Gerlach auf der Grundlage von Nicolais „Beschreibung der Königlichen Residenzstädte Berlin und Potsdam, aller daselbst befindlicher Merkwürdigkeiten und der umliegenden Gegend“, 3. Aufl. 1786, Berlin 1987.
- Nüßlein, Timo: Paul Ludwig Troost (1878–1934), in der Reihe: Hitlers Architekten. Historisch-kritische Monografien zur Regimearchitektur im Nationalsozialismus, hg. von Rosenberg, Rainer/Nerdinger, Winfried, Wien u.a. 2012.
- Oloew, Matthias: 100 Jahre Strandbad Wannsee, Berlin 2007.
- Pearson, Robin: Ein Wachstumsrätsel: Feuerversicherung und die wirtschaftliche Entwicklung Großbritanniens 1700–1850, in: Zeitschrift für Unternehmensgeschichte, Jg. 44, H. 2/1999, S. 218–234.
- Peters, Günter: Kleine Berliner Baugeschichte. Von der Stadtgründung bis zur Bundeshauptstadt, Berlin 1995.
- Pöllnitz, Carl Ludwig Freiherr von: Memoiren zur Lebens- und Regierungsgeschichte der vier letzten Regenten des Preußischen Staates, deutsch hg. von F.L. Brunn, Berlin 1791.
- Posener, Julius: Ludwig Hoffmann. Die Architektur der Reform (1900–1924), in: Arch + 53, 1980, S. 8–15.
- Posener, Julius, in Zusammenarbeit mit Becker, Christine/Jacob, Brigitte: 1888–1918. Die Zeit Wilhelms des Zweiten, in: Kleihues, Josef Paul (Hg.): 750 Jahre Architektur und Städtebau in Berlin. Die Internationale Bauausstellung im Kontext der Baugeschichte Berlins, Katalog, Berlin 1987, S. 125–152.
- Plumpe, Werner: Die Unwahrscheinlichkeit des Jubiläums, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte, H. 1, 2003, S. 143–156.
- Reichel, Maximilian (Oberbranddirektor von Berlin): Feuerschutz in Fabriken. Wie dann der Feuerschutz in industriellen Anlagen wirksam gestaltet werden? Hg. von Sander, O., Berlin/Heidelberg 1925.
- Reichel, Peter/Schmid, Harald/Steinbach, Peter (Hg.): Der Nationalsozialismus – Die zweite Geschichte. Überwindung – Deutung – Erinnerung, Bonn 2009.
- Reichhardt, Hans Joachim: Chronik, in: Lampe, Albrecht (Gesamtleitung): Berlin. Kampf um Freiheit und Selbstbehauptung, hg. vom Landesarchiv Berlin, 2. Aufl. Berlin 1961.
- Reichhardt, Hans J. (Hg.): Die Entstehung der Verfassung von Berlin. Eine Dokumentation unter Mitarbeit von Breunig, Werner/Gabler, Josephine, Bd. 1, Berlin/New York 1990.
- Reichhardt, Hans J./Schäche, Wolfgang: Von Berlin nach Germania. Über die Zerstörungen der „Reichshauptstadt“ durch Albert Speers Neugestaltungsplanungen, 2. Aufl. Berlin 2001.
- Reimann, Eduard: Neuere Geschichte des preußischen Staates vom Hubertsburger Frieden bis zum Wiener Kongress, 2. Bd. Gotha 1887.
- Richter, Lukas: Der Berliner Gassenhauer. Darstellung – Dokumente – Sammlung, Münster 2004.
- Riess, Curt: Die städtische Feuersozietät in Berlin, in: Stein, Erwin (Hg.): Berlin. Monographien deutscher Städte, Bd. VIII, Oldenburg 1914, S. 289–299.
- Rosenfeld, Ernst: Hochnotpeinliches Halsgericht und Feuertod in Berlin, in: Alt-Berlin, Mitteilungen des Vereins für die Geschichte Berlins, Berlin 1909, S. 10–14 u. S. 157–160.
- Rosin, Albert: Lebensversicherung und ihre geistesgeschichtlichen Grundlagen, Leipzig 1932.
- Ross, Richard S. III: Contagion in Prussia, 1831, McFarland & Comp. Inc., Jefferson, North Carolina, 2015.
- Scarpa, Ludovica: Martin Wagner und Berlin, Braunschweig/Wiesbaden 1986.
- Scarpa, Ludovica: Martin Wagner oder die Rationalisierung des Glücks, in: Akademie der Künste (Hg.): Martin Wagner 1885–1957. Wohnungsbau und Weltstadtplanung. Die Rationalisierung des Glücks, Berlin 1985 (Ausstellungskatalog), S. 8–23.
- Schäche, Wolfgang: 1933–1945, Bauen im Nationalsozialismus. Dekoration der Gewalt, in: Kleihues, Josef Paul (Hg.): 750 Jahre Architektur und Städtebau in Berlin. Die Internationale Bauausstellung im Kontext der Baugeschichte Berlins, Katalog, Berlin 1987, S. 183–212.
- Schaefer, Wilhelm: Urkundliche Beiträge und Forschungen zur Geschichte der Feuerversicherung in Deutschland, Bd. II, Hannover 1911.
- Scheffler, Karl: Stilmeierei oder Neue Baukunst. Ein Panorama Berliner Architektur, hg. von Zeisig, Andreas, Berlin 2010.
- Schickert, Georg: Ostpreußens Feuersozietäten im Wandel zweier Jahrhunderte, Berlin 1924.
- Schmitt-Lermann, Hans: Der Versicherungsgedanke im deutschen Geistesleben des Barock und der Aufklärung, München 1954.
- Schmitt-Lermann, Hans: Hundert Jahre Bayerische Versicherungskammer, hg. von der Bayerischen Versicherungskammer, 3. neubearb. Aufl. München 1975.
- Schönberger, Angela: Cäsar Pinnau im Planungsstab Speer, in: Czech, Hans-Jörg/Hirsch, Vanessa/Schwarz, Ulrich (Hg.): Cäsar Pinnau. Zum Werk eines umstrittenen Architekten, Hamburg 2016.
- Schrafstetter, Susanna: Verfolgung und Wiedergutmachung. Karl M. Hettlage: Mitarbeiter von Albert Speer und Staatssekretär im Bundesfinanzministerium, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, hg. vom Institut für Zeitgeschichte, 56. Jg., H. 3/2008, S. 431–466.
- Schug, Albert: Der Versicherungsgedanke und seine historischen Grundlagen, Göttingen 2011.
- Schultz, Helga: Berlin 1650–1800. Sozialgeschichte einer Residenz, Berlin 1987.
- Schumacher, Martin (Hg.): M.d.R. Die Reichstagsabgeordneten der Weimarer Republik in der Zeit des Nationalsozialismus. Politische Verfolgung, Emigration und Ausbürgerung, 1933–1945. Eine biographische Dokumentation, 3. erw. u. überarb. Aufl. Düsseldorf 1994.
- Schwebel, Oskar: Aus Alt-Berlin. Stille Ecken und Winkel der Reichshauptstadt in kulturhistorischen Schilderungen, Berlin 1891, Nachdruck von 2001, Berlin.
- Sieg, Karl u.a.: Feuerversicherung. Bruck-Möller-Sieg-Johannsen: Kommentar zum Versicherungsvertragsgesetz und zu den Allgemeinen Versicherungsbedingungen unter Einschluss des Versicherungsvermittlerrechtes, 8. Aufl., Bd. III, Berlin 1985.
- Sieg, Hans Martin: Staatsdienst, Staatsdenken und Dienstgesinnung in Brandenburg-Preußen im 18. Jahrhundert (1713–1806). Studien zum Verständnis des Absolutismus, Berlin/New York 2003.
- Simitis, Spiros: Kiantos: Der Gefahrenbegriff in der Feuerversicherung, in: ders.: Archiv für die civilistische Praxis, 40.1961.
- Simon, Oskar: Die Entwicklung des Immobiliar-Feuerversicherungswesens in Preußen bis zum Jahr 1866, in: Hirts Annalen des Deutschen Reichs für Gesetzgebung, Bd. 21, Berlin/München 1888, S. 62–95.
- Starck, Kurt: Verwaltungsgebäude der Städtischen Feuersozietät von Berlin, in: Baugilde 1938, H. 29, S. 987–1002.
- Steglitzer Heimat, Mitteilungsblatt des Steglitzer Heimatvereins e.V., Nr. 2/2005.
- Stein, Erwin (Hg.): Berlin. Monographien deutscher Städte, Bd. VIII, Oldenburg 1914.
- Stengel, Karl Freiherr von (Hg.): Wörterbuch des Deutschen Verwaltungsrechts, Freiburg i.Br. 1890.
- Stolleis, Michael: Geschichte des öffentlichen Rechts in Deutschland. Reichspublizistik und Policeywissenschaft, 1. Bd.: 1600–1800. München 1988.
- Stolleis, Michael: Geschichte des öffentlichen Rechts in Deutschland, Staatsrechtslehre und Verwaltungswissenschaft, 1800–1914, München 1992.
- Stolleis, Michael: Geschichte des öffentlichen Rechts in Deutschland. Staatsrechts- und Verwaltungswissenschaft in Republik und Diktatur, 1914[sic!?]–1945. München 1999 sowie 2002.
- Stolleis, Michael: Geschichte des öffentlichen Rechts in Deutschland. Staatsrechts- und Verwaltungswissenschaft in West und Ost. München 2012.
- Stolleis, Michael: Staat und Staatsräson in der frühen Neuzeit. Studien zur Geschichte des öffentlichen Rechts, Frankfurt a.M. 1990.
- Strecke, Reinhart: Schinkel oder Die Ökonomie des Ästhetischen, Berlin 2017.
- Strohmeyer, Klaus: James Hobrecht (1825–1902) und die Modernisierung der Stadt, Potsdam 2000.
- Surminski, Arno: Versicherung unter dem Hakenkreuz, Berlin 1999.
- Trenerry, C.F.: The Origin and Early History of Insurance, London 1926.
- Treue, Wilhelm: Wirtschafts- und Technikgeschichte Preussens, Berlin u.a. 1984.
- Um ein antifaschistisch-demokratisches Deutschland. Dokumente aus den Jahren 1945–1949, hg. vom Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der DDR und dem Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR, Berlin (DDR) 1968.
- Vatke, Hans (Sozietätsdirektor): Der Wiederaufbau der Feuersozietät der Provinz Brandenburg 1924 bis 1928, Berlin um 1930.
- Verband der deutschen öffentlich-rechtlichen Feuerversicherungsanstalten: Deutsche öffentlich-rechtliche Feuerversicherungsanstalten, Berlin 1935.
- Verband öffentlicher Feuerversicherungsanstalten in Deutschland: Deutsche öffentlich-rechtliche Feuerversicherungsanstalten, Aufklärungsschrift 14, Berlin o.J.
- Verband öffentlicher Versicherer (Hg.): Bewegende Eindrücke. 100 Jahre Verband öffentlicher Versicherer, bearbeitet von Surminski, Marc, Düsseldorf 2011.
- Verein Aktives Museum e.V. (Hg.): Vor die Tür gesetzt. Im Nationalsozialismus verfolgte Berliner Stadtverordnete und Magistratsmitglieder 1933–1945, Berlin 2006.
- Verdenhalven, Fritz: Alte Maße, Münzen und Gewichte aus dem deutschen Sprachgebiet, Neustadt an der Aisch 1968.
- Vogel, Werner: Führer durch die Geschichte Berlins, 4. Aufl. Berlin 1993.
- Volkmann, Hans-Erich (Hg.): Ende des Dritten Reichs – Ende des Zweiten Weltkriegs. Eine perspektivische Rückschau, München 1995.
- Vollnhals, Clemens: Entnazifizierung. Politische Säuberung unter alliierter Herrschaft, in: Volkmann, Hans-Erich (Hg.): Ende des Dritten Reichs – Ende des Zweiten Weltkriegs. Eine perspektivische Rückschau, München 1995, S. 369–392.
- Warhaftig, Myra: Deutsche jüdische Architekten vor und nach 1933 – Das Lexikon. 500 Biographien, Berlin 2005.
- Weißbecker, Manfred/Kühnl, Reinhard: Rassismus, Faschismus, Antifaschismus. Forschungen und Betrachtungen gewidmet Kurt Pätzold zum 70. Geburtstag, Köln 2000.
- Widerra, Rosemarie: Berliner Porzellan vom 18. bis zum 20. Jahrhundert, in: Märkisches Museum (Hg.): Berliner Kunsthandwerk und Kunstgewerbe vom 17. bis zum 20. Jahrhundert, Berlin 1987, S. 33–47.
- Wildt, Michael/Kreutzmüller, Christoph: Berlin 1933–1945, München 2013.
- Wilhelm, Klaus: Vom Vorgestern zum Gestern. 120 Jahre Bayerische Versicherungskammer. Ihre Geschichte – ihre Geschichten – ihre Präsidenten, München 2000.
- Wolf, Harald: Rot-Rot in Berlin. 2002 bis 2011: eine (selbst)kritische Bilanz, Hamburg 2016.
- Zischler, Hanns: Brandmauern. Kleiner Nachruf auf eine große Sache, in: Berlin. Metropole, Kursbuch 137, S. 99–102.
- Zeising, Andreas: „Nur lieben kann man diese Stadt nicht“. Karl Scheffler und Berlin, in: Scheffler, Karl: Stilmeierei oder Neue Baukunst. Ein Panorama Berliner Architektur, hg. von Zeisig, Andreas, Berlin 2010, S. 113–129.

- Zschaler, Frank: Die wirtschaftliche Spaltung Berlins. Zu Unterschieden in der Wirtschafts- und Finanzpolitik zwischen den Westsektoren und dem Sowjetsektor (Ende der vierziger, Anfang der fünfziger Jahre), in: Fischer, Wolfram/Bähr, Johannes: Wirtschaft im geteilten Berlin 1945–1990, Forschungsansätze und Zeitzeugen, München u.a. 1994, hier: S. 47–75.
- Zschaler, Frank: Öffentliche Finanzen und Finanzpolitik in Berlin 1945–1961. Eine vergleichende Untersuchung von Ost- und West-Berlin (mit Datenanhang 1945–1989), Berlin/New York 1995.
- Zwierlein, Cornel: Katastrophe und Prävention – Leibniz, Brandgefahr und Versicherung, in: Beiderbeck, Friedrich/Dingel, Irene/Wenchao Li (Hg.): Umwelt und Weltgestaltung. Leibniz' politisches Denken in seiner Zeit, Göttingen 2015, S. 433–451.
- Zwierlein, Cornel: Der gezähmte Prometheus. Feuer und Sicherheit zwischen Früher Neuzeit und Moderne, Göttingen 2011.

Quellen, Normen und Zeitungsartikel

- Amtliches Fernsprechbuch für den Bezirk der Reichspostdirektion Berlin, Berlin 1938.
- Amtliches Fernsprechbuch für den Bezirk der Landespostdirektion Berlin, Berlin 1961/62.
- Archiv der Stiftung Neue Synagoge – Centrum Judaicum, CJA, 5 A 1, Nr. 1242 (Bd. 1/2) – Fasanenstr. 78/80.
- Befehl Nr. 1 der Interalliierten Militärkommandantur der Stadt Berlin vom 11.07.1945 (VOBl. d. Stadt Berlin, Nr. 4, S. 45).
- Berliner Tageblatt, Nr. 353, Mittwoch, 01.08.1893, Morgenausgabe.
- Berliner Zeitung Nr. 1 vom 21. Mai 1945.
- Berliner Morgenpost, Stefanie Schneider, Gelber Rauch aus gelbem Gebäude, 21.05.2008, S. 13.
- Beschluss des Magistrats vom 05.07.1948 (Nr. 912).
- BGH, Urteil vom 24.06.2004, LG Berlin, 5 StR 306/03.
- Brockhaus, Handbuch des Wissens, 4 Bände, 6. Aufl. Leipzig 1923.
- Bundesarchiv (BA) Lichterfelde:
  - Datei Volkszählung 1939
  - NSDAP – Gaukartei/Zentralkartei
  - R 43 Nr. 1181 Akten der Reichskanzlei
  - R 4606 Nr. 4347 Der Generalbauinspektor für die Reichshauptstadt
    Nr. 4410 Der Generalbauinspektor für die Reichshauptstadt
    Nr. 2202 Der Generalbauinspektor für die Reichshauptstadt
  - Beschreibung des Bestandes Generalbauinspektor, Friedrich, Karl-Heinz (2009)
  - Gedenkbuch – Opfer der Verfolgung der Juden unter der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft in Deutschland 1933–1945
  - Findbuch Bestand Reichsarbeitsgemeinschaft Schadenverhütung (online), https://portal.ehri-project.eu/units/de-002429-r_5003
- Centrum Judaicum Archiv
  - CJA, 5 A 1, Nr. 1242 (Bd. 2/2), Fasanenstr. 78/80
  - CJA, 5 A 1, Nr. 136 Feuersozietät.
- Deutschland-Bericht der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Sopade), 1938, Nachdruck Frankfurt a.M. 1980.
- Deutschlandfunk, Andreas Baum: Anschlag am Zahltag. Vor 20 Jahren explodierte ein Sprengsatz in der Berliner Diskothek „La Belle", Sendung vom 05.04.2006.
- Feuersozietät Berlin-Brandenburg:
  - Box 1.1.3, Verw.Rat FS/Ö, Zwischenberichte, Geschäftsbericht der Städtischen Feuerversicherungsanstalt Berlin für die Zeit vom 1.10.1945–31.12.1046
  - Bericht über den Verlauf des Geschäfts der Feuersozietät Groß-Berlin vom 1.1.–30.9.1950.
  - Box 1.1.4, Verwaltungsrat Feuersozietät und Öffentliche Leben, Zwischenberichte 1959–1974, tatsächlich 1945–1974.
  - Box 1.12, 1 v. 4, Geschäftsbericht der Städtischen Feuersozietät 1. Okt. 1931 bis 30. Sept. 1932.
  - Geschäftsbericht der Städtischen Feuersozietät für das Jahr 1937/38.
  - Geschäftsbericht der Städtischen Feuersozietät für das Jahr 1938/39.
  - Geschäftsbericht der Städtischen Feuersozietät für das Jahr 1939/40.
  - Geschäftsbericht der Städtischen Feuersozietät für das Jahr 1940/41.
  - Geschäftsbericht der Städtischen Feuersozietät für das Jahr 1941/42.
  - Geschäftsbericht der Städtischen Feuersozietät für das Jahr 1942/43.
  - Box 1.12, 2 v. 4, Geschäftsberichte, Deutsche Treuhand-Gesellschaft, Berlin, 18. Januar/10. Juli 1950: Feuersozietät Groß-Berlin – Prüfbericht (Abschlußprüfung 1947).
  - Geschäftsberichte, Deutsche Treuhand-Gesellschaft, Berlin 1950, Feuersozietät Groß-Berlin, Reichsmarkabschluß zum 24. Juni 1948.
  - Geschäftsberichte der Feuersozietät Berlin, Körperschaft des öffentlichen Rechts, mit DM-Eröffnungsbilanz zum 25.06.1948 und den Rechnungsabschlüssen für die Zeit vom 25.06.1948 bis 31.12.1949 sowie für die Geschäftsjahre 1950, 1951, 1952, 1953, 1954, Berlin 1956.
  - Geschäftsberichte 1955 ff.
  - Ordner Städtische Feuersozietät, Interner Bericht Wilke vom 24.07.1945.
  - Schadenakte Hauptstr. 78/79, Gutachten Dr.-Ing. Hans-Harry Ricking, Berlin, 19.02.1988.
  - Schadenakte Philharmonie, 2008 ff.
- Geheimes Staatsarchiv (GStA):
  - X. HA Rep. 59 Provinzial-Feuersozietät Nr. 402: Wentz, Gottfried: Geschichte der Feuersozietät Berlin/Brandenburg, unveröffentlichtes Typoskript, o.J. (ca. 1937, zum 220-jährigen Bestehen).
- IMG (Internationales Militärtribunal Nürnberg), Bd. 28, Dok. 1816-PS, Stenographische Niederschrift (Teilprotokoll) der Besprechung über die Judenfrage im Reichsluftfahrtministerium, 12.11.1938.
- Hamburgisches Architekturarchiv, Pläne für die Nord-Süd-Achse, Cäsar Pinnau
- Kontrollratsgesetz Nr. 2, Auflösung und Liquidierung der Naziorganisation vom 10.10.1945, vgl. Amtsblatt des Kontrollrats in Deutschland.
- Kretzschmer, Johann Carl: Vollständiges aber kurzgefasstes Repertorium aller Königl. Preußischen Landesgesetze, Bd. 1, Danzig 1836.
- Kamptz, Karl Albert von (Hg.): Annalen der preußischen innern Staats-Verwaltung, verschiedene Jahrgänge, u.a. Berlin 1835/1838.
- Landesarchiv Berlin (LAB):
  - A Rep. 180 Feuersozietät Berlin
  - A Rep. 001-02 Nr. 319 Magistrat der Stadt Berlin, Generalbüro
  - A Rep. 001-06 Nr. 207 Magistrat der Stadt Berlin, Personalakte R. Albrecht
  - A Rep 003-04-01, lfd. Nr. 227 Städtische Heil- und Pflegeanstalt Buch
  - A Rep. 005-03-01 Magistrat der Stadt Berlin
  - A Rep. 005-04 Deputation für die städtische Feuersozietät
  - A Rep. 015 Nr. 276 Magistrat Stadtbetriebsamt
  - A Rep. 180 Nr. 323 Generalia
  - A Rep. 180 Nr. 343 Versicherung der Gasanstalten bei der Feuersozietät
  - A Rep. 180 Nr. 395 Diensteinkommensberechnung
  - A Pr.Br.Rep. 107 (Karten) Generalbauinspektor für die Reichshauptstadt
  - A Pr.Br.Rep. 030-08 Nr. 23902, Parochialstr. 3
  - B Rep. 002 Der Regierende Bürgermeister von Berlin, Senatskanzlei Nr. 22
  - B Rep. 020 Polizei-Tagebuch
  - B Rep. 025-02 Wiedergutmachungsämter von Berlin
  - B Rep. 025-03 Wiedergutmachungsämter von Berlin
  - B Rep. 025-05 Wiedergutmachungsämter von Berlin
  - B Rep. 025-07 Wiedergutmachungsämter von Berlin
  - B Rep. 080 Landesverwaltungsamt Berlin Nr. 3291
  - C Rep. 105 – Magistrat von Berlin, Abteilung Finanzen, lfd. Nr.: 4236.
- Magistrat von Berlin und Stadtverordnetenversammlung von Berlin
  - Drucksache Nr. 112, Vorlage Nr. 798 für die Stadtverordnetenversammlung von Groß-Berlin, ausgegeben am 8. Mai 1948 für die (67. und 68.) Ordentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung von Groß-Berlin am 11. und 13. Mai 1948.
- Neumann, Carl (Hg.): Neumanns Jahrbuch der privaten und öffentlich-rechtlichen Versicherung im Deutschen Reich 1936, Berlin 1935.
- Neumann, Carl (Hg.): Neumanns Jahrbuch der privaten und öffentlich-rechtlichen Versicherung im Deutschen Reich 1940, Berlin 1939
- RGBl. 1901. Bd. 18, S. 139–173.
- RGBl. 1908. Nr. 30, S. 263–305.
- RGBl. 1938, Teil I, Verordnung zur Wiederherstellung des Straßenbildes bei jüdischen Gewerbebetrieben, 12.11.1938, Nr. 189, S. 1479–1581.
- Richtlinie 92/49/EWG des Rates vom 18. Juni 1992 zur Koordinierung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften für die Direktversicherung (mit Ausnahme der Lebensversicherung) sowie zur Änderung der Richtlinien 73/239/EWG und 88/357/EWG (Dritte Richtlinie Schadenversicherung) (ABl. Nr. L 228 S. 1).
- Richtlinie 92/96/EWG des Rates vom 10. November 1992 zur Koordinierung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften für die Direktversicherung (Lebensversicherung) sowie zur Änderung der Richtlinien 79/267/EWG

und 90/619/EWG (Dritte Richtlinie Lebensversicherung) (ABl. Nr. L 360 S. 1).
- Sondervermögen d. Senats von Berlin: GVBl. 71. Jahrgang, Nr. 27, 16.12.2015, S. 458 ff.
- Das Spezialarchiv der Deutschen Wirtschaft: Leitende Männer der Wirtschaft, 6. Aufl. Berlin 1957/58.
- Der Spiegel, Nasse Füße. Die amerikanischen Luftangriffe auf Tripolis und Bengasi verliefen nicht ohne Pannen, 28.04.1986.
- Tägliche Rundschau, Nr. 4 vom 18. Mai 1945.
- Verordnungsblatt für Groß-Berlin (VOBl) 1945.
- Verzeichnis zur Stadtverordnetenversammlung der Stadt Berlin 1931, Berlin 1931.
- Vorläufiges Verzeichnis der Stadtverordnetenversammlung, Berlin 1933.
- Vossische Zeitung, 31.01.1029, Abendausgabe.
- DIE ZEIT, Michael Sontheimer: Tod auf dem Tanzboden, 11.04.1986.
- Zentral- und Landesbibliothek (ZLB):
  - Berliner Adressbuch, Berlin, jeweilige Jahrgänge, Ausgaben 1893–1943 (auch online verfügbar).
  - Vorlagen für die Ratsherren der Hauptstadt Berlin, Nr. 1 (1–36), Berlin 1936, 31.
- ZDF-Magazin frontal 21, Bericht vom 25.08.1998.

Nachschlagewerke, Festschriften sowie Geschäfts- und Verwaltungsberichte

- Adreß-Kalender für die Königliche Haupt- und Residenz-Städte Berlin und Potsdam auf das Jahr 1826, Reprint, Berlin 1989.
- Bericht über die Verwaltung der Stadt Berlin in den Jahren 1829 bis incl. 1840, Berlin 1842.
- Bericht über die Verwaltung der Stadt Berlin in den Jahren 1841 bis 1850, Berlin 1853.
- Bericht über die Verwaltung der Stadt Berlin in den Jahren 1851 bis incl. 1860, Berlin 1863.
- Bericht über die Gemeindeverwaltung der Stadt Berlin in den Verw.Jahren 1861 bis 1876, Berlin 1881.
- Bericht über die Gemeindeverwaltung der Stadt Berlin in den Verw.Jahren 1877 bis 1881, Berlin 1885 (Bd. 1–3).
- Bericht über die Gemeindeverwaltung der Stadt Berlin in den Verw.Jahren 1882 bis 1888, Berlin 1890 (Bd. 1–3).
- Bericht über die Gemeindeverwaltung der Stadt Berlin in den Verw.Jahren 1889 bis 1895, Berlin 1899 (Bd. 1–3).
- Bericht über die Gemeindeverwaltung der Stadt Berlin in den Verw.Jahren 1895 bis 1900, Berlin 1904 (Bd. 1–3).
- Bericht über die Gemeindeverwaltung der Stadt Berlin in den Verw.Jahren 1901 bis 1905, Berlin 1907 (Bd. 1–3).
- Bericht über die Gemeindeverwaltung der Stadt Berlin in den Verw.Jahren 1906 bis 1910, Berlin 1912 (Bd. 1–3).
- Berliner Stadt- und Gemeinde-Kalender und städtisches Jahrbuch für 1867, 1. Jg., Berlin 1868.
- Berlin in Zahlen 1945, hg. vom Statistischen Amt der Stadt Berlin, Berlin 1947.
- Berlin in Zahlen, 1947, hg. vom Hauptamt für Statistik, Berlin 1949.
- Drucksache Nr. 112, Vorlage Nr. 798 für die Stadtverordnetenversammlung von Groß-Berlin, ausgegeben am 8. Mai 1948 für die (67. und 68.) Ordentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung von Groß-Berlin am 11. und 13. Mai 1948.
- Feuersozietät (Hg.): Unser Blick geht nach vorn – aus Tradition der Gegenwart und Zukunft verpflichtet, Berlin 1993 (275 Jahre).
- Fricke, Dieter u.a. (Hg.): Lexikon zur Parteiengeschichte. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland 1789–1945. Band 3: Gesamtverband deutscher Angestelltengewerkschaften – Reichs- und freikonservative Partei. Bibliographisches Institut, Leipzig u.a. 1985.
- Fritsch, Werner: Reichspartei des deutschen Mittelstandes (Wirtschaftspartei) [WP] 1920–1933 (1920–1925 Wirtschaftspartei des deutschen Mittelstandes), in: Fricke, Dieter u.a. (Hg.): Lexikon zur Parteiengeschichte. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland 1789–1945. Band 3: Gesamtverband deutscher Angestelltengewerkschaften – Reichs- und freikonservative Partei. Bibliographisches Institut, Leipzig u.a. 1985, S. 722–738.
- Lexikon: Alle Berliner Straßen und Plätze. Von der Gründung bis zur Gegenwart, Bd. 4, Berlin 1998.
- Reuter, Ernst: Bericht, Banken und Versicherungen, o.J. (ca. 1950).
- Rimbach, Karl Ernst: 250 Jahre Feuersozietät Berlin, Festschrift, Berlin 1968.
- Senat von Berlin: Lagebericht 2004, Bd. 2, Beteiligungsbericht 2004.
- Senat von Berlin: Lagebericht 2005, Bd. 2, Beteiligungsbericht 2005.
- Stenographische Berichte über die öffentlichen Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung, Berlin 1885.
- Stenographische Berichte über die öffentlichen Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung der Haupt- und Residenzstadt 1917, Berlin 1918.
- Stenographische Berichte über die öffentlichen Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung der Haupt- und Residenzstadt 1918, Berlin 1919.
- Stenographische Berichte der Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Berlin für das Jahr 1929, Berlin 1930.
- Stenographische Berichte über die öffentlichen Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Berlin, Jahrgang 1930, Berlin 1931.
- Stenographische Berichte über die öffentlichen Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung, Jahrgang 1931, Berlin 1932.
- Stenographischer Verhandlungsbericht über die Beratung der Ratsherren der Hauptstadt Berlin, Berlin 1934.
- Stenographischer Verhandlungsbericht über die Beratung der Ratsherren der Hauptstadt Berlin, Berlin 1936.
- Verband Groß-Berlin: Verwaltungsbericht umfassend die Zeit vom 1. April 1912 bis 31. März 1916, Verkehr, Berlin 1917.
- Verband Groß-Berlin: Verwaltungsbericht für die Zeit des Bestehens des Verbandes vom 1. April 1912 bis 30. September 1920, Berlin 1920.
- Verband öffentlicher Feuerversicherungsanstalten in Deutschland: Deutsche öffentlich-rechtliche Feuerversicherungsanstalten, Aufklärungsschrift 14, Berlin o.J.
- Verwaltungsbericht des Magistrats der Stadt Schöneberg über das Jahr 1919, Schöneberg 1920.
- Verwaltungsbericht der Stadt Berlin 1924–1927 (1.4.1924 bis 31.3.1928), Berlin 1929.
- Verwaltungsbericht der Städtischen Feuersozietät von Berlin für die Zeit vom 1.10.1931 bis zum 30.9.1936, Berlin 1938.
- Vorlagen für die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Berlin, Berlin 1912.
- Zentralblatt der Bauverwaltung, 51. Jg., Nr. 49/50, vom 25.11.1931.

Nicht veröffentlicht

- Auskünfte BADV zu den Grundstücken Parochialstr. 29, Jüdenhof 6, Klosterstr. 44/45, 20.12.2017.
- Helmer, Georg: Geschichte der Feuersozietät. Entstehung und Entwicklung der Berliner Feuersozietät, unveröffentlichtes Typoskript, um 1943, mit Ergänzungen nach 1945.
- Hofmeister-Lemke, Karl-Heinz: Geschichte der Berliner Stadtreinigung, Berlin 1990 (unveröffentl. Manuskript).
- Jaeckel, Ralph: „daß so wohl der Regularität nach, und zum Zierath der Strassen, als vor Feuers-Gefahr sicher gebauet werde …". Die Erneuerung der Städte in Brandenburg-Preußen im Zeitalter des Absolutismus zwischen 1640 und 1806/1811. Untersuchungen zu den städtebaulichen Retablissements und Etablissements in Städten der südlichen und östlichen Kurmark sowie der Neumark Brandenburg, Bd. 1, Berlin 1999 (unveröffentl. Diss., HU Berlin).

Internet-Quellen

- Amtlicher Adreßkalender, Berlin 1915, https://digital.zlb.de/viewer/image/16047987_1915/646/LOG_0009/ [30.09.2017].
- BaFin (Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht): https://www.bafin.de/DE/Aufsicht/VersichererPensionsfonds/Aufsichtsregime/SolvencyII/solvency_II_node.html [23.02.2018].
- Brandschutz: Baunetz Wissen, www.baunetzwissen.de/brandschutz/fachwissen/baustoffe-bauteile/brandwaende-i-3138979 [08.09.2017].
- Bebauungsplan 1–14 im Bezirk Mitte, vom 14.09.2016, vgl. https://www.parlament-berlin.de/ados/18/IIIPlen/vorgang/verordnungen/vo18-010.pdf [03.03.2018].
- Berlin-Chronik, Online-Version, hg. vom Landesarchiv Berlin – http://www.berlin-chronik.de [18.12.2017].
- Berlin in Zahlen 1947: https://digital.zlb.de/viewer/image/16320524_1947/268/ [02.02.2018].
- Berliner Feuerwehr, Ludwig Scabell, http://www.berliner-feuerwehr.de/ueber-uns/historie/leiter-der-berliner-feuerwehr/branddirekor-carl-ludwig-scabell-1851–1875/ [22.09.2017].
- Berliner Feuerwehr, http://www.berliner-feuerwehr.de/ueber-uns/historie/historische-einsaetze/1947-fuer-den-mantel-das-leben-verloren/ [04.02.2018].

- Berliner Morgenpost, Marie-Th. Nercessian, 15.11.2002, https://www.morgenpost.de/printarchiv/wirtschaft/article102878918/Laender-stuetzen-Feuersozietaet.html [24.02.2018].
- Berliner Zeitung, Andreas Gerlof: „Dann stürzte das Dach ein – es war grauenhaft“ – Vor 50 Jahren kamen bei einer Feuerkatastrophe in Hakenfelde 80 Menschen ums Leben/Zeitzeuge Erwin Rostek erinnert sich, https://www.berliner-zeitung.de/vor-50-jahren-kamen-bei-feuerkatastrophe-in-hakenfelde-80-menschen-ums-leben---zeitzeuge-erwin-rostek-erinnert-sich--dann-stuerzte-das-dach-ein---es-war-grauenhaft--16591792 [04.02.2018].
- Bundesarchiv, biografische Angaben zu Hermann Jursch, http://www.bundesarchiv.de/aktenreichskanzlei/1919-1933/10a/adr/adrhl/kap1_3/para2_61.html [08.11.2017].
- Bundesarchiv, Gedenkbuch – Opfer der Verfolgung der Juden unter der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft in Deutschland 1933–1945, http://www.bundesarchiv.de/gedenkbuch/directory.html.de?result#frm-Results [28.11.2017].
- Bundestiftung Aufarbeitung, Biografische Datenbank, https://www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/wer-war-wer-in-der-ddr-%2363;-1424.html?ID=240. [27.12.2017]
- Charité: Verfolgte Ärztinnen und Ärzte des Berliner Städtischen Gesundheitswesens (1933–1945), hier zu Bamberg, Karl, https://geschichte.charite.de/verfolgte-aerzte/biografie.php?&ID=22. [27.11.2017]
- Denkmalliste: https://www.berlin.de/landesdenkmalamt/denkmale/liste-karte-datenbank/denkmalliste/, Parochialstraße 1/3.
- Eisenhuth, Stefanie/Sabrow, Martin: »West-Berlin«. Eine historiographische Herausforderung, in: Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History, Online-Ausgabe, 11 (2014), H. 2, URL: http://www.zeithistorische-forschungen.de/2-2014/id=5090. [23.02.2018]
- Entwurf zum Petriplatz: http://www.stadtentwicklung.berlin.de/staedtebau/projekte/petriplatz_breitestr/download/Petriplatz_BreiteStrasse_Ausstellung.pdf [12.07.2017].
- Feuersozietät Berlin Brandenburg Versicherung Aktiengesellschaft, Jahresabschluss zum 31.12.2006, https://www.bundesanzeiger.de/ebanzwww/wexsservlet [23.02.2018].
- Geschäftsberichte VKB u.a.: https://www.vkb.de/export/sites/vkb/_resources/pdf/ueber-uns/unternehmen/geschaeftsberichte/geschaefts-berichte-2016/VKB16022_GB16_Kurzportrait_de.pdf [04.02.2018].
- Gesetz betreffend die öffentlichen Feuerversicherungsanstalten https://recht.nrw.de/lmi/owa/br_bes_text?anw_nr=2&gld_nr=7&ugl_nr=763&bes_id=5349&aufgehoben=J&menu=1&sg= [11.10.2017].
- Hassel, Paul: https://de.wikipedia.org/wiki/Paul_Hassel sowie Alter St. Matthäus Kirchhof, http://www.grabpatenschaften-berlin.de/?s=Hassel&submit=Finden [28.12.2017].
- Hertz, Paul: International Institute of Social History, Amsterdam NL, Paul Hertz Papers, http://hdl.handle.net/10622/ARCH00563 [12.02.2018].
- Kleist, Heinrich von: Abendblatt, http://www.kleist-digital.de/berliner_abendblatt?id=ba_flyer/ba_10_01.xml#annotations [08.09.2017].
- Feuerordnung: Königlich Preußische Feuer-Ordnung, Anno 1727: http://digitale.bibliothek.uni-halle.de/vd18/content/pageview/3665278; s. auch: Kurtzer Auszug der Königlich Preußl. Feuer-Ordnung in denen Residentzien Berlin, 2. April 1727, s. http://digitale.bibliothek.uni-halle.de/vd18/content/pageview/3665320. [12.09.2017].
- Kimbel: http://www.kunstfreunde-zehdenick.de/index.php?s=3_wilhelm-kimbel [27.10.2017].
- Leibniz, Gottfried Wilhelm: Öffentliche Assekuranzen, 1680 (?), A IV, 3,1, N. 49, S. 421–435, Druckausgabe Berlin 1986. http://leibniz-potsdam.bbaw.de/bilder/IV3text.pdf. Digitale Ausgabe der Leibniz-Edition Potsdam der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften (mit Erläuterungen). [09.08.2017].
- Mengel, Peter Friedrich: https://de.wikipedia.org/wiki/Peter_Friedrich_Mengel [24.11.2017].
- Neue Deutsche Biographie, Riebesell, https://www.deutsche-biographie.de/gnd116532467.html#ndbcontent [28.10.2017].
- Preußische Gesetzessammlung 1910, S. 241, der vollständige Gesetzestext: https://recht.nrw.de/lmi/owa/br_bes_text?anw_nr=2&gld_nr=7&ugl_nr=763&bes_id=5349&aufgehoben=J&menu=1&sg= [11.10.2017].
- rbb 24, 70 Jahre Kriegsende: https://www.rbb24.de/politik/thema/2015/70-jahre-kriegsende/beitraege/kriegsschaeden-berlin-2--weltkrieg.html [13.09.2017].
- Wasserwerke: Rutz, Harry: Die Entstehung der Berliner Wasserwerke und der Wasserleitung. Eine kulturhistorische Skizze, Stichwort Wasserwerke, s. Mitteilungen des Vereins für die Geschichte Berlins, 3/1969, https://www.diegeschichteberlins.de/geschichteberlins/berlin-abc/stichworteuz/569-wasserwerke.html [27.09.2017].
- Mengel, Peter Friedrich: https://de.wikipedia.org/wiki/Peter_Friedrich_Mengel [24.11.2017].
- Planung Molkenmarkt/Klosterviertel: Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt, http://www.stadtentwicklung.berlin.de/staedtebau/projekte/petriplatz_breitestr/download/Petriplatz_BreiteStrasse_Ausstellung.pdf [08.12.2017].
- Presseerklärung des Finanzministeriums Brandenburg vom 07.11.2002, http://www.mdf.brandenburg.de/cms/detail.php/lbm1.c.339836.de [24.02.2018].
- Zusammensetzung des Senats und Bürgermeister: Senat von Berlin: https://www.berlin.de/rbmskzl/regierender-buergermeister/senat/senatsgalerie/artikel.16810.php [12.02.2018].
- rbb 24, 70 Jahre Kriegsende: https://www.rbb24.de/politik/thema/2015/70-jahre-kriegsende/beitraege/kriegsschaeden-berlin-2--weltkrieg.html [28.11.2017].
- Senatskanzlei zum Verkauf der Feuersozietät: https://www.berlin.de/rbmskzl/aktuelles/pressemitteilungen/2004/pressemitteilung.48337.php [03.02.3018].
- SPD Berlin zu Wilhelm Ahrens: Hübner, Holger, 2003, https://www.spd.berlin/partei/unsere-geschichte/personen/a-k/ahrens-wilhelm/ [25.11.2017].
- Der Spiegel: Spandauer Totentanz, Ausgabe vom 15.02.1947, http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-41121098.html [04.02.2018].
- Staatsvertrag 2006: https://bravors.brandenburg.de/de/vertraege-237707 [23.02.2018].
- Unternehmensgeschichte Versicherungskammer: https://www.vkb.de/content/ueber-uns/unternehmen/geschichte/ [12.02.2018].
- Versicherungsmagazin, 15.04.2008: https://www.versicherungsmagazin.de/rubriken/branche/feuersozietaet-und-oeffentliche-leben-von-s-p-auf-a-hochgestuft-1883527.html [12.03.2018].
- World Trade Center: Feuersozietät versicherte das World Trade Center. Berlin zahlt für die Anschläge vom 11. September, Christine Richter, Berliner Zeitung, 18.11.2002, www.berliner-zeitung.de/archiv/feuersozietaet-versicherte-das-world-trade-center-berlin-zahlt-fuer-die-anschlaege-vom-11--september,10810590,10044964.html. [21.02.2018]
- Zwangsarbeiterlager Blankenfelde: https://zwangsarbeiterlagerbn.wordpress.com/erste-aufarbeitungen/ [27.09.2017].
- Zwangsarbeiterlager Blankenfelde: https://www.youtube.com/watch?v=RYYLTR4Y2pA [27.09.2017].
- Zwangsarbeiterlager Blankenfelde: https://www.youtube.com/watch?v=xFhClE4x-BY [27.09.2017].

Abkürzungsverzeichnis

ABl:	Amtsblatt
BA:	Bundesarchiv
BADV:	Bundesamt für zentrale Dienste und offene Vermögensfragen
CJA:	Centrum Judaicum Archiv
DM:	Deutsche Mark
FS:	Feuersozietät
GG:	Grundgesetz
GStA:	Geheimes Staatsarchiv
GVBl:	Gesetz- und Verordnungsblatt
LAB:	Landesarchiv Berlin
M:	Mark
RGBl:	Reichsgesetzblatt
RM:	Reichsmark
Rt:	Reichstaler
VOBl:	Verordnungsblatt

Geschrieben mit Herzblut, gemacht mit Leidenschaft

Wir danken allen, die mit guten Ideen, großem Einsatz und von ganzem Herzen an der Verwirklichung dieser Chronik mitgearbeitet haben. Stellvertretend für viele seien hier genannt:

Gordon Laebe
Thomas Langer
Kerstin Lindermann
Rolf Neumann
Boris Oroschin
Claudia Scheerer
DUO Werbeagentur, Berlin

Dr. Simone Ladwig-Winters – die Autorin

Dr. Simone Ladwig-Winters ist Expertin für deutsche Geschichte des 20. Jahrhunderts. Nach langen Jahren in der Stadtneuerung promovierte sie 1997 mit einer Arbeit über die sogenannte Arisierung der Berliner Warenhäuser.

Als Wissenschaftlerin befasst sie sich mit der Geschichte ganzer Berufsgruppen, Unternehmen und Institutionen, aber auch Biografien. Auf der Grundlage der Dokumentation „Anwalt ohne Recht – Biographien jüdischer Rechtsanwälte in Berlin nach 1933“ entstand die von ihr kuratierte gleichnamige Ausstellung, die seit 2000 als Wanderausstellung national und international unterwegs ist. Neben der forschenden Tätigkeit ist sie wissenschaftliche Beraterin der Ausstellung „Wir waren Nachbarn“ im Rathaus Schöneberg.

Herausgeber
Feuersozietät Berlin Brandenburg Versicherung Aktiengesellschaft
Am Karlsbad 4 – 5
10785 Berlin

www.feuersozietaet.de

Grafik und Satz
DUO Werbeagentur, Berlin

ISBN 978-3-00-059520-2

© 2018

MIX
Papier aus verantwortungsvollen Quellen
FSC® C139577
www.fsc.org

Klimaneutral
Druckprodukt
ClimatePartner.com/11728-1806-1003